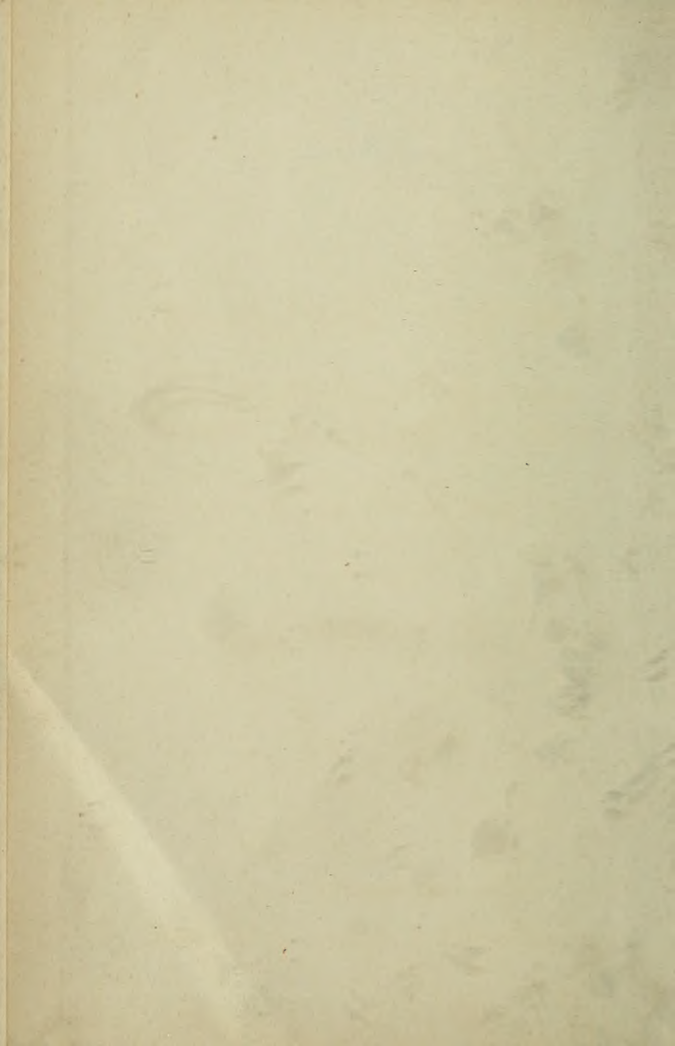

detendeutsche Bücherei
Geschichte
Böhmens
mit besonderer Berücksichtigung der
Geschichte der Deutschen in Böhmen.
Von
Dr. Karl Beer.
2. Auflage.



Gekauft bei Calve in Prag
am 9. Mai 1939. K. 15'—



Sudetendeutsche Bücherei.

Geschichte Böhmens

mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Deutschen in Böhmen.

Zweite vermehrte Auflage.

Von

Dr. Karl Beer.

Sudetendeutscher Verlag Franz Kraus, Reichenberg.



Druck von Gebrüder Stiepel Ges. m. b. H. in Reichenberg.

Vorwort.

Als ungefähr vor Jahresfrist der Verleger an den Verfasser mit der Einladung herantrat, die Abfassung einer gemeinverständlichen, kürzeren Darstellung der Geschichte Böhmens übernehmen zu wollen, willigte er gern ein. Ein solches Unternehmen erschien ihm durchaus wünschenswert und begründet. Die derzeit vorhandenen umfassenderen Werke zur Geschichte Böhmens (Palacky, Bachmann, Bretholz) gehen nicht über die mittelalterliche Zeit hinaus und das vielgelesene Werk von L. Schlesinger (Geschichte Böhmens, herausgegeben vom Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen, Prag 1869, 2. Aufl. 1870, VIII + 684 S.), das bis in die Neuzeit heraufleitet, ist leider vergriffen. Doch vielleicht ist auch dieses Buch für solche Leser, die geschichtlicher Lektüre nicht allzuviel Zeit widmen können und doch gerne über die wichtigsten Fragen der Landesgeschichte unterrichtet sein möchten, noch zu umfangreich. Da möchte nun das vorliegende Buch eine Lücke füllen helfen.

Um trotz der Kürze eine verständliche und lesbare Darstellung zu erzielen, bezog sich der Verfasser nur auf das Wesentliche und suchte wichtige Stoffe und Fragen in der Form eines volleren Geschichtsbildes zu bieten. Kriegs- und Territorialgeschichtliches, ebenso Dynasten- und Personengeschichte wurde zugunsten der Kulturgeschichte auf das Allernotwendigste eingeschränkt. Daß auf die Geschichte der Deutschen in Böhmen, deren hervorragender Anteil an der Kulturentwicklung dieses Landes nicht immer und überall ins rechte Licht gesetzt wurde, besondere Rücksicht genommen wurde, erschien dem Verfasser als selbstverständliche Pflicht.

In unserer stürmisch bewegten Gegenwart geschichtliche Kenntnisse und Erkenntnisse in möglichst weite Kreise unseres Volkes zu tragen, muß ein lebhafter Wunsch sein. Nur derjenige, der die Geschichte des eigenen Volkes kennt und in der Vergangenheit wurzelt, wird dem Wirrsale der Gegenwart zu trotzen vermögen und Haus und Hof und heimatliche Scholle doppelt lieben und schätzen. Der erhöhte Anteil, den jeder Deutsche am politischen Leben nehmen soll, möchte vermehrte politische Bildung und Einsicht zur Voraussetzung haben. Daß aber realpolitisches Denken der geschichtlichen Grundlage nicht entbehren kann, unterliegt keinem Zweifel.

Das Volk Deutschböhmens ist in ein neues Stadium seiner Geschichte eingetreten. Mit dem Selbstbestimmungsrecht wurde ihm gegenüber ein grausames Spiel getrieben. Man hat Millionen Deutschböhmen aus dem politischen Zusammenhang mit ihren Stammesgenossen herausgerissen und unbefragt und ungehört in den tschecho-slowakischen Staat eingewiesen. Dagegen werden die Deutschen in Böhmen einen Kampf führen, führen müssen. Die sittliche Energie, die sie hiezu brauchen, wird sich einstellen, wenn sie von der klaren und festen Erkenntnis durchdrungen sind, daß sie nicht nur um ein natürliches, sondern auch um ein gutes altes Recht kämpfen. Und diese elementare Erkenntnis, daß die deutschböhmische Bevölkerung ein durch die Jahrhunderte geheiligtes Recht auf die deutschböhmische Scholle hat, sie möge — das ist der Wunsch des Verfassers — jedem Leser sich erschließen und ihm die Kraft geben zum Handeln und zur Tat.

Wien, am 15. August 1920.

Karl Beer.

Zweites Vorwort.

Die vor kurzem durch den Verleger übermittelte Nachricht, daß an einen Neudruck der „Geschichte Böhmens" geschritten werden könne, hat der Verfasser freudig aufgenommen. Er durfte wohl daraus folgern, daß das Werkchen einem tatsächlich verhandenen Verlangen nach geschichtlicher Weiterbildung und Belehrung entsprochen und daß auch die Art und Weise, wie der Stoff ausgewählt und den Lesern geboten wurde, Zustimmung gefunden habe.

Die neue Auflage bringt außer Druckfehlerberichtigungen, stilistischen Änderungen und kleineren sachlichen Richtigstellungen auch einige stoffliche Erweiterung.

Am größten fiel sie in dem Abschnitt aus, der von der älteren deutschen Kolonisation und damit von der Kernfrage der Geschichte der Deutschen in Böhmen handelt. Die Erweiterung wurde hier veranlaßt durch die mittlerweile erschienene Literatur. Schilderte die 1. Auflage die deutsche Kolonisation in großen Zügen über das ganze Land hin, so wurde im Neudruck darüber hinaus jene wichtige Erscheinung für einen Landesteil wenigstens, für Südböhmen, eingehender dargestellt und hiebei der Frage der Herkunft der deutschen Siedler besondere Beachtung geschenkt. Ein näheres Verfolgen dieser Frage im ganzen Bereiche Deutschböhmens ginge über den Rahmen unserer kurzgefaßten Geschichte hinaus.

Vielleicht findet sich ein oder der andere Leser durch genannnte Detailschilderung angeregt, für seinen Heimatgau mitarbeitend, sammelnd und for-

schend, einzutreten, um zur endgültigen Bereinigung der obigen wichtigen Frage sein Teil beizutragen.

So nehme die 2. Auflage ihren Weg in die Öffentlichkeit, begleitet von dem Wunsche, einen weiteren freundlichen Leserkreis zu finden und in diesem Kenntnis und Verständnis für die Geschichte des deutschen Volkes in Böhmen zu mehren und zu vertiefen!

Wien, März 1922.

Karl Beer.

Inhaltsverzeichnis.

I. Frühgeschichte und Přemyslidenzeit.

Die ersten Bewohner böhmischer Gaue, wovon die Geschichte meldet, waren die Bojer, ein Zweig des einstmals über ganz West- und große Teile Mitteleuropas verbreiteten Keltenvolkes, von dem heute nur noch Reste in der Bretagne, in Alt-England (Wales), Schottland und Irland leben. Freilich, viel ist es nicht, was wir über die Bojer wissen. Außer den knappen Bemerkungen, die sich gelegentlich in den Werken einzelner römischer und griechischer Schriftsteller finden, sind es lediglich die verschiedenen Funde (Waffen, Werkzeuge, Schmuck), wie sie durch die Ausgrabungen zutage gefördert werden und die uns zu einem ungefähren Bilde ihrer Kulturverhältnisse verhelfen können. Darnach trieben die Bojer wohl auch Ackerbau, waren aber doch vorzüglich ein kriegerisches Volk. Unterstützt durch die leicht zu verteidigenden Gebirgswälle, die ihre Wohnsitze umgaben, vermochten sie um 115 v. Chr. dem wuchtigen Ansturm der gegen Süden vordrängenden Kymbern und Teutonen erfolgreich zu begegnen. Doch war den Bojern das Kriegsglück nicht wieder hold, als etwa ein halbes Jahrhundert später (um 60 v. Chr.) die germanischen Markomannen, d. i. Grenzleute, vom Maine

her ihre Angriffe auf Böhmen begannen. Da brach das Bojerreich in sich zusammen und kurz vor Beginn unserer Zeitrechnung nahmen die Sieger vom Lande Besitz. Der Großteil des Bojervolkes nahm seinen Weg über die Donau und siedelte sich im westlichen Pannonien (Ungarn) an. Kleinere Volkssplitter mögen in der alten Heimat zurückgeblieben sein. Dafür scheint wenigstens das Weiterbestehen verschiedener keltischer Namen zu sprechen, so die Gebirgsbezeichnung Sudeten (ursprünglich für das Erzgebirge üblich und gebildet nach der Stammesbezeichnung „Sudeni"), Gabretawald (ein älterer Name für den Böhmerwald), der Name des Iserflusses, der in anderen einstmals keltischen Landen wiederkehrt (Isar in Baiern, Isère in Frankreich), wahrscheinlich auch der Eger (Agira, das als Salmfluß gedeutet wird) u. a. Unter diesen uralten Benennungen steht obenan die Landesbezeichnung Bojohaemum (später Böheim, Böhmen), die in Anlehnung an den Volksnamen „Bojer" geprägt wurde und zwar, wie wir aus dem zweiten Wortbestandteil „haemum", d. i. Heimat, schließen müssen, von nachbarlich wohnenden Germanen. So mag heute noch der Deutsche, wenn er das Wort Böhmen ausspricht, an die geschichtliche Tatsache gemahnt sein, daß es seine Ahnen waren, die fürs erste dem Lande den Namen gegeben haben.

Bebauung und Bewirtschaftung von Grund und Boden waren in jener Frühzeit noch wenig entwickelt, Abenteuer- und Kriegslust aber groß

und so wurde noch leicht und oft der Wohnsitz gewechselt. Die Schilderung, die Cäsar von den Sueben entwirft, darf wohl auch auf die Markomannen als einen Zweig jenes Volkes angewendet werden. Die Sueben sind nach Cäsar das mächtigste und kriegerischste Volk unter allen Germanen. Ein Teil der wehrfähigen Männer ist im Felde, ein anderer arbeitet zu Hause für die Beschaffung des Unterhaltes für Volk und Heer, wobei das Ackerland noch nicht in privates Eigentum übergegangen erscheint. Es ist bei den Sueben nicht gestattet, länger als ein Jahr an einem Orte zu verbleiben. Einfach ist die Kleidung, die Nahrung, einfach die ganze Lebensweise. Die Freude an körperlichen Übungen und das ungebundene Leben verleihen dem Körper ungewöhnliche Größe und Stärke, der Seele Freiheit und Schwung.

An der Spitze der Markomannen steht König Marbod, ein Mann — wie ein römischer Schriftsteller an ihm rühmt — „von edlem Geschlecht, von großer Körperkraft und Leidenschaftlichkeit, mehr von Geburt als nach Bildung ein Barbar." Marbod hatte in seinen Jünglingsjahren, wie so mancher Germanensproß, längere Zeit in Rom geweilt — vermutlich als Geisel — und römische Sitte, Lebensweise und Kriegskunst an der Quelle kennen gelernt. Damals schon mag er jene gewisse Hinneigung zu dem weltbeherrschenden Volke in sich aufgenommen haben, die er nie mehr ganz loswerden konnte. Als König der Markomannen umgibt sich

Marbod mit einer Leibwache und einem zahlreichen Hofstaat. Sein Heer, nach römischem Muster ausgebildet, soll 70.000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter umfaßt haben. Römische Künstler wurden zur Ausschmückung seiner Residenz Marobudum — vermutlich der Hradischt, d. i. eine Wallburg, bei Stradonitz a. d. Beraun — berufen, wie sich auch Händler aus dem Süden mit ihren Waren einstellten. Marbods Herrschaft beschränkte sich jedoch nicht auf Böhmen, sondern sie bezog auch die im weiteren Umkreis hausenden germanischen Völker der Hermunduren, Langobarden, Semnonen, Lugier u. a. ein. Dieser mächtige germanische Völkerbund, der über eine Fülle wehrhafter Männer gebot, bereitete den Römern solche Sorge, daß sie trotz der römerfreundlichen Gesinnung Marbods im Jahre 6 n. Chr. ihre Heeressäulen zum Angriff bereitstellten. Doch da traf die Nachricht von dem gefährlichen Aufstand in Pannonien und Illyrien ein und die römischen Streitkräfte mußten einen anderen Weg nehmen. Trotz solcher Bedrohung des eigenen Reiches sehen wir Marbod im Jahre 9 n. Chr., als Hermann der Cheruskerfürst mit wuchtigem Schlage das den Germanen zugedachte Joch zertrümmert, abseits stehen und auch das blutige Haupt des Varus, das die Sachsen als Mahnzeichen an den gemeinsamen Feind überbrachten, vermochte den Markomannenkönig nicht umzustimmen und von seiner unnationalen Politik abzubringen. Damit war die Brücke zu einer Verständigung abgebrochen und der Bruderkrieg unver-

meidlich geworden. Als die Heere am sächsischen Hange des Erzgebirges zum Kampfe bereitstanden, mußte sich Marbod „einen feigen Flüchtling, der fern von Schlachten in den Schlupfwinkeln des herzynischen Waldes sich berge und bei den Römern um Bündnis bettle, einen Trabanten des Cäsar, den man mit nicht minderer Erbitterung zu verjagen trachten müsse, wie man Quinctilius Varus verjagt habe," schelten und höhnen lassen. Wenn auch Marbod mit seinem Heere keine direkte Niederlage erlitt, so zog er sich doch gerne hinter den schützenden Grenzwall zurück. Seine Herrschertage gingen rasch zu Ende. Der allgemeine Abfall, den Marbods unglückselige Politik herbeiführte, ebnete einem anderen, dem Goten Katwalda, den Weg zur Herrschaft im Markomannenlande. Marbod selbst blieb nichts übrig, als bei dem Volke Zuflucht zu suchen, in dessen Banne er zu seinem Schimpf und Schaden schon zu lange gestanden hatte: ruhmlos beschloß der einst mächtige König nach 18jähriger freier Gefangenschaft in Ravenna seine Tage. Doch der Name des Markomannenvolkes wurde auch weiterhin in der ewigen Roma mit Achtung, oft auch mit Sorge, genannt. Unter Mark Aurel (161—180) stoßen die Markomannen, verstärkt durch ihre Nachbarn, die Quaden, bis nach Oberitalien vor und nur mit dem Aufgebote aller römischen Kräfte können sie über die Donaulinie zurückgeworfen werden. Der Kaiser selbst sieht sich veranlaßt, in die Grenzfestung Vindobona zu eilen, um die

nötigen Vorkehrungen zum Schutze des Reiches zu ergreifen. Die Beziehungen zu Rom scheinen übrigens wieder bessere geworden zu sein, als die Markomannen im 4. Jahrhundert inmitten der immer stärker werdenden Völkerbewegungen in Bedrängnis kamen und daher eine Anlehnung an das römische Reich angezeigt fanden. In diese Zeit hinein fällt auch das Leben der Markomannenkönigin Fritigil, die durch ihre Gesandten dem hl. Ambrosius, Bischof von Mailand, die Bitte überbringen ließ, ihr Unterricht im christlichen Glauben erteilen zu wollen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß damals schon mit der Königin weitere Kreise des Markomannenvolkes den Weg zur Heilslehre gefunden haben.

Um die Wende des 5. zum 6. Jahrhundert haben die Markomannen Böhmen verlassen. Welche Gründe das tapfere Volk zum Aufgeben seiner bisherigen Heimat bewogen, ob es durch das höher kultivierte und daher reichere römische Reichsgebiet angelockt wurde oder ob es dem Drucke anderer Völker gewichen ist, das läßt sich bei dem Mangel an Quellen nicht entscheiden. Die Markomannen erscheinen in der Folgezeit an der oberen Donau ausgebreitet und zwar unter dem Namen Bajoarier, Bayern, d. i. Männer aus Bajas, eine Bezeichnung, die neben Bojohaemum für Böhmen in ältester Zeit üblich gewesen ist. Eine Frage, die die Deutschen in Böhmen allzeit besonders interessierte, ist hiebei die: ob damals *alle* markomannischen Volks-

genossen abgewandert oder ob nicht doch Volksteile verblieben sind.

Geschichtliche Quellen gewöhnlicher Art lassen uns auch bei Beantwortung dieser wichtigen Frage im Stiche. Aber wir haben in unserem Deutschböhmerlande eine beträchtliche Zahl alter Ortsbezeichnungen, Namen von Bergen, Flüssen, Fluren, Wäldern usw., die müßten alle erst einmal gesammelt und kritisch gedeutet werden und da dürfte sich ergeben, daß sie uralt sind und daß sie nur durch uralte Träger und Vermittler auf uns gekommen sind, d. h. daß markomannische Volksteile im Lande geblieben sind.

Zu den altdeutschen Namen, denen in diesem Zusammenhange eine besondere Bedeutung zukommt, gehören mehrere Flußbezeichnungen des Landes: die Elbe (Albia) zu vergleichen mit dem skandinavischen Elf, die Miesa (Mies=aha d. i. Moosfluß), die Moldau (tschechisch Vltava), hinter welcher Bezeichnung die deutsche Form Waldaha, d. i. Waldfluß, unschwer zu erkennen ist.

Selbst im Innern des Landes, dem jetzigen tschechischen Landesteil, werden sich solch uralte deutsche Namensformen aufdecken lassen, wenn es auch nicht immer leicht sein wird, die deutsche Urform aus der tschechischen Umkleidung herauszuschälen.

Ist doch z. B. selbst der Name des Berges Řip, von dem aus der Sage nach der Vater Czech das gesegnete Land überblickte und zur neuen Heimat

erkor, nichts anderes als ein germanisches rip, d. i. Berg. Auch darf man wohl in dem Namen der Landeshauptstadt Prag, die in der älteren urkundlichen Überlieferung immer Praga geheißen wird und an deren von der Natur so ausgezeichneten Stätte es sicher schon in vorslawischer Zeit eine Siedlung gab, eine germanische Namensform sehen. Man braucht nicht an slawische Rodetätigkeit denken (pražiti = brennen) oder an die sagenhafte Darstellung, derzufolge Libuscha Arbeitsleute mit der Herstellung einer Schwelle (práh) beschäftigt fand, oder schließlich an die Felsriffe, die früher einmal das unfertige Bett der Moldau durchsetzten und deren Wasser anschwellen ließen, sondern vielmehr an ein althochd. brâcha, womit das erste Umbrechen des Bodens, also Neubruch, angedeutet wird. Diese Annahme mag umso berechtigter erscheinen, als sich bis auf die Zeit des Geschichtsschreibers Cosmas die Namen germanischer Gottheiten, für die es am Hradschin und in der Umgebung Kultstätten gegeben hatte, erhielten.

Wir buchen also hier die überaus wichtige geschichtliche Tatsache, daß Böhmen durch ein halbes Jahrtausend echtes Germanenland war, daß hier, bevor ein Slawe seinen Fuß ins Land gesetzt hatte, die germanische Zunge erklungen, und bezeichnen es weiterhin als höchst wahrscheinlich, daß germanisches Volkstum vom Beginne unserer Zeitrechnung ununterbrochen bis auf unsere Tage im Lande eine Heimat hatte.

Die Einwanderung der Slawen gehört in die 2. Hälfte des 6. Jahrh. Allerdings gibt es tschechische Forscher, die einen wesentlich früheren Zeitpunkt hiefür annehmen wollten, nämlich das letzte vorchristliche Jahrhundert. Da jedoch zuverläßliche Quellen für diese Zeit die Bojer und dann die Markomannen als die Bewohner des Landes namhaft machen, kommen diese Forscher in einige Verlegenheit. Sie suchen aus ihr einen Ausweg, indem sie annehmen, Bojer und Markomannen hätten das Böhmerland nur zum Teil bewohnt, so daß für die Slawen noch Raum geblieben wäre, oder man ging auch schon weiter und erklärte gleich Bojer und Markomannen als Slawen. Immer sind es wenig gesicherte Ergebnisse der Prähistorie und Archäologie, die man zu solch weitgehenden Schlüssen ausbeuten möchte.

So sind auch die Slawen Böhmens nicht urerdgeboren, sondern eingewandert und dies in einem Zeitpunkte, als der germanische Markomannenstamm schon längst vom Lande Besitz genommen hatte. — Die nach Böhmen vorgedrungenen Slawen erscheinen jedoch nicht frei und unabhängig, sondern sie stehen im Dienste awarischer Zwingherren. Wie weit der durch das Zusammensein mit den Awaren hervorgerufene asiatische Blutseinschlag bei der slawischen Bevölkerung reichen mag, ist eine Frage für sich. Erst im 7. Jahrhundert wurden die im Osten des fränkischen Reiches siedelnden slawischen Volksstämme — in den Quellen meist mit dem zu-

sammenfassenden Namen Wenden genannt — durch den fränkischen Kaufmann Samo aus der harten Knechtschaft befreit und in einem eigenen Reiche zusammengefaßt. Daß die Slawen Böhmens in dieser größeren staatlichen Schöpfung inbegriffen waren, dürfen wir wohl annehmen, daß aber Böhmen deren Kernland war, dafür ist kein Beweis zu erbringen. Mit Samos Tode sank übrigens auch sein Reich dahin und die Bedrückungen und Beutezüge der Awaren nahmen von neuem ihren Lauf. Gerade diese kecken Vorstöße des Awarenvolkes nach dem Westen waren es, die Karl den Großen durch Böhmen hindurch seinen Weg nach dem Südosten nehmen ließen, um an den Stützpunkt der awarischen Macht heranzukommen. Welch nachhaltigen Eindruck der mit seinem Heerbanne durchziehende Frankenkönig auf die Slawen gemacht hat, dafür spricht die Tatsache, daß sie den Namen Karl in verslawter Form als Königsbezeichnung „Kral" für alle Zeit beibehielten. Karl kam übrigens noch öfter ins Land und stellte die politische Verbindung mit dem Frankenreich her, die in dem fernerhin entrichteten Tribut von 500 Mark Silber und 120 auserlesenen Ochsen ihren Ausdruck fand. Die Aufrichtung der fränkischen Herrschaft muß umso leichter geworden sein, als die Slawen Böhmens in dieser Frühzeit nach der Art anderer indogermanischer Volkszweige noch keine politische Geschlossenheit kannten, sondern in Stämmen und Stämmchen mit eigenen Fürsten an der Spitze ihr Leben

führten. Der kräftigste von diesen, der in der Mitte des Landes hausende Stamm der Tschechen, geleitet von dem klugen Geschlecht der Přemysliden, unternahm es, in allmählichem Fortschreiten die politische Zusammenfassung der kleineren Teile zu bewerkstelligen, wobei sein Name auf die Gesamtheit der slawischen Volksstämme erstreckt wurde. Die geographische Beschaffenheit des Landes trug jedenfalls ganz wesentlich dazu bei, daß diese politische Zusammenfassung erfolgreich betrieben werden konnte und daß schließlich das Prager Fürstenhaus über alle anderen Gaufürsten den Sieg davontrug. Freilich kostete es manchen harten Strauß und es kam das Ende des 10. Jahrhunderts, bis die Přemysliden die Grenzgebirge Böhmens als die Grenze ihres Herrschaftsbereiches bezeichnen durften! Das letzte Herzogtum, das den Přemysliden zum Opfer fiel, stand unter der Herrschaft der Slavnikinger, die mit dem späteren deutschen Kaiser Heinrich II. in verwandtschaftlicher Beziehung standen. Diesem Geschlechte entstammte auch der zweite Bischof Prags, der hl. Adalbert (Woitiech). Seine Brüder hat man erschlagen und ihr Herzogtum mit dem der Přemysliden vereinigt.

Ein weiter, schützender Waldgürtel machte das Herzogtum zu einer natürlichen Festung und erleichterte die Verteidigung ganz wesentlich. Der Eintritt ins Land war nur an bestimmten Punkten, den sogenannten Landestoren, möglich; hier haben frühe schon eigens organisierte bäuerliche Grenz-

gemeinden die Aufsicht geführt. Unter diesen Grenzwächtern wollen die Choden um Taus, Pfraumberg und Tachau vor allem erwähnt sein. Von starken Hunden begleitet und mit Äxten und Stöcken bewehrt, versahen sie ihren Dienst, verlegten, wenn Gefahr im Verzug war, an den Landestoren durch rasch geschaffene Verhaue den Weg ins Land und übernahmen die erste Abwehr. Mit Rücksicht auf diese militärische Verpflichtung werden noch in später Zeit die bäuerlichen Anwesen im Grenzgebiete gerne als „Mannschaft" bezeichnet. Die eigentümliche Organisation und die Privilegien der im Angelgebiet und weiter bis gegen Winterberg hin seßhaften künischen, d. i. königlichen Freibauern scheinen aus einer ähnlichen Verpflichtung heraus ihre Erklärung zu finden.

Aus der langen Reihe der Fürsten, die die přemyslidische Familie dem Lande gegeben hat, seien jene herausgehoben, die Größeres vollbrachten oder in deren Regierungszeit hinein wichtigere Ereignisse fallen.

Von den älteren Přemysliden steht Herzog Wenzel, der Sohn Wratislaws und Drahomiras, im Vordergrund. Voll frommer Gesinnung, zu der durch die sorgsame, vornehmlich von seiner Großmutter Ludmilla geleitete Erziehung der Grund gelegt worden war, ist es sein vornehmstes Streben, die junge christliche Kirche im Lande auszubreiten und zu festigen. Deutsche Geistliche aus Bayern und Alemannien, von denen mancher dem Herzog

Freund und Lehrer war, unterstützen ihn hierin mit aller Kraft und zahlreiche neue Gotteshäuser künden vom Fortschreiten der neuen Lehre. Die deutsche Kultur und Bildung weiß der Herzog sehr wohl zu schätzen und an ihr möchte er sein Volk emporrichten. Doch eine Partei, die immer noch den national-heidnischen Anschauungen huldigte, verfolgte die christlich-deutschen Einflüsse mit allem Widerwillen und ruhte nicht, bis der jugendliche Herzog von seinem Bruder Boleslaw und dessen Mitverschworenen meuchlings ermordet war (28. September 929). Bei einem Kirchweihfeste zu Altbunzlau, wo Boleslaw Hof hielt und Wenzel als Gast erschienen war, hat sich die blutige Tat vor der Kirchentüre abgespielt.

Doch die Freunde des Heidentums sahen ihre Hoffnung auf eine Rückkehr zum Brauch und Glauben der Väter nicht in Erfüllung gehen. Denn auch Boleslaw, der Wenzels Nachfolger wurde, erkannte in der christlichen Kirche eine Stütze der Fürstengewalt und mußte sich auch zur Anerkennung der deutschen Obergewalt bequemen. Der deutsche König Heinrich I. war selbst ins Land gekommen, als er von den Wirrnissen in Böhmen Kunde erhalten hatte, und nahm in Prag die Huldigung des neuen Herzogs entgegen (929).

Ein kriegerischer und unternehmungslustiger Fürst kam mit Herzog B ř e t i s l a w I., zubenannt Achilles, auf den Thron (1034—1055). Voll jugendlichen Ungestüms huldigt er noch der alten Sitte des

Brautraubes und holt sich die Prinzessin Judith, die Schönste unter den Mädchen, die ihr Vater, der Markgraf Heinrich auf dem Nordgau, ein Sprosse des babenbergischen Hauses, nach dem Kloster in Schweinfurt gebracht hatte, mit List und Gewalt zur Gemahlin herbei. Judith wurde die erste deutsche Prinzessin, die auf den böhmischen Thron kam. Einem „Sturmwetter gleich" zieht Břetislaw mit seinen Streitscharen nach dem Polenlande, zerstört Krakau und zwingt die Polen zur Tributleistung an Böhmen. So läßt der tapfere Herzog die Polen entgelten, daß sie kurz zuvor unter ihrem kriegerischen Herzog Boleslaw Chabri den Versuch unternommen hatten, Böhmen unter die polnische Herrschaft zu zwingen. — Hoch rechnete es das tschechische Volk seinem Herzog an, daß er von der Polenfahrt die Gebeine des heiligen Adalbert, die bis dahin in Gnesen geruht, nach Prag brachte. Im Triumphzug wurden die Überreste des heiligen Bischofs, der als Missionär bei den heidnischen Preußen sein Leben gelassen hatte (997), auf den Hradschin geleitet. Der Aufforderung des Kaisers Heinrich III., die polnische Beute auszuliefern, widersetzte sich der stolze Břetislaw. Als dann der Kaiser nach Böhmen einrücken wollte, um mit dem widerspenstigen Vasallen Abrechnung zu halten, erlitt er gleich am Landestore bei Neumark eine empfindliche Schlappe und nur der Mithilfe des frommen Eremiten Günther, des Heiligen des Böhmerwaldes, soll es zu danken gewesen sein, daß Heinrich ohne weitere

Verluste auf wenig bekannten Pfaden rasch den Weg auf bayrischen Boden zurückfand. Erst auf einem zweiten Zuge (1041), als drei deutsche Heere konzentrisch gegen Prag vordrangen, wurde Břetislaw zur Huldigung gezwungen. Die Treue, die er damals dem Kaiser gelobte, hat er fürderhin in Wort und Tat gehalten. — Mit Břetislaws Namen verknüpft sich auch die ältere Thronfolgeordnung Böhmens, die Senioratserbfolge, der zufolge jeweils das älteste Mitglied des Přemyslidenhauses die Regierung in Böhmen führen sollte, während die anderen Prinzen mit den Teilfürstentümern (Olmütz, Brünn, Znaim) im Mährerland, das Břetislaw mit Böhmen zu vereinigen verstanden hatte, abgefunden werden sollten. Diese Einrichtung hat allerdings wenig befriedigt und im 11. und 12. Jahrhundert eine Reihe blutiger Kriege und Fehden gezeitigt, die die ehrgeizigen Přemysliden untereinander ausfochten. Hiedurch wurde nicht nur das Land schwer betroffen, sondern auch den deutschen Kaisern immer wieder Gelegenheit geboten, als Schiedsrichter in die inneren Verhältnisse der Přemyslidenlande einzugreifen und dadurch ihre Obergewalt ganz wesentlich zu stärken.

Die Züge eines Autokraten trug Herzog Spitignew II. (1055—1061) an sich. Rücksichtslos war sein Vorgehen gegen die eigenen nächsten Verwandten. Den ältesten Bruder Wratislaw, der im östlichen Mähren residierte, bedrohte er mit Krieg und zwang ihn zur Flucht nach Ungarn. Konrad und Otto, die

beiden jüngeren Brüder, die in den mährischen Teilfürstentümern herrschten, entthronte er und führte sie nach Prag, wo er den einen zu seinem Jäger-, den anderen zu seinem Bäcker- und Küchenmeister bestellte. Soweit trieb ihn die Sorge, die Verwandten könnten etwas gegen seine Herrschaft unternehmen. Von Spitignew wird auch gemeldet, daß er, kaum zur Regierung gekommen, alle Deutschen binnen drei Tagen aus Böhmen austreiben ließ. Doch wenig stimmt zu dieser Nachricht die Tatsache, daß die deutsche Fürstentochter Ida v. Wettin seine Gemahlin wurde, daß Spitignew kurz nach seiner Thronbesteigung durch Kaiser Heinrich III. in Regensburg die Belehnung mit Böhmen erfuhr und daß er dem Kloster Sazawa, nachdem die slawischen Mönche vertrieben worden waren, einen Deutschen als Abt vorsetzte. Das Wahre an jener Nachricht dürfte darin zu suchen sein, daß Spitignew die deutsche Äbtissin von St. Georg, die ihn vor Jahren beleidigt hatte, sobald er Herr im Lande geworden, raschestens ausweisen ließ.

Im Zeitalter des großen kirchenpolitischen Kampfes, des sog. Investiturstreites, stand Wratislaw II. (1061—92) an der Spitze des Landes. Er bewährte sich als eine treue Stütze des hartbedrängten Kaisers Heinrich IV., im Gegensatze zu seinem Nachbarn, dem Babenberger Leopold II., der für die päpstliche Sache focht. Mit Zustimmung Heinrichs rückte Wratislaw in Österreich ein, errang auch bei Mailberg einen Sieg über den Baben-

berger, vermochte jedoch dessen Land nicht zu behaupten. Seine Anhänglichkeit an den Kaiser sah Wratislaw dadurch belohnt, daß er für seine Person den Königstitel erhielt und ihm der Kaiser selbst im Jahre 1086 zu Mainz die Krone aufsetzte. So enge waren damals die Beziehungen zum Reich, daß des Königs Bruder Jaromir, Bischof von Prag — als solcher hatte er den Namen Gebhard erwählt — des Deutschen Reiches Kanzler wurde. Die deutsche Niederlassung am Moldaustrand, am Pořič, fand durch Herzog Wratislaw die erste Anerkennung ihrer besonderen Stellung und Rechte.

Eine kaisertreue Politik verfolgte auch Wladislaw II. (1140—73), der Zeitgenosse Friedrich Barbarossas. Rühmlichst stritten beide zusammen gegen das stolze Mailand und sonst in italischen Landen und viel Anerkennung fand in jenen Jahren die Tapferkeit böhmischer Ritterschaft. Wladislaw selbst empfing als Lohn für die treu geleisteten Dienste die Erhebung zum König und aus der Hand Barbarossas das königliche Diadem (1158). Bald darauf wurde ihm das Recht verbrieft, daß er und seine Nachfolger sich an den hohen Festtagen zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten, sowie an den hohen böhmischen Nationalfesten der Heiligen Wenzel und Adalbert durch die Bischöfe von Prag und Olmütz die Krone aufsetzen lassen. — Aus dem Thronstreit, der zu Beginn des 13. Jahrhunderts das deutsche Volk in zwei Lager geschieden zeigt, indem es ein Teil mit dem Welfen Otto IV. von Braunschweig,

der andere mit Philipp von Schwaben hielt, suchte der Beherrscher Böhmens Přemysl Ottokar I. seine besonderen Vorteile zu ziehen. Er stand jeweils zu der Partei, der der Endsieg zuzuneigen schien. Und als dann der jugendliche Hohenstaufe Friedrich II. über die Alpen kam, war Ottokar I. einer der ersten, die ihm huldigten. Ein wertvolles Privilegium, die goldene Bulle von 1212, war der Lohn für seine entgegenkommende Politik. Darin wurde Ottokar die königliche Würde, die ihm schon Philipp als erblich verliehen hatte, bestätigt und die Hoffahrtspflicht des Böhmenkönigs dahin bestimmt, daß er lediglich die Reichstage zu Nürnberg, Bamberg und Merseburg besuchen brauchte, vorausgesetzt, daß sie sechs Wochen zuvor angekündigt würden und zu einer Kaiserkrönung in Rom sollte er aus freiem Entschlusse entweder 300 Bewaffnete oder 300 Mark Silber senden. — Indem sich unter Ottokar endlich auch das Erstgeburtsrecht für die Thronfolge durchsetzte, wurden dem Lande ruhigere Zeiten eröffnet.

Die glänzendste Erscheinung unter den Přemysliden ist der nicht lange vor dem Ausgange seines Geschlechtes regierende Přemysl Ottokar II. (1253 bis 1278). Die im 12. Jahrhundert im Streit um die deutsche Krone erwachsene Parteibildung, hier die Welfen, dort die Hohenstaufen, die später in einer päpstlichen und antipäpstlichen Partei ihre Fortsetzung fand, hat auch in Böhmen ihre Kreise gezogen. Přemysl Ottokar stand in jungen Jahren, da er als Markgraf in Mähren waltete, im staufi-

schen Lager, während sein Vater Wenzel I. kirchlich gesinnt war. Dieser Gegensatz der politischen Anschauungen führte zum Kampfe zwischen Vater und Sohn, in dessen Verlauf Ottokar gefangen genommen wurde und einige Zeit auf der im nördlichen Böhmerwalde gelegenen Feste Pfraumberg in festem Gewahrsam blieb. Mit der Lossagung von der staufischen Partei ward Ottokar die Freiheit wiedergegeben und nun sollte sein Aufstieg beginnen. Im Jahre 1251 rief ihn der Adel zur Besitznahme des heißumstrittenen babenbergischen Erbes und noch im gleichen Jahre vermochte der Přemyslide seinen Einzug in Wien zu halten. Das Fehlen einer festen Herrschergewalt im Reiche gestattete ihm, die übrigen östlichen Alpenlande an Böhmen, das er seit 1253, dem Todesjahre seines Vaters, als König versah, anzuschließen und ein ansehnliches deutsch-slawisches Staatsgebilde aufzurichten. Wie kein anderer Přemysliden wurde er zum Förderer der deutschen Kultur im Wege der deutschen Kolonisation, wovon noch ausführlicher gesprochen werden soll. So wird es verständlich, daß die Deutschen Ottokar als einen der Ihrigen ansahen und daß sich dieser Přemysliden als der mächtigste Territorialfürst im Reiche der kühnen Hoffnung hingeben durfte, die deutsche Krone zu erlangen. Daß dieser Hoffnung keine Erfüllung ward, trieb ihn zur Gegnerschaft gegen Rudolf v. Habsburg und zu seinem schließlichen Falle (Schlacht bei Dürnkrut am Marchfeld 1278).

Die Abtrennung der Alpen- von den Sudetenländern war die nächste wichtige politische Folge der Niederlage, die der Přemyslide und mit ihm Böhmen erlitten hatte.

Hatte schon Ottokar von dem Zeitpunkte an, da er die Aussichtslosigkeit seines Kampfes gegen das deutsche Königtum einsehen mußte, seine Gesinnung gegenüber dem deutschen Volke nicht unmerklich geändert und von dem „unersättlichen Schlund" der Deutschen gesprochen, so war durch des Königs tragischen Untergang die feindselige Stimmung gegen die Deutschen nur noch gesteigert worden. Unter dem schwächlichen Otto v. Brandenburg, dem Vormunde des unmündigen Wenzel II., entlädt sich auch schon der Deutschenhaß in einer offenen Deutschenverfolgung, wie denn überhaupt in dieser Zeit die inneren Verhältnisse des Landes höchst unerfreulich bestellt waren.

Tragisch mutet der Ausgang des uralten Dynastengeschlechtes an! Schien es doch eine Zeitlang, als dürften die Přemysliden nach dem Erlöschen der Piasten und Arpaden deren Reiche mit dem ihrigen vereinen, um auf solche Art zu einer Macht emporzusteigen, wie sie sie noch nie innegehabt. Da sank auch ihr Geschlecht infolge des frühzeitigen Todes Wenzels II. (1305) und des rasch folgenden Heimganges des Königs Wenzel III., der 1306 zu Olmütz dem Dolche eines Meuchelmörders erlag, jäh und unerwartet dahin.

Wenn wir in diesem kurzen Auszuge aus der älteren Regentengeschichte Böhmens darauf hinweisen konnten, daß die Herrscher Böhmens an die deutschen Kaiser Tribut entrichteten, von diesen ihr Land zu Lehen nahmen, zu Hof- und Heerfahrt verpflichtet waren und weiterhin im Reiche des Schenkenamtes walteten, an den Wahlen der deutschen Könige teilnahmen und schließlich jeweils dem Oberhaupte des deutschen Reiches ihre Rangserhöhung dankten, was dürfen wir aus all dem anderes herauslesen als die wichtige Tatsache, daß Böhmen erst als Herzogtum und dann als Königreich ein wichtiger Bestandteil im größeren Bau des alten Reiches gewesen ist? Wie hätten auch die noch wenig fortgeschrittenen Slawen Böhmens gegenüber dem starken Nachbar im Westen ihre volle politische Unabhängigkeit behaupten sollen, wenn sie sich mit dem zunächstwohnenden nordslawischen Volkszweig der Polen nicht nur nicht zusammenschlossen, sondern öfter heftig befehdeten und von der südlichen Slawengruppe durch den deutsch-magyarischen Siedlungsraum getrennt blieben?

Der politischen Abhängigkeit vom christlich-germanischen Westen entsprach eine solche kultureller Art und zwar in allen Lebenszweigen des slawischen Nachbarvolkes. Hätten wir keine anderen Zeugnisse, die tschechische Sprache allein schon mit ihren überaus zahlreichen Entlehnungen aus dem deutschen Sprachschatze würde diese Tatsache zur Genüge

erweisen. Einige Beispiele wenigstens zu dem Gesagten mögen hier Platz finden. Für das kirchliche Gebiet: církev = die Kirche, papež = der Papst, biskup = der Bischof, mše = die Messe, kříž = das Kreuz, kalich = der Kelch, fara = die Pfarrer, rada = der Rat (radnice = das Rathaus), truhlář = der Tischler, malíř = der Maler (malovati = malen), barvíř = der Färber (barviti = färben). Und schließlich für verschiedene Gegenstände: pluh = der Pflug, hoblík = der Hobel, cihla = der Ziegel, kachel = die Kachel komín = der Kamin, flastr = das Pflaster, váha = die Wage, pošta = die Post, groš = der Groschen, krejcar = der Kreuzer, štola = der Stollen (bergmännisch), šachta = der Schacht u. a. m.

Unter dem Herzog Bořiwoj stellte sich allerdings mit der politischen Anlehnung an das großmährische Reich auch die Abhängigkeit von der durch die griechischen Brüder Cyrill und Method aufgerichteten slawischen Kirche ein. Aber diese Abhängigkeit, die politische wie kirchliche, bildete nur eine kurze Episode. Ausschlaggebend für die Christianisierung und kirchliche Ordnung Böhmens blieb der Westen. Regensburg, die alte Hauptstadt des Bayerlandes und hervorragende kirchliche Stätte, stand bei dem großen Bekehrungswerke im Vordergrunde. Hieher waren bereits im Jahre 845 vierzehn tschechische Häuptlinge gekommen, um im Beisein Ludwigs des Deutschen die Taufe zu empfangen. Von Regensburg aus zogen in der Folgezeit immer wieder glaubenseifrige Priester durch den schier endlosen

Nordwald, um jenseits von diesem, auf böhmischem Boden, ihrem Missionswerke zu obliegen. Durch mehr als ein Jahrhundert hat denn auch das Böhmerland zur Regensburger Diözese gehört. Im Jahre 973 ist dann Prag selbst der Mittelpunkt eines Bistums geworden. Das Egerland, das in dieser Zeit und noch lange hin in politischer Hinsicht mit Böhmen nichts gemeinsam hatte, blieb auch weiterhin im Verbande des Regensburger Bistums.

Die Mitglieder des Regensburger Domkapitels waren für die Abtrennung Böhmens nicht besonders eingenommen, doch sein Oberhirt St. Wolfgang, der das Interesse des Glaubens und der Kirche über jedes andere gestellt sehen wollte, sprach sich für die Verselbständigung der böhmischen Kirche aus und so konnte die Gründung des neuen Sprengels vor sich gehen.

Trotz dieses Schrittes blieb der deutschen Geistlichkeit immer noch ein Einfluß auf die weitere Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in Böhmen gewahrt, da das neue Bistum bis ins 14. Jahrhundert hinein im Verbande der Mainzer Erzdiözese verblieb.

Die Loslösung aus dem Heidentum hat sich bei den Slawen Böhmens, ähnlich wie bei unseren Altvordern, nur langsam vollzogen. Oft noch ward der fromme Bischof Adalbert († 997) dadurch schmerzlich berührt, daß das „verderbte Geschlecht" in seiner Verhärtung von den heidnischen Festen nicht lassen wollte, daß immer noch mit Menschen Handel ge-

trieben wurde, der Adel der Vielweiberei huldigte, daß nahe Verwandte Ehen eingingen u. a. m. Und noch im 11. Jahrhundert mußte Bischof Cosmas gegen heidnische Opfer und Totenbestattung, Zauberei und Wahrsagerei zu Felde ziehen und darüber bittere Klage führen, daß die seiner Obhut anvertraute Herde auf solche Dinge mehr gäbe als auf die Lehre der christlichen Priester.

Was meldet die Überlieferung weiterhin über die Herkunft der in ältester Zeit im Lande tätigen Geistlichkeit? Der erste Bischof, der in Prag einzog, war ein Deutscher, der Sachse Dietmar (Theotmar); mit der Absingung des deutschen Spruches: „Christ uns genade und die heiligen alle helfen uns" gaben ihm die Herzoge und die Großen des Landes bei seinem Einzuge das Geleit. Und wenn unter seinen Nachfolgern Männer waren mit Namen wie: Theodag, Ekkehard, Hermann, Meinhard, so dürfte wohl auch über deren völkische Zugehörigkeit kein Zweifel bestehen. Auch jener hervorragende Domprobst Markus (11. Jahrhundert), von dem der Chronist Cosmas meldet, daß „er alle durch sein Wissen überstrahlt hätte, die damals im böhmischen Lande weilten; daß alles, was die Prager Kirche an Heiligkeit, an kirchlicher Einrichtung, an Ansehen besessen, sie ihm verdankt habe," auch er war „aus altadeligem, deutschem Geschlechte" hervorgegangen. Und neben dem rühmlichen Wirken deutscher Weltgeistlichkeit steht eine ebenso reiche, fruchtbare Tätigkeit deutscher Mönche und Nonnen.

Die ältesten klösterlichen Niederlassungen gehören in Böhmen wie anderwärts dem Benediktinerorden an. Ostrow, das wir herausgreifen wollen, ward um das Jahr 1000 gegründet und erhielt seinen Abt aus dem berühmten bayrischen Kloster Altaich. Das im Vorlande des nördlichen Böhmerwaldes von den Landesherzogen gegründete und reichbeschenkte Stift Kladrau rief, nachdem es mit tschechischen Brüdern nicht recht vorwärts gehen wollte, wiederholt deutsche Mönche aus dem schwäbischen Kloster Zwiefalten herbei. Noch größer ist die Zahl der Prämonstratenser- und Zisterzienserklöster, die im 12. Jahrhundert zuwuchsen und in denen das deutsche Element entweder durchaus herrschte oder doch wenigstens die leitenden Persönlichkeiten stellte. So kamen die Prämonstratenser von Seelau und Strahov aus Steinfeld am Rhein, die Zisterzienser von Maschau aus Waldsassen, die von Hohenfurt aus Wilhering in Oberösterreich und die des nachbarlichen Goldenkron aus Heiligenkreuz im Wienerwald. Diese ältesten Zuzügler im Mönchsgewand waren Männer von großer Sittenstrenge und Einfachheit und erwiesen sich als Begründer einer höheren Gesittung und Bildung. Die spärlichen Nachrichten, die wir über die ältesten Schulen des Landes haben, weisen meist auf die Klöster hin. Wenn auch in diesen Klosterschulen zu allernächst die kirchlichen Bedürfnisse berücksichtigt und auf die Heranbildung des eigenen mönchischen Nachwuchses das Hauptaugenmerk gerichtet wurde, so fielen doch

auch viele kostbare Körnlein für jene Schüler ab, die in der Laienwelt verbleiben wollten.

Doch das geistige Schaffen der Klöster reichte weiter. Aus ihnen ist ein guter Teil der ältesten Geschichtsaufzeichnungen hervorgegangen und nur durch ihre fleißigen Abschreibearbeiten ist uns so manches alte, wertvolle Geistesdokument erhalten geblieben. In den Klöstern ward der Grund gelegt zu jenen reichen Bibliotheken, deren Handschriften, Urkunden und Bücherbestände es uns ermöglichen, das Bild der Vergangenheit zu zeichnen. Nicht minder wichtig war die künstlerische Betätigung. Waren es doch häufig die Brüder selber, die die Klosterbauten aufführten und mit würdigem Schmucke erfüllten. Der kunstreiche Abt Reinhard des Klosters Sazawa, „der da malen, meißeln und schmieden, Bildnisse aus Holz, Bein und jedwedem Metall anfertigen konnte und in der Schmiedekunst und Glasschmelzerei erfahren war," er stand mit solch umfassender Kunstbetätigung nicht allein da. Doch auch gröberer Handarbeit, wie sie in Wald und Feld, im Weinberg und Garten am Platze ist, waren die Brüder nicht abhold. Sie rodeten die Wälder, schufen urbaren Boden und richteten neue Siedlungen auf oder gaben doch Winke und Weisungen hiezu. Zumindest bei jenen Klöstern, die in den Grenzbezirken gegründet wurden (wie Hohenfurt, Goldenkron, Braunau) ist dies erwiesen. Mit Vorliebe wurden zu solcher Neubesetzung Leute aus der wohlvertrauten Heimat herbeigeholt. So erschei=

nen die zahlreichen über das Land verstreuten Klostergründungen als wahre Kulturinseln, von denen ein belebender Hauch auf das umliegende Land ausstrahlte. Immer in fester und reger Verbindung mit dem deutschen Mutterland bleibend und daher zu mancherlei guten Anregungen befähigt, wurden sie so recht zu Lehrmeistern und Führern der Zeitgenossen.

Vom kirchlichen Leben wenden wir unseren Blick nach dem weltlichen hin. Auch hier ist deutscher Einschlag und Einfluß nicht zu verkennen. Der Landesherzog, der seinem Volke Herr, oberster Richter, Führer und Beschützer war, ist von einem Hofstaat umgeben, dessen Gliederung und Benennung deutlich an das westliche Muster und Vorbild gemahnen. Wie in den Staaten der germanischen Frühzeit begegnen wir am Prager Hofe dem Kämmerer, Truchseß, Schenken und Marschalk. Das Grafenamt, seit Karls d. Großen Tagen das Fundament in der Verwaltung deutscher Lande, wird auch in Böhmen angetroffen. Zum Jahre 1086 wird eines deutschen Grafen Markwart besondere Erwähnung getan. Das deutsche Gepräge des Herzogshofes wird vollauf verständlich, wenn wir hören, daß eine ganze Reihe der Přemysliden mit deutschen Fürstentöchtern vermählt war. Diese Herzoginnen Hemma, Judith, Ida, Gertrud, Adele, Gutta und wie sie alle heißen mochten, kamen nicht allein ins Land, sondern brachten ihren deutschen Hofstaat mit und lebten fürderhin nach deutscher Sitte. So waren die späteren Přemysliden mütterlicherseits

fast durchgehends Deutsche. Soll es da wundernehmen, daß sie für deutsches Wesen und deutsche Kultur ein besonderes Verständnis und hohe Wertschätzung an den Tag legten? Daß sie die deutschen Sänger liebten und förderten und daß König Wenzel II., als er sich selber als Dichter versuchte, seine Lieder in deutscher Sprache abfaßte? Das Beispiel des Hofes aber war wieder für den Adel des Landes maßgebend. Er ahmt nicht bloß die Lebensweise der deutschen Standesgenossen nach, sondern baut auch seine Burgen nach deutschem Muster und legt diesen und damit auch der Familie deutsche Namen bei.

Doch nicht allein deutsche Priester und Mönche, Ritterleute und Fürstentöchter, auch Kaufleute und Händler haben frühe schon ihren Weg nach Böhmen gefunden. Es will beachtet sein, daß der große Franke Samo, der im 6. Jahrhundert zu den Wenden kam und sie vom awarischen Joch befreite, in den Quellen als Kaufmann eingeführt wird. Unter Karl d. Großen (805) wurden an der fränkischen Ostgrenze mehrere Plätze bezeichnet, an denen sich der Handelsverkehr mit den östlich wohnenden Slawen abwickeln sollte und ein Jahrhundert später treffen wir zufolge der Zollordnung von Raffelstätten (903—906) einen lebhaften Handel zwischen Böhmen und dem ostmärkischen Kolonisationsgebiet im Gange.

Nicht minder bedeutungsvoll sind die Mitteilungen, die wir Ibrahim Ibn Jakub, einem

jüdischen Kaufmanne aus Spanien, danken. Er ging im Jahre 973 als Mitglied einer sarazenischen Gesandtschaft zu Kaiser Otto I. nach Merseburg und lernte bei dieser Gelegenheit auch Prag kennen, das er uns als den „größten Handelsplatz in slawischen Landen" schildert. Warägische Kaufleute, die den ost- und nordeuropäischen Handel beherrschten, Händler aus Krakau, Ungarn, Muselmänner und Juden, sie alle suchten hier ihre Geschäfte zu machen. Sklaven, Pferde, Biberfelle, Pelzwerk, Sättel, Zäume und Schilde standen unter den Handelsartikeln obenan. Dabei machte der Spanier noch die weitere interessante Wahrnehmung, daß in Böhmen dünne, wie Netze gewebte Tüchelchen, deren man Kisten voll besaß, im Handel und Verkehr an Geldesstatt gebraucht wurden. Wenn in der voranstehenden Aufzählung der Besucher Prags, das als Markt mit einem geradezu internationalen Verkehr erscheint, Deutsche auch nicht eigens erwähnt werden, sie blieben doch nicht ferne, zumal bereits für das 10. Jahrhundert die Anwesenheit des bayrischen Kaufmannes im ferner gelegenen Polen erwiesen ist. Wie lebhaft sich die deutschen Kaufleute für das Handelsemporium Prag interessierten, das erweist die bereits unter König Wratislaw am Poříč nachweisbare deutsche Siedlung, die wohl zumeist Kaufleute umfaßte und der dieser Fürst solche Bedeutung beimaß, daß er ihre besonderen Rechte in einem eigenen Privilegium niedergelegt sehen wollte. Dieses überaus wichtige Dokument, das 1178 durch

Herzog Sobieslaw II. eine Bestätigung erfuhr — nur diese ist uns erhalten — hat man mit gutem Grunde als die *Magna charta der Deutschen Prags* und im weiteren Sinne als der Deutschen in Böhmen überhaupt bezeichnet. „*Ich nehme*", so läßt sich der Landesherr in der Urkunde in bedeutungsvoller Weise vernehmen, „*die Deutschen, die unter der Burg Prag leben, in meine Gnade und meinen Schutz auf und will, daß sie, wie sie als Volk verschieden sind von den Tschechen, so auch geschieden seien von den Tschechen in ihrem Recht und ihren Gewohnheiten. Ich gewähre daher ihnen zu leben nach dem Gesetz und nach dem Rechte der Deutschen, das sie seit den Zeiten meines Großvaters, des Königs Wratislaw, innehaben.*" Und weiter heißt es in der Urkunde: „*Wisset, daß die Deutschen freie Leute sind.*" Die deutsche Gemeinde hatte die freie Wahl ihres Richters und Pfarrers. Dem Richter stand die Gerichtsbarkeit über die Gemeindemitglieder zu, nur die Bestrafung von Mord, Diebstahl und Friedensbruch behielt sich der Herzog selbst vor. Kein Deutscher durfte verhaftet werden, wenn er Bürgen stellen konnte oder ein Haus besaß. Die Deutschen waren frei von allen Abgaben, nur zur Verteidigung des Landes konnten sie verhalten werden. Befand sich der Herzog auf einer Heer=

fahrt außerhalb des Landes, so oblag ihnen die Bewachung der Stadt.

Daß die Sühngelder in Regensburger Münze gezahlt wurden, darf als ein Beweis dafür angesehen werden, ein wie reger Handelsverkehr sich damals zwischen Böhmen und Bayern abspielte.

Durch die Tatkraft und Umsicht ihrer Angehörigen wuchs die autonome deutsche Gemeinde zusehends, erlangte die Herrschaft über den Markt, ergänzte sich durch bodenständige slawische und andere fremde Elemente, wozu das Privilegium Sobieslaws berechtigte, und griff auch territorial weiter aus, wobei sie aus dem eben erwähnten Freibrief und ähnlichen Privilegien, die später hinzugegeben wurden, immer die rechte bürgerliche Lebensluft zog. So erwuchs „in still fortschreitender Entwicklung" aus dem Marktort eine bedeutende Stadt, das deutsche Prag.

Und wie in Prag, so sind wohl auch an den anderen größeren Handelsplätzen im Lande frühzeitig schon Deutsche zu treffen gewesen, wenn auch nicht immer in dauernder Niederlassung. Dort und da treten aber im 12. Jahrhundert auch schon deutsche bäuerliche Siedler auf böhmischen Boden über und beginnen in den breiten Grenzwaldgürtel, der bislang als des Landes natürlicher Schutz unberührt geblieben war, Bresche zu legen.

Im Egerland, das ein Zugehör des von Regensburg bis ans Fichtelgebirge reichenden bayrischen Nordgaues war, sind dessen Verwalter die Mark-

grafen von Vohburg und nach diesen die Hohenstaufen die Schöpfer deutscher Kultur geworden. Das Ländchen war vom Westen her leicht zu betreten und so rückten durch Zutun jener Geschlechter Rittersleute und deutsche Bauern vor und legten über die ältere slawische Kulturschicht eine neue, die deutsche, die dem ganzen Umkreis für alle Zeit den Stempel aufdrücken sollte. An dem hier in die Wege geleiteten Kolonisationswerk beteiligte sich mit großem Eifer das Zisterzienserstift Waldsassen, das im Laufe des 12. Jahrhunderts von den Přemysliden im oberen Egergebiet namhafte Gebietsschenkungen erhalten hatte. Und um noch ein Beispiel anzuführen: Im südlichen Böhmerwald erlangte das am Donaustrande hausende, mächtige Grafengeschlecht derer von Bogen das Gebiet um Winterberg und Schüttenhofen als Mitgift der Prinzessin Ludmilla, der Tochter des Böhmenherzogs Friedrich, und es traten noch im 12. Jahrhundert in jener Gegend die ersten deutschen Dorfschaften hervor. — Aus all dem vermögen wir deutlich genug zu erkennen, daß lange vor 1200 im Böhmerlande deutsches Volk und deutsche Kultur eine namhafte Rolle spielten und daß daher Palacky und alle, die ihm hierin folgten, gegen die geschichtliche Wahrheit verstoßen, wenn sie der ganzen Frühzeit des Landes Böhmen einen rein slawischen Charakter zusprechen wollten.

Mit der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert hebt in der Geschichte Böhmens ein neuer Abschnitt an. Er ist gekennzeichnet durch ein verstärktes Hervortreten deutschen Volkstums und durch eine Mehrung seines Einflusses auf schier allen Lebensgebieten. Bislang hat die Geschichtschreibung diese wichtige Erscheinung auf eine stärkere Zuwanderung von Kolonisten aus dem Reiche zurückgeführt und diesen Zuzug sowie die in der Folge in Stadt und Land geleistete reiche Kulturarbeit als die deutsche Kolonisation in Böhmen bezeichnet. An ihr glauben wir festhalten zu müssen, obwohl sich in den letzten Jahren Stimmen erhoben, die mit den Vorstellungen „über Kolonistenwesen und was damit zusammenhängt," brechen wollen.

Eine Frage erhebt sich da sofort: Warum gerade in diesem Zeitpunkte eine verstärkte Zuwanderung aus dem Reiche platzgegriffen haben sollte? Die Erklärung wird in erster Linie durch die gleichzeitige wirtschaftliche Lage in Altdeutschland, das ist in dem Raume zwischen Rhein und Elbe, gegeben. Hier war bis zu obigem Zeitpunkt aller Grund und Boden, der sich zur Bebauung eignete und urbar gemacht werden durfte, in Anbau genommen worden und damit war jener Zustand erreicht, den man als den vollendeten Ausbau des Landes zu bezeichnen pflegt. Da man in bäuerlichen Kreisen an der Unteilbarkeit des väterlichen Besitzes mit Recht festhielt, ebenso an der Nachfolge des ältesten Sohnes, so mußten die jüngeren Brü-

der, wenn sie als selbständige Bauern schaffen und auf der „sozialen Höhe" des Vaters bleiben wollten, in die Ferne ziehen, in die Urwaldwildnis eindringen, reuten, schlagen und brennen, um die den Menschen nährende Feld- und Wiesenfläche zu gewinnen und ein neues Heim aufrichten zu können: sie mußten sich in der Fremde kolonisatorisch betätigen. Noch im 12. Jahrhundert gehen Scharen solcher landsuchender Bauerssöhne in die mit dem Schwerte bezwungenen ostelbischen Lande ab und drücken diesen bis dahin slawischen Gebieten allgemach deutschen Charakter auf.

Auch im Zuge der Donau hatten sich deutsche Siedler nach dem Osten vorgeschoben, um in die Ostmark, nach Ungarn und selbst in das ferngelegene Siebenbürgenerland deutsches Leben zu verpflanzen. Im Norden der Karpathen faßten deutsche Siedler auf polnischem Boden Fuß und begannen hier das Leben in den Städten und vielfach auch auf dem Lande nach ihrem Rechte zu regeln. Auch in der Bukowina und in dem fernen Kiew ist es noch im 13. Jahrhundert durch deutsche Kolonisten zu gesteigertem Schaffen auf dem Gebiete materieller geistiger Kultur gekommen. Sollte da das sudetenländische Gebiet, das auf solche Weise im Süden und Norden umfaßt erscheint, unberührt bleiben? Schon infolge der geographischen Lage konnte die deutsche Kolonisation an Böhmen nicht gut vorbeigehen.

Aber auch die böhmischen Landesherren und Großgrundbesitzer wollten jene Bewegung in ihren

Dienst gestellt sehen. An den Grenzen des Königreiches weiteten sich bis in diese Zeit herein immer noch schier endlose Wälder von urwüchsigem Aussehen, die Bären, Wölfen und anderem wilden Getier eine wenig gestörte Heimstätte boten. Diese Waldreviere waren infolge ihrer Höhenlage die rauheren und weniger ertragreichen Landesteile; eben deswegen hatte sie der slawische Siedler im großen und ganzen gemieden. Ihm hatte das klimatisch besser bestellte und fruchtbare Landesinnere genug Spielraum geboten, wo er mit dem Haken, einem leichten Ackergerät, das fürs Leben Notwendige dem Boden abzugewinnen vermochte.

Nun rückte der rodegewandte deutsche Bauer, vom König und den anderen Großgrundbesitzern eingeladen, dem Waldlande mit aller Energie zu Leibe. Wollen wir einerseits seine Arbeitsleistung ermessen, anderseits uns ein Bild von der Wildlandschaft machen, an die er herantrat, dann brauchen wir nur die Ortsnamen ein wenig zusammenzuhalten und sprechen zu lassen. All die vielen Ortsbezeichnungen, welche Bildungssilben wie: schlag (107), reuth (reith) und rode (45), grün (93), ham, holz, forst, wald, busch und baum (zusammen 96), hau, schwand, gschwendt, gsenget, brand, braun, stock und strunk u. ä. aufweisen, sie alle künden von der Mühe und Plage, die unsere Altvordern auf sich nehmen mußten, bevor das wirre Wildland in menschennährendes Kulturland umgewandelt war. So erwuchsen im 13. und 14. Jahrhundert

in den gebirgigen Grenzregionen des Landes die deutschen Dorfschaften in immer größerer Zahl. Man hat sie für diesen Zeitraum abzuzählen versucht und ist hiebei weit über 700 hinausgekommen. Da aber die Urkunden nicht alle neuen Dörfer namhaft machen, so muß jene Zahl, wollen wir der Wirklichkeit nahekommen, noch viel höher angesetzt werden. Und das muß noch betont werden: diesen Boden hatte vor dem deutschen Kolonisten kein anderer betreut; der Deutsche erscheint in diesen Gauen als erster Siedler. Das große Werk aber, das die Altvordern im 13. und 14. Jahrhundert in den Grenzbezirken begannen, das haben die Nachfahren weitergeführt und in den folgenden Jahrhunderten treu behütet. Wenn daher die Zeit irgendwelche Besitztitel zu schaffen und zu erhärten vermag, dann muß es hier der Fall sein — bei der deutschböhmischen Heimaterde.

Die Ansiedlung geschah auf Grund fester Verträge und nach deutschem Recht. Nur unter dieser Voraussetzung waren die Kolonisten gewillt, an das schwere Werk der Urbarmachung heranzutreten. Gleich bei der Überlassung des Bodens zahlte der neue Siedler sein Einkaufsgeld, die sogenannte Anleit, und weiterhin entrichtete er alljährlich einen mäßigen Zins, sei es in Geld oder in Naturalien oder auch in beidem. Selten nur wurden von deutschen Kolonisten bestimmte persönliche Dienste gefordert. Diese Abgaben waren es, die den König

und die anderen Großgrundbesitzer, d. s. Adelige, Klöster und Kirchen, bewogen, ihren Besitz zu zerschlagen und Grund und Boden an die neuen Siedler abzulassen. Die Landesherren, die gerade zu Beginn des 13. Jahrhunderts in den dauernden Besitz der Königswürde kamen, hofften, auf diese Weise die Mittel zu erlangen, um sich glanzvoller geben zu können, als es bisher die Herzoge vermocht hatten.

Wenn die Kolonisten den Grund und Boden auch nicht zum vollen Eigentum empfingen, so hatten sie doch auf Grund des „deutschen" oder „emphyteutischen Rechtes" die Möglichkeit, ihren Besitz zu verkaufen oder frei zu vererben, wie auch sonst dieser neuen Bauernschaft persönliche Freiheit eigen war. Die Dorfgenossen zusammen bildeten eine autonome Bauerngemeinde, die sich zumeist ihr Oberhaupt, den Richter oder Schulzen, und die Schöffen frei erwählen durfte. Diese Männer ordnen die verschiedenen Gemeindeangelegenheiten und sprechen in leichteren Fällen auch Recht. Schwerere Fälle gehörten vor den Grundherrn oder auch vor das Gericht der nächstgelegenen Stadt. Ab und zu war das Schulzenamt in bestimmten Familien erblich. Es waren dies die Familien jener Männer, die seinerzeit die Heranbringung der neuen Siedler besorgt, bei der Abgrenzung der Dorfmark und bei Zuweisung der Hofstätten in entscheidender Weise mitgewirkt hatten, Männer, für welche in den Urkunden die Bezeichnung „Lokatoren" üblich ist. Für

diese besondere Mühewaltung gewährte der Grundherr außer dem erblichen Schulzenamt öfter noch etliche zinsfreie Hufen, das ausschließliche Schank- und Mühlenrecht u. a. m. So erwuchsen die neuen freien Bauerngemeinden. Den slawischen Bauern gegenübergestellt, war ihre Lage eine weitaus günstigere; denn diese waren meist unfrei und zu unbegrenzten Leistungen verhalten. Sie konnten überdies jederzeit von Haus und Hof gewiesen werden. Da ist es nur zu begreiflich, wenn die slawische Bauernschaft eine ähnlich günstige Stellung erstrebte, wie sie die deutschen Siedler innehatten. Die Grundherrschaften sind denn auch in vielen Fällen auf ihr Begehren eingegangen und haben durch Umkolonisation und Neuvermessungen slawische Dorfschaften nach deutschem Rechte ausgesetzt. So hat schließlich die deutsche bäuerliche Kolonisation auch auf die gedrückte slawische Bauernschaft im wohltätigsten Sinne zurückgewirkt.

Die Deutschen sind aber nicht bloß die Begründer eines freien Bauernstandes, sie sind auch die Schöpfer des böhmischen Städtewesens.

Zunächst und ganz unzweifelhaft in dem Sinne, daß sie das ins Land gebracht haben, was den Kern alles städtischen Wesens ausmachte: die städtische Autonomie, d. h. das Recht, durch freigewählte Organe die Verwaltung und Gerichtsbarkeit auszuüben. Größere Siedlungen hat es wohl vor dem 13. Jahrhundert bereits gegeben, in denen Handel

und Gewerbe wichtige Wirtschaftszweige geworden waren, aber die Bewohner dieser Niederlassungen unterstanden ebenso wie die bäuerliche Bevölkerung des Flachlandes der Amtsgewalt der landesherrlichen Beamten. Sollte die Siedlung zur Stadt werden, dann mußte sie aus diesem alten Hörigkeits- und Abhängigkeitsverhältnis herausgehoben werden. Der Anstoß hiezu ging von den Deutschen aus. — Durch Wahl bestellte sich meist die freie Bürgerschaft den Stadtrichter und die Geschworenen oder Schöffen. Verwaltungsgeschäfte und Rechtsprechung wurden anfänglich von ein und demselben Kollegium besorgt. Späterhin trat meist — im Bereich des Magdeburger Rechtes war es von Anfang an der Fall — eine Trennung ein in der Art, daß neben das Schöffenamt das Ratsamt trat, das sich der Verwaltungsgeschäfte bemächtigte und an dessen Spitze der meist auf einen Monat gewählte Bürgermeister trat.

Tun wir an dieser Stelle einen Blick in das Gezweige der städtischen Verwaltung. Ihren Mittelpunkt hat sie im Rathause, auf dessen Bau und Ausschmückung die Bürgerschaft beträchtliche Sorgfalt verwendet und das neben der Stadtkirche meist die Führung im Stadtbilde übernimmt. Im Rathause versammeln sich Richter, Bürgermeister und Schöffen, um zu beraten, zu beschließen und Rechtshändel zu schlichten. In der Gerichtssitzung und bei der Urteilsfällung ist den Schöffen das Stadtrecht Norm und Richtschnur, womit die Stadt bei ihrer Gründung bewidmet wurde.

Die Städte im nördlichen Teil des Landes leben nach Magdeburger Recht, die im Süden nach süddeutschem und die des Westens nach Nürnberger Recht, bezw. nach dem der Stadt Eger, das aus Nürnberg übernommen war. Für eine Reihe von Städten, deren Bewohner bergmännischem Berufe nachgingen, war die angesehene Bergstadt Iglau mit ihrem Rechte Mittelpunkt. Tauchen Fälle auf, in denen der Gerichtsversammlung eine Entscheidung zu schwierig erscheint, so wendet sie sich an die Mutterstadt ihres Rechtes — ihren Oberhof — um Rechtsbelehrung. Über ihr Stadtrecht wacht die Bürgerschaft ebenso gewissenhaft wie über die anderen Freiheiten, die sie noch dazu erlangt haben mochte, wie etwa Marktprivilegien, Stapelrecht, Bannmeilenrecht, das Recht des Straßenzwanges, Braugerechtigkeit u. a. m.

Im Rathause sind alle jene wichtigen Bücher hinterlegt — im ganzen Stadtbücher geheißen — die über die verschiedentlichen Rechtsgeschäfte des bürgerlichen Lebens: wie Kauf, Verkauf, Tausch, Schenkung und Testamente Auskunft geben. Im Gerichtsbuch sind in der Form kurzer Protokolle Aufzeichnungen über die Verhandlungsgegenstände der Gerichtssitzungen gebucht. Die Eintragungen besorgt der Gerichtsschreiber, oder Stadtschreiber, der meist niemand anderer war als der Schulrektor oder Schulmeister der Stadt. Der Schulmeister kam in dieser Stellung in die beste Fühlungnahme mit der übrigen Bürgerschaft und vermochte so die Wünsche, die er in Schulangelegenheiten hegte, unschwer durchzusetzen.

Die Sorge des Rates galt weiterhin der Herstellung und Instandhaltung der Straßen und Wege, der Plätze, Brunnen und Badstuben. Noch wichtiger war ihm die Stadtbefestigung, die im Auftrage des Landesherrn in bestimmter Weise durchzuführen war. Da hieß es immer gewissenhaft darüber wachen, daß Mauer und Türme, Tore und Brücken in gutem Zustande angetroffen werden. Die Stadt sollte eben wehrhaft sein. Sie mußte im Falle eines feindlichen Angriffes sich selbst verteidigen, sie mußte aber auch an der Bekämpfung äußerer Feinde und an der Landfriedenswahrung Anteil nehmen. Daher denn die Bürgerschaft nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht hatte, Waffen zu besitzen. Sie sind im Rathause oder im Hause des Gassenhauptmannes hinterlegt, der im Ernstfalle seine Leute sammelt und kommandiert. Die allgemeine Wehrpflicht, die dem frühesten Mittelalter geläufig gewesen war, dann aber durchbrochen und fallen gelassen wurde, sie tritt hier wieder in Erscheinung.

Der Rat sorgt, wenn der König seinen Besuch ansagen läßt, für seine und seines Gefolges Verpflegung und Unterkunft und unterläßt es nicht, durch reiche Geschenke und Ehrungen der Stadt die dauernde königliche Gunst und Gnade zu sichern. Gastfreundschaft, Willkomm und Ehrentrunk bietet der Rat auch dann, wenn etwa Gesandte oder Boten aus benachbarten oder befreundeten Städten erschienen waren.

In der Heimat hatte der deutsche Bürger bereits eine Schule gehabt und schätzen gelernt. Er bringt

nun auch im kolonialen Osten auf die Gründung neuer Schulen, in denen den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr Rechnung getragen werden soll, als es bisher die Dom-, Kloster- und Pfarrschulen getan haben. In den neuen Stadt- oder Lateinschulen soll neben der Pflege des Lateinischen auf Rechnen, Schreiben und Lesen besonders Bedacht genommen werden. Die Kirche, die bislang das Schulwesen ganz als ihr Feld betrachtet hatte, ist ob solcher Bestrebungen der bildungsbeflissenen Bürgerschaft nicht sonderlich erbaut. Sie ist wohl bereit, der Bürgerschaft die Errichtung und Instandhaltung der Schule, ebenso die Vorsorge für die Entlohnung der Lehrer zu überlassen, diese selbst aber zu bestellen, will sie ganz als ihr Recht ansehen. Bei solch verschiedener Auffassung war ein Schulkampf unvermeidlich; er ist bezeugt für die Städte Leitmeritz, Saaz, Eger, Brüx, Taus u. a. Dank der Unterstützung, die die Bürgerschaft von königlicher Seite zu erfahren pflegte, vermochte sie ihre Wünsche durchzusetzen. Der Anfang mit der Verweltlichung der Schule ist gemacht, eine Tatsache, die darin Ausdruck erhält, daß neben Klerikern immer mehr Lehrer aus dem Laienstande auftreten.

Woher nahm nun wohl die Stadt die Mittel, um all den vielfältigen Obliegenheiten finanzieller Art zu entsprechen? Manche Einnahme floß aus dem städtischen Eigentum: aus Äckern, Wiesen, Weingärten, aus Maut und Gefällen, aus Zinsungen etwaiger zur Stadt gehöriger Dörfer, wie

solche die Stadt Budweis in ihrem Umkreis, einem Kranze gleich, erstehen ließ. Doch die ergiebigste Quelle blieb die von den Bürgern und zwar von arm und reich erhobene Steuer, welche Losung hieß und eingehoben wurde von den aus der Bürgerschaft erwählten Losungern oder Losungsherren. Herangezogen wurden für die Besteuerung das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen, wie auch das aus der beruflichen Betätigung erfließende Einkommen. Und getragen wurde die Steuer von reich und arm, weil die Bürgerschaft den Standpunkt einnahm, daß ein jeder, der die freimachende Stadtluft und die städtischen Freiheiten genoß, auch mit der Stadt „leiden" solle. Die Losungsherren, Männer des allgemeinen Vertrauens, hoben die Stadtsteuer nicht bloß ein, wobei sie sich in größeren Städten an die für diesen Zweck umschriebenen Stadtviertel hielten, sondern sie bestritten auch aus den Einnahmen die verschiedentlichen Zahlungen, sei es auf eigene Verantwortung, sei es im Auftrage des Rates. Der wichtigste Ausgabsposten, in den königlichen Städten wenigstens, d. i. in den Städten, die auf Königsboden erwachsen waren, war die alljährlich an die königliche Kammer in bestimmter Höhe abzuführende Königssteuer. Über Einnahmen wie Ausgaben machten die Losunger sorgfältige Aufzeichnungen im „Losungsbuch", da sie nach Ablauf ihrer Amtszeit der Bürgerversammlung Rechenschaft ablegen mußten. So rang sich in der mittelalterlichen Stadt neben

dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht auch das der allgemeinen Steuerpflicht durch.

Unzweifelhaft erscheinen damals schon die Städte mit ihrem reicheren Wirtschafts- und Verwaltungsleben dem Lande gegenüber als Punkte einer gehobenen Kultur und Lebensführung.

Diese ansehnliche Städtekultur war geboren aus dem Geiste städtebürgerlicher Freiheit und diese wieder hatte die freie Stadtverfassung zur notwendigen Voraussetzung. Wir sagten, daß die Deutschen zunächst einmal als Städtegründer in dem Sinne in Betracht kommen, daß sie die Bringer städtischer Selbstverwaltung und Selbstgerichtsbarkeit gewesen sind. Diese beiden elementaren Rechte mochte man älteren, allmählich großgewordenen und wirtschaflich bedeutsameren Siedlungen, die hiefür reif erschienen, gewähren: sie sind damit zur Stadt geworden. Doch wir würden die Verdienste der Deutschen um das böhmische Städtewesen nicht vollauf würdigen, wollten wir sie nicht auch als Städtegründer in dem Sinne rühmen, daß sie im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts über Anregung und mit Zustimmung der Könige, geistlicher und weltlicher Großer, d. i. der künftigen Stadtherren, den Grund zu einer Reihe neuer Siedlungen legten, d. h. neue Städte erbauten, die dann sogleich mit Stadtrecht bewidmet wurden. Öfter wurden solche Gründungen hart neben älteren Siedlungen durchgeführt, aus dem Grunde, weil diese so gelegen und baulich so geartet waren, daß eine

befriedigende Weiterentwicklung nicht zu erwarten stand, weil im besonderen die Umfestigung nicht gut durchführbar war, die die Landesherren für Städtesiedlungen wünschten und die nach dem Muster Kolins — damals Neuköln geheißen — vor sich gehen sollte. Die alten, offenen dorfartigen Niederlassungen mit ihren kleineren Kirchen und Friedhöfen lagen daher in der Folgezeit außerhalb der mauerumgürteten, nach bestimmten Plane geschaffenen Neustadt. Solche Entwicklung liegt beispielsweise vor bei Budweis, Pilsen, Mies, Kolin, Tachau u. a.

Bezüglich Budweis läßt eine Urkunde aus dem Jahre 1265 deutlich erkennen, wie der Burggraf Hirzo von Klingenberg Baustellen (areae) zuweist und zwar auf dem Grund und Boden des Königs Ottokar II. eben da, wo neben dem alten Budweis die Neustadt erbaut werden sollte (ubi nova civitas est edificanda circa Budvoyz).

Und, um noch ein Beispiel anzuführen, von der Neustadt bei St. Gallus, die neben der Altstadt Prag über Betreiben des Prager Bürgers und Münzmeisters Eberlin und seiner Freunde zustandekam, wird gesagt, daß sie prächtig erbaut worden sei (magnifice sit constructa). — Bei all diesen Neustädten will die Anlage besonders beachtet sein. Es ist immer ein rechteckiger Ringplatz im Zentrum vorhanden, der von den ansehnlichsten, oft laubengeschmückten Bürgerhäusern umgeben wird und von dessen Ecken die wichtigsten Gassen und Straßen unter rechtem Winkel auslaufen, die selbst wieder von den

kleineren Gassen unter gleichem Winkel geschnitten werden.

Aber auch die Fälle waren nicht selten, daß Städte an Punkten ins Leben gerufen wurden, wo bisher jegliche nennenswerte Besiedlung gefehlt hatte. Hier handelt es sich so recht um Gründungen aus „grüner“ oder „wilder Wurzel“. Politschka, Nimburg, Königsberg a. d. Elbe u. a. wären Beispiele hiefür. Mit Recht hat man als Höhepunkt solcher Gründertätigkeit die Zeit Přemysl Ottokars II. namhaft gemacht und es ist noch kein Grund vorhanden, diesem großen Přemysliden den Beinamen des Städtegründers abzuerkennen.

Die bürgerliche Bevölkerung, die zur Auffüllung dieser Neustädte notwendig war, floß zweifellos zum Teile aus den im Lande vorhandenen Volkskräften zu, zum Teile — und dieser war höchstwahrscheinlich der größere — kam sie von außen, aus dem „Reiche“. So wird es verständlich, daß auch jene Städte, die im Innern des Landes erwuchsen und die heutzutage rein tschechisch sind, in jener Frühzeit meist gut deutsche Siedlungen waren. Wir besitzen z. B. ein Verzeichnis der steuerzahlenden Bürgerschaft der Gründungsstadt Chrudym noch aus vorhussitischer Zeit und da begegnen wir einer erdrückenden Menge schönster deutscher Familiennamen. Ähnliches gilt von der Stadt Pilgram, die den Prager Erzbischöfen untertänig war. Man darf in dieser Zeit, da sich die Familiennamen erst herausbildeten und feste Formen gewannen, aus

der Namensform bezüglich der nationalen Zugehörigkeit des Trägers eher einen Schluß ziehen als heutzutage, nachdem im nationalen Bilde des Landes mehrfache Verschiebungen und Überschiebungen vor sich gegangen sind. Über die nationale Zusammensetzung jeder einzelnen Stadt Auskunft zu geben, ist infolge der geringen Zahl der Quellen, die die hussitischen Verheerungen überstanden haben, nicht möglich. Doch soviel läßt sich im ganzen sagen: wenn in einer Gruppe von Städten alle Bürger deutsch waren oder ihre Zahl weitaus überwog, so bildeten die Deutschen in anderen Städten lediglich die führende Oberschicht, die wohl auch das Stadtregiment in Händen hatte. Und sicherlich gab es auch Siedlungen, in denen die tschechische Bevölkerung durchaus vorherrschte und alle Führung hatte. Solches müssen wir wohl annehmen, wenn die Stadt Chotebořr ihre Eingaben an den Oberhof Iglau in tschechischer Sprache abfaßte oder wenn man der älteren Stadt Deutschbrod die jüngere als Böhm.-Brod gegenüberstellte.

Wir können zusammenfassend sagen: Allen Städten des Landes gemeinsam war die deutsche Stadtverfassung und den meisten: deutscher Geist, deutsches Wesen und deutsche Sprache. Das bezeugt uns die vielzitierte Nachricht, die Peter v. Zittau, Abt des Klosters Königsaal, zum Jahre 1334 hinterlassen hat; wir dürfen sie füglich schon hieher setzen. Er sagt: „daß dermalen in fast allen Städten des Königreiches

und am Hofe der Gebrauch der deutschen Sprache üblicher sei als der der tschechischen." Hiezu stimmt, was ein anderer Chronist, Benesch v. Weitmühl, überliefert: daß in Prag und in den anderen Städten des Landes jedermann seine Kinder deutsch lernen lasse.

Aus welchen Teilen des Reiches aber sollen die bäuerlichen und bürgerlichen Kolonisten gekommen sein? Im allgemeinen dürfen wir sagen, aus jenen Gebieten, die unmittelbar an Böhmen angrenzten: also im südlichen und südwestlichen Böhmen stammen sie aus Österreich und Bayern, im westlichen aus der Oberpfalz und Franken, im Erzgebirge und Egertal aus Sachsen und Meißen und im Zuge der Sudeten aus Schlesien. Für eines dieser Gebiete wenigstens, für das deutsche Südböhmen, wollen wir zu dieser Behauptung auch den Beweis zu erbringen suchen, wobei es nicht zu vermeiden ist, daß auf eine Reihe von Einzelheiten hingewiesen werde.

Für die übrigen Teile Deutschböhmens würde sich die Beweisführung ganz ähnlich gestalten.

Bis gegen Ende des 12. Jahrhunderts waren die gegen Österreich und Bayern gelegenen Grenzgaue bis heran an Netolitz und Teindles (bei Budweis), wie oben bereits angedeutet wurde, vorwiegend Waldland. Wir sagen: vorwiegend. Denn unzweifelhaft waren auch innerhalb der Grenzwaldregion an den altbegangenen Wegen, die an die

Donau führten, schon einzelne Siedlungen erwachsen, die sich wie Inseln in dem weiten Waldmeere ausgenommen haben müssen. Das Vorhandensein solch durchlaufender Wege und Steige darf nicht bezweifelt werden. Schon für die Markomannenzeit ist überliefert, daß Kaiser Commodus bei dem Friedensschlusse, womit er den langjährigen Markomannenkrieg beendete (181), zugestand, daß die Markomannen einmal im Monat in Gegenwart eines römischen Hauptmanns die Donaumärkte besuchen mögen. Ebenso kennt die aus dem Beginn des 10. Jahrh. stammende Raffelstättener Zollordnung einen regen Handel, der von Böhmen nach der Donau zielte und vorwiegend mit agrarischen Erzeugnissen und Sklaven aufwartete.

Die reichere urkundliche Überlieferung, die über die bayerischen und österreichischen Donaugaue vorliegt, läßt deutlich erkennen, wie der Siedlungsprozeß vom großen Strome aus immer weiter gegen Norden ausgriff, so, daß mit Ende des 12. Jahrhunderts die Kolonisation bereits in das obere Flußgebiet der Mühl, Rodl und Aist vorgedrungen war.

Der im Süden in Gang gekommene Prozeß der Urbarmachung bisherigen Waldlandes hat nun an der Landesgrenze nicht Halt gemacht, umsoweniger, als die mächtigen Witigonen die Grundherren in weiten Bezirken dies- und jenseits der Landesgrenze geworden waren. Dieses bayerische Geschlecht war noch im 12. Jahrhundert in die Dienste der böhmischen Landesherren getreten und hatte dafür weite

Gebiete im Süden des Landes in Empfang genommen. Die Geschichte aller hier gelegenen bedeutenderen Siedlungen (Rosenberg, Krummau, Wittingau, Gratzen, Schweinitz, Neuhaus) ist mit dem Namen der in mehreren Zweigen erblühenden Adelsfamilie enge verknüpft. In Oberösterreich waren die Witigonen seit dem Zeitpunkte reich begütert, da ihre Verwandten, die Schönhering-Blankenberge, ausgestorben waren (zwischen 1190 und 1192). Die Gütermasse, die auf diese Weise in der Hand der Witigonen vereinigt wurde, gestattete ihnen, an kleinere Adelsfamilien Teile ihres Besitzes, sei es in der Form von Geschenken oder Lehen, abzulassen. Es waren dies Adelige, die mit Kriegs- und Hofdienst, etwa als Kämmerer, Marschälle oder Burggrafen, den Witigonen zur Verfügung standen und deren Sitze zu Königshöfen im kleinen machten.

Wichtig ist es für uns in diesem Zusammenhange zu fragen, woher denn diese Dienstmannen gekommen sind. Wir begegnen unter ihnen: Prechtilo von Ried, Konrad von Turdeling, Gerbert von Merswanch, Kalhoch von Falkenstein (im oberösterr. Bezirk Lembach), Rüdiger von Haichenbach (seine Burg stand an der Donau unterhalb Passau), Alwik und Leutold von Finklham (Bezirk Efferding), Ulrich von Hohenpurch, den Dietmar, Rudolf, Ulrich und Wolfrad von Gusen (Bezirk Mauthausen), Albero von Rotenstein (Burg Rutenstein im oberen Naarngebiete gelegen), Heinrich von Altenburg (Bezirk Perg), Ulrich von Eichhorns (Nieder-Österreich, Bez. Allentsteig) u. a.

Nach diesen Ortsangaben ist es nicht schwer zu sagen, woher dieser Zuzug adeliger Mannen gekommen ist. Dem Bischof von Passau war die Anziehungskraft, die der Dienst am Hofe des mächtigen Witigonen Wok auf viele übte, schon viel zu groß und er drang daher in einem dem Jahre 1259 angehörigen Vertrage darauf, daß sich Wok verpflichtete, keine Ministerialen des Bischofs mehr zu seinem Dienste zu berufen.

Doch nicht etwa im Kriegsdienst und ritterlichen Übungen hat sich die Tätigkeit der Witigonen und ihres adeligen Anhanges erschöpft. Viel wichtiger und bleibend war jene Tätigkeit, die auf den weiteren Ausbau der noch unwirtlichen und wenig besiedelten Gebiete gerichtet war, die sie aus der Hand des Landesherren empfangen hatten. Noch im 12. Jahrhundert haben die Witigonen ihre Rode- und Gründertätigkeit aufgenommen, denn Orte, wie Hohenfurt und Rosenthal, die um die Mitte des 13. Jahrhunderts bereits ansehnliche Kirchorte waren, brauchten einige Zeit, es soweit zu bringen. Und im 13. Jahrhundert wird die Zahl der Neusiedlungen (novae plantaciones) immer größer und der deutsche Dorfname übernimmt die Führung in diesem Landesteile. Noch lebt einige Zeit neben dem deutschen der Slawe, oft genug beide in ein und demselben Orte beisammen, doch allmählich hat die kulturelle Überlegenheit des deutschen auf friedlichem Wege obsiegt und den südlichen Grenzgauen den deutschen Stempel aufgedrückt.

An diesem großartigen Kolonisierungsprozeß hat allerdings neben den Witigonen noch so manches andere Adelshaus mitgewirkt. Wir nennen weiter das bekannte österreichische Ministerialengeschlecht der Kuenringer, das zu Ende des 12. Jahrhunderts in dem Raume zwischen Deutsch-Beneschau und Gratzen Fuß faßte; die Herren von Michelsberg, die um Welleschin ihren Schaffenskreis hatten; den Burggrafen Hirzo von Klingenberg, dem König Wenzel I. in Anerkennung treuer Dienste die Herrschaft Mugerau geschenkt hatte. Hirzo, der bei der Gründung der Neustadt Budweis als das Vollzugsorgan des Königs Ottokar auftritt, war aus weiter Ferne gekommen, denn seine Stammburg hatte im Schwabenlande, am Neckarstrande bei Heidelberg gestanden. Auf der königlichen Burg Protivin begegnen wir um 1280 den Brüdern Leutold, Ulrich und Rüdiger aus dem alten oberösterreichischen Geschlechte der Prüschenke; ihre Aufgabe war es, die Krongüter im Südwesten zu schützen und zu verwalten. Kaum zu bezweifeln ist es auch, daß die Bavore, die in Strakonitz saßen und die Gründer des in den Vorbergen des Böhmerwaldes gelegenen Städtchens Barau sind, von Bayern ihren Ausgang genommen haben (Bawor = Bayer). Ihnen seien noch die mächtigen Grafen von Bogen angereiht, die in und um Winterberg und Schüttenhofen ein halbes Jahrhundert lang geboten haben.

In gleicher Richtung wie die genannten Adelshäuser betätigt sich eine Reihe kirchlicher Stiftungen auf südböhmischem Boden: Das Prämonstratenser-

kloster Strahow bei Prag in der Gegend von Tweras (südlich von Krummau); gleich nachbarlich das Benediktinerkloster Ostrow, dem auch die Pfarre Nitzau bei Bergreichenstein unterstand; das Kollegialstift Wyschehrad nannte einen Gebietsstreifen sein Eigen, der einem Korridor gleich von Prachatitz westwärts bis an die Landesgemarkung reichte und den der rührige Probst Johann (1325—1334) mit einer Reihe deutscher Siedlungen (darunter die bedeutendste Wallern) besetzte. In der Gegend von Bergreichenstein und Schüttenhofen lagen die Besitzungen des bayrischen Klosters Windberg, das sich ebenso der Gunst der Grafen von Bogen wie der přemyslidischen Herzoge erfreute; die Schenkungen von dieser Seite dürften die Prinzessinnen Ludmilla und Swatawa befürwortet haben, denen wir als Gemahlinnen der Bogener Grafen begegnen. Auch Altaich, das berühmte Benediktinerkloster am Donaustrande, hatte Zinse in Schüttenhofen inne. — Weitab von hier, in der Gmünder Gegend, treffen wir das österreichische Stift Zwettl mit einigem Besitz ausgestattet. — Die kolonisatorische Tätigkeit, die von diesen kirchlichen Instituten ausging, wird jedoch weit übertroffen durch das, was die zwei bedeutendsten Klöster Südböhmens, Hohenfurt und Goldenkron, geleistet haben; das erste eine Stiftung der Witigonen (1259) und mit Mönchen aus Wilhering besetzt, das zweite von Ottokar II. ins Leben gerufen (1263) und Zisterziensern aus Heiligenkreuz im Wienerwald übertragen. Goldenkron unterstand

seinem Mutterkloster, bis 1277 die politischen Verhältnisse den König veranlaßten, diese Verbindung aufzuheben. Ebenso pflegte Wilhering mit seiner Tochterstiftung gute Beziehungen, dessen Äbte auch zu Visitationen in Hohenfurt erschienen.

Die weiten Gründe, womit diese zwei Klöster von ihren Stiftern beschenkt wurden, waren nur zum kleineren Teile ertragreiches Gebiet, die Hauptarbeit hatten erst sie zu bestreiten und in feierlicher Weise spricht es der Abt von Goldenkron, als er 1393 in einem Streite mit dem Kollegiatstifte Wyschehrad seine Ansprüche auf eine Reihe deutscher Böhmerwalddörfer begründet, aus, daß es sein Kloster gewesen ist, das seit seinem Bestande mittelbar oder unmittelbar den Grund zu den umstrittenen Dorfschaften gelegt und deren Marken umgrenzt habe.

Doch nun zu der Frage: Woher sind die Leute gekommen, die auf den Gründen der erwähnten weltlichen und geistlichen Herren die eigentliche Rodarbeit durchgeführt haben?

Wenn nicht schon die Herkunft der Grundherren selber einen genug deutlichen Fingerzeig geben sollte, so tun dies andere Erscheinungen, die allerdings nicht mehr ganz auf geschichtlichem Gebiete liegen, sondern auf das Feld der Volkskunde und Siedlungsgeographie hinüberführen.

Wer das Land Oberösterreich im Norden der Donau durchwandert, der findet in dem Böhmen anliegenden Gebiete eigenartige Siedlungsformen:

große, langgestreckte Dorfschaften, deren zwei Häuserreihen die mitten durch den Dorfgrund hinziehende Straße begleiten. Die Gehöfte bestehen aus drei Baulichkeiten, dem Wohnhause, Stall und der Scheuer, welche nach drei Seiten hin den rechteckigen Hofraum begrenzen. An der vierten Seite des Hofes, der Dorfstraße zugekehrt, sind in einer dünnen Mauer oder Bretterwand ein Tor für den Wagenverkehr und eine Tür für Fußgänger eingebaut. An die Gehöfte schließen sich rückwärts die zugehörigen schmalen Streifen der Feldflur an. Diese Dörfer, die sich als die jüngeren Siedlungen des Landes Oberösterreich erweisen, sind im 12. und 13. Jahrhundert auf Waldboden nach einem bestimmten Plane angelegt worden, sie sind echte Kolonistendörfer. Auch die Ortsnamen, die zumeist mit der Endsilbe „schlag" oder auch „reut" gebildet sind, zeigen dies deutlich an.

All diese eigenartigen siedlungsgeographischen Erscheinungen treffen wir in Südböhmen, im Unterlande wieder.

Beachtung verdienen hier neben den vielen Rodedorfnamen auf „schlag" auch die Ortsnamen auf „ing" (z. B. Kalsching, Kalling, Grilling, Stübling, Heiming, Schmieding, Hintring, Ziering, Mödling, Malsching u. a.)

Die eigentliche Heimat der auf „ing" auslautenden Ortsnamen ist Oberösterreich (insbesondere das Traun- und Innviertel) und Bayern. Hier zählen wir solche Namen zu Hunderten und erklären

sie als uralte Ortsbezeichnungen, gebildet nach den Namen der alten deutschen Sippen, die sich hier in frühester Zeit (zwischen 500—800) niedergelassen haben.

In Böhmen sind lediglich im Süden mehrere solche Namen anzutreffen. Etliche von ihnen hat man als Nachbildungen tschechischer Namen hingestellt, z. B. Malsching nach Malšin oder Roisching nach Rojšin. Doch schon die Tatsache, daß diese Angleichung erstrebt wurde, weist darauf hin, daß der deutschen Bevölkerung die Namensform auf „ing" von anderwärts her geläufig war. Bezüglich der ing-Namen jedoch, die mit einer ursprünglich tschechischen Form sicher nichts zu tun haben, könnte man allenfalls an alte markomannische Sippensiedlungen denken; daß sich gerade hier im Süden des Landes markomannische Volksteile erhielten, erscheint ziemlich wahrscheinlich. Aber bei etlichen dieser von Haus aus deutschen ing-Namen steht es fest, daß die zugehörigen Siedlungen erst im 13. und 14. Jahrhundert begründet worden sind. In diesen Fällen kann es sich nur um Übertragungen der Ortsnamen handeln, die den Kolonisten von der Heimat her wohl vertraut waren. Denn die Zeit für durchaus neue Bildungen solcher Namen war längst abgelaufen.

Es besteht die auffallende Tatsache, daß auch die übrigen deutschen Ortsnamen Südböhmens, die nicht mit den Elementen -schlag, -reut, -ing gebildet sind, fast durchwegs auf bayerisch-österreichischem Boden

ihren Doppelgänger haben, eine Erscheinung, die kaum mißverstanden werden kann.

In dem einen Fall, wo die neue Siedlung direkt als Passauerschlag (jetzt Passern) bezeichnet wurde, ist die Herkunft der Bewohnerschaft in der deutlichsten Form angezeigt worden.

Aber nicht nur bezüglich der Ortsnamen zeigt sich eine so auffällige Zusammengehörigkeit zwischen Südböhmen und seiner Nachbarschaft, sondern auch hinsichtlich der Personennamen, die uns in älterer Zeit begegnen. Die Namen Stephan, Ulrich, Martin, Nikolaus, Veit, Pilgrim kehren hüben und drüben immer wieder.

Eine weitere Übereinstimmung finden wir in Sitte und Brauch und schließlich in der Mundart gegeben. Auch in Südböhmen, bis etwa zu einer Linie, die wir vom Dreisessel zum Libin (bei Prachatitz) führen, herrscht die Mundart des Landes Oberösterreich weitaus vor. Lehrreich auch müßte sich die Durchmusterung des mundartlichen Wortschatzes gestalten: denn sie würde eine ganze Reihe von Wörtern und Ausdrücken feststellen lassen, die wohl dem Unterländer und Oberösterreicher durchaus geläufig sind, die aber dem Egerländer oder Erzgebirgler ganz fremd sind.

Wir haben nun alle diese Wahrnehmungen zu deuten, die sich wiederholen würden, wollten wir nur unsere Wanderung an den übrigen deutschen Fronten des Landes fortsetzen? Nur so, daß wir sagen: Es sind eben Stammesteile mit allem,

was ihnen in der Heimat lieb und wert gewesen, über die Grenze gegangen und von verschiedener Richtung her gegen das Landesinnere vorgerückt. In den verkehrsreichen Städten freilich sind auch Zuzügler aus weiterer Ferne und aus verschiedenen Gegenden eingetroffen. In Prag, dessen allmählicher Werdeprozeß zur Stadt mit der alten deutschen Siedlung am Pořič aufs innigste zusammenhängt, war die deutsche Bevölkerung am buntesten zusammengesetzt, eine Erscheinung, die bei einem so wichtigen Handels- und Marktort, der im 14. Jahrhundert auch noch zum politischen Mittelpunkt des deutschen Reiches emporstieg, nicht sonderlich wundernehmen kann. Für die Zeit von 1340—1393 sind hier Familien nachweisbar aus: Regensburg, Passau, Furt, Nürnberg, Würzburg, Bamberg, Ansbach, Bayreut, Forchheim, Schweinfurt, Freisingen, München, Augsburg, Konstanz, Basel, Mühlheim, Straßburg, Frankfurt am Main, Speier, Mainz, Koblenz, Köln, Aachen u. a., oder um noch eine kleinere Stadt zu berücksichtigen, in Mies begegnen wir Familien aus Tachau, Plan, Eger, Amberg, Bamberg und Katzenelnbogen (14. Jahrhundert).

Häufiger als beim Bürgerstand finden wir Angaben über die Herkunft bei dem Adel des Landes. Eine kurze Umschau schon führt wie in Südböhmen so auch anderwärts zu dem Ergebnis, daß ein großer Teil in der Kolonisationsperiode aus dem Auslande

eingezogen ist: so etwa die von Seeberg, Dohna, Biberstein, Schönburg, Plauen, Trautenberg, Klingenberg, Schirnding und Schwarzenberg; letztere allerdings erst zu Beginn des 15. Jahrhunderts aus der Maingegend. Besonders lehrreich ist das Beispiel, das in dieser Hinsicht das Egerland gibt. Es erscheint frühzeitig von einem zahlreichen Adel durchsetzt, der aus der anschließenden Oberpfalz, aus dem Franken- und Vogtlande ins Ländchen vorgerückt war, um dann von hier, vielfach im Dienste der böhmischen Landesherren, etwa als Burg- oder Kreishauptleute, ihren Weg ins eigentliche Böhmerland zu nehmen.

Zusammenfassend möchten wir über die bedeutsamen Wandelungen und Wirkungen der deutschen Kolonisation in Böhmen sagen: Sie drückt sich zunächst einmal rein äußerlich im Landschaftsbild aus. Der schier endlose Wald in den Grenzregionen ist auf die Höhen zurückgewichen und herabsteigt, der Ebene zu, eine neue frische Siedlungszone, die erfüllt ist von zahlreichen Dörfern und Weilern, an die sich das der Waldwildnis abgerungene Feld- und Wiesenland schmiegt, und die geziert ist von stolzragenden Burgen und mauerumgürteten Städten. Böhmerwald und Erzgebirge haben aufgehört, die Ostgrenze des deutschen Sprachlandes zu sein, denn auch im böhmischen Kessel ist geschlossenes deutsches Volksgebiet erwachsen: hüben und drüben erklingt die deutsche Zunge, lebt man gleichen Sitten und gleichem Brauch. Die Zahl

der deutschen Pioniere, die schon seit alters auf böhmischem Boden tätig gewesen, ist nunmehr wesentlich vermehrt! Deutschböhmen ist erstanden und zwar auf so festem Grunde, daß wohl Schmälerung und Erschütterung, doch niemals mehr Vernichtung möglich war. Jetzt erst ist der Anschluß Böhmens an die christlich-germanische Kultur zur vollen Tatsache geworden. In zwei Formen hat sich die kolonisatorische Bewegung ausgewirkt: als ländlich-bäuerliche und als städtisch-bürgerliche. War das Betätigungsfeld der ersteren vorwiegend das Grenzgebiet, so das der zweiten das ganze Land. Und überall, wo das Deutschtum Raum gewann, erwies es sich als wertvolle Triebkraft, neue Formen und neues Leben erzeugend — ein Leben größerer Freiheit. Und diese ward auch dem zweiten Stamme zum Heile.

Nicht als gleichberechtigte Untertanen leben die Deutschen in jener Zeit in böhmischen Landen, nein, als bevorrechtete. Das Königtum, das in den rührig schaffenden Bürgern eine starke Stütze gegen den oft zur Anmaßung neigenden Adel gewann, weiß diese Stütze sehr wohl zu schätzen und eigene Privilegien sprechen von der besonderen Huld und Gnade, deren sich die Deutschen in Böhmen damals erfreuten. Wer immer aber, aller geschichtlichen Wahrheit zum Hohn, hier von Eindringlingen sprechen wollte, der müßte doch erst einmal die Ungereimtheit erklären und zeigen, daß man irgendwo auf der Welt Eindringlinge mit besonderen Gnadenbriefen begabt hätte.

II. Das Zeitalter der Luxemburger.

Die erfreuliche Entwicklung, die Böhmen im 13. Jahrhundert aufwies, erfuhr nach dem Erlöschen der Přemysliden (1306) nicht unbeträchtliche Hemmungen, die vor allem durch den raschen Wechsel der Herrscher und die damit verbundenen Parteikämpfe hervorgerufen wurde. Nach der ganz kurzen Regierung des Habsburgers Rudolf (1306—1307) wurde Heinrich aus dem gräflichen Hause Görz-Tirol zum König erkoren. Doch hat er sich bald den ehrgeizigen Adel und die hohe Geistlichkeit zu Feinden gemacht, indem er sich als Regent auf die Städte stützen wollte, deren materielle Mittel in dieser Zeit bereits zu solcher Höhe gediehen waren, daß man mit ihnen als einem wichtigen Faktor im politischen Leben des Landes mit gutem Grunde zu rechnen begann. Bald wurden von den Mißvergnügten geheime Fäden zum Hofe des deutschen Königs, des Luxemburgers Heinrich VII., gesponnen. Indem man dessen Sohne Johann mit der Hand der Přemyslidin Elisabeth die böhmische Krone anbot, glaubte man sich am einfachsten des mißliebigen Königs Heinrich entledigen zu können. Die Bedenken, die der deutsche König eine Zeitlang hegte, seinen noch wenig erfahrenen Sohn in das unruhige, von ständischen Gegensätzen erfüllte Land

ziehen zu lassen, hat schließlich der Erzbischof v. Mainz Peter Aspelt mit dem Hinweise auf die reichen Schätze Böhmens, das er aus eigener Anschauung kannte, zu zerstreuen verstanden. Mit Hilfe der ihm ergebenen Adelspartei vermochte der Luxemburger Johann das Land zu erobern und unter dem Jubel des Volkes in Prag einzuziehen. Fluchtartig mußte Heinrich das Land verlassen (1310).

Der Adel Böhmens aber hat es verstanden, aus dem Kampfe der beiden Fürsten für sich mancherlei Vorteil zu ziehen, sich durch mehrere Privilegien für die kommende Zeit eine herrschende Stellung zu schaffen. Als sich der neue König mit Ratgebern umgeben wollte, die vom Rheine gekommen waren — darunter der Erzbischof von Mainz — erhob jener sofort Klage über die Bevorzugung der Fremden, bis diese schließlich durch den König entlassen wurden. Später, am Tauser Landtag (1318), wurde der Beschluß gefaßt, daß kein Ausländer zu irgend einem Amte befördert und das Land nur nach dem Rate des Adels regiert werden dürfe. Diese demütigenden Beschlüsse mußte Johann hinnehmen, wenn er sich nicht mit dem Schicksal seines Vorgängers befreunden wollte. Wenn der Chronist von Johann meldet, „er ritt oder flog vielmehr nur zu oft in fremde Lande, man wußte nicht, wohin und zu welchem Zwecke“, so ist damit die Erklärung gegeben, daß auch in Johanns Tagen hinsichtlich der inneren Ordnung des Landes gar viel zu wünschen übrig blieb.

Gleichwohl verstand es König Johann, der Sitte der Zeit folgend, die Macht seines Hauses durch die Erwerbung wertvoller Landgebiete in der nächsten Nachbarschaft Böhmens zu mehren. Nur so konnten die Luxemburger mit den anderen mächtigen Geschlechtern des Reiches, mit den Wittelsbachern und Habsburgern, in erfolgreichen Wettbewerb treten und die Wiedergewinnung der deutschen Königskrone erstreben.

Kämpfe, Turniere und Abenteuer hat König Johann geliebt, wie kein anderer Fürst auf böhmischem Throne. Wir treffen ihn an den Gestaden der Ostsee und an der Seine ebensogut beschäftigt wie jenseits der Alpen, im sonnigen Italien. In der heißen Schlacht bei Crecy (1344) hat der blinde König, als „Krone der Ritterschaft" gefeiert, sein bewegtes ritterliches Leben geendet.

Böhmens neuer Herr wurde nunmehr der in Frankreich herangebildete Prinz Karl. Als Landeshauptmann (1334—35) und als Mitregent (v. 1338 an) hatte er mit dem Lande bereits Bekanntschaft gemacht. Wie es damals aussah, darüber läßt er sich in seiner Selbstbiographie also vernehmen: „Das Königreich traf ich in solchem Verfall an, daß auch nicht ein königliches Schloß und nicht ein Gut der Krone unverpfändet geblieben war. Die Barone waren zum größeren Teil arge Tyrannen geworden, die keine Furcht vor dem König kannten, nachdem sie dessen Macht und Gut unter sich geteilt

hatten. Ottokars hohe Burg in Prag lag fast ganz in Ruinen und ich mußte in der Stadt eine Bürgerswohnung beziehen". — Eine der ersten Aufgaben Karls war es daher, die königliche Autorität wieder aufzurichten und dem königlichen Amt jene Machtgrundlage zu geben, die es früher besessen. Die Rückgewinnung der verkauften oder verpfändeten Krongüter, Burgen und Schlösser war unerläßlich geworden und so wurde sie von Karl mit allem Nachdruck durchgeführt. Und wenn auch der König mit seinem Landrechtsentwurf (Majestas Carolina), der dem übermütigen Adel mancherlei Beschränkungen, vor allem bei der Rechtsprechung, auferlegen wollte, nicht durchdrang, so fand er doch noch genug Mittel und Wege, um all die Auswüchse, die in den letzten Jahrzehnten immer mehr in die Halme geschossen waren, gründlich zu beschneiden und dem Lande den langersehnten Frieden, Ruhe und Ordnung wiederzugeben. Hatte er doch in seiner „königlichen Barmherzigkeit in vielen schlaflosen Nächten" in bereitwilliger Anstrengung eines jeden Tages alle die Einzelnheiten mit wachsamer Sorge erwogen und im Gegensatz zu seinem Vater seine ganze Kraft der Neuordnung des Königreiches zur Verfügung gestellt. So wurde Karl, wie später Kaiser Maximilian I. bemerkte, „Böhmens Vater und des heiligen römischen Reiches Stiefvater".

In die unerfreuliche innere Entwicklung des Deutschen Reiches einzugreifen, hat sich nämlich der Kaiser erlassen, wohl mit Rücksicht auf die bereits

weitgediehene Machtstellung der Fürsten, die jeden unwillkommenen Reformversuch erschweren oder ganz unmöglich machen konnten. Selbst in der goldenen Bulle (1356), die die bedeutsamste Leistung Karls als Reichsregent darstellt und die vor allem die Wahl des deutschen Königs einwandfrei regeln sollte, nahm er auf das Ansehen Böhmens besonders Bedacht. Böhmens König sollte unter den weltlichen Kurfürsten den ersten Rang einnehmen. Auch wurde den Kurfürsten die eigentümliche Zumutung gemacht, daß sich ihre Söhne, wie um die Erlernung der lateinischen und italienischen Sprache, so auch um die der tschechischen bemühen sollten.

Auf das Reich lenkte Karl auch dann seine Blicke, wenn es galt, einen der vielen Hausmachtpläne zu verwirklichen. Hierin hat Karl den Weg, den sein Vater eingeschlagen, zielbewußt weiterverfolgt und Erfolge erzielt wie kein anderer Herrscher des Mittelalters. „Gleich einer Spinne hat Karl seine Netze über Süd-, Ost- und Mitteldeutschland gezogen". Die Eroberung der Lausitz, die Johann begonnen, wird beendigt, ebenso die Schlesiens, indem Schweidnitz und Jauer dazugewonnen wurde. Das „Wie" ist hier ebenso interessant als für Karls Sinnen und Trachten bezeichnend. Erst war eine Ehe seines erst vor kurzem geborenen Söhnchens Wenzel mit der Nichte des Herzogs Bolko oder einer eventuell zu erwarfenden Tochter vorgesehen. Als dann sein Sohn starb und auch seine zweite Gemahlin mit Tod ab-

ging, heiratete Karl selber die 14 Jahre alte, also außerordentlich jugendliche Nichte des Herzogs. — Viel Aufmerksamkeit schenkt Karl dem verpfändeten Egerland, das er enger mit Böhmen verknüpfen wollte; dies sollte dadurch erreicht werden, daß er einerseits den Egeranern verschiedene Privilegien verlieh, um ihre Handelsbeziehungen mit Böhmen zu mehren und anderseits dadurch, daß Karl an der Grenze des Ländchens Erwerbung an Erwerbung reihte, dieses auf solche Weise einkreiste und fester in seinen Herrschaftskreis zwang.

Vielfältig auch sind die Bemühungen Karls um die Angliederung der Oberpfalz und es hat die böhmischen Zeitgenossen mit Stolz erfüllt, sagen zu können, daß nahe am Weichbild der Stadt Nürnberg Grenzsteine mit dem Bilde des doppelgeschwänzten Löwen zu schauen waren. Auch am mittleren Main, im Hohenloheschen, im Württembergischen, im übrigen Süddeutschland, im sächsischen Muldegebiet, im Vogtland und oberen Saalegebiet suchte der weitausgreifende Hausmachtpolitiker Fuß zu fassen: es waren Länder, Städte, Märkte, Dörfer und Festen, die als Eigenbesitz, Lehen oder Pfand an Böhmen als Kernland angegliedert wurden. Die Mittel, deren sich Karl bei seinem Werke bediente, waren verschieden: zumeist gab sein Geld den Ausschlag. Und hieran gebrach es dem Kaiser nicht. Die Gruben von Kuttenberg und Iglau, die schon Ottokar II., wie ein Chronist berichtet, ungeheure Schätze, ja Türme voll Gold und Silber zu sammeln erlaubten,

sie standen im 14. Jahrhundert in voller Blüte und gaben der landesherrlichen Politik den nötigen finanziellen Rückhalt. Ein anderes Mal waren es Verträge, insbesondere Heiratsverträge, die zum Ziele führten, in nur ganz wenigen Fällen half man mit dem Schwerte nach.

Trefflich hat diese Seite kaiserlicher Betätigung der Chronist Jakob Twinger geschildert: „Dieser Kaiser strebte gar sehr nach Gut und nach Land und Leuten und was ihm an Gut ward, das legte er dem Königreich Böhmen zu und nicht dem Reiche. Er war gar friedsam. Wenn er etwas mit Güte zustande bringen konnte, so erließ er sich den Krieg. Und so kamen ihm gar leicht viel Land und Leute zu, während seine Vorfahren darum hart kämpfen mußten. Und wiewohl er anfangs, als er an das Reich kam, arm war und ihm zu Worms Schulden halber seine Hengste gepfändet wurden, so wurde er doch der reichste Kaiser, der seit vielen hundert Jahren gewesen war".

Höher noch steht Karls Bild in der Geschichte, wenn wir überblicken, was unter ihm auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kunst und des wirtschaftlichen Lebens geleistet wurde. Karl hat sich mit der Auffassung der meisten mittelalterlichen Herrscher, daß es genug sei, wenn sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und für Schutz gegen äußere Feinde sorgten, nicht zufrieden gegeben; er hat auch vielen anderen Gebieten seine nimmermüde Fürsorge zugewendet und so Böhmen auf eine

Stufe geistiger und materieller Kultur emporgehoben, auf der wir damals nur ganz wenige Länder stehen sehen. Er hat über Böhmen eine Zeit heraufgeführt, die man mit Recht als das goldene Zeitalter dieses Landes bezeichnet.

Zur Förderung der Wissenschaften und der Bildung seiner Untertanen gründete Karl mit Zustimmung des Papstes Klemens VI. 1348 die Prager Universität. Sie wurde nach dem Muster der Pariser Hochschule, die der Kaiser aus eigener Anschauung kannte, eingerichtet. Der Besuch der neuen Schule war bald ein überaus stattlicher, denn nicht nur aus den benachbarten Ländern, sondern auch aus England, Frankreich, der Lombardei, Ungarn und Polen kamen die Hörer herbeigeströmt. Die Frequenzziffer hat sich auch aus dem Grunde noch erhöht, weil sich Leute, die nicht die Absicht hatten, ernste Studien zu betreiben und nur in ganz loser Verbindung mit der hohen Schule standen, wie Buchhändler, Apotheker, Kaufleute, um die Aufnahme unter die Hörer bewarben, um die mancherlei Privilegien der Universitätsangehörigen zu genießen. Wirkungen des starken Besuches der neuen Hochschule waren es, wenn die Lebensmittel in Prag beträchtlich teurer wurden und ein starker Wohnungsmangel eintrat. Um diesen zu beheben, gründete Karl die Neustadt, die sich in weitem Bogen um den alten Kern, die Altstadt, legte und deren Wehranlagen, Mauer und Graben, überflüssig machte. — Jeder Hörer und Lehrer gehörte damals

außer seiner Fakultät einer der vier Nationen an, es waren dies: die böhmische, bayrische, sächsische und polnische. In letzterer gaben die zahlreichen deutschen Studenten aus Schlesien den Ausschlag. Jeder Nation kam bei den verschiedentlichen Abstimmungen und Wahlen je eine Stimme zu. Drei Stimmen waren demnach den Deutschen gesichert. Mit Rücksicht darauf, daß der weitaus größte Teil der Hörer und Lehrer deutsch war, darf die Prager Carolina als die älteste deutsche Universität bezeichnet werden.

Da die Universität zahlreiche Absolventen ins Leben hinausschickte, so fehlte es auch an Lehrern nicht, die den niederen Schulen vorstanden. Tatsächlich erhielt im Laufe des 14. Jahrhunderts so ziemlich jede Stadt im Lande ihre Schule, ja auch größeren Dorfschaften bleibt sie nicht vorenthalten. In Prag sind mehr als zwei Dutzend Schulen nachweisbar, das ist ein Stand an Bildungsanstalten, wie er kaum in einer anderen mittelalterlichen Stadt wiedergefunden werden dürfte. Die erfreuliche Folge der zahlreichen Schulgründungen war, daß die Bildung im Lande auf eine Höhe gebracht wurde, die bis dahin noch nie erreicht worden war.

Das reiche poetische Schaffen, dessen sich Böhmen am Ausgange der Přemyslidenzeit rühmen konnte (Reinmar v. Zweter, Meister Sigeher, Friedrich v. Sonnenburg, Ulrich v. Eschenbach, im nördlichen Böhmen geboren, mit seinen epischen Dichtungen „Wilhelm von Wenden" und „Alexander", Heinrich

v. Freiberg, der bedeutendste Dichter, den Böhmen im Mittelalter überhaupt aufzuweisen hat u. a.) und das als ein hochbedeutsamer Ausläufer mittelhochdeutscher Dichtung zu schätzen ist, trat allerdings gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts merklich zurück. Umso häufiger stellten sich gute Prosaleistungen ein, die dem mehr auf das Praktische gerichteten Sinn des Jahrhunderts entsprachen. Die chronistischen Geschichtswerke, wie das des Pulkawa, des Benesch v. Weitmühl u. a. nahmen Karls Interesse ganz in Anspruch. Hier soll auch Erwähnung finden, weil noch zu Ende des Jahrhunderts entstanden, jenes unter dem Namen „Der Ackermann aus Böhmen" bekannte Werk, das man als „das vollkommenste Stück Prosa in unserer älteren Literatur" bezeichnet hat. Der Verfasser nennt sich Johann von Saaz und dürfte daselbst als Lehrer an der Lateinschule tätig gewesen sein. — In dem berühmt gewordenen Streitgespräch, das mehrfach gedruckt und auch in andere Sprachen übertragen wurde, erhebt ein Witwer Anklage gegen den Tod, der ihm sein Liebstes, seine junge Frau, entrissen. Erst Gottvater überzeugt den grollenden und trauernden Mann, daß es notwendig sei, daß jeder Mensch dem Tode das Leben, der Erde den Leib und Gott die Seele gebe, womit die ergreifende Darstellung ihren versöhnenden Abschluß findet.

Im Süden der Alpen ist noch in Karls Zeit jener wundersame Geistesfrühling im Werden begriffen, den wir als Renaissance bezeichnen. Mit Begeiste-

rung und Zielbewußtsein greift man auf die unerschöpflichen Bildungsgüter der klassischen Völker zurück. Wenn dadurch die Freude an der schönen Form wieder zur Geltung kam und ein reineres Latein Gedicht und Epistel zierte, so war das nur eine äußerliche Frucht. Viel tiefer schrieb es sich in die abendländische Kulturentwicklung ein, daß nunmehr der Geist der Kritik erwachte, der allem starren Autoritätsglauben den Kampf ansagte und immer bestimmter das Recht auf die freie Entwicklung der Persönlichkeit forderte. Der große Poet und Gelehrte, der Schöpfer der neuen Geistes- und Denkrichtung, Petrarca, erschien am Hofe des Kaisers zu Gast und unterließ es als echter Humanist nicht, auch hierzulande den Samen neuen Lebens zu streuen. Johann v. Neumarkt, der Kanzler des Kaisers, war einer der ersten, der im Norden der Alpen in den Fußstapfen des großen Italieners wandelte.

Das Machtstreben der Luxemburger auf politischem Gebiete griff auch auf das kirchliche über. Auf Betreiben des Kaisers wurde das Prager Bistum von der Mainzer Metropole losgelöst und zum Erzbistum erhoben, dem Olmütz und die ebengegründete Diözese Leitomischl untergeordnet wurden (1344). Ernst v. Pardubitz, der die Reihe der Prager Erzbischöfe eröffnet, war einer der bedeutendsten Männer seiner Zeit und in seinem Eifer, Reformen zu schaffen, eine dem Landesherrn verwandte Natur. Die Verwaltung der Erzdiözese wurde zweckentsprechend organisiert und auf ge-

wissenhaft veranstalteten Synoden auf gute Zucht, Sitte und Bildung des Klerus hingearbeitet. Mit der Anlage der Libri erectionum, d. h. Errichtungsbücher, die uns über alle neuerstehenden Pfarreien, Kirchen, Kapellen, Altäre und Stiftungen aller Art Auskunft geben und der Libri confirmationum, d. h. Bestätigungsbücher, die über die Besetzung der verschiedenen kirchlichen Stellen unterrichten, legte Erzbischof Ernst den Grund zu sehr wertvollen Quellenbüchern, auf die der Geschichtsforscher immer wieder zurückgehen muß, wenn er über die kirchlichen Zustände des 14. und 15. Jahrhunderts Licht verbreiten will.

Und fürwahr, der Gönnersinn, der damals in adeligen und bürgerlichen Kreisen lebte und sich in Schenkungen und Stiftungen für die Kirche äußerte, war nicht klein. Was man von der Kirche als Gegenleistung erwartete, das waren Gebete, Messen, insbesondere Jahresgedächtnisse (Anniversarien) oder etwa ein Plätzchen in der Gruft des beschenkten Gotteshauses. Was wunder, wenn bei solcher Freigebigkeit der Besitz der „toten Hand" auch in Böhmen einen geradezu erstaunlichen Umfang erlangte. Die Erzbischöfe von Prag besaßen in Böhmen allein 17 große Herrschaften, das Domkapitel von St. Veit mit seinen 300 Klerikern sah seine Existenz durch die Bezüge und Nutzungen aus mehr als 100 Dörfern gesichert. Bei den reichen Klöstern des Landes lagen die Dinge ganz ebenso. Die Schilderung, die der mit Böhmen wohlvertraute

Humanist Äneas Silvius, später Papst Pius II., für das 15. Jahrhundert entwirft, muß erst recht für die vorhussitische Zeit gegolten haben. „Ich glaube, zu unserer Zeit gab es in ganz Europa kein Land, in dem so viele, so großartige, so reichgeschmückte Gotteshäuser zu finden waren wie in Böhmen. Himmelanstrebend waren die Kirchen. Die hohen Altäre belastet mit Gold und Silber, das die Reliquien der Heiligen einschloß, die Priestergewänder mit Perlen gestickt, die ganze Ausschmückung reich, das Geräte aufs kostbarste . . . . Und nicht nur in Städten und Märkten konnte man derlei bewundern, sondern selbst auf Dörfern." So die Aussage eines Italieners, der in der eigenen Heimat ein reiches kirchliches Leben zu schauen gewohnt war.

Die erhöhte Geltung, die Prag als kirchlicher Stätte zukam, sollte auch äußerlich Ausdruck finden: an die Stelle der alten einfachen Veitskirche, die im romanischen Stil gehalten war, trat ein prächtiger gotischer Dom, fürderhin das stolzragende Wahrzeichen der Stadt. Matthias v. Arras hat die Pläne entworfen und mit der Erbauung begonnen, die weitere Ausführung übernahm der schwäbische Meister Peter Parler, der in der Kölner Bauhütte herangebildet und von Karl selbst nach Prag berufen worden war. Über ein halbes Jahrhundert hat der geniale Dombaumeister in Böhmen gewirkt, einer rührigen Schülerschaft die Gesetze seiner Kunstrichtung, der deutschen Gotik, vermittelt und durch zahlreiche formvollendete Schöpfungen zu Ehren

gebracht. Wir begegnen am Hofe, im Bürgertum und Klerus einem für die Zauber der neuen Kunstschöpfungen durchaus empfänglichen Sinn. Auch an den notwendigen materiellen Mitteln gebrach es erfreulicherweise nicht. Das blühende Wirtschaftsleben, insbesondere der schwungvoll betriebene Bergbau, vermochte sie leicht an die Hand zu geben. Unter solchen Voraussetzungen konnte eine Baubetätigung einsetzen, wie sie das Land noch nicht gesehen hatte. Hier wird Altes umgebaut und in neue Formen gebracht, dort wieder vom Grund auf Neues geschaffen und durch eine rührige Kleinkunst in stilvoller Art ausgestattet. Die bedeutendsten Bauwerke sind in der Landeshauptstadt erwachsen, wo alle künstlerischen Bestrebungen wie in einem Brennpunkt zusammenflossen. Sie haben sich in unvergänglicher Weise in das herrliche Stadtbild eingeschrieben und künden es immer wieder, daß hier deutsche Meister geniale Pläne entwarfen und das deutsche Handwerk großen Ideen Gestalt verlieh. Diese herrliche Offenbarung spricht aus dem altehrwürdigen Bau der Karlsbrücke, wie aus den wundervollen gotischen Türmen, die ihr Ende schmücken, aus der Erkerkapelle am Altstädter Rathaus, aus der nachbarlich winkenden Teinkirche, zu deren Erbauung vornehmlich deutsche Kaufleute die Mittel beisteuerten, aus dem feingearbeiteten Erker am Karolinum und aus der eindrucksvollen Kuppel der Karlshofer Kirche. Sie wenigstens seien als die vornehmsten Zeugen einer großen Kunst=

periode angeführt. Doch auch außerhalb der Hauptstadt sind Perlen der deutschen Gotik erstanden: so in der Bartholomäuskirche in Kolin, in der Barbarakirche zu Kuttenberg und in der von mystischem Zauber umflossenen Felsenburg Karlstein.

Wie in der Baukunst und in den ihr dienenden Kunstzweigen, das sind in erster Linie Malerei und Plastik, in der karolinischen Zeit ein außerordentlicher Aufschwung wahrzunehmen ist, so auch im Gewerbe und Handel. Sie haben ihren Sitz fast ausschließlich in den Städten, ohne daß wir damit sagen wollen, daß es nicht auch viele Bürger, insbesondere in den kleinen Städten, gegeben hätte, die der Landwirtschaft lebten. Des Kaisers fürsorgliche Maßnahmen sind auch diesen Gebieten nicht ferne geblieben. Aus dem Orient berief er tüchtige Kunstweber, aus Italien Feinledergerber, damit durch sie die betreffenden Gewerbe im Lande heimisch gemacht und auf eine möglichst hohe Stufe gebracht würden. Die Papiererzeugung — die erste Papiermühle soll im Besitze Egers gewesen sein — und die Glasmacherei, die späterhin immer unter den führenden Erwerbszweigen stehen, finden in dieser Zeit erste Erwähnung. Nicht minder wichtig waren die in vielen Städten, voran in Prag, Eger, Friedland, Rumburg und Reichenberg, erblühende Tuchmacherei und Leinenerzeugung. Mit Zinnwaren trieben Venezianer und Lombarden einen ausgebreiteten Hausierhandel, bis in eben dieser Zeit in Prag und im Erzgebirge an die Herstellung solcher

Artikel geschritten wurde. Wie auf künstlerischem Gebiet, so erweist sich die Landeshauptstadt in der Ausübung des ehrsamen Handwerks als vornehmste Pflegestätte. Der kaiserliche Hof, der reichbegüterte Adel, der wenigstens einen Teil des Jahres in seinen Prager Häusern zubringt, die nicht minder reiche Kirche und schließlich auch die ersten Bürgerfamilien, gerne als Patrizier bezeichnet, die in annehmlicher Lebensführung hinter dem Adel ganz und gar nicht zurückstanden, sie alle vermochten dem Handwerk besondere Aufträge zu geben.

Die Träger des Handwerks schließen sich seit dem 14. Jahrhundert immer häufiger zu eigenen Vereinen, Zünften, Innungen, Gilden, bisweilen auch Zechen oder Bruderschaften geheißen, zusammen, wobei für sie in erster Linie die Wahrung wirtschaftlicher und Standesinteressen, dann aber auch gewisse kirchlich-religiöse und gesellige Rücksichten maßgebend waren. Es sind entweder Meister ein und desselben Handwerks, die sich vereinen, oder Angehörige verwandter Handwerke. So hat beispielsweise die 1348 in Prag von den Malern und Schildern gegründete „Malerzeche" auch die Goldschläger, Permeter (Pergamentmacher) und Schriftenmaler, die Bildschnitzer und Bildhauer und schließlich auch Glaser und Spiegler umfaßt.

Das Leben der Zunftgenossen wird durch eine eigene Satzung (Ordnung, Statut) geregelt, die der landesherrlichen Bestätigung bedurfte. Darinnen befinden sich Bestimmungen über Lehrlingswesen,

Gesellentum und Wanderschaft, über Rechte und Pflichten des Meisters, das Meisterstück, dessen Vollbringung zum Meistertitel führte, u. a. m. An der Spitze der Zunft steht der freigewählte Zunftmeister, der im Verein mit den übrigen Vorstandsmitgliedern die der Zunft zukommende Gerichtsbarkeit ausübt, wobei ihnen die meist im Statut enthaltenen Strafbestimmungen die Richtschnur abgeben. Die Versammlungen der Mitglieder erfolgen meist vierteljährlich und zwar in der Zunftherberge, wo auch die Zunftlade steht, in der Statut, Privilegien und etwaige Geldbeträge sorgsam hinterlegt sind. Was die Zunft bei offener Lade verhandelt, hat Anspruch darauf, vollernst genommen zu werden. Tritt die Zunft bei irgendwelchen festlichen Anlässen in die Öffentlichkeit, dann hält sie ein Stück darauf, Fahne und Wappen hervorzuholen.

Es waren entschieden gute Seiten des zünftischen Wesens, daß sorgsam darüber gewacht wurde, daß sich kein Unberufener und Unwürdiger der Ausübung eines bestimmten Gewerbes unterfange, daß leidende oder kranke Mitglieder die Unterstützung der anderen erfuhren und daß darauf gesehen wurde, daß das Publikum mit guter Ware versehen werde, wie das etwa die alte Ordnung der Prager Gastwirte vom Jahre 1330 sagt: „Es schullen auch die mulzer, die mit uns ze Prag sitzen, gute mulze (Malz) machen". Aber die Zünfte hatten auch ihre Kehrseite: sie bestand in einem oft in rücksichtsloser Weise hervorgekehrten Egoismus der Zunftgenossen, der sich vor

allem in Preissätzen und Forderungen äußerte, die wohl der Zunft zustatten kamen, wodurch aber die Verbraucher ausgenützt und bedrückt wurden. Daher dann am Ausgange des Mittelalters Klagen wie die, „daß die metzger das fleisch zu tewer gebent, die pecken das prot ze klain bachent, die schneider zu großen lon nement," gar nicht vereinzelt sind.

Die starke gewerbliche Produktion der Städte hatte einen lebhaften Handel zur Folge. Als Mittelpunkt erscheint auch in diesem Belange wiederum die Landeshauptstadt; dazu trug schon die Bestimmung Karls bei, daß alle nach Böhmen eingeführten Waren nach Prag geschafft und dort im Teinhofe verzollt und ausgeboten werden sollten. So kamen denn auf der Prager Altstadt Kaufleute aus allen Weltgegenden zusammen: Deutsche, Italiener, Franzosen und Leute aus dem Osten und regstes Kommen und Gehen herrschte auf allen aus dem Lande in die Nachbargebiete führenden Straßen. Doch die meistbenützten Wege blieben immer die nach Westen gerichteten, wie der Weg über Taus und seine zwei Seitenstücke, der goldene Steig und die goldene Straße.

Der goldene Steig, nach seinem End- und Ausgangspunkte auch der Passauer oder Prachatitzer Steig genannt, hat eben diesen Siedlungen und einer Reihe anderer, die an ihm gelegen waren, gutes Gedeihen und Wohlstand gesichert. Hunderte von Saumrossen, von den Frächtern oder Säumern geleitet, kamen in der Woche während der Winters-

zeit, wenn die sumpfigen Waldgebiete am leichtesten zu passieren waren, gegen Passau gezogen, um das dem Lande fehlende Salz herbeizuholen, wohl auch gewisse Erzeugnisse deutschen Gewerbefleißes wie Tuch, Gold- und Plattnerarbeiten mit nach Böhmen zu nehmen und bei der Wiederkehr mit dem Überschusse an agrarischen Erzeugnissen Südböhmens aufzuwarten: wie Bier, Kornbranntwein, Getreide, Fischen, Butter, Käse. Prachatitz war auf böhmischer Seite für die einlaufenden Frachten priviligierter Stapelplatz. Andere südböhmische Städte blickten mit einigem Neid auf die bevorzugte Waldstadt, deren Bürgerschaft schon durch die Art, wie sie ihre Häuser baute, erkennen ließ, welch reicher Gewinn aus ihren Privilegien floß. Und diese Privilegien hat die selbstbewußte Prachatitzer Bürgerschaft mit aller Leidenschaft gegen die Versuche einzelner Nachbarstädte, unmittelbar mit der Bezugsquelle Passau in Verbindung zu treten, verteidigt — so lange sie konnte.

Die „gulden straze", wie sie in den gleichzeitigen Urkunden heißt, war der Hauptweg, der von Pilsen ausging, bei der Grenzstadt Tachau den nördlichen Böhmerwald querte und über Nürnberg nach Frankfurt weiterleitete; sie stellt die kürzeste Verbindung zwischen diesen Siedlungen dar und war den Nürnberger und Prager Kaufleuten ebenso erwünscht wie den Königen, wenn sie zu den Reichstagen zogen. Daß Karl auch für die Ausgestaltung des Straßennetzes Opfer brachte, wird nicht sonderlich

wundernehmen, wohl aber der weitgehende Plan, Moldau und Donau durch einen Kanal in Verbindung zu bringen.

Ausgezeichnet stand es in dieser Periode auch um die Landeskultur, um die Bodenwirtschaft. Karl hat Gewicht darauf gelegt, daß, wo immer es nur anginge, die Rebe angebaut werde. Etwaigem Widerstand wollte er selbst mit der Enteignung des Bodens entgegentreten. Andererseits sollten die neuen Weinkulturen allerlei Vergünstigungen erfahren und durch die Herbeischaffung besserer Sorten aus Burgund und Österreich in ihrem Ertrage gehoben werden. Es nahm infolgedessen der Weinbau in dieser Zeit in Böhmen eine außerordentliche Ausdehnung an, die weit über die Grenzen des heutigen Vorkommens hinausging. Wir finden z. B. auch in der Gegend von Pilsen, Mies, am Oberlauf der Eger und Elbe und in Südböhmen den Anbau der Rebe bezeugt. Noch weiter griffen die Hopfenpflanzungen aus; von den rauheren Randgebieten abgesehen, waren sie im ganzen Lande zu treffen. Auch die Teichwirtschaft erreichte damals einen hohen Stand.

Zu besonderen Ehren mag es Karl gereichen, daß in ihm bereits der Gedanke des Naturschutzes lebendig war. Mit beredten Worten preist er die Schönheit der Grenzwälder, die des Landes Zier seien und den Fremden mit Bewunderung erfüllten und die er vor jedem unnötigen Abhieb und aller Verheerung bewahrt sehen will. Benesch v. Weit-

mühl, der Zeitgenosse des Kaisers, der uns auch von diesen löblichen Bestrebungen meldet, bemerkt hiezu: „Als die Barone, Geistliche und Weltliche dies sahen, legten sie auch Wein- und Obstgärten und Fischteiche in Böhmen an, Gott dem Herrn Dank wissend, daß er ihnen einen solchen Fürsten gegeben, unter dessen Herrschaft ihnen alles wohl gedieh".

So lagen die Dinge unter dem Luxemburger Karl IV. Wir sehen, daß die Rede von einem „goldenen Zeitalter" ihre Berechtigung hat. Ein blühendes Staatswesen ersteht vor unserem rückschauenden Blick, wohl geordnet und verwaltet, gleich ausgezeichnet in der Richtung materieller wie geistiger Kultur. — Hatte man Böhmen früher schon als ein vorzügliches Glied im deutschen Reiche bezeichnet, so durfte dies in diesem Zeitraume erst recht geschehen, da die deutsche Kultur, dem Sauerteige gleich, alles Leben in Stadt und Land nachhaltig zu durchdringen begonnen und ihm ein vorwiegend deutsches Gepräge aufgedrückt hatte; da weiters das deutsche Prag den Kaiser und seinen Hof beherbergte, sodaß hier nicht bloß die Fäden aller luxemburgischen Hausmacht-, sondern auch der Reichspolitik zusammenliefen. Kein Teil des Reiches stand damals höher als Böhmen, keine Stadt höher als Prag.

Genau betrachtet, hatten mehrere Faktoren an dem Zustandekommen der glanzvollen karolinischen Zeit ihren Anteil: voran der Landesherr mit seinem klugen, fein abwägenden Sinn und seiner nimmer-

müden Schaffensfreude im Dienste seiner Hauslande, sodann die frisch vorwärtsstrebende deutsche Bürgerschaft, deren freier Geist im Lande alte Fesseln sprengen half, und schließlich die glückliche geographische Beschaffenheit des Landes: seine Fruchtbarkeit, seine reichen Hilfsquellen, sein Bergsegen, dessen großzügige Ausbeutung gerade damals aufgenommen wurde.

Doch es wäre unsere Schilderung des 14. Jahrhunderts unvollständig und seine Verhältnisse wären nicht allseits beleuchtet, wollten wir übersehen, daß trotz alles kulturellen Fortschrittes und alles äußeren Glanzes im öffentlichen Leben, auf kirchlichem, sozialem und nationalem Gebiete mancherlei Keime vorhanden waren, die noch zu allerlei Fährlichkeiten hinführen konnten. War diese Gefahr unter Karls kraftvoller Herrschaft geringer, umso größer wurde sie unter seinem schwächlichen, schwankenden Nachfolger Wenzel. Unter ihm kamen jene Gefahrenmomente ganz an die Oberfläche und verzehrten, einer gierigen Flamme gleich, das prächtige Gebäude, das sein Vorgänger aufgerichtet hatte.

Die Mißstände, die im 14. Jahrhundert allenthalben im kirchlichen Leben des Abendlandes zu treffen waren, sind auch der Kirche Böhmens nicht fremd gewesen. Einzelne Übelstände sind bei ihr in verstärktem Maße hervorgetreten, weil hier jene Erscheinung, die nach dem Urteil tiefer blickender Zeitgenossen die Wurzel aller Mißstände war, der irdische Besitz in der Hand der Geistlichkeit, beson-

ders stark ausgebildet war; so stark, daß sich die Landesfürsten veranlaßt sahen, einer weiteren Vermehrung des Besitzes der „toten Hand" entgegenzutreten. Weil mit den kirchlichen Ämtern, vor allem mit den höheren, gute Versorgung, ja eine glänzende, fürstliche Lebensführung verbunden war, wurden sie gar häufig von Männern umworben, die weder die Eignung noch auch rechte Neigung zum kirchlichen Dienste mitbrachten. Diesen Dienst zu tun, lag gar nicht in ihrer Absicht, den überließen sie meist schlecht bezahlten, stellvertretenden Vikaren. Der Brauch, Vikare als Stellvertreter zu bestellen, führte dahin, daß manche höhere Geistliche eine ganze Reihe von Pfründen in ihrer Hand vereinigten; der Kurie kam es nur darauf an, daß die üblichen Kumulationsgebühren gezahlt wurden. Hatten die Päpste im 11. Jahrhundert es nicht scharf genug verurteilen können, daß bei Erlangung irgend eines kirchlichen Amtes Geldgaben eine Rolle spielten und war ein solcher Vorgang als Simonie mit den schärfsten Ausdrücken gebrandmarkt worden, so war nunmehr diese schädliche Pflanze am Hof des Papstes und der Bischöfe wohlbekannt und gelitten. Weltlichen Herren gleich lebten die Bischöfe und Prälaten dahin; das Beispiel, das die in der heiteren Rhonestadt Avignon lebenden Päpste gaben, ließ es nicht anders erwarten. Und das Beispiel der Oberen wirkte verderblich nach unten Obwohl die niedere Geistlichkeit im Gegensatz zu den Prälaten und Bischöfen oft nur auf kärgliche Einnahmen ange-

wiesen war, stellte sie sich doch gern bei Spiel, Treibjagden und Tänzen ein und gab im Zusammenleben mit ihren Konkubinen der Gemeinde Ärgernis. Trotz solch sittlichen Tiefstandes lebte im Klerus die hochmütige Vorstellung, daß das geistliche Amt als solches schon ein hinreichender Grund sei, daß ihm eine besondere Wertschätzung im öffentlichen Leben zuteil werden müßte. Das aber, womit die Laienwelt darauf antwortete, war Verachtung und oft genug offener Haß.

Aufreizend auf die Laienwelt wirkte es auch, daß die reich dotierte Kirche in dem Falle, wo es Lasten und Abgaben bestreiten hieß, leer ausgehen wollte und sich auch wehrte, wenn ein Verstoß gegen weltliche Gesetze vorlag, vor einen weltlichen Richter zu treten. Auch die Streitigkeiten, die innerhalb der Geistlichkeit, im besonderen zwischen Ordens- und Weltgeistlichen vorkamen, konnten auf die Gläubigen keinen guten Eindruck machen. Die Dominikaner und Franziskaner hatten in ihren Anfängen die apostolische Armut in ihr Programm aufgenommen und waren gerade dadurch wie durch ihren Eifer, den sie als Prediger, Beichtväter, Lehrer und Berater des Volkes entwickelten, in städtischen Kreisen rasch beliebt geworden. Später aber stand ihnen die Liebe zu den Gütern dieser Welt höher als die Liebe Gottes, sie verstanden es, die Gläubigen von den Pfarrkirchen abzuziehen und damit mancherlei Schenkungen und Gaben ihren Stiftungen zuzuwenden. Die Weltgeistlichkeit ist über die vielfachen Ein- und

Übergriffe in ihren Wirkungskreis und die damit verbundene Schmälerung der eigenen Einnahmen nicht wenig erzürnt und steht oft in heftiger Fehde der Ordensgeistlichkeit gegenüber.

Die Bereicherung und Verweltlichung der Kirche, die Veräußerlichung des Gottesdienstes und schließlich in weiterer Folge die schwindende Frömmigkeit der Gläubigen, das waren Erscheinungen, die jenen Männern, die sich von ihrem geistlichen Berufe die höhere Auffassung bewahrt hatten, große Sorge bereiteten. Was sie wollten und erstrebten, das war eine Verinnerlichung des gesamten religiösen Lebens und eine Reform des geistlichen und weltlichen Standes. Es muß hier schon bemerkt werden und es ist nur zu begreiflich, daß der Verfall des geistlichen Standes den weltlichen nicht unberührt ließ. Strenge Zucht und Sitte, Gottesfurcht und Gottesliebe wieder einzupflanzen, das war das hohe Ziel, dem wie andere Reformer auch Konrad Waldhauser zustrebte. Er war vom Kaiser selbst aus seinem oberösterreichischen Heimatsorte nach Prag berufen worden, wo er erst als Pfarrer bei St. Gallus und später an der Teinkirche eine überaus rege Tätigkeit auf der Kanzel entfaltete und durch seine packende Beredsamkeit so tiefen Eindruck machte, daß die Frauen in Prag, welche vordem weite und übermäßig teure Kleider und Überwürfe aus den kostbarsten und seltensten Stoffen getragen hatten, sie ablegten und, solange der treffliche Lehrer lebte, in den schlichtesten Gewändern einhergingen,

daß Wucherer von ihrem Gewerbe ließen und Sittenlose sich ehrbaren Wandels befleißigten. In ähnlicher Weise wendet sich der Reformprediger Johann Militsch an die niedere slawische Volksschicht der Stadt Prag. Drei- bis fünfmal besteigt der unermüdliche Mann im Tage die Kanzel und predigt in leidenschaftlicher Hingabe, bis er nicht selten in Verzückung und schwärmerischem Überschwang die Stimme des hl. Geistes zu hören glaubte. Ihm schien die Verderbtheit der Zeit schon soweit gediehen, daß er die Ankunft des Antichrists in unmittelbarer Nähe wähnte. Und ganz eigenartige, stark an die kommende große Revolution gemahnende Töne hat gerade dieser leidenschaftliche Redner angeschlagen, wenn er sich vernehmen ließ: „jeder verdiene die Exkommunikation, der ein Gut teurer verkaufte als er es erworben" oder „der Geistliche, der von Häusern und Weinbergen Zinse nimmt, ist ein Wucherer." Auch der bei St. Gallus predigende Priester Johann, der sich gerne in eindringlicher Rede über die Pflichten der einzelnen Stände verbreitete, ist in kühnem, revolutionärem Gedankenflug seiner Zeit weit vorausgeeilt, wenn er auseinandersetzte, daß alle Menschen von Haus aus gleich seien und die Scheidung der Stände eben erst im Laufe der Zeit geworden sei. Wer möchte es verkennen, daß durch diese und ähnliche Gedankengänge das Volk in gewaltige Erregung und Bewegung versetzt und für die hussitische Saat der Boden ganz beträchtlich bereitet wurde?

Die Kritik, die durch genannte Prediger den eigenen Standesgenossen zuteil wurde, war häufig noch herber als die, die den weltlichen Stand traf. Darin stimmt auch der gelehrte Domherr Matthias v. Janow überein, wenn er die Mitglieder des Klerus als falsche Propheten, Heuchler und Scheinheilige bezeichnet. Gewiß, es ist eine bei solchen Reformpredigern häufig beobachtete Eigentümlichkeit, daß sie bei der Zeichnung ihrer Sittenbilder die Farben gar zu düster auftragen; Kleingläubigkeit, falsche Bekümmernis und leidenschaftlicher, getrübter Sinn mögen auch hier mit im Spiele gewesen sein. Aber die eine Tatsache steht fest: daß der Kirche Böhmens in dieser Zeit wirklich ernste Schäden anhafteten, die dringend einer durchgreifenden Reform bedurft hätten. Aber das Unglück wollte es, daß gerade jetzt in der Oberleitung der Kirche das gefährliche Schisma (1378) eintrat, das sich fast zu einer ständigen Erscheinung auszuwachsen schien, alle ernstlichen Reformgedanken zurückdrängte und alle guten Christen in Verwirrung und tiefe Bekümmernis versetzte. Das Traurigste dabei war, daß diese neueste Spaltung durch die kirchlichen Organe selbst herbeigeführt worden war, sodaß der gelehrte Zeitgenosse Heinrich v. Langenstein mit vollem Recht die Worte des hl. Hieronymus in Erinnerung brachte: „Durchforsche ich die heiligen Schriften, so kann ich niemand finden, der die Kirche gespalten und die Völker vom Hause des Herrn weg=

geführt hätte außer die, welche zu Priestern und Propheten gesetzt waren."

Oft hatte in solchen krisenhaften Zeiten der Kirche das weltliche Oberhaupt der Christenheit, der deutsche Kaiser, eingegriffen und in kurzer Zeit die Ordnung wieder hergestellt. Diesem frommen Wunsch sollte diesmal auch keine Erfüllung werden; denn König Wenzel, der seit dem Abgange seines Vaters Karl IV. († 1378) Herr im Reiche war und dem überdies die Regierung in einem Teile des luxemburgischen Gesamthausbesitzes zukam, hatte in seinem eigenen Lande einen recht schweren Stand und wenig Autorität. Voll Milde und Rührigkeit erscheint dieser Fürst zu Beginn seiner Regierung. Doch bald überwirft er sich mit dem sehr ehrgeizigen Adel und dieser geht in seiner aufrührerischen Gesinnung so weit, daß er Wenzel, seinen Herrn, zweimal gefangen setzt. Immer mehr traten in der Folge die Schattenseiten im Charakter des Herrschers hervor: Jähzorn und Trunksucht. Der leidenschaftlichen Aufwallung des Königs war es zuzuschreiben, daß er Johann v. Pomuk, der seinen auf die Errichtung eines westböhmischen Bistums gerichteten Plan durchkreuzt hatte, martern und in die Moldau stürzen ließ. Auch die Regentengeschäfte werden immer lässiger geführt, so daß die luxemburgischen Eigenlande in einen Zustand politischer und wirtschaftlicher Zerrüttung hineingeraten. Wie sollte da Wenzel dem leidenden Reiche und der gespalteten Kirche helfen? Nicht mit Unrecht rief der

zeitgenössische Dichter Suchenwirt aus: „In Böhmen mausere sich der Adler und recke sich nicht, die Welt habe einen Papst zuviel und einen Kaiser zu wenig.“ Doch die Kurfürsten zogen aus der Unzulänglichkeit Wenzels die scharfe Folgerung: sie setzten ihn (1400) ab. Sie glaubten sich zu einem solchen Schritte umso mehr berechtigt, als gewichtige Stimmen in der gleichzeitigen Streitliteratur auch die Absetzung des Papstes für zulässig erklärt hatten.

Zu den Mißständen im kirchlichen Leben kamen Mängel wirtschaftlicher und sozialer Natur hinzu. Zunächst einige Worte über die Lage des zahlenmäßig stärksten Standes — des Bauernstandes. Das Eindringen des deutschen Rechtes hatte wohl dazu geführt, daß auch slawische Bauern nach deutschem Rechte ausgesetzt wurden und dadurch eine Besserung ihrer Lage erfuhren. Eine durchgehende Erscheinung aber ist die Umkolonisation und Neuaussetzung nicht gewesen. Auch unter König Karl und Wenzel werden bäuerliche Untertanen mit Grund und Boden — einer Sache gleich — verkauft und verschenkt, abgestiftet, wenn es dem Herrn beliebte, mit Abgaben und Leistungen in ungemessener Höhe bedrückt und durch ein rasch zugreifendes Heimfallsrecht verkürzt. Was da alles im Wege der Robot verlangt werden konnte? Da hieß es „einen oder mehrere Tage, auch wohl ein bestimmtes Feldmaß ackern, bei der Ernte helfen, Heu absicheln und häufeln, Mohn sammeln, Hopfen pflücken, Wein lesen, die Wiesen abräumen, Gräben ziehen, die

Quellen und Wasserläufe reinigen, Baumpfähle und Hopfenstangen hauen und setzen, Brennholz für die Küche, Bauholz für die Burg führen, bei der Jagd Treiberdienste leisten, die Schafe waschen und scheren u. dgl. m." Doch nicht nur Forderungen des Grundherrn sind zu befriedigen; auch der König heischt immer wieder Steuern, gerade unter Wenzel sind sie zu einer drückenden Last geworden. Und als Dritter im Bunde meldet sich noch die Kirche mit ihren Zehentforderungen. Nach Abzug und Befriedigung aller dieser Verbindlichkeiten blieb dem armen Bauern von seinem Arbeitsertrag kaum noch soviel übrig, daß er sich und die Seinen zu nähren vermochte.

Die Kriege und Fehden, die unter Wenzel die innere Ordnung im Reiche so schwer erschütterten, bekamen in ihren bösen Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben zu allermeist die untersten Schichten, die Bauern inbegriffen, zu spüren. Selbst auf den Gütern der Kirche war die Lage der Bauernschaft eine keineswegs beneidenswerte. Der Prager Erzbischof Johann v. Jenstein, der etwas humaner fühlen mochte als andere Herren, spricht zu Ende des Jahrhunderts von heidnischen Gewohnheiten, die auch auf den erzbischöflichen Gütern heimisch wären — er denkt dabei zunächst an das harte Heimfallsrecht, demzufolge beim Fehlen von Kindern alles bewegliche und unbewegliche Gut an die erzbischöfliche Tafel fiel — und glaubte mit Berufung auf die göttlichen Gesetze für den Bauer

größere Freiheit und eine bessere Lage fordern zu sollen. Doch wie Jenstein dachten sicherlich nur wenige; der größere Teil der Grundherren hätte am liebsten alles Bauerntum an die Scholle gefesselt und in volle Knechtschaft geschlagen. Angesichts solcher Zustände ist es nur zu begreiflich, wenn in der slawischen Bauernschaft die Stimmung eine erregte und verbitterte war, wenn das sonst schwerfällige bäuerliche Element immer mehr in Bewegung geriet und, so nur einmal die rechte Führung und Losung kam, selbst zu radikalem Handeln fortschreiten konnte.

Anders lagen die Verhältnisse in den Städten des Landes. Hier hatte sich eine mit Umsicht, Tatkraft und Fleiß schaffende Bürgerschaft zu Wohlhabenheit und Reichtum emporgearbeitet, welche erfreuliche Tatsache in gehobener Lebenshaltung, in Wohnung, Kleidung und Nahrung, Schmuck und Waffen deutlich zum Ausdruck kam. Der erzielte Gewinn gestattete, die geknüpften Handelsbeziehungen weiter auszubauen, wie auch die gewerblichen Betriebe zu erweitern und zweckmäßiger einzurichten. Sehr häufig wurde der Gewinn dazu benützt, um Dörfer, Gehöfte, Burgen und Schlösser zu erwerben und so wurden die reichen Bürger, indem sie diesen Weg der Kapitalsanlage beschritten, zu Gutsbesitzern und Nutznießern reichlich fließender bäuerlicher Renten. Der hart schaffende slawische Bauer, der das behagliche Leben des reichen deutschen Bürgers auf dem wohlversorgten

Landsitze schauen konnte und zwischen den leicht zufließenden Einnahmen und der Arbeit des Besitzers kein rechtes Verhältnis entdecken mochte, verfiel nur zu leicht dem Neide und der Unzufriedenheit. Ähnlich erging es einem Teil des Adels. Auch ihn verdroß es, daß er durch die auf Geldwirtschaft fußenden bürgerlichen Kreise wirtschaftlich geschlagen worden war. War er in Geldverlegenheit, so mußte er seinen Weg zu den städtischen Patriziern nehmen und konnte es nicht umgehen, in deren Büchern als Schuldner vermerkt zu werden.

Doch die Muße, mit der sich die neue Lebensweise der satt und reich gewordenen Bürgerschaft verband, hat bald böse Folgen gezeitigt. An die Stelle der alten Energie und des sittlichen Ernstes war Erschlaffung und Verfall getreten. Bei ihnen war eine gewisse Gleichgültigkeit selbst dann zu merken, wenn wichtigste nationale Fragen in Rede standen. Die unteren Schichten in den Städten, die kleinen Handwerker, Lohnarbeiter und Knechte, meist Angehörige der tschechischen Nation, sie alle haben ebenso wie der slawische Bauer und der niedere Adel mit neidischem Blick die weit bessere, leichtere Lebenshaltung des reichen Kaufherrn und Gewerbetreibenden verfolgt und es bedurfte auch bei ihnen, besonders als in Wenzels Tagen infolge der inneren Wirren die Daseinsbedingungen eine wesentliche Erschwerung erfahren hatten, keines besonderen Anspornes, um gegen die Reichen, d. i. die Deutschen, loszugehen.

Hiemit ist schon eine andere ernste Erscheinung, der nationale Gegensatz zwischen den beiden das Land bewohnenden Stämmen, berührt. Dieser Gegensatz ist uralt, gewinnt aber im Laufe des 14. Jahrhunderts an Schärfe. Auf das erregte, gegen die „Fremden" gerichtete Treiben unter dem ersten Luxemburger wurde bereits hingewiesen. In der Zeit, da König Karl mit fester Hand das Steuer führte, war keine rechte Gelegenheit gegeben, feindselige Gefühle schärfer zum Ausdruck zu bringen. Im übrigen darf man aber von diesem Fürsten sagen, daß er dem Erstarken des Tschechentums keineswegs hinderlich war; er gab vielmehr offene Beweise des Entgegenkommens, so wenn er verlangte, daß der Prager Stadtrichter auch tschechisch verhandle oder daß in den Klöstern des Landes nirgends tschechischen Bewerbern die Aufnahme verweigert werde. Ob tschechische Kreise eine ähnliche Toleranz kannten? Der Prager Bischof Johann v. Dražic wohl kaum, wenn er in der Stiftungsurkunde für das Chorherrnstift in Raudnitz festlegt, daß hier nur Mitglieder unterkommen sollen, die von väterlicher und mütterlicher Seite tschechisch wären. „Wie einem Gegenstand", so meint allerdings der Bischof, „zwei entgegengesetzte Eigenschaften nicht zugleich eigen sein können, so vermöchten in einem Kloster sich feindselig gegenüberstehende Nationen nicht zu leben". Auch außenstehende schärfere Beobachter kamen zu der Ansicht, daß der nationale Gegensatz in diesem Lande immer tiefer in die Seele beider

Völker dringe und deren ganzes Sein erfülle. Abt Ludolf v. Sagan, der Prag und Böhmen als Student gut kennen gelernt hatte, spricht dies mit den Worten aus: Alt und tiefeingewurzelt ist der Haß zwischen Deutschen und Tschechen, und wie Juden und Samaritaner sich nicht vereinen ließen, so wolle auch der Tscheche vom Deutschen nichts wissen.

Es steht außer Zweifel, daß durch die Gründung der Prager Universität dem tschechischen Volke nicht bloß höhere Bildung und ein weiterer Blick, sondern auch größere Empfänglichkeit in nationaler Hinsicht beigebracht wurde. Ist doch alles nationale Fühlen und Denken ganz wesentlich abhängig von dem jeweils erreichten Kulturgrade. Die erste Welle des Humanismus, die zu Ende des Jahrhunderts über das Land kam, sie forderte nicht allein größere Freiheit für die Einzelperson, sondern war auch geeignet, ganze Völker aus alter Abhängigkeit und Gebundenheit herauszuheben; sie hat auch die Tschechen in ihrem nationalen Fühlen und Begehren einigermaßen vorwärtsgeschoben.

Daß der Tscheche durch die zugewanderten Deutschen bedrängt und verkürzt wäre, daß infolge des immer weiteren Vordringens des deutschen Elementes und seiner Sprache und Kultur das heimische, bodenständige tschechische Volk, sein Land und seine Sprache zu unterliegen drohe, das, so gab man immer wieder vor, wäre aller Patrioten größte Sorge. Das Land bedürfe der Reinigung von allem fremden Einfluß, so ruft man bald mit gesteigerter

Leidenschaft. Auch in der Literatur des 14. Jahrhunderts wurde das oft genug getan. Das bekannteste Zeugnis dieser Art ist jene tschechische Reimchronik, die den Ritter Dalimil zum Verfasser hat und die so reich an Ausfällen gegen alles Deutsche ist, ja in ihrer nationalen Überreizung Entstellungen und Verleumdungen nicht verschmäht. Wenn dieses Reimwerk gleichwohl in das Deutsche übertragen wurde und hiebei nur die gröbsten Ausfälle ganz wenig abgeschwächt wurden, so darf man darin wohl einen Beweis sehen, welchen Grad der Selbstbeherrschung die Deutschen um des lieben Friedens willen aufzubringen bereit waren.

Am schärfsten hat sich der nationale Gegensatz an der Universität geäußert. Ihre große Frequenz, an sich eine sehr erfreuliche Erscheinung, trug die Sorge ein, wie alle diese zahlreichen Absolventen untergebracht werden könnten. Immer behaupteten die Tschechen, daß die böhmische Nation bei der Vergebung der verschiedenen Ämter und Pfründen viel zu kurz käme, eine Erscheinung, die umso mehr zu tadeln wäre, als die Dotierungen und Stiftungen aus böhmischen Mitteln stammten. Bekannt ist die Klage, die freilich etwas später — vor dem Konstanzer Konzil — Hieronymus vorgebracht hat: daß es an der Prager Universität in der Mehrzahl Deutsche gäbe, die die Präbenden der Kirche zu erlangen wüßten, so daß für die Tschechen nichts übrig bliebe. Wenn ein Tscheche in den freien Künsten graduiert wäre, so müßte er, weil er sonst

nichts zum Leben hätte, durch Dörfer und Städte gehen und hier die niederen Schulen leiten, um seinen Unterhalt zu finden.

Und wie die Frage der Versorgung und des Unterkommens bei den Hörern eine wichtige Rolle spielte, so wurde in den Jahren 1384—1385 unter den Lehrern der Universität über die Besetzung der Präbenden im Wenzels- und Karlskollegium mit viel Leidenschaft gestritten. Auch hier wurde behauptet, daß die Tschechen bisher hintangesetzt worden wären. Der Streit verpflanzte sich selbst in die Reihen der Hörer hinein und erregte den tschechischen Teil derart, daß er verkleidet und bewaffnet in die Hörsäle einbrach und sich nicht scheute, den Rektor zu überfallen und zu mißhandeln. Und die gewalttätige Methode hatte Erfolg. Der König schlichtete den Streit durch Schiedsspruch so, daß sich die tschechischen Gemüter wieder beruhigen konnten. Der tschechische Teil der Stadtbewohner hat den Verlauf und die Lösung solcher Streitfragen mit leidenschaftlicher Teilnahme verfolgt und durch die Errichtung neuer Stiftungen, die nur für die Tschechen da sein sollten, deutlichst zu erkennen gegeben, daß er nötigenfalls mit den streitenden Magistern zu gehen bereit sei.

Der Unterschied und Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen erhielt neue Nahrung, als die Meldung kam, daß der König von Böhmen aufgehört hätte, deutscher Herrscher zu sein. Wenzel selbst ist dadurch begreiflicherweise den Deutschen

Böhmens nicht näher gebracht worden. Und gerade in diesem Zeitpunkt rückt der Mann an der Universität erst als Dekan, dann 1402/3 als Rektor in den Vordergrund, der die vorhandene Kluft zwischen den beiden Nationen zielbewußt zu erweitern und im tschechisch-nationalen Sinne auszubeuten bereit war — Johann Hus.

Dieser ist im Jahre 1369 in dem Flecken Husinetz, der in den Vorbergen des südlichen Böhmerwaldes gelegen ist, als der Sohn einfacher Bauersleute geboren. Als Knabe soll er die Lateinschule zu Prachatitz besucht haben, deren altersgraues, mit verwaschener Sgrafittomalerei bedecktes Gebäude heute noch hinter der St. Jakobskirche den Altertumsfreund anzieht. Von Haus aus nur mit dem Notwendigsten versehen, suchte der Knabe nach der Sitte jener Zeit durch Singen in der Kirche und Ministrantendienste zu seinem Unterhalt beizutragen. An die Prager Universität übergegangen, gab sich der hochbegabte junge Mann eifrigst philosophischen und theologischen Studien hin und nahm bald eigene Vorlesungen auf. Nebenbei fand Hus an der Bethlehemskapelle in der Altstadt Verwendung, wo er an Sonn- und Feiertagen den unteren tschechischen Volksschichten das Wort Gottes verkündete. Was Hus hiebei über die kirchlichen Zustände vorbrachte, ging weit über das hinaus, was man in den Vorträgen früherer Reformprediger vernommen hatte. Seine Anklage klang viel heftiger und, wie man bald erkennen konnte, schreckte der

neue Reformer selbst vor dem Bruche mit der alten Romkirche nicht zurück.

Schon seit langem waren böhmische Scholaren an die berühmte Universität zu Oxford gekommen. Als aber 1382 die Schwester des Königs Wenzel, die Prinzessin Anna, mit dem englischen König Richard II. vermählt worden war, hatte der Zuzug aus Böhmen beträchtlich zugenommen. Durch diese Scholaren fanden die Schriften des berühmten Oxforder Professors John Wiklif ihren Weg nach Böhmen und wurden hier mit großem Eifer gelesen und umstritten. Ihrer weiten Verbreitung wurde dadurch Vorschub geleistet, daß man in Böhmen die längste Zeit der Meinung war, daß die Oxforder Universität die Rechtgläubigkeit des Professors bestätigt hätte. Johann Hus war der festen Überzeugung, daß in Wiklifs Werken der Weg gewiesen sei, den die böhmische Kirche beschreiten müßte, wenn sie der sehr notwendigen Erneuerung und Besserung teilhaftig werden sollte. Aber in Wiklifs Artikeln und Sätzen war vieles enthalten, was die altgläubigen Kreise rundweg als Ketzerei bezeichnen mußten, so wenn Wiklif das Altarsakrament, die Ohrenbeichte und den Primat des Papstes verwarf oder die Bibel als die alleinige Quelle des Glaubens gelten lassen wollte. Nicht weniger als 45 Sätze konnte man aus den Schriften des Engländers ausziehen, die ketzerischen Inhalts waren. Im Jahre 1403 lagen diese Sätze auch der Prager Universität vor, die darüber ein Urteil abgeben sollte. Die

deutschen Professoren, die an der Schule die Mehrheit besaßen, haben, gestützt auf sachliche Gründe, ähnlich wie es die Pariser Universität getan hatte, Wiklifs Sätze verworfen und deren Weiterverbreitung verboten. Hus und seine tschechischen Anhänger waren darüber aufs höchste erbittert und unterschoben den deutschen Lehrern unlautere Beweggründe: sie hätten bei ihrer Verurteilung nur aus eitler Ruhmsucht gehandelt; aus Liebe zu Geld und Gut wären sie Gegner jeglicher Reform und jeglichen Fortschrittes.

Hus hingegen betrachtete sich immer mehr als Verfechter des rechten Glaubens und wer gegen ihn auftrat, der frevelte am ganzen tschechischen Volke und dem Königreich, denn ein damals oft gehörtes Wort sagte: „Ein wahrer Tscheche könne kein Häretiker sein." So hatte der religiöse Streit die nationale Färbung erhalten. Hus kämpfte von nun an mit ganzer Kraft einen doppelten Kampf und der galt der alten Kirche und dem Deutschtum.

Die auf Prager Boden immer mehr um sich greifende Ketzerei beschäftigte auch den Erzbischof Zbinko v. Hasenstein sehr lebhaft. Er glaubte, der verderblichen Wiklifie dadurch Boden abzugewinnen, daß er 200 ketzerische Bücher im Hofe seines Palais unter Glockengeläute und dem Gesange der Geistlichkeit feierlich verbrennen ließ. Als sich Hus scharf dagegen wandte, ging der Erzbischof mit der Exkommunikation vor. Die Folge waren Tumulte

in den Kirchen und auf den Gassen, Spottlieder auf den unwissenden Erzbischof und Gewalttaten gegen den andersdenkenden Klerus. Hus hat sich in diesem Zeitpunkte bereits als großer Demagog erwiesen, der es verstand, die unteren Volksschichten für seine Zwecke in Bewegung zu bringen und an Stelle billiger Gründe die leidenschaftliche Gewalt zu setzen. Einer Einladung des Papstes, nach Rom zur Verantwortung zu kommen, wich Hus, der Zustimmung des Landesherrn sicher, mit dem Hinweis auf seine schwache Gesundheit und die Gefahren der weiten Reise vorsichtig aus. Nun traf den Widerspenstigen auch der Bann des Papstes (1411), während der Erzbischof die Stadt mit dem Interdikt belegte. Damit schien der Streit seinen Höhepunkt erreicht zu haben; man glaubte aber auch einer Lösung nahe zu sein, als sich Hus und der Erzbischof einem Schiedsspruch des Königs unterwerfen wollten. Ein neues Ereignis hat jedoch diese Hoffnung zerstört.

Der wenig würdige Papst Johann XXIII. wollte zu dieser Zeit (1412) den König Ladislaus v. Neapel mit Krieg überziehen und verlieh allen jenen, die ihn hiebei durch persönliche Teilnahme oder durch Geld unterstützen wollten, einen Ablaß. In etlichen Prager Kirchen wurden die Kasten zur Aufnahme der Gelder aufgestellt und die Verkündiger forderten unter Trommelschlag auf den öffentlichen Plätzen die Gläubigen zu reger Beteiligung auf. Nur zu oft hatten die Päpste in dieser Zeit von dem Mittel, durch Verkündigung von Ablässen Geldmittel aufzu-

bringen, Gebrauch gemacht, als daß es hätte Johann Hus schwer fallen sollen, eine Gegenbewegung auszulösen. Hus forderte die Gläubigen direkt auf, sich den päpstlichen Wünschen zu versagen: nur der Antichrist könne ein solches Kriegsunternehmen zustande bringen. Da aber nicht alle Universitätslehrer den Ansichten Hus' beipflichteten, so sprach dieser umso leidenschaftlicher für seine Auffassung und ging im Streite soweit, daß er die Autorität des Papstes schlechthin verwarf. Da war aber die päpstliche Geduld völlig erschöpft. Abermaliger Bann über Hus und das Interdikt für seinen Aufenthaltsort, das war die Antwort, die aus Rom eintraf.

König Wenzel, der bisher in arger Verblendung und Gleichgültigkeit den Neuerer in seinem aufreizenden, gefährlichen Tun hatte gewähren lassen, äußerte nunmehr doch den bestimmten Wunsch, daß Hus Prag verlasse. Doch dadurch wurde nichts besser gemacht. Im Gegenteil. Jetzt wurde auch das flache Land ausgiebig in die bedenkliche Bewegung einbezogen. Denn Hus predigte dort eifrig weiter, in Städten, in Dörfern, auf dem Felde und in Burgen. „Wo er erfuhr, daß eine Kirchweih oder Hochzeit sei, da erschien er, und wohin er zog, da machten sich die Leute auf und strömten ihm von allen Seiten in Scharen, zu Fuß und zu Wagen, zu". Und wie in der Stadt der Kleinbürger und der Handwerker ihn gerne gehört hatte, so jetzt der Bauersmann. Gewaltig muß gerade hier in diesen gedrückten Kreisen die Wirkung seines Wortes ge-

wesen sein, wenn man den aufwühlenden Sinn nur folgender Sätze bedenkt: daß alle jene, welche ihren Besitz gegen göttliches Gebot verwalten und gebrauchen, kein Recht an diesem Besitze hätten, daß vielmehr „der Besitz irgend eines Gutes von Seite eines Ungerechten und Gottlosen ein Diebstahl und ein Raub sei". Daß man einem Prälaten oder weltlichen Herrn, der in Todsünden lebe, nicht zu gehorchen brauche. Und weiter: „Die Güter der Geistlichkeit seien Güter der Armen, durch welche diese ernährt werden sollten, und die Armut sei überhaupt nur ein von Gott geduldetes Übel, an welchem die Reichen die Schuld trügen. Nur die Gläubigen hätten ein Recht auf Besitz." — Und wer sollte jeweils urteilen, wer die Unwürdigen wären? Nur das gläubige Volk —.

Und wie dem armen Bauern, so eröffnete sich auch für den wirtschaftlich gedrückten Adeligen die Aussicht auf bessere Tage. „Der Besitz des Klerus verschulde nicht bloß die Unfreiheit des Bauernstandes, sondern auch die Verarmung des Adels, der infolge dieser Verarmung zu Diebstahl, Raub und Bedrückung seiner Untertanen gezwungen würde." „Die Freigebigkeit der Vorfahren gegenüber der Kirche wäre schlecht angebracht gewesen, die geschenkten Güter sollten wieder in die Hände zurückkommen, in welchen sie ehemals gewesen." Durch solche Gedankengänge war die ganze bisherige Besitzordnung in Frage gestellt und die bald folgende sozialrevolutionäre Bewegung gründlich vorbereitet.

Bezeichnenderweise waren gerade die Gegenden, wo Hus selbst solchen Samen ausgestreut hatte, die radikalsten Herde der Revolution.

Eine „nationale" Tat aber, auf die Hus selbst mit Stolz verwies, hatte er bereits im Jahre 1409 vollbracht. Das damals in Pisa versammelte Konzil hatte die zwei streitenden Päpste Gregor XII. (Rom) und Benedikt XIII. (Avignon) abgesetzt und Alexander V. erwählt. Man hatte daran die Hoffnung geknüpft, daß dadurch endlich das Schisma überwunden und die langersehnte Einheit in der abendländischen Kirche wiederhergestellt werde. König Wenzel, der seine 1400 erfolgte Absetzung nie ganz verwinden konnte, machte sich gerade in diesem Zeitpunkt größere Hoffnung, die verlorene Würde des römischen Königs wieder gewinnen zu können. Das Konzil sollte ihm dabei eine besondere Stütze sein und daher wünschte er lebhaft, mit seinen Untertanen dem Konzilspapst Alexander V. Gehorsam zu erweisen. Die deutschen Universitätslehrer aber, die wie die meisten Standesgenossen jener Zeit an der Erörterung und Lösung kirchenpolitischer Fragen regsten Anteil nahmen, wollten keineswegs Wenzel unbedingte Gefolgschaft leisten, sondern selbständig prüfen und eine eigene Meinung haben und die ging dahin, daß der in Rom residierende Papst Gregor XII., mit dem König Ruprecht verbunden war, der rechtmäßige Papst war und bleibe. Hus jedoch und seine Gesinnungsgenossen schlossen sich dem König an in der Erwartung, daß sie aus

solchem Vorgehen nur Nutzen ziehen könnten. Der Hinweis, daß die Deutschen, die des Königs Herrschaft im Reiche nicht ertragen hätten, gleichwohl in Böhmen allenthalben die Oberhand haben wollten, konnte bei Wenzel die Wirkung nicht verfehlen. König Karl hätte doch, so stellte man König Wenzel weiter vor, die Universität für die Landeskinder gegründet und wollte sich Wenzel nur dazu verstehen, der böhmischen Nation, wie es recht sei, statt einer drei Stimmen zu geben, der Konzilspapst wäre bald anerkannt und der König zufriedengestellt.

Trotz der abmahnenden Stimmen und Warnungen der Deutschen ist der schwächliche Regent der Wühlarbeit, die von Hus und der vom ihm geführten tschechisch-nationalen Partei ausging, erlegen. Durch das Kuttenberger Dekret vom 18. Jänner 1409 wurde die alte Universitätsverfassung im tschechischen Sinne umgestaltet, d. h. es wurden der böhmischen Nation drei Stimmen und den auswärtigen Nationen eine Stimme zugewiesen. So schwer die deutschen Universitätsangehörigen durch diesen Gewaltstreich getroffen wurden, so verletzend und kränkend war die Sprache, in der dieses berüchtigte Schriftstück abgefaßt war. Darnach sind die Tschechen „die rechtmäßigen Erben des Königreichs", die Deutschen „des Rechtes der Einwohnerschaft vollständig unteilhaftig"; sie sind „Ausländer", „Fremdlinge", die mit dem Vermögen der Eingeborenen schwelgen und diese schädigen und bedrücken. Schweren

Herzens gab der alte Rektor Henning Baltenhagen, als alle Gegenvorstellungen unwirksam geblieben waren, der Gewalt weichend, Insignien, Akten, Schlüssel, Siegel und Gelder an die drängende tschechische Minorität heraus. Aber auch mit der Drohung der Deutschen wurde nun Ernst gemacht, die sie für den Fall ausgesprochen hatten, als es bei der Verletzung der Universitäts-Verfassung bleiben sollte. Tausende Hörer verließen mit ihren Lehrern die Stätte der Gewalt, der Ungerechtigkeit und des Undanks, um im Reiche ein gastlicheres Heim zu suchen. Die meisten Auswanderer wandten sich nach Leipzig, wo noch im selben Jahre eine neue Universität unter dem bisherigen Prager Magister Johann v. Münsterberg als erstem Rektor erstand.

Mit dem Umsturz an der Prager Universität hatten die Deutschen in Böhmen ihr vornehmlichstes kulturelles Bollwerk eingebüßt und völlig zerrissen waren die vielfältigen geistigen Fäden, die bislang die Landeshauptstadt mit den verschiedensten deutschen Gauen verknüpft hatten. Von einer berühmten, stark besuchten Weltuniversität war die Prager Hohe Schule zu einer Landesuniversität herabgesunken, an der das tschechische Element, das nunmehr alle Führung in Händen hatte, in unfruchtbarem dogmatischen Streit seine bescheidenen Kräfte verzehrte. Im Jahre 1409 haben die dankbaren Gesinnungsgenossen Hus zum Rektor gewählt, der seinen Sieg von der Kanzel herab mit den Worten feierte: „Kinder, gelobet sei der Allmächtige, daß

wir die Deutschen ausgeschlossen haben, daß wir erlangt haben, wofür wir unsere Kräfte einsetzten und daß der Sieg unser ist." Freilich war nicht die gesamte Prager Bevölkerung der gleichen Ansicht, Gewerbsleute und Händler grollten vielmehr, weil ihnen in den kaufkräftigen Studenten und Lehrern gute Kundschaft verloren gegangen war und selbst der Prager Großkaufmann blieb durch die Gewaltereignisse nicht unberührt, weil er des früheren Kredites im Ausland verlustig wurde und der deutsche Handel, mit Umgehung Böhmens, in den Ostlanden Europas neue Absatzgebiete suchte.

Doch mit dem Verfassungsbruch und Umsturz an der Universität sollte nur ein kräftiger Anfang in der tschechisch-nationalen Bewegung gemacht sein. Daß sich die Tschechen noch viel weitere Ziele steckten, das konnte man aus so mancher Schrift und Rede deutlich genug abnehmen. „Gott habe", so hieß es einmal, „das gelobte Land unter die 12 Stämme ausgeteilt; jedes Volk solle sich ohne Vermischung erhalten, so auch Böhmen, in welchem einst nur Tschechen gewesen, und so müßten auch die Tschechen ohne Störung durch die Deutschen bleiben." Wer hört hier nicht den Ruf nach gewaltsamer Herbeiführung des volksreinen Staates? Geradezu Größenwahn war es, wie ihn nur die von wilder nationaler Leidenschaft durchwühlten Hussitentage hervorbringen konnten, wenn in einer mit dem Namen Alexanders des Großen in Verbindung gebrachten Fälschung zu lesen war, daß

„den Slawen die ganze Landschaft der Welt von Mitternacht bis in die welschen Lande frei erblich und für ewige Zeiten geschenkt worden sei, auf daß darinnen niemand anderer wohnen und sich niederlassen dürfe, denn allein die Ihrigen. Wofern sich aber allda Jemand ansiedeln würde, so soll er ihr Knecht und seine Nachkommen ihren Nachkommen dienstbar sein und ewig bleiben."

Hatte der erste nationale Sturmlauf den deutschen Lehrer und Hörer getroffen, so galt ein zweiter dem deutschen Bürgertum, dem nächstwichtigen Vertreter deutscher Kultur im Lande. Unter dem Vorwande, daß ein billiger Ausgleich erstrebt werden müßte, hat König Wenzel 1413 durch einen neuerlichen Machtspruch verfügt, daß die Verwaltung der Altstadt Prag so zu ordnen wäre, daß fürderhin, obwohl weitaus die Mehrzahl der Bürger deutsch war, 9 Ratsherren deutsch und 9 tschechisch sein sollten.

Als 1414 das große Konzil zu Konstanz zusammentrat, da bot König Sigismund, der in schmeichelhafter Weise als zweiter Moses gefeiert wurde, alles auf, um auch der Ketzerei in Böhmen ein Ende zu setzen. Obwohl es an Warnungen nicht fehlte, trat Hus doch die Reise nach der Bodenseestadt an. Sigismund hatte ihm einen Geleitsbrief ausgestellt, der Sicherheit unterwegs verbürgte, und weiterhin scheint dem Magister auch für den Fall, als es zu Konstanz zu keiner Verständigung kommen sollte, versprochen worden zu sein, daß er

wohlbehalten in die Heimat zurückkehren würde. Hus wurde in Konstanz zunächst gut aufgenommen, nach einigen Wochen aber, als er auch unter den Konzilsteilnehmern für seine Lehre werben wollte, gefangen gesetzt. Sigismund war darüber sehr ungehalten und bemühte sich, Husens Enthaftung durchzusetzen, aber ohne Erfolg. Es war ein Ereignis von schlimmer Vorbedeutung für Hus, als am 4. Mai die Kommission, die sich auch mit ihm befassen sollte, die Lehre Wiklifs als ketzerisch verdammte und seine Schriften verbrennen ließ. In den drei öffentlichen Verhören, denen Hus unterzogen wurde, beteuerte er immer wieder, daß er den von den Vätern geforderten Widerruf nicht leisten könne, da er niemals Irrtümer gelehrt habe und forderte wiederholt, daß man ihn aus der Bibel und den Aussprüchen der Väter widerlegen solle. Die Autorität des Konzils selbst in Glaubenssachen wollte er nicht anerkennen. Alle Bemühungen, Hus zur Abschwörung seiner Lehre zu bewegen, blieben vergeblich; auch seine Freunde, die ihn im Gefängnis unter Tränen darum baten, hatten hierin keinen Erfolg. Der Meister blieb fest bei seiner Überzeugung, die er seit Jahren in heißem Bemühen verfochten, und so wurde er am 6. Juli für einen Erzketzer erklärt, seiner priesterlichen Würde entkleidet und dem Kaiser überliefert. Nach dem Reichsgesetze stand auf Ketzerei der Feuertod. Noch am gleichen Tage wurde der Häretiker vor die Stadt zur Richtstätte hinausgeführt. Viel

Volk und mehr als tausend Gewaffnete gaben ihm das Geleite. Schon war Hus auf das aufrechte Brett gebunden, Holz und Stroh, mit Pech überschüttet, um ihn aufgeschichtet, als ihn der Kaiser nochmals durch einen Abgesandten zum Widerruf auffordern ließ. Doch Hus, der schon auf dem Wege unablässig den Herrn angerufen hatte mit den Worten: „O Jesus Christus, du Sohn des lebendigen Gottes, erbarme dich meiner!" hatte nur die Erwiderung: „Ich sterbe mit Freuden für die von mir erkannte und verkündete Wahrheit." Da flammte auch schon das Feuer empor und im Schmerzensschrei erstarb das Leben des todesmutigen Mannes.

Am 30. Mai 1416 ist Hieronymus von Prag, der kühne und kampfesmutige Freund Husens, des gleichen Todes gestorben. Obwohl er im Rufe eines Ketzers gestanden, war er doch nach Konstanz gekommen, hatte es aber dann verlassen, um in die Heimat zurückzureisen. Er war ihr schon nahe, als er ergriffen und an das Konzil eingeliefert wurde, das ihn, nachdem er widerrufen und rückfällig geworden war, dem Feuertode zuführte. „Kein Weltweiser", so schreibt der Humanist Äneas Silvius über den Tod der beiden Freunde, „hat soviel Mut auf dem Sterbebette bewiesen, als sie auf dem Scheiterhaufen." Die Überzeugungstreue und todesmutige Haltung, die Hus an den Tag gelegt, trug ihm selbst die Bewunderung der Gegner ein. Diese haben auch die Tugenden und Vorzüge

nicht verkannt, die sonst noch sein Leben zierten: seine große Liebe zu Volk und Vaterland, seine tiefe Religiosität und Frömmigkeit, seinen glühenden Eifer für eine durchgreifende Reform der Kirche, sein Mitgefühl und seine Opferbereitschaft gegenüber Armen und Bedrückten sowie seinen reinen sittlichen Wandel. Doch solchen Vorzügen stehen in dem unharmonischen Charakterbilde des großen Rufers im Streite nicht wenig unerfreuliche Eigenschaften gegenüber, unter denen das deutsche Volk schwer zu leiden bekam, so daß es auch heute über Hus nicht milder denken kann als vor Jahrhunderten. Als Hus ins öffentliche Leben eintrat, war zwischen Deutschen und Tschechen bereits eine Kluft vorhanden. Eine edle Aufgabe wäre es gewesen, versönlich und ausgleichend zu wirken — das hat der geistliche Magister niemals versucht und getan. Unversöhnlicher Haß war es vielmehr, was er den Deutschen entgegenbrachte, und um ihre Herrschaft im Lande zu brechen, gab er seinem Hange zur Demagogie völlig Raum. Leidenschaftlich und eigenwillig wie er war, scheute er die Auflehnung gegen seine Oberen nicht und trug kein Bedenken, Kräfte in Bewegung zu setzen, die, wenn sie einmal das normale Bett verlassen hatten, kaum mehr zurückgedrängt werden konnten.

Die Nachricht von der Hinrichtung Husens hat im Lande die ohnedies nicht geringe Erregung aufs höchste gesteigert. In den Augen des tschechischen

Volkes hat nicht etwa einen Fehlenden die gerechte Strafe ereilt, nein, hier hatte die Schuld die Unschuld besiegt, ein Märtyrer war in Konstanz gestorben, um dessen Haupt bald der Heiligenschein gewoben war. In Hus, so hieß es, war der gesamten tschechischen Nation unerhörte Schmach angetan worden, die ihre Sühne heischte. Und mit dem Schmerz und dem Mitleid mischte sich ein tiefgehender Groll, der sich zunächst einmal in wüsten Ausschreitungen gegen Geistliche und ihren Besitz in Prag und im ganzen Lande Luft machte. Katholische Priester wurden vertrieben und durch Hussiten ersetzt, mehrere Kleriker ertränkt und der Adel griff gierig nach den Gütern der Prälaten. Im Kelche hatte die Bewegungspartei ein äußeres Zeichen ihrer Zusammengehörigkeit gefunden. Noch als Hus lebte, hatte Jakobellus von Mies verkündet, daß das Altarssakrament unter beiden Gestalten empfangen werden müßte und Hus hatte von Konstanz aus den neuen Brauch gutgeheißen. Nachdem einmal die antirömische Bewegung in Fluß gekommen und die Loslösung eingeleitet war, hat der Trieb nach Neuerungen innerhalb der großen Hussitenschar selbst wieder mancherlei Parteien und Abspaltungen hervorgebracht. Die zwei wichtigsten waren die Utraquisten (Kelchner, Kalixtiner) und die Taboriten. Die Utraquisten, so geheißen, weil die Kommunion unter beiden Gestalten (sub utraque specie) eine ihrer Hauptforderungen blieb, erscheinen als der gemäßigte Flügel. Sie

hatten ihren vornehmsten Stützpunkt in der Universität und den Pragern, in den Städten Mittel- und Nordböhmens und einem großen Teil des Herrenstandes. Neben dem Kelche fordert das utraquistische Programm die freie Verkündigung des Wortes Gottes, die Wegnahme der weltlichen Güter der Geistlichen, im Zusammenhang damit die Reform der Kirchenzucht, die Bestrafung aller, besonders der öffentlichen Todsünden und den Ausschluß der Deutschen von allen Ämtern. Viel weiter gingen die Taboriten, die radikale Gruppe. Ihren Namen haben sie von ihrem Versammlungsort, der von den Hussiten „Tabor" genannten geräumigen Hochebene, wo die gleichnamige Stadt begründet wurde. Zu den Taboriten hielt die Masse des Volkes, die kleinen Handwerker, die Bauern und viele Ritter.

In religiöser Hinsicht darf man sagen, daß sie so ziemlich alles verwarfen, was bis dahin gelehrt und geglaubt worden war, so die meisten Sakramente, die Verehrung der Heiligen, Fasten und Almosengeben, Messen für die Verstorbenen und die Lehre vom Fegefeuer. Sie leugnen auch die wirkliche Gegenwart Christi im Altarssakrament. Die neue kirchliche Ordnung soll lediglich auf die Bibel aufgebaut werden. Da der heilige Geist alle erleuchtet, die das Reich Gottes wahrhaft verbreiten wollen, so kann jeder an die Auslegung der hl. Schrift gehen. Es war daher auch die Ansicht vieler, daß ein eigener Priesterstand gar nicht am Platze sei. Die ihn aber belassen wollten, forderten

umso bestimmter, daß sich der Priester jeglichen Prunkes und weltlichen Besitzes entschlage. Die Messe liest er im gewöhnlichen Kleide und nur in der Sprache des Volkes; überhaupt hat in der Liturgie alles Eitle, Äußerliche und Überflüssige zu verschwinden. Durch Bilderstürme und Kirchenplünderungen sollte dieser Forderung Rechnung getragen werden. Kein Priester, der sich in einer Todsünde befindet, darf irgend eine heilige Handlung vornehmen. Die Bestrafung und Ausrottung der Sünder und der Ungläubigen, d. i. der Nichthussiten, der katholisch gebliebenen Deutschen, ist eine immer wiederkehrende Hauptforderung. Verflucht sollte der sein, welcher sein Schwert vom Blute der Widersacher Christi fernhielt. So ward allem folgenden Morden und Gemetzel ein religiöses Mäntelchen umgehängt und die grausamsten Ausschreitungen waren für die wahnbetörten Scharen Gottesdienst und religiöse Pflicht.

Eitelkeit war nach Ansicht der Taboriten die Haupttriebfeder aller wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen. Man will nichts wissen von Doktoren, Magistern und Weltweisen. Wer solche Würden erstrebt, der ahmt die Heiden nach und begeht eine Todsünde gegen die Lehre Christi. In diesem Zusammenhang wird auch die Zerstörung von Schulen, Bibliotheken und kostbaren Kunstschätzen durchaus verständlich.

In gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht gibt das Taboritentum Freiheit und Gleichheit als be-

strickende Parole aus. Sicherlich haben diese Lehrsätze den kleinen Mann noch mehr mitgerissen als die religiösen Forderungen. Aller Unterschied zwischen Hoch und Niedrig, zwischen Arm und Reich soll fallen. „Es wird auf Erden," so steht in ihrem Programm zu lesen, „kein König oder Herrscher, noch Unteran sein, alle Abgaben und Steuern werden aufgehoben, keiner wird den anderen zu etwas zwingen, denn alle werden gleiche Brüder und Schwestern sein. Wie in der Stadt Tabor kein Mein und Dein, sondern alles gemeinschaftlich ist, so soll immer alles allen gemeinschaftlich sein und keiner ein Sondereigentum haben, und wer ein solches hat, begeht Todsünde." Es war nur eine Folgerung aus diesen kommunistischen Grundsätzen, wenn schließlich auch die Ehe verworfen und Weibergemeinschaft verlangt wurde. — Ebenso begreiflich ist es, daß das Taboritentum in verfassungspolitischer Hinsicht nur die republikanische Staatsform für zulässig erklärte.

Aber noch andere, sehr sonderbare Ableger hat die hussitische Revolution hervorgebracht. Die Adamiten, die sich für die Wiederherstellung des apostolischen Lebens und die Rückkehr zu einfachen, natürlichen Verhältnissen begeisterten, wollten es ganz den Stammeltern Adam und Eva gleichtun und lehnten daher jegliche Bekleidung ab. Die Grubenheimer, ebensolche Freunde denkbar einfachster Lebensverhältnisse, nahmen in Höhlen ihren

Aufenthalt und kamen in fortgesetzter religiöser Grübelei dahin, das göttliche Wesen zu leugnen und sich selbst an dessen Stelle zu setzen.

Den gemäßigten Utraquisten war man in Prag schon nach Husens Tod in vielen Punkten entgegengekommen. Sie hatten eine Reihe von Kirchen in Besitz genommen und unbehelligt die Weiterverbreitung ihrer Lehre betrieben. Das hinderte nicht, daß es immer wieder zu aufregenden Zwischenfällen kam. So auch am 30. Juli 1419.

An diesem Tage führten Johann, ein ehemaliger Mönch des Stiftes Seelau, und der einäugige Ritter Johann Žižka v. Trocnov eine hussitische Prozession an dem Neustädter Rathaus vorbei, als aus dem verhaßten Gebäude, wo neuerlich ganz gegen den Wunsch der hussitischen Partei deutsche, katholische Ratsherren eingesetzt worden waren, auf den die Hostie tragenden Priester ein Stein geworfen worden sein soll. Damit war für die fanatisierte Menge das Signal zum Sturm und zum ersten Prager Fenstersturz gegeben, der mehreren Ratsherren und Bürgern ein grausames Ende bereitete. Als man dem König von dieser ruchlosen Tat Mitteilung machte, erfaßte ihn ungeheurer Zorn. Ein Schlaganfall war die Folge, dem der König am 16. August 1419 erlag.

Die seit Jahren genährte revolutionäre Stimmung und Strömung kannte jetzt keine Fesseln mehr und ergoß sich, einem verheerenden Strome gleich, über Stadt und Land. Der erste und wuchtigste

Schlag traf die Landeshauptstadt, ihre deutsche Bevölkerung, ihre Kirchen und Klöster. Schon lange hatten die niederen tschechischen Volksschichten mit begehrlichem Blicke nach ihren Reichtümern ausgeschaut, jetzt ging man offen zum Angriff und zur Plünderung über. Wer den kommenden Sturm noch rechtzeitig erkannt hatte, suchte sein Heil in der Flucht oder in der Aufnahme in dem festen Hradschin oder Wyschehrad. Schreck und Angst im Antlitz, flohen tausende altangestammter deutscher Bürgerfamilien von Haus und Hof, die in Jahrhunderten ehrlich erworbene Habe den Eindringlingen als Beute zurücklassend. Wohl gab es auch Leute, die sich von ihrem Eigen nicht trennen und mit den Hussiten Frieden machen wollten, allein auch sie fanden meist kein Gehör. Um den gewaltigen Wandel, der sich hier schier über Nacht in der Zusammensetzung der Bevölkerung und in den Besitzverhältnissen vollzogen hat, zu ermessen, braucht man nur die im Altstädter Rathaus verwahrten, noch aus jenen Jahren stammenden Steuerbücher einzusehen. Ein Vergleich der Besitzer vor und nach dem Umsturz zeigt überaus deutlich, wieviel wertvollster deutscher Besitz damals kurzerhand vom hussitischen Stadtrat eingezogen und dann um Spottpreise an die zum großen Teil von außen zugeströmte hussitische Gefolgschaft abgelassen wurde.

Mit dem Tode Wenzels war auch die Nachfolgefrage aufgerollt. Sigismund, der als Erbe Wenzels

die böhmische Krone beanspruchte, übertrug die Regierung der Königin-Witwe Sophie; doch wurde die Anwartschaft Sigismund von keiner Seite mit Freude aufgenommen: daß er Hus das gegebene Wort gebrochen, konnte man ihm nicht verzeihen. Die Taboriten standen überdies auf republikanischem Standpunkt. Die Utraquisten wären unter der Bedingung zur Anerkennung bereit gewesen, daß Sigismund ihre in 4 Artikel gefaßte Hauptforderungen anerkennen wollte. Doch Sigismund, der damals noch die Hoffnung auf Waffenerfolge hatte, lehnte auch diese gemäßigten Forderungen ab. So kam es, daß er bald darauf unter allseitiger Zustimmung als der Todfeind der tschechischen Nation erklärt wurde und jene langwierigen Kämpfe ihren Anfang nahmen, die das Deutschtum in Böhmen schwer erschütterten und dem Lande die tiefsten Wunden schlugen; Kämpfe, in denen eine Unzahl von Städten, Dörfern, Kirchen und Klöstern mit ihren Kunstschätzen in Trümmer sanken, katholische Geistliche und deutsche Bürger erbarmungslos gemartert und niedergemetzelt wurden, wobei die entmenschte Schar noch dem Wahne lebte, daß sie dadurch dem eigenen Heile diene und ein Gott wohlgefälliges Werk verrichte.

Das Schicksal, das der Stadt Prag beschieden gewesen, blieb all jenen Städten nicht erspart, die inselartig über das Landesinnere verstreut waren. Eine nach der anderen wurde von der Sturmflut verschlungen. Die deutsche Bürgerschaft hatte in

einem falschen Gefühl der Sicherheit und in der Hoffnung auf die Hilfe aus dem Reiche nichts vorgekehrt, keinen festen Zusammenschluß betrieben. Dieses Versäumnis mußte sie nunmehr furchtbar büßen. — Und die Schrecken des grausamen Krieges haben keineswegs an der Landesgrenze halt gemacht. Als in Böhmen die Vorräte und Kriegsmittel knapp geworden waren, wurden alle umliegenden Lande heimgesucht und ausgeplündert; auch der rebellische Geist, „das böhmische Gift", ist damit in die Ferne getragen worden und zeigte bald auch in deutschen Landen verderbliche Wirkungen.

Am Veitsberg (Žižkaberg) und Wyschehrad bei Prag war der erste blutige Zusammenstoß erfolgt (1420). Bei Deutsch=Brod (1422), Aussig (1426), Mies (1427) und Taus (1431) wurde weiterhin die Entscheidung gesucht. Doch keinem von den fünf Kreuzheeren, die Sigismund auf die Beine gebracht hatte, war ein Erfolg beschieden. Bei Mies und Taus hatten die Kreuzfahrer in schmählicher Weise die Flucht ergriffen, noch ehe ein ernster Zusammenstoß erfolgt war. Wie war das gekommen?

Die Kreuzfahrer waren Söldnerheere, zusammengesetzt aus zahlreichen kleinen, ungleichartigen und rasch zusammengebrachten Kontingenten. Schlecht verpflegt und oft aus weiter Ferne, auf schwierigen Wegen anrückend, hatten sie ihre Kampfeslust bereits eingebüßt, bevor sie noch an

den Feind herangekommen waren. Aber was noch mehr war: es fehlte ihnen die Begeisterung, weil keine große, alle erfassende Idee vorhanden war, für die sie streiten sollten und weil auch die Führung zu wünschen übrig ließ, sei es hinsichtlich ihres strategischen Könnens, sei es an einheitlichem, geschlossenem Vorgehen. Ganz anders auf Feindesseite. Hier zog ein Volksheer zum Kampfe aus, Bauern und Kleinbürger, denen durch allerlei Versprechungen der Mut mächtig geschwellt war. Ein großer Gedanke beherrschte sie alle: sie sind Gotteskrieger, sie alle kämpfen für die Freiheit des Wortes Gottes und die reine Lehre. Sie kämpfen für ihr Vaterland und auf wohlvertrautem, an Kriegsmitteln reichem Heimatboden. Sie kämpfen für Weib und Kind, die ihre befeuernde Stimme vom mitfahrenden Heereswagen vernehmen lassen, sie kämpfen mit dem Mute der Verzweiflung, wohl wissend, daß mit dem Siege alles verloren ist und härteste Strafe winkt. Wohl gibt es auch unter den feindlichen Parteien ab und zu scharfen Zwist, aber wenn es gegen die Deutschen geht, dann ruht aller Hader. Und noch eines: die Hussiten kämpften unter trefflichen Führern, erst unter dem einäugigen und später ganz erblindeten Žižka († 1424) und dann unter Prokop dem Kahlen, einem ehemaligen Mönche. Žižka führte den Krieg hauptsächlich mit Fußvolk und Artillerie und nicht mit einem überlebten Ritterheer. Er war ein Meister in der Methode, verstand es, das Gelände in geschickter Weise auszunützen

und besaß in den zu einem Viereck zusammengefahrenen, mit Ketten verbundenen Heerwagen, den sogenannten Wagenburgen, ein Kampfesmittel, gleich geeignet zum Angriff wie zur Verteidigung. Alles das ließ das hussitische Heer dem deutschen Kreuzfahrer so furchtbar und unwiderstehlich erscheinen — dazu kamen wohl auch noch die Erzählungen von der grausamen Behandlung der Gefangenen —, sodaß wiederholt statt eines mutigen Angriffes eine schmähliche Flucht herauskam.

Den Weg, den Sigismund nach dem Tode Wenzels verschmäht hatte, mußte er 1431, als das Kreuzheer bei Taus völlig versagt hatte, mit allem Nachdrucke beschreiten — den Weg der Verhandlungen. Versuche ähnlicher Art waren übrigens schon einige Male gemacht worden. Schon um dem von den Utraquisten als König begehrten Witold v. Litauen, der seinen Neffen Sigmund Korybut als Verweser ins Land geschickt hatte, einigermaßen Boden abzugewinnen, wollte es Sigismund neben den Waffen mit gütlichem Ausgleich versuchen. Zwischen dem seit 1431 in Basel versammelten Konzil und Prag wurden bis 1433 wiederholt Gesandtschaften gewechselt, bis endlich in diesem Jahre die Kompaktaten zustande kamen. Darnach durfte das Abendmahl in Böhmen und Mähren jedermann unter beiderlei Gestalt gereicht werden, doch sollte die Lehre gelten, daß Christus auch unter einer Gestalt vollkommen empfangen werde. Öffentliche Verbrechen und Laster sollten von den ordentlichen Ge-

richtspersonen bestraft werden. Das Wort Gottes sollte frei und ungehindert von den nach den hierarchischen Einrichtungen verordneten Priestern verkündet werden. Die Kirche und die Geistlichen, die nicht das Gelübde der Armut abgelegt haben, können rechtmäßig erworbene Güter besitzen, die sie treu verwalten sollen. Also im wesentlichen der Inhalt der sogenannten 4 Prager Artikel, die zu Beginn der Revolution oft erörtert worden waren und am 3. Juli 1420 eine endgültige Fassung erhalten hatten.

Es hatte in Böhmen genug Stimmen gegeben, die, je länger die Kriegsgreuel währten, umso mehr zur Ein- und Umkehr rieten. Die Dörfer zerstört, die Äcker verheert und verödet, Handel und Gewerbe fast erloschen, Not, Elend und Krankheit, die Gemüter der Menschen verroht, das waren auch hier wieder die traurigen Folgen eines langwierigen Krieges. Dazu kamen die immer mehr um sich greifenden kommunistischen Tendenzen der taboritischen Kreise und die wachsende Neigung zur Unbotmäßigkeit und Auflehnung, lauter Dinge, die gerade die adeligen Herren und die besser gestellte Bürgerschaft nicht noch weiter reifen lassen wollten. So vollzogen diese eine kleine Schwenkung und rückten von den Radikalen ab, die von den Kompaktaten nichts wissen wollten. Bei Lipan maßen sich 1434 die friedensbereiten Utraquisten mit den unversöhnlichen Taboriten; die Entscheidung fiel gegen letztere. Tausende wurden im Felde niedergemetzelt

und verbrannt und damit war auch die kommunistische Bewegung in der Hauptsache erledigt.

Die völlige Versöhnung Sigismunds mit den Ständen Böhmens und seine Anerkennung als Landesherr brachte erst der große Iglauer Landtag. „Was in diesen aufgeregten Zeiten," so steht in dem die Vertragspunkte aufzählenden Majestätsbrief Sigismunds vom 20. Juli 1436 zu lesen, „wider uns geschah, das soll alles vergessen sein und wir wollen es in Zukunft niemandem gedenken." Außer dieser allgemeinen Amnestie hatte der Kaiser für sich und seine Nachfolger versprochen, die Kompaktaten getreulich zu halten, die vertriebenen Mönche und Nonnen nicht zurückzuführen, niemand zur Zurückerstattung der geraubten Güter zu nötigen und in Böhmen keinen Ausländer zu einem Amte zuzulassen.

Neben der Niederlage der Deutschen steht gleich die Demütigung des Königtums. Der Landesherr sollte sich einen Ratskörper beigesellen, dessen Zusammensetzung ganz die Stände bestimmen wollten. Selbst mit dem größeren Teil der noch übrigen Taboriten wurden auf Frieden und Versöhnung abzielende Vereinbarungen getroffen. Der unversöhnliche kleinere Teil, der unter Rohatsch v. Duba auf der Burg Sion (bei Maleschau) weitertrotzte, wurde überwältigt und dem Galgen überliefert. Als Äneas Silvius die Stadt Tabor, die einstige Hochburg des Taboritentums, besuchte, hatte die „Natur bereits die Oberhand gewonnen" und es war die Rückkehr zum Privat-

eigentum vollzogen. Dabei konnte man auch hier wieder die Wahrnehmung machen, daß viele, die sich früher für die Parole „Freiheit und Gleichheit" nicht genug hatten begeistern können, dann aber reiche Beute zusammengetragen hatten, sich ganz lebhaft für diese Neuordnung der Dinge einsetzten.

Da Sigismund, wankelmütig wie er nun einmal in seinem Wesen war, die verschiedentlichen Abmachungen nicht genau einzuhalten gesonnen war, griff neuerlich im hussitischen Volke große Erregung um sich; neuerliche Zusammenstöße wären kaum erspart geblieben, wenn nicht der Tod am 9. Dezember 1437 dem 70jährigen Kaiser in Znaim ein Ziel gesetzt hätte.

Die gewaltige hussitische Revolution, die kurz vor dem Ende des Kaisers ihren äußerlichen Abschluß gefunden hatte, hat sich zu tief in die Geschichte des Landes und im besonderen seiner deutschen Bewohnerschaft eingeschrieben, als daß eine Zusammenfassung wenigstens der wichtigsten Folgen erlassen werden könnte. Sie liegen auf nationalem, politischem, kirchlichem und sozialem Gebiete.

Mit leidenschaftlichem Ruf hatten die Neuerer die Ausrottung des Deutschtums und damit den volksreinen tschechischen Nationalstaat gefordert. Dazu ist es nicht gekommen, wohl aber hat das Deutschtum schwere Einbuße erlitten. Die in der Mitte des Landes gelegenen Städte waren ausnahmslos dem Eroberer verfallen. Der deutsche Bürger war hier gewichen oder in seinem Blute erstickt worden. Die

Formen, die die Deutschen in Stadtverwaltung und Verfassung entwickelt hatten, behielt der nachrückende Tscheche bei. Die deutschen Stadtrechte regierten weiter, nachdem ihre Bestimmungen ins Tschechische übertragen worden waren. Was für die Weiterentwicklung der tschechischen Nation den wichtigsten Gewinn darstellt, das ist, daß sie von nun ab über einen zahlenmäßig achtbaren Mittelstand, d. i. Bürgerstand, verfügt, der gegenüber der Landbevölkerung durch höhere Intelligenz und nationale Wachsamkeit ausgezeichnet war und gegen alle etwaigen kommenden Gefahren einer Germanisierung der Gesamtnation erhöhte Widerstandskraft lieh.

Der Verlust, den das Deutschtum in Innerböhmen erlitt, stellt sich umso empfindlicher dar, als zu gleicher Zeit der deutsche Ritterorden durch das aufstrebende Polen-Litauen immer mehr geschwächt werden sollte. Es war ein Sturmlauf gegen das im Osten siegreich vorgedrungene Deutschtum auf ganzer Linie; daß sich die mit Sigismunds Nachfolge unzufriedenen hussitischen Elemente den Fursten Witold v. Litauen, einen Verwandten der polnischen Herrscherfamilie, als König verschreiben wollten, wirft auf die weitausgreifenden antideutschen Pläne genügendes Licht.

Glimpflicher als den Binnen- war es noch den Randdeutschen ergangen. Hier hatten sich etliche Städte: Eger, Elbogen, Brüx, Pilsen und Budweis durch die drangvollen Jahre hindurch tapfer ge-

halten und behauptet. In den Randgebieten des Landes war es dem deutschen Volkstume zum Heile gewesen, daß deutsche Bauern- und Bürgerschaft nebeneinander siedelte und sich gegenseitig zu stützen vermochte. Wohl hat es auch hier Verluste und Abbröckelung gesetzt, aber der in der großen Kolonisationszeit geschaffene Grundstock hat sich erhalten. Im östlichen Grenzgebiet allerdings ist viel städtisches und ländliches deutsches Element, das hier in größeren Sprachinseln und Sprachzungen gelebt hatte, dauernd verloren gegangen. Es sind dies die deutschen Sprachbezirke von Hochstadt, Starkenbach, Eipel, Politz, Königgrätz, Wildenschwert, Senftenberg, Trübau, Leitomischl, Politschka und Deutschbrod. So ist es gekommen, daß im heutigen ethnographischen Kartenbild die Mitte und der Osten des Landes dem tschechischen Volke gehört.

Auch die Folgen auf politischem Gebiet waren sehr bedeutsam. Der König, der so oft in offener Feldschlacht dem volkstümlichen Hussitenheere unterlegen war und sich dann zuletzt genötigt sah, den Weg der Unterhandlungen und des Kompromisses zu beschreiten, den er ursprünglich mit aller Entschiedenheit abgelehnt hatte, verlor begreiflicherweise viel an Autorität. Dafür war der Adel, in diesem Lande schon seit Jahrhunderten mächtig, schier zu politischer Allmacht emporgediehen. Er wollte von nun ab nur mehr einen schwachen König neben sich dulden und die Gewalt, Gesetze zu geben

wie auch das Land zu regieren, an sich reißen. Die Zeit der hochmütigen Adelsoligarchie war gekommen.

Die kirchliche Einheit des Landes war durch die Aufrichtung der utraquistischen Staatskirche zerrissen. Gehörten dieser die hussitischen Volksmassen an, so hielt die verbliebene deutsche Bevölkerung nach wie vor zum Katholizismus. Ihm hatten auch in der schwersten Zeit die deutschen Geistlichen ihre Treue bewahrt, bekamen aber aus diesem Grunde die rohe Gewalt der Neuerer doppelt zu spüren. Daß die päpstliche Universalkirche die neue Sekte, die nicht unbedingt auf kirchlichem Boden stand, überhaupt hatte anerkennen müssen, hatte ihre Geltung und ihr Ansehen keineswegs zu heben vermocht. — In Prag residiert das Oberhaupt der utraquistischen Kirche, der hussitische Erzbischof, zur Zeit des Friedensschlusses der vom Volke hochverehrte Johann Rokyzana, während das der katholischen Kirche treugebliebene Domkapitel Prag verlassen hatte und von Zittau und Pilsen aus seinen Einfluß auf die Verwaltung des Erzbistums geltend machen wollte. Die Säkularisationen, die in den Kriegsjahren, vor allem von den böhmischen Herren, mit allem Eifer durchgeführt worden waren, blieben aufrecht; zu diesem Verluste der materiellen Machtgrundlage mußte der Klerus des Landes auch noch auf sein altes Recht, im Landtage Sitz und Stimme zu beanspruchen, Verzicht leisten.

Tieftraurig waren die Rückwirkungen auf sozialem Gebiete. Auch hier ist die Allmacht des Adels

erwachsen. Die böhmischen Barone hatten zu Beginn der hussitischen Bewegung erklärt: man müsse dahin arbeiten, daß die Bürger sich für ihren neuen Glauben gegen den König erheben. Möge es dann gehen, wie es wolle, sie würden in jedem Falle gewinnen und sich in die Güter entweder der Geistlichen oder der Bürger teilen. Willige der König in die Säkularisation, so würde vor allem der Adel hieraus Vorteile ziehen. Willige er nicht ein, so gebe es einen Bürgerkrieg, in welchem man gelegentlich für eine gehörige Abrundung seines Gebietes sorgen könne. Diese Erwartungen haben nicht getrogen; sie wurden noch übertroffen. König, Bürgertum und Geistlichkeit waren geschlagen und auf diesen Trümmern des alten gesellschaftlichen Baues richteten sich nun die feudalen Herren ein, ganz so, wie sie wollten. Wer hätte sie daran hindern sollen?

Denn auch der bäuerliche Stand war zermürbt, materiell und geistig heruntergekommen. Und es ist eine überaus bittere Ironie, daß gerade dieser Stand, dem der weitaus größte Teil des Volkes zugehörte, der mit fanatischer Begeisterung mehr als ein Jahrzehnt die Gottesstreiter gestellt und Gleichheit und Befreiung von allem höheren äußeren Zwang erhofft hatte, zum guten Schlusse, nach einer rechtzeitigen Abschwenkung des Adels, tiefer herabgesunken ist als je zuvor. Der sozialrevolutionäre Sturmgedanke, dem sich der arme Bauersmann so

leidenschaftlich hingegeben, war gebrochen und der adlige Herr, der einst die Befreiung miterkämpfen wollte, setzte nun unbedenklich seinen Fuß auf den Nacken des Bauern und drückte ihn zum Leibeigenen herab. Angesichts eines solchen Endresultates mag man sich der Worte erinnern, die die Pariser Universität zur Kennzeichnung der hussitischen Bewegung gesprochen: sie sei ein Ärgernis erregender, verderblicher Irrtum, der Ungehorsam, Empörung und Aufruhr und endlich den Fluch Chams nach sich ziehe.

III. Das nationale Königtum.

Die Überleitung bildet eine kurze Herrschaft der Habsburger. — Kaiser Karl IV. hatte seinerzeit (1348) bestimmt, daß die Stände Böhmens nur dann das Wahlrecht ausüben sollten, wenn vom königlichen Stamme weder ein männlicher noch ein weiblicher Sprößling vorhanden wäre, was die goldene Bulle vom Jahre 1356 bestätigte. Darnach wäre nach Sigismunds Tod seiner Tochter Elisabeth die rechtmäßige Nachfolge zugestanden, zumal die Stände in Verträgen zu Stuhlweißenburg und Iglau deren Erbrecht auf Wunsch des Kaisers neuerlich anerkannt hatten. Der österreichische Herzog Albrecht V. (als Kaiser Albr. II.), der als Gemahl Elisabeths Ansprüche auf die böhmische Krone erhob, war noch vom sterbenden Kaiser in beweglichen Worten den um ihn versammelten Großen als Nachfolger empfohlen worden. Eine Verbindung Österreichs, Böhmens und Ungarns war nach der Ansicht Sigismunds angesichts der immer bedrohlicher werdenden Türkengefahr eine unabweisliche Notwendigkeit.

Trotz alledem war nur der katholisch-deutsche Teil der Stände und die gemäßigten Utraquisten für den Habsburger, der radikale Flügel der Utra-

quisten wollte von einem Nichtslawen nichts wissen und von Albrecht V. insbesondere nichts hören, da er seinerzeit als Gegner der Hussiten aufgetreten war. Ihr Kandidat war der polnische Prinz Kasimir. Mit dieser tschechisch-nationalen Gruppe, in der noch viel vom revolutionären Geist der vergangenen Jahre fortlebte, hatte Albrecht in nächster Zeit vollauf zu tun. Doch der energische Fürst hätte den aufgezwungenen Kampf jedenfalls zu seinen Gunsten entschieden, wenn ihm längere Zeit gegönnt gewesen wäre. Das Unglück wollte, daß er schon nach Jahresfrist an einer Krankheit starb, die er sich auf einem Kriegszug gegen die Türken zugezogen hatte. Selbst ein tschechischer Chronist mußte sich zu dem Lobe verstehen: „Er war, obschon ein Deutscher, gut, kühn und mildherzig."

Da der Erbe Albrechts, Ladislaus, erst nach des Vaters Tode geboren wurde (daher Postumus, d. h. der Nachgeborene, geheißen), erhoben die deutschfeindlichen Parteien umso hoffnungsvoller ihr Haupt. Erst als andere Fürsten die ihnen angebotene böhmische Krone abgelehnt hatten, kamen die Stände auf Ladislaus zurück und es lebte das ganze leidenschaftliche Parteigetriebe der vergangenen Jahre wieder auf, als für das Erbe des königlichen Knaben ein Verweser bestellt werden sollte. Obwohl einige der mächtigsten Adelshäupter im Lande, darunter Ptatschek v. Pirkstein, Meinhard v. Neuhaus und Ulrich v. Rosenberg, mit heißem Begehr nach dieser Rolle ausschauten, hat den Sieg

schließlich der noch jugendliche, aber in harten Kämpfen gestählte, scharfblickende Georg von Poděbrad, Herr auf Kunstadt, davongetragen. Schon als Gubernator führte Poděbrad ein tatkräftiges Regiment, wodurch dem Lande die langersehnte Ruhe und Ordnung wiedergegeben wurde. Als 1457 der 18jährige Ladislaus, gerade als er zu seiner Hochzeit mit Magdalena, der Tochter des französischen Königs Karl VII. rüstete, unerwartet in Prag starb, da vermochte Poděbrad seinem Ehrgeiz weitere Befriedigung zu geben: er wurde des Landes nationaler König, ganz so wie es die um das Prager Rathaus versammelte Menge mit Ungestüm verlangt hatte: „Ein Landeskind, ein Tscheche, ein Utraquist muß König werden, damit der Druck der Deutschen und Katholiken ein Ende nehme".

Der neue Herr brachte dem Lande wenn auch nicht den völligen Frieden, so doch immerhin bessere Tage. Auch dem Königtum selbst, das seit Sigismund soviel an Ansehen und Geltung verloren hatte, verhalf er zu höherer Wertung; nicht zuletzt dadurch, daß er durch die Wiedereinbringung der verlorengegangenen Krongüter für das Königtum eine bessere materielle Grundlage schuf. Die Unzufriedenheit, die damals im Reiche über den unfähigen Kaiser Friedrich III. herrschte, kannte König Georg sehr wohl und es hat nicht viel gefehlt, so wäre seine kühnste Hoffnung, selbst „Herr der Christenheit" zu werden, in Erfüllung gegangen. — Viel zu schaffen machte Poděbrad die Kirchenfrage;

sie legte sich einem düsteren Schatten gleich auf seine ganze Regierungszeit, ließ ihn niemals seiner Erfolge ganz froh werden und stürzte in seinen letzten Regierungsjahren das ganze Land in einen neuerlichen, bösen Bürgerkrieg.

Bevor König Georg gekrönt worden war, hatte er den katholischen Bischöfen von Raab und Waizen im geheimen das Versprechen gegeben, „dem Papste wie andere katholische Könige Gehorsam zu leisten, den katholischen Glauben zu schützen, für die Ausrottung aller Sekten und Ketzereien in Böhmen zu sorgen und das Volk zur Einheit, zum Ritus und Kultus der römischen Kirche zurückzuführen". Dieses Versprechen zu erfüllen, d. h. die Basler Kompaktaten fallen zu lassen, konnte Poděbrad im Ernste nicht wollen, denn das hätte nichts anderes bedeutet, als daß er sich in Gegensatz zum Großteil seines Volkes stellte. Als Äneas Silvius Papst geworden war — er kannte den König sehr genau — da forderte er, daß mit der Verschleppungspolitik gebrochen werde und Poděbrad offen Farbe bekenne. Der Papst gebrauchte geradezu herausfordernde Worte, als er den böhmischen Landesherrn nach Rom zur Verantwortung zitierte. Er nannte den Böhmenkönig „ganz und gar verlogen, ebenso hinterlistig und heimtückisch wie böswillig und in hohem Grade gefährlich". Der auf Pius II. folgende Papst Paul II. schlug keinen freundlicheren Ton an, als König Georg alle Vorladungen unbeachtet ließ. Der völlige Bruch war unausbleiblich und der „rückfällige

Ketzer und Kirchenräuber" wurde seiner Würden verlustig erklärt und alle Untertanen von jeder Pflicht gegen den König entbunden — so ganz noch die Methode, durch die die Kurie im hohen Mittelalter ihre Gegner völlig zerschmettern wollte. Auch ein Kreuzzug wurde in Deutschland gegen den Ketzer gepredigt.

Das Land Böhmen wurde dadurch neuerlich in die Greuel des Religionskrieges hineingeschleudert. Die böhmischen Herren, die der König dadurch verletzt hatte, daß er sich nicht immer bei ihnen Rat holen wollte, hatten sich schon früher zum Herrenbund zusammengeschlossen und traten nun gegen den bedrängten Landesherrn auf. — Einige Genugtuung mochte es dem König in diesen schweren Tagen sein, daß sein gerechtes, fürsorgliches Walten in den Kreisen des niederen Adels, der Bürger und Bauern Verständnis gefunden und diese zur Hilfe bereit waren. Doch die Kurie hatte sich als Organ der Vollstreckung ihres harten Willens einen Mann gesucht, der gegen den böhmischen König einen wuchtigen Hieb führen konnte, den ehrgeizigen Ungarnkönig Matthias Corvinus. Ihm gelingt es auch, Mähren, Schlesien und die Lausitz dem Böhmenkönig zu entreißen. Um noch Schlimmeres zu vermeiden, verzichtet König Georg auf die Begründung einer eigenen Dynastie und legt mit Wissen der Stände dem Polenkönig Kasimir einen Vertrag vor, demzufolge dessen Sohn Wladislaw die Nachfolge in Böhmen übernehmen sollte. Durch den Anschluß an Polen war die Lage Georgs wesentlich gebessert

worden und so wollte er nunmehr gegen Matthias Corvinus mit Nachdruck zu Felde ziehen; an der Ausführung hinderte ihn jedoch sein am 22. März 1471 erfolgter Tod.

Nun erhoben die böhmischen Stände tatsächlich den polnischen Prinzen Wladislaw Jagello auf den Thron. Diese Wahl war aber keine glückliche. Denn wie die folgenden Ereignisse nur zu deutlich erkennen ließen, war der neue Herr — er zählte auch nur 15 Jahre — viel zu schwach und gut, um die schwierige Aufgabe, die gerade in diesen Jahren dem Herrscher Böhmens gestellt war, auch nur annähernd erfüllen zu können. — Da war für den böhmischen Adel, dessen oligarchische Gelüste König Georg nur mit dem Aufgebot aller Kraft zurückzudämmen vermocht hatte, eine ausgezeichnete Gelegenheit gekommen, seinen Machtbestrebungen wiederum freien Lauf zu lassen. Treffend haben die Zeitgenossen das Mißverhältnis zwischen Herrschermacht und Herrengewalt durch das Sprichwort: „Du bist unser König, wir sind deine Herren" zum Ausdruck gebracht.

Unter solcher Voraussetzung ist es gar nicht zu verwundern, daß der äußere und innere Krieg, den die hartnäckige Politik der römischen Päpste entfacht hatte und der von König Georg als schwieriges Erbe hinterlassen worden war, unter dem Jagellonen noch geraume Zeit weiterlief. Erst das Jahr 1478 brachte den Frieden mit Ungarn. Die Nebenländer Mähren, Schlesien und Lausitz verblieben dem

König Matthias, der auch den Titel eines Königs von Böhmen führen durfte. Nach seinem Tode jedoch sollten jene Nebenländer gegen 400.000 Goldgulden zurückgelöst werden. Zu gleicher Zeit machte Wladislaw Anstrengungen, den religiösen Frieden im Lande herbeizuführen. Doch dieses Ziel war nicht leicht zu erreichen. Die utraquistische Partei war arg darüber verstimmt, daß Wladislaw die Katholiken in mehr als einer Hinsicht begünstigte. Der Unmut darüber machte sich im Jahr 1483 in heftigen Ausschreitungen des Prager Pöbels Luft. Der Sturm auf die Rathäuser, die Plünderungen von Klöstern und Kirchen gemahnten gar sehr an die Vorgänge zu Beginn der hussitischen Revolution. Erst im Jahre 1485 konnte durch den Vergleich zu Kuttenberg dem langjährigen Religionszwist ein Ziel gesetzt werden.

Gegenseitige Duldung und Anerkennung des Besitzstandes beider Religionsparteien wurde ausgesprochen. Gleichwohl konnte der weitere Rückgang der utraquistischen Kirche nicht aufgehalten werden. Mangel an festen inneren Einrichtungen und an positiv schaffender Kraft trugen ebenso Schuld daran, wie die geringe Bildung und Moral, die bei vielen ihrer Verkündiger zu treffen waren.

Als Matthias Corvinus starb (1490), erwählten sich auch die ungarischen Stände, die wohl einen König, doch nur einen schwachen wünschten, Wladislaw zu ihrem Herrscher und führten durch den Zusammenschluß der böhmischen und ungarischen Lande

eine Reichsgründung von beträchtlichem Umfang herbei. Ihr Gewicht hat dadurch noch gewonnen, daß in dem angrenzenden Polen-Litauen Herrscher derselben Dynastie am Ruder waren.

Gerne hätte der hochstrebende Habsburger Maximilian im Jahre 1490 Hand auf die ungarischen Länder gelegt. Gaben auch die Stände dem Jagellonen Wladislaw den Vorzug, so gestand dieser doch im nächsten Jahre (1491) im Preßburger Vertrage gerne zu, daß für den Fall, als er ohne Söhne oder diese ohne männliche Erben stürben, die Habsburger die Nachfolger der Jagellonen werden sollten. Als 1526 König Ludwig, der vor 10 Jahren nach dem Hingange seines Vaters in der Regierung gefolgt war, im Kampfe gegen die Türken bei Mohacz ein tragisches Ende gefunden hatte, da sollte jener Vertrag — wenn auch vielfach angefochten — seine Verwirklichung finden. Die Habsburger wurden die Herrscher Böhmens und eines Teiles von Ungarn und der Zusammenschluß mit den Alpenländern zu einem größeren Reiche war vollzogen. Damit ist in der Geschichte Böhmens ein wichtiger Wendepunkt gekommen, die Geschichte des Landes fließt von diesem Zeitpunkte immer mehr mit der Gesamtösterreichs zusammen. Bevor wir jedoch in die Betrachtung des neuen Zeitraumes eingehen, sind noch die inneren Zustände Böhmens unter den Jagellonen einigermaßen zu schildern.

Da Wladislaw von dem Zeitpunkte an, da er König von Ungarn war, meist in Ofen residierte,

war für die ehrgeizigen Pläne des böhmischen Adels der weiteste Spielraum gegeben. Die Barone wurden die eigentlichen Träger von Recht und Herrschaft und brachten damit jenen eigentümlichen Verfassungszustand fertig, den man als „souveräne Republik mit dem König an der Spitze“ bezeichnen mag. Eine solche schier unumschränkte Herrschaft übten die böhmischen Großen auch unter dem Sohn und Nachfolger Wladislaws, unter König Ludwig (1516—1526) aus, der auch nur vorübergehend in Böhmen zu weilen pflegte. Ein deutscher Bürger des Landes läßt sich darüber also vernehmen: „Gott ist hoch droben und der König ein Kind und weit weg, die Landesverweser aber übersehen und verschieben alles, so daß weder Recht noch Gerechtigkeit in diesem Lande zu finden ist und diejenigen, welche dem lieber wehren sollten, helfen ihnen noch.“ Wie in den Zeiten des Luxemburgers Johann begann der Adel die Krongüter zu verschleppen und überdies die breiteren Schichten des Volkes, den Bauern- und Bürgerstand, in einer bisher unerhörten Art zu bedrücken und auszubeuten.

Der Bauernschaft wurde die Freizügigkeit fast überall genommen, Robot und Abgaben ungebührlich emporgeschraubt. Freilich war diese Entwicklung durch die im 15. Jahrhundert über die europäische Agrarwelt hereingebrochene Wirtschaftskrise stark mitbestimmt. Die reichlicher gewordene Gewinnung von Gold und Silber in Europa selbst und dann zu Ende des Jahrhunderts die starke überseeische

Zufuhr an Edelmetall hatten eine starke Geldentwertung im Gefolge. Die Warenpreise stiegen, doch nicht die der agrarischen Produkte, deren es genug gab, sondern die Preise der gewerblichen Erzeugnisse. Die Folge war eine weitgehende Entwertung von Grund und Boden. Das Streben der bäuerlichen Siedler, in die Städte abzuwandern, wo sich mit gewerblicher Betätigung besserer Verdienst und bessere Lebensführung verknüpfte, griff daher immer weiter um sich. Die adeligen Herren, die ihre Bodenrenten nicht geschmälert sehen wollten, suchten der neuen, ihnen sehr unangenehmen Entwicklung dadurch zu begegnen, daß sie die bisherigen Abgaben und Leistungen willkürlich in die Höhe setzten und den Bauern an die Scholle fesselten — also die nackte Leibeigenschaft schufen.

Die hohen Herren gingen bei ihren bauernfeindlichen Maßnahmen nicht vereinzelt vor, sondern nahmen die Landesgesetzgebung für ihre Zwecke in Anspruch. So hat beispielsweise der obenerwähnte Kuttenberger Landtag von 1485 die Bestimmung getroffen: Untertanen des Adels, die in die Stadt gingen, sollen auf Verlangen des Grundherrn ausgeliefert werden. Und ähnlich wie dieser Beschluß, lauteten noch viele andere. Das römische Recht, das in dieser Zeit über die Alpen gedrungen war und nur eine stark abhängige Bauernschaft kannte, hat dieser neuen bäuerlichen Rechtslage noch die Rechtfertigung hinzugefügt.

Doch auch der Bürgerstand hatte über Druck

und Willkür des Adels in dieser Zeit viel zu klagen. Die Landesordnung, welche die Stände, d. i. die Herren und Ritter, im Jahre 1500 beschlossen und die dann König Wladislaw bestätigte (Wladislawsche Landesordnung), rüttelte in rücksichtsloser Weise an den Rechten und Privilegien, die das Bürgertum in den abgelaufenen Jahrhunderten einwandfrei erworben hatte. Der Bürgerstand soll in Zukunft nur mehr jenen Landtagen beigezogen werden, auf denen Angelegenheiten, die die Städte berührten, an die Reihe kommen. Auch das alte Recht der Städte, gewisse Gewerbe, sogenannte „bürgerliche Nahrungen", allein betreiben zu dürfen, wird von den adeligen Herren angefochten. Sie wollen diese Gewerbe — darunter war besonders leidenschaftlich umstritten das Recht, Bier zu brauen — auch bei ihren Sitzen ausgeübt sehen. Auch schickte sich der Adel an, in solchen Fällen, wo nach Ansicht der Bürger lediglich das städtische Gericht zuständig war, vor das adelige Landrecht zu fordern. Die Städte haben gegen alle diese gehässigen Neuerungen mit aller Entschiedenheit protestiert, sich zu einem Bund zusammengeschlossen und selbst die Waffen gegen die übermütigen Adeligen des Landes gekehrt. So war, kaum daß der religiöse Friede einigermaßen hergestellt war, ein scharfer politischer und wirtschaftlicher Kampf im Lande entbrannt. Im St.-Wenzels-Vertrag von 1517 wurden endlich die schärfsten Gegensätze behoben, und wenn die Städte auch in vielem nachgeben mußten (so z. B. teilten

sie sich in die Brauberechtigung mit dem Adel), so hatten sie durch ihre Beharrlichkeit und Wachsamkeit doch manches gerettet.

Die Lage der Deutschen war in dem Jahrhunderte, das der hussitischen Revolution folgte, eine durchaus gedrückte. Der hussitische Geist der Unduldsamkeit beherrschte fast das ganze öffentliche Leben. Das hussitisch-utraquistische Tschechentum sah nach wie vor in den Deutschen, die sich vornehmlich zur katholischen Partei im Lande bekannten, die halsstarrigen Gegner, die die wahre Lehre des Heils und die notwendige Besserung des religiösen Lebens nicht erkennen und zugeben wollten und die daher bekämpft werden müßten. Wenn auch nach Sigismund der deutsche Habsburger Albrecht die Herrschaft übernahm, so hat sich deswegen die Lage der Deutschen nicht gebessert. Auch Albrecht sah sich mit Rücksicht auf die starke, gegen ihn gerichtete nationale Strömung gezwungen, die deutschfeindlichen Artikel aus Sigismunds Zeit zu bestätigen. Unter König Georg, der selbst nur schlecht deutsch sprach und sich im Verkehr mit den deutschen Fürsten eines Dolmetschers bediente, haben es die Deutschen als eine Erleichterung empfunden, daß er sich wenigstens bemühte, im großen ganzen die Unparteilichkeit zu wahren.

Wohl fehlte es nicht an einzelnen Stimmen, die eine Wiederbelebung des Landes und seiner Kultur nur unter der Voraussetzung für möglich hielten, daß man das deutsche Element zur Mitarbeit ge-

winne. Eine solche Stimme erhob sich an der Prager Universität. Hier war nach dem Abzug der Deutschen die Frequenz fortgesetzt gesunken, auch die Lehrer fehlten, die einen weiterhin bekannten Namen besaßen. Religiöser Streit, mit dem Rüstzeug der absterbenden Scholastik geführt, erfüllte meist die Gemüter. Überaus bezeichnend für die Lage der hohen Schule ist es, daß die Hörsäle, in denen einstmals über Plato und Aristoteles gelesen worden war, in dieser Zeit eingerissen wurden. Eine Besserung sollte nach jenem Vorschlag nunmehr dadurch herbeigeführt werden, daß deutsche Lehrer aus Leipzig und Wien berufen würden. Doch die Lehrer, welche die nationale Richtung vertraten, sprachen sich in leidenschaftlicher Weise dagegen aus, wie sie sich auch gegen das Eindringen des Humanismus, der damals ganz Mittel- und Westeuropa befruchtete, wehrten, immer fürchtend, es könnte dadurch das tschechisch-nationale Wesen eine Trübung oder Schädigung erfahren. Auch das berüchtigte Dokument des Jahres 1500, die Wladislawsche Landesordnung, konnte es sich nicht versagen, neuerliche Beweise deutschfeindlicher Gesinnung zu geben. Obwohl dieses Gesetzbuch für alle Landesbewohner gemacht war, wurde es nur in tschechischer Sprache ausgegeben. Die alte gehässige Bestimmung, daß kein Deutscher ein Landesamt versehen dürfe, wurde gewissenhaft wiederholt und weiterhin festgelegt, daß in der Landtafel nur tschechische Eintragungen zulässig seien, daß der

König keine deutschen Lehensbriefe ausstellen dürfe und daß vor den Gerichten nur in tschechischer Sprache zu verhandeln sei u. a. m.

Wie auf geistig-kulturellem Gebiete in nachhussitischer Zeit fast jeglicher Schwung fehlte, so war auch das wirtschaftliche Leben zu traurigem Siechtum verurteilt. In den einstmals rührigen Werkstätten, in den Kaufhallen und Laubengängen war es still und leer geworden. Die inneren Fehden, in die das Land immer wieder hineingezerrt wurde, die zeitweise geradezu anarchisch gearteten Zustände drängten die fremden Händler auf andere Verkehrswege und Märkte ab. Aus den gleichen Gründen trug man im Auslande Bedenken, böhmischen Geschäftsleuten Kredite zu gewähren. Dazu kam noch, daß das Neubürgertum der tschechisch gewordenen Städte wohl den Besitz der Deutschen zu erobern verstanden hatte, nicht aber deren Geschäfts- und Unternehmungsgeist. „Dieses neue, meist vom Lande her eingeströmte Kleinbürgertum hinter der Stadtmauer dachte, sprach, arbeitete, nährte und vergnügte sich genau so, wie die bisherigen Genossen, die das Wohnen auf dem Lande vorgezogen hatten." Kaum ein oder der andere Gewerbszweig ragte über die Durchschnittsleistung hinaus. Das meiste wurde noch auf dem Gebiet der Bautätigkeit erreicht, wo in den Formen der Spätgotik so manches beachtenswerte Baudenkmal erstand. Dies gilt besonders von Bauten, die auf Prager Boden erwuchsen (Wladislawsche Burg mit dem Huldigungssaal).

Namhaftere gewerbliche Leistungen, die sich zu Ende des Jahrhunderts einstellten, führten sich fast ausnahmslos auf die Deutschen zurück. In Nürnberg errichtete der Egeraner Sensenschmied die älteste der dortigen Druckereien. Einer seiner Mitarbeiter übersiedelte 1468 nach Pilsen und legte hier den Grund zur ersten Druckerei des Landes, der bald weitere zu Eger, Prag und Kuttenberg folgten. Daß damit der Volksbildung ein großer Dienst erwiesen war, braucht kaum betont werden. Mit den neuerstehenden Druckereien geht Hand in Hand eine gesteigerte Papiererzeugung, die in den deutschen Städten Bensen, Aussig und Trautenau ihre vornehmsten Sitze hatte. Eine ähnliche Regsamkeit entfaltete das den Herren von Schleinitz untertänige Gebiet von Schluckenau und Rumburg in der Erzeugung von Leinenwaren. Höchst bedeutsam auch war die bergmännische Betätigung, die im Erzgebirge noch im 15. Jahrhundert ihren Einzug hielt. Wohl war hier schon in den vorausgegangenen Jahrhunderten mit der Ausbeute des Erzsegens begonnen worden. Graslitz z. B. hatte schon durch Karl IV. den Rang einer königlichen Bergstadt erlangt. Aber recht lebendig wurde es im Gebirge erst jetzt. Unaufhaltsam drangen die Gewerken, die meist aus Sachsen und Meißen kamen, bis auf den First des Gebirges empor und legten den Grund zu einer ganzen Reihe neuer Siedlungen, machten damit das Erzgebirge zu dem dichtest besiedelten deutschen Mittelgebirge und gaben dem Deutschtum an der nord-

westlichen Landesfront einen festen Rückhalt für alle Zeiten. Im westlichen Gebirgsteil waren die vornehmsten Förderer bergmännischer Unternehmungen die Herren v. Schlick, mit deren Zustimmung der Hauptort Konradsgrün in St. Joachimstal umbenannt wurde. Die für diese Siedlung 1518 zustande gekommene Bergordnung wurde vorbildlich für viele Dokumente dieser Art und die hier ausgeprägten Silbertaler, die Joachimstaler, wurden eine weit über Böhmen hinaus gangbare Münze.

Das sind einzelne Lichtpunkte in dem sonst wenig erfreulichen Bilde des Wirtschaftslebens des 15. Jahrhunderts. Gerade dieser Zeitraum zeigt so überaus deutlich, daß der Schlag, den das tschechische Volk mit roher Gewalt gegen das Deutschtum zu führen unternommen hatte, ihm selbst sehr teuer zu stehen kam. Richten wir nur den Blick auf das Ganze: Außerordentlich gesteigert zeigt sich der Besitz des Adels und nahezu unbeschränkt ist seine Geltung im privaten und öffentlichen Leben; daneben tiefe Ohnmacht und wirtschaftlicher Verfall des Bürger- und Bauernstandes, das heißt nichts anderes als das Siechtum der großen Mehrheit des Volkes.

IV. Böhmen unter den Habsburgern.

A. Das Land im Zeichen des Protestantismus und ständischer Macht.

Der Zusammenschluß der böhmischen Länder mit den Alpen- und Karpathenländern, wie er — mit einiger Einschränkung bezüglich Ungarns — 1526 zustande kam, war nur ein loser. Was allen Ländern vorderhand gemeinsam war, das war lediglich die Person des Herrschers (Personalunion). Und selbst die Stellung des gemeinsamen Herrschers war zunächst noch eine unsichere. Trotz bestehender Verträge, aus denen ein Erbrecht des Habsburgers Ferdinand I., bzw. seiner Gemahlin Anna, gefolgert werden durfte, hatte er sich in Böhmen und Ungarn einer Wahl unterzogen, um allen weiteren Erörterungen über die Stichhältigkeit seiner Ansprüche wie auch anderen Thronprätendenten den Boden zu entziehen. In einem Reverse, den Ferdinand I. noch vor seiner Krönung unterzeichnen mußte, fand sich neben einer Reihe demütigender Forderungen auch die, daß er ausdrücklich anerkannte, daß ihn die Stände Böhmens nur aus freiem Willen erwählt hätten und daß die Ämter in Böhmen und seinen Nebenländern nur mit Böhmen besetzt und zur Entscheidung böhmischer Angelegenheiten nur böhmische

Räte zugezogen werden sollten. Nach wie vor waren die eigentlichen Herren im Lande die Stände, die das nationale Banner hochhielten, weil sie bei solchem Vorgange ihre selbstischen Ziele am besten verfolgen konnten. Für die Deutschen in Böhmen hätte unter solchen Umständen der Habsburger wenig tun können, selbst wenn er die Absicht gehabt hätte, die Befriedigung bescheidenster nationaler Wünsche dem Hausmachtsinteresse voranzustellen.

Die wichtigste Erscheinung in der Landesgeschichte des 16. Jahrhunderts ist die Verbreitung des Protestantismus auch auf böhmischem Boden. Die hussitische Lehre hatte so manche Elemente enthalten — es sei nur auf den antirömischen und nationalen Einschlag oder die Einschätzung der Bibel als alleiniger Glaubensquelle verwiesen — die eine Brücke zum Luthertum schlugen und ihm das Vordringen im Lande wesentlich erleichterten. Damit ist schon angedeutet, daß es nicht allein die deutschböhmischen Stammesgenossen waren, die sich Luthers Lehre anschlossen, sondern auch Tschechen und zwar vor allem die utraquistischer Richtung. Die böhmischen Brüder bevorzugten die Lehre Calvins. Als der Protestantismus seinen Höhepunkt erreichte, gehörten ihm ungefähr zwei Drittel sämtlicher Landesbewohner an.

Die Vermittlung der protestantischen Lehre haben vielfach die Studierenden übernommen, die aus Böhmen an die deutschen hohen Schulen zu gehen pflegten. Das waren zunächst deutsche Hörer ge-

wesen; als sie aus Prag mit Gewalt hinausgedrängt worden waren, hatten sie sich fast durchgehends ihre Bildung und Schulung im Reiche geholt, wie denn überhaupt in diesem Zeitraume die kulturellen Beziehungen zwischen der deutschen Bewohnerschaft Böhmens und dem Reiche die denkbar innigsten waren. Seit dem 16. Jahrhundert folgten den deutschen Hörern auch die Söhne tschechischer Familien, besonders im Besuche Wittenbergs, um die neue Lehre an der Quelle kennen zu lernen.

Die Hinwendung Böhmens zum Protestantismus hatte zur Folge, daß es auch in den Streit der großen deutschen Religionsparteien hineingezogen wurde, der im Schmalkaldischen Krieg (1545—47) seinen Höhepunkt erreichte. Die Stände Böhmens, die in ihrer Selbstherrlichkeit auch in religiösen Fragen ein selbständiges Vorgehen für sich in Anspruch nahmen, beabsichtigten, mit den von ihnen aufgebrachten Truppen den Protestanten zu Hilfe zu eilen, während der Landesfürst mit ganzer Seele für die Sache seines Bruders, des Kaisers Karl, das ist der katholischen Partei, eintrat. Die Niederlage der Protestanten bei Mühlberg (1547) war daher auch die Niederlage der böhmischen Stände und zum ersten Male hielt ein siegreicher Habsburger Abrechnung mit den unbotmäßigen Untertanen. Sie fiel hart genug aus, besonders für die Städte. Die Oberbefehlshaber des ständischen Heeres Kaspar Pflug und Graf Albin Schlick und etliche andere vornehme Adelige wurden ihrer Ehre, ihres

Lebens und ihrer Güter verlustig erklärt, andere kamen mit der Konfiskation ihrer Güter davon. Von den Städten des Landes wurden 25, darunter meist deutsche Städte, schuldig befunden und zur Abtretung ihrer liegenden Güter und zur Zahlung einer Bier- und Malzsteuer für ewige Zeiten verurteilt. Aus ihren Privilegien, die abgeliefert werden mußten, wurde alles entfernt, was der königlichen Macht irgendwie im Wege stand. Die städtische Autonomie erfuhr eine nicht unwesentliche Einschränkung, indem ein königlicher Richter bestellt wurde, der die gesamte Verwaltung und Rechtsprechung zu überwachen hatte. Die Berufung an deutsche Oberhöfe, voran Magdeburg, den starken Stützpunkt des Protestantismus, wurde untersagt und zum Ersatz in Prag ein Appellationsgericht geschaffen. Die treugebliebenen Städte Pilsen, Budweis und Aussig wurden dadurch belohnt, daß ihre Abgeordneten auf dem Landtag gleich nach den Pragern ihre Stimme abgeben sollten.

Hatte Ferdinand schon 1545, als es die 1541 verbrannte Landtafel zu erneuern galt, die Gelegenheit benützt, die Erklärung einzuschalten, daß seine Gemahlin „als wahre Erbin und Königin" anerkannt worden sei, so durfte er nach dem Siege bei Mühlberg in der Festigung seiner Dynastie noch einen Schritt weiter gehen, indem er durchsetzte (1549), daß sein Sohn Maximilian von den Ständen als König nicht gewählt, sondern angenommen wurde.

Das Strafgericht von 1547 hat jedoch die Weiterverbreitung des Protestantismus nicht aufgehalten, umso weniger als nach dem Hingange Ferdinand I. († 1564) sein Sohn Maximilian II. der lutherischen Lehre im Innern durchaus freundlich gegenüberstand. Nur äußere Rücksichten, wie die auf das nahverwandte, streng katholische spanische Herrscherhaus und auf die Würde eines Kaisers des hl. römischen Reiches deutscher Nation, hielten ihn davon ab, völlig zum Luthertum überzugehen. Hätten die Habsburger, gleich den meisten der deutschen Fürsten, den Übertritt zum Protestantismus vollzogen, sie hätten dadurch ihre Stellung im Reiche für alle kommenden Zeiten wesentlich gestärkt und viel Mißtrauen und Feindseligkeit wäre erspart geblieben. Der später einsetzende Kampf um die Vorherrschaft im Reiche mit den protestantischen Hohenzollern wäre unter günstigeren Voraussetzungen aufgenommen worden, wenn er nicht überhaupt erspart geblieben wäre.

Wie weit die protestantische Lehre in Böhmen, speziell in Deutschböhmen, ausgegriffen hat, darüber würden uns die alten Matriken und Pfarrbücher am besten aufklären können. Doch leider ist diese wichtige Quelle später, als der Protestantismus niedergeworfen war, oft absichtlich vernichtet worden, um alle Fäden, die in die lutherische Zeit zurückleiteten, zu zerschneiden. Doch soviel steht fest, daß in Deutschböhmen, angefangen von Trautenau, über Reichenberg und Eger bis hinab nach Budweis das

protestantische Bekenntnis fast allgemein verbreitet war. Schon 1575 gab Maximilian II. den protestantischen Ständen die mündliche Versicherung, daß weder er noch sein Nachfolger sie in ihrem Glauben behindern würden. Utraquisten, Lutheraner und Brüder einigten sich unter Maximilian zur Böhmischen Konfession, die im wesentlichen die Lehre Luthers war. Als dann zwischen dem schwächlichen Nachfolger Rudolf (1576—1612), der statt den Regierungsgeschäften zu obliegen, lieber alchimistischen und astrologischen Studien nachging oder in seinem Museum Kunstgegenstände und Kuriositäten zusammentrug, und seinem Bruder Matthias ein schwerer Zwist ausbrach, da haben die böhmischen Stände, genau so wie die Ungarns und Österreichs, aus dieser Fehde in ihrer Art Kapital geschlagen. Um sich wenigstens Böhmen zu erhalten — Ungarn, Österreich und Mähren hatte Rudolf durch den Vertrag von Lieben (bei Prag) 1608 bereits an seinen ehrgeizigen Bruder Matthias abgeben müssen — machte er in dem vielgenannten Majestätsbrief vom Jahre 1609 den protestantischen Ständen eine Reihe wertvoller Zugeständnisse.

Alle Bekenner des Protestantismus erhielten das Recht, ihre Religion frei auszuüben. Herren- und Ritterstand und die königlichen Städte dürfen auf ihren Gebieten Kirchen und Schulen errichten und zum Schutze ihrer Religion Defensoren (Verteidiger) einsetzen. In dem Vergleich, der im Auftrag des Kaisers zwischen katholischen und protestantischen

Ständen abgeschlossen worden war, wurde überdies noch festgesetzt, daß die Protestanten auch auf königlichen Gütern Kirchen bauen und Friedhöfe anlegen dürfen. Als Rudolf einige Jahre später den Versuch machte, mit Hilfe seines Verwandten, des Erzherzogs Leopold, der Bischof in Passau war, und des von diesem nach Böhmen entsendeten Kriegsvolkes die erwähnten Zugeständnisse rückgängig zu machen, brachte er nicht nur über das Land Plünderung und Raub und über die Katholiken eine schwere Verfolgung, sondern entzog sich dadurch selbst allen Boden: er mußte nunmehr auch die Regierung Böhmens an Matthias abgeben. Diese letzte Demütigung jedoch brauchte Rudolf nicht mehr lange ertragen († 1612).

Der Protestantismus, der diesem ersten Anschlag glücklich entging, hatte sich von Anfang an als eine wertvolle Triebkraft auf geistigem und sittlichem Gebiete erwiesen. Unterstützung erfuhr er hiebei durch den Humanismus, der im 16. Jahrhundert hierzulande eine beachtenswerte Nachblüte erlebte. Ein erfreulicher Aufschwung des Schulwesens war die erste sichtbare Folge. In den Lateinschulen, deren fast jede Stadt eine besaß, griff neuer Geist und neues Streben platz. Statt der mittelalterlichen Autoren und abgeleiteten Quellen wurden die klassischen Schriftwerke in den Vordergrund gestellt und ihre Lektüre bei gebesserter Methode betrieben. Auch für das Studium des Griechischen und Hebräischen wurde vorgesorgt, wenn sich Schüler hiefür melde-

ten. Gerne traten Lehrer- und Schülerschaft ab und zu mit dramatischen Aufführungen vor die Öffentlichkeit und boten dieser Gelegenheit, ihr Wissen und Können zu beurteilen. Das städtische Regiment nahm an allem, was die Schule anging, lebhaftesten Anteil, die Besetzung der Lehrstellen hätte es am liebsten ganz in seine Hand genommen. Die Schule sollten Männer leiten, die durch Wissen und Charakter ausgezeichnet waren. Als einer von vielen sei Johann Matthesius genannt, der als Rektor der Lateinschule und als Pastor zu Joachimstal tätig war und dessen gehaltvolle Predigten zu dem Besten zählen, was die Prosaliteratur im 16. Jahrhundert aufzuweisen hat.

Man erkannte nur zu gut, daß Fortschritt und Gedeihen der neuen Lehre umso sicherer zu erwarten wären, je tiefer die Bildung ins Volk gedrungen wäre. Daher denn um diese Zeit Anstrengungen gemacht wurden, auch am flachen Lande Schulen ins Leben zu rufen. Tatsächlich sind seit dem 16. Jahrhundert wenigstens die Pfarrdörfer im Besitze solcher Neugründungen.

Es darf nicht wundernehmen, daß bei solch frischem Vorwärtsstreben auf kulturellem Gebiete Deutschböhmen im 16. Jahrhundert eine Reihe geistig hochstehender Männer erstanden, die als Lehrer oder Prediger, Dichter, Geschichtsschreiber oder Geographen eine reiche literarische Tätigkeit entfalteten.

Wir eröffnen ihre Reihe mit dem Namen eines Mannes, der wohl nicht mehr unter dem Eindrucke der großen religiösen Bewegung schuf, aber durch und durch von humanistischem Geiste erfüllt war, mit dem „großen Böhmen" Bohuslav Lobkowitz von Hassenstein (seine Burg bei Kaaden gelegen).

Seine begeisterte Liebe zur antiken Welt und Kultur führte ihn nach Kleinasien zu den Ruinen Trojas, nach Arabien und Ägypten und hier, und wo immer es möglich war, wurde eifrigst nach alten Bücherschätzen und Handschriften Ausschau gehalten. „Ich besitze Reichtümer", so läßt er sich selbst vernehmen, „ich habe Schätze an Gold, tyrische Kleider und Marmorpaläste nenne ich mein eigen; aber mehr als all dieses freut es mich, den Namen eines Gelehrten und Dichters zu tragen".

Durch Eleganz und Witz sind seine Gedichte ausgezeichnet und seine historischen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse haben ihm den schmeichelhaften Beinamen des „Jüngeren Plinius" eingetragen. Doch nicht bloß durch poetische Begabung und wissenschaftlichen Sinn ragte dieser Mann hervor, sondern er besaß auch viel politischen Scharfblick. Aufschwung und Tiefstand des Landes Böhmen schienen ihm enge verknüpft mit dem Schicksale der deutschen Nation, die er eine „ausgezeichnete" nennt und die nach seiner Ansicht, „wenn sie nicht an inneren Spaltungen und anderen Gebrechen siechte, die mächtigste von allen wäre". Ihr zählt er sich in einem Briefe an seinen Freund Adelmann

mit Freude zu: „Ich gebe mich ohne Anstand für einen Deutschen aus und ich bin stolz darauf einer zu sein."

Kaspar Brusch, ein Schlaggenwalder, verdiente sich durch seine zierlich abgefaßten lateinischen Verse die Dichterkrone; sein engster Landsmann Zacharias Theobald, an die Altdorfer Universität berufen, machte sich als Schilderer der Hussitenkriege einen Namen. Der Brüxer Georg Barthold war als Verfasser von nicht weniger als siebzig gefälligen poetischen Werken gefeiert; Matthias Goldhahn, aus Komotau stammend, Lehrer an der Universität zu Wittenberg, bot als einer der besten Kenner des Hebräischen seinem Freunde Martin Luther bei der Bibelübersetzung eine wertvolle Stütze. Als Dichter volkstümlicher und geistlicher Lieder sei Nikolaus Hermann und als Dramatiker Klemens Stephani, zu Eger seßhaft, erwähnt.

Mit dem allgemeinen geistigen und sittlichen Aufstieg, den auch das tschechische Volk mitmachte, ging ein solcher der materiellen Kultur Hand in Hand.

In die reiche bergmännische Produktion des Erzgebirges, die, wie erwähnt, bereits um 1500 eingesetzt hatte, wurde allmählich das ganze Gebirge einbezogen. Mit welch großem Eifer man allenthalben Schürfversuche unternahm, dafür mag das Privilegium Zeugnis geben, das 1594 die Bergstadt Klostergrab vom Prager Erzbischof erhielt und worin es heißt, daß die Gewerken, Bergleute und

alle Inwohner zu Klostergrab an allen Orten, in Gebirgen, in Wäldern und auf Feldern, mit Ausnahme von drei Orten, nämlich unter dem Tisch, unter der Bettstatt und der Feuerstätte, Bergwerke anlegen können. Auch in anderen Landesteilen zeigt sich eine erhöhte bergbauliche Betätigung. Im Süden des Landes ragt Krummau mit namhaftem Silberbergbau hervor, der die Rosenberge — wie das Erzgebirge die Grafen Schlick — in den Stand setzte, die eigene Münzpräge mit dem nötigen Edelmetall zu versehen. — Daß gerade auch in diese Zeit die ersten Nachrichten über Abbau und Verwendung der böhmischen Kohle gehören, will angesichts der ungeheuren Bedeutung, die der Abbau dieser Bodenschätze erlangte, besonders betont sein. Im Jahre 1550 erhielt Felix v. Lobkowitz die Freiheit, im Saazer, Leitmeritzer und Schlaner Kreise auf Steinkohle zu schürfen und zum Jahre 1605 meldet eine Urkunde, daß Hans Weidlich, Bürger zu Brüx, da ihm die Holzfeuerung zu teuer zu stehen kam, Braunkohle zur Heizung der Öfen seines Alaun- und Vitriolwerkes heranzog.

Ins Erzgebirge ist noch im 16. Jahrhundert jener Erwerbszweig eingezogen, der, als später die Erzgruben ihre Schätze nicht mehr in alter Fülle zu spenden vermochten, ein sehr erwünschter Ersatz wurde: die Spitzenklöppelei, die Barbara Uttmann aus Annaberg in Sachsen als Erfinderin verehrt.

Unter den zahlreichen Siedlungen, deren Bewohner sich mit der Erzeugung von Tuch und Leinen

befaßten, stehen die Städte Reichenberg und Friedland an der Spitze. Sie fanden in den Herren von Redern die verständnisvollsten Förderer, wie es denn überhaupt als ein Zeichen der neuen Zeit anzusehen ist, daß der Adel des Landes neben der agrarischen Betätigung einträglichen gewerblichen Unternehmungen immer mehr sein Augenwerk zuwendet.

Ein anderer hervorragender Industriezweig dieser Zeit ist die Glasindustrie, die in der aus dem Meißnischen zugewanderten Familie Schürer ihren besten Vertreter fand und durch sie in allen Grenzgebirgen des Landes Verbreitung gewann. Holz und Quarz, die unerläßlichen Voraussetzungen für diese Industrie, waren ja daselbst in reicher Fülle vorhanden.

Dem Wirtschaftsleben Deutschböhmens kam es auch sehr zustatten, daß der Ruf seiner Bäder in immer weitere Ferne drang und die Zahl seiner Gäste stetig wuchs. In Karlsbad wird 1571 als interessanter Gast die bekannte Patrizierstochter Philippine Welser genannt und Teplitz wird zu ungefähr gleicher Zeit dichterisch verherrlicht.

Mit dem Fortschreiten auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet verknüpft sich ein solches der deutschen Sprache und des deutschen Einflusses. All die vielen Sendboten, welche die neue Lehre über die Grenzen führte, die Pastoren und Prädikanten, die Schulmeister und Kantoren, sie alle wurden zu Förderern des Deutschtums in Böhmen. Auch die deutschen Bücher, Werke und Lieder trugen das Ihrige

dazu bei. Wir können das Vordringen der deutschen Sprache nach dem Landesinneren hin am besten aus den Stadtbüchern und Matriken abnehmen; immer mehr bedienen sich diese Bücher in den Orten, die zuletzt an der Sprachgrenze gelegen waren, der deutschen Sprache und so wird noch im 16. Jahrhundert mit der Rückgewinnung so mancher Position begonnen, die die rohe hussitische Faust im 15. Jahrhundert dem Deutschtum entrissen hatte. — Das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen hatte sich in dieser Zeit soweit gebessert, daß selbst in tschechischen Schulen ab und zu der deutschen Sprache ein Plätzchen eingeräumt wurde.

Auch der Adel des Landes mußte sich bequemen, deutsch zu lernen, wenn er an den Wiener Hof gehen wollte. Den böhmischen Ämtern, wie der Hofkammer, wurde noch im 16. Jahrhundert nahe gelegt, die deutsche Sprache anzuwenden, damit die übergeordnete Wiener Hofkammer ihr Kontrollrecht leichter ausüben könne. Die Restauration der deutschen Sprache wirkte bis in die Landeshauptstadt hinein. Hatte doch auch in Prag die Lehre Luthers ihren Einzug gehalten und deutsche Pastoren haben eifrigst in Wort und Schrift für die deutsche Sache gewirkt. Wenn im Jahre 1565 in Prag ein lustiges Schützenfest abgehalten werden konnte, „umb mehrer freundlicher Nachbarschaft, Gesellschaft und Kurzweil willen", wenn die fremden deutschen Gäste von den fürstlichen „Trummetern mit Zincken, Pussaunen und Schalmayen" empfangen wurden und wenn

schließlich beim Abschied der Münzmeister Hans Harter in wohlgesetzter Rede den fremden Schützen Dank sagte und Albrecht Wolker aus Nürnberg mit herzlichen Worten erwiderte, so ist aus all dem unschwer abzunehmen, daß der unverträgliche hussitische Geist einigermaßen an Boden verloren hatte.

Doch diese Entwicklung zugunsten der deutschen Mitbewohner ließ in tschechisch-nationalen Kreisen bald die Sorge und Befürchtung wach werden, das Deutschtum könne zu weit ausgreifen und dem eigenen Volkstum und der eigenen Sprache zur Gefahr werden. Und so kommt es zu Ende des Jahrhunderts wiederum zu Äußerungen steigender Gereiztheit und entschiedenen Übelwollens, ganz so wie zu Ende des 14. und zu Beginn des 15. Jahrhunderts. Als 1611 Graf Dohna als Abgesandter Kaiser Rudolf II. den versammelten Ständen die Gnade seines Herrn in deutscher Sprache rühmte, da schrie man ihm entgegen: In Böhmen sei böhmisch, in Deutschland deutsch zu reden — und der Gesandte mußte seine Ausführungen abbrechen. — Und schärfer als in allen bisherigen Landtagsbeschlüssen trat die neugeweckte unversöhnliche Stimmung in dem berüchtigten Landtagsbeschluß von 1615 hervor. Diesem Gesetze zufolge sollte z. B. kein Ausländer, welcher der tschechischen Sprache nicht kundig war, zum Bürger einer Stadt aufgenommen werden. Weil man in Erfahrung gebracht, daß manche Personen, sowohl höheren als niederen Standes, untereinander bei ihren Zusammenkünften nicht die

böhmische, sondern eine fremde Sprache sprachen, welches eine Verachtung der eigenen Muttersprache andeute und zur Schande der ganzen Nation gereiche, so sollten diese Leute, wenn sie die böhmische Sprache sprechen können und doch in ihrem Vorhaben fortfahren, in der Zeit von einem halben Jahre das Land räumen, bis dahin aber als Störer des allgemeinen Besten betrachtet und keiner Freiheit der übrigen Bewohner Böhmens teilhaftig werden. — Wie weit doch in diesem Zeitpunkte die Anmaßung und Rücksichtslosigkeit der Stände ging und wie gering die Macht des Landesherrn erscheint! Der deutsche Habsburger mußte hier ein Gesetz bestätigen, das geradezu das Todesurteil des eigenen Volkes und der eigenen Sprache beinhaltete. Doch solcher Rücksichtslosigkeit sollte nur mehr kurze Zeit gegönnt sein.

B. Die Zeit der Gegenreformation und des höfischen Absolutismus.

Im zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts wurde die religiöse Erregung in Böhmen, wo sie seit der hussitischen Revolution nie ganz geschwunden war, durch die verschiedene Auslegung, welche Katholiken und Protestanten dem vorerwähnten Vergleich zuteil werden ließen, aufs neue entfacht. Die protestantischen Bürger des ostböhmischen Städtchens Braunau, das dem dortigen Abte untertan war, waren daran gegangen, eine Kirche zu erbauen.

Als der Abt deshalb bei Kaiser Matthias Klage führte, kam der Befehl, den Bau einzustellen. Auch die Protestanten von Klostergrab hatten, um ihre Religion voll und ganz ausüben zu können, eine eigene Kirche errichtet. Doch der Erzbischof von Prag, der damals über Klostergrab Herrschaftsrechte besaß, verfügte die Schließung des neuen Gotteshauses. Die Erbitterung der Protestanten über das Vorgehen der beiden katholischen Würdenträger war groß. Sie vertraten die Ansicht, daß kirchliche Güter den im Vergleich genannten königlichen Gütern gleichzuhalten wären, weil doch das meiste Kirchengut aus königlichen Schenkungen stamme und der Landesherr gegenüber dem kirchlichen Besitz ein Obereigentumsrecht besäße. Daß der Kaiser in dem durch mehrere Jahre hinlaufenden heftigen Streite gegen die Protestanten entschied, erregte deren Groll so sehr, daß sie es auf den Bruch mit dem Landesfürsten ankommen lassen wollten. Diesen hat denn auch die vom Grafen Thurn auf das Prager Schloß geführte Deputation durch den zweiten Prager Fenstersturz (23. Mai 1618) in unzweideutiger Weise herbeigeführt.

Als Matthias bald darauf starb (1619), sollte der bereits als König von Böhmen anerkannte Erzherzog Ferdinand von der steirischen Linie die Nachfolge übernehmen. Aber da Ferdinand der Ruf eines strengkatholischen, stark unter dem Einflusse der Jesuiten stehenden Fürsten vorausging, setzten sich die böhmischen Stände kühn über die eingegangene

Verpflichtung hinweg und riefen den calvinischen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz ins Land. Der Habsburger sah in solchem Vorgehen groben Verrat und Rebellion und war fest entschlossen, seine Rechte auf das Land mit dem Schwerte durchzusetzen. Helfer sollten ihm hiebei vor allem die Liga, das katholische Spanien und mit finanzieller Unterstützung auch die römische Kurie sein. Auf dem schroff gegen die angrenzenden Flußtälchen absinkenden Kalkplateau im Westen von Prag, dem Weißen Berge, wurde die Entscheidung gesucht. Sie fiel zugunsten des Habsburgers (8. November 1620). — Unterlegen ist der Kurfürst, der, als Winterkönig verspottet, rasch das Land verließ, unterlegen ist der Protestantismus und die adelige Oligarchie.

Seit ungefähr einem Jahrhundert wehrte sich der böhmische Adel gegen das starke Königtum, das ihm von Seite der Habsburger zu drohen schien. In kluger Berechnung hatte er den Großteil der Landesbewohner gegen die Habsburger zu mobilisieren verstanden. Indem die hohen Herren das nationale Banner erhoben, versicherten sie sich der national-tschechischen Volkskreise und indem sie das protestantische Schild einhertrugen, waren auch die deutschen Bürger zu Kampf und Mithilfe bereit. Aber worum es den meisten feudalen Herren letzten Endes ging, das war nicht so sehr die lutherische Heilsbotschaft, als vielmehr der Vorteil und Nutzen, wie er durch die eigene Herrschaft gesichert werden konnte. Doch der wuchtige Schlag, den der Habsbur-

ger geführt hatte, zerstörte die oft gehörten Schlagworte von des Landes Freiheit und von der Glaubenstreue und die tiefeinschneidenden Maßnahmen, die König Ferdinand in diesem Zeitpunkte traf, lassen diesen Sieg als einen weitragenden Markstein in der Geschichte des Landes erscheinen.

Das allernächste war, daß ein außerordentlicher Gerichtshof eingesetzt wurde, der sich mit den Schuldigen zu befassen hatte. Milde und Nachsicht sollte kein Raum gegeben sein, sondern es wurden Ratschläge gehört wie der, den der Kapuziner Sabinus in einer Predigt dem Kaiser zurief: „Du wirst sie mit eisernen Ruten züchtigen und wie ein irdenes Gefäß zertrümmern." Die Haupträdelsführer, 27 an der Zahl, wurden am 21. Juni 1621 auf einer am Altstädter Ring errichteten Bühne enthauptet oder gehängt. Als erster kam der Oberstlandrichter Graf Schlick an die Reihe. Im Schuldspruch des Gerichtshofes hieß es, daß „er zwar dahin verurteilt, daß ihm erstlich die rechte Hand abgehauen, und er dann lebendig gevierteilt und die Viertel auf die Straßen geworfen werden, der Kopf und die Hand aber am Brückenturm zu Prag aufgeheftet werden soll"; aber „aus Gnaden soll ihm das Haupt und die rechte Hand abgehauen und beides am gemeldeten Turm aufgestecket werden." Auch bei den anderen Opfern ist man mit der gleichen ausgesuchten Grausamkeit vorgegangen und dabei war immer noch von „Gnade" die Rede. Daß auch hohes Alter kein Mitleid weckte und keine Schonung erfuhr, zeigte der

Landschreiber Kaspar Käppler (Kapliř) v. Sulewitz, der als 86jähriger Greis sein Haupt dem Henker beugen mußte. Dem berühmten Anatomen und Rektor der Karlsuniversität Doktor Jessenius, der von Breslau nach Prag gekommen und als Gesandter der Stände in Ungarn tätig gewesen war, wurde erst mit einem Zänglein die Zunge herausgezogen, diese abgeschnitten und darauf das Haupt abgeschlagen, welches „alles er mit herzlicher Anrufung Gottes erlitten." Und nicht etwa nur Angehörige des tschechischen Volkes haben damals ihr Blut vergossen, nein, unter den Verurteilten war auch eine Reihe deutscher Männer; als deren jüngster fiel Hans Kutnauer, Bürgermeister der Prager Altstadt.

Die Leben und Gut lassen mußten, waren die härtest Betroffenen. Andere büßten je nach dem Grade der Schuld mit der Verbannung, mit dem ganzen Vermögen oder Teilen desselben, mit Geldstrafen oder auch durch Umwandlung ihres Eigenbesitzes in Lehensbesitz. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß der protestantische Adel so ziemlich an den Bettelstab kam und tausendfach war die Verwünschung, die den harten Sieger und seine Helfershelfer traf. Auch die Städte, die an der Rebellion teilgenommen, wurden hart angefaßt. Daß es bereits das zweite Strafgericht war, das sie traf, ließ sie die Verurteilung noch härter empfinden und hat der Städte Kraft für lange Zeit schwer erschüttert. Abgenommen wurden die alten Privi-

legien, eingezogen das städtische Vermögen, so daß Spitäler, Armenhäuser, Schulen und andere städtische Anstalten in den größten Notstand gerieten. Die städtische Autonomie ist durch die von der Regierung eingesetzten Hauptleute, vor denen weder Bürgermeister noch Rat etwas galten, so gut wie ganz vernichtet worden.

Die ungeheure Gütermasse, die durch die zahlreichen Konfiskationen in der Hand des Landesherrn zusammenfloß — in Böhmen allein wurden 500 Herrschaften eingezogen — ist jedoch dem Staatssäckel nicht sonderlich zugute gekommen, denn der Sieger hat sie teils als Geschenk an seine Anhänger gegeben, teils zu billigstem Preise verkauft. So wurde der große Besitz, den die Rosenberge im Süden des Landes im Lauf der Jahrhunderte zusammengebracht hatten, dem Fürsten Eggenberg, einem Günstling des Kaisers, geschenkt und noch der Titel eines Herzogs von Krummau hinzugegeben. Im Jahre 1683 ist diese gewaltige Besitzmasse, die ungefähr ein Dreißigstel des ganzen Landes ausmacht, an das Fürstenhaus Schwarzenberg übergegangen.

Unter den Adeligen, die die günstige Kaufgelegenheit nützten, erscheint auch Albrecht v. Wallenstein, der sich in Nordböhmen jenes weitausgreifende Herrschaftsgebiet mit Jitschin als Mittelpunkt schuf, das ihn bald darauf in die Lage versetzte, das vom Kaiser gewünschte Heer zu werben und auszurüsten,

das ihn dann dahin brachte, dem Kaiser eigenmächtig gegenüberzutreten und die Treue zu brechen.

Die neuen Adelsfamilien, die damals in Böhmen Land und Leute unter sich brachten, waren aus Italien, Spanien, Ungarn, den Niederlanden und Deutschland herbeigeeilt und, zu ihrem neuen Reichtum durch den Kaiser emporgehoben, bildeten sie für diesen in der Folgezeit eine wichtige und willfährige Stütze. Zu den bekannteren unter diesen neuen Adelsgeschlechtern zählen die Eggenberg, Dietrichstein, Fürstenberg, Spork, Aldringen, Königsfeld, Clam, Mansfeld, Montenuovo, Bouquoy, Gallas, Lützow u. a. m.

Eine gleich ergebene Stütze fand das Herrscherhaus in der katholischen Geistlichkeit, die die Niederwerfung der protestantischen Stände ebenso laut begrüßte wie der Kaiser. Auch die Kirche ist überaus reichlich aus dem konfiszierten Vermögen bedacht worden und sah auf diese Weise zum Teil hereingebracht, was sie in der hussitischen Zeit an den böhmischen Adel verloren hatte. Der Erzbischof von Prag erhielt seine Einkünfte von 6000 auf 24.000 Taler erhöht. Dem Domkapitel kamen 100.000 Gulden in liegenden Gütern und 200.000 Gulden in Kapital zu. Ähnliche Verfügungen erflossen für den Jesuitenorden, der während des protestantischen Regimes hatte weichen müssen, jetzt wiederberufen wurde und einen weitgehenden Einfluß im ganzen öffentlichen Leben, insbesondere aber auf dem Gebiete des höheren Schulwesens, erlangte. Die bereits

unter Ferdinand I. erstandene, von den Jesuiten geleitete Akademie, das Clementinum, wurde nunmehr mit der alten Karlsuniversität zusammengezogen (Carolo-Ferdinandea) und die Leitung der Hohen Schule und Besetzung der Lehrstellen ganz den Jesuiten überlassen. Erst Ferdinand III. (1637—57) hat diesen überragenden jesuitischen Einfluß etwas zurückgedrängt, indem er wenigstens die Besetzung der Lehrstellen an der medizinischen und juridischen Fakultät und die Bestimmungen über den Lehrbetrieb dem Landesherrn anheimgegeben sehen wollte.

Der Umschwung in den Besitzverhältnissen Böhmens war ein so gewaltiger, wie er nicht oft in der Geschichte wiederkehrt, doch vollzog er sich nicht in dem Sinne, daß er einer Stärkung des Mittelstandes zugute gekommen wäre; was dem alten habsburgerfeindlichen Adel abgenommen wurde, ging in die Hände anderer, der Dynastie ergebener Feudalherren und der Kirche über.

Die weiteren Maßnahmen des siegreichen Landesherrn liegen auf kirchlichem und politischem Gebiet. Vom jus reformandi — dem Recht, die Religion der Untertanen bestimmen zu dürfen — machte Ferdinand II. nunmehr in ausgiebigster Weise Gebrauch. Die religiöse Einheit sollte im Lande völlig hergestellt werden. Prädikanten und lutherische Schulmeister hatten schlechthin das Land zu verlassen. Der Majestätsbrief von 1609 wird, um ihm seine Gültigkeit zu nehmen, zerschnitten, die lateinische

Sprache im kirchlichen Dienst und Kulte allenthalben wieder hergestellt. Feierlichkeiten und Lieder zu Ehren des Johann Hus werden strengstens verboten. Mit aller Sorgfalt sollte darauf geachtet werden, daß nichts von dem, was in den Schulen gelesen, gelehrt und gesungen werde, gegen die katholische Lehre verstoße.

Über 30.000 Familien, denen der Glaube höher als die Liebe zur Heimat stand, wanderten ins Ausland ab, vor allem nach Sachsen, Brandenburg und Holland; viele hatten zuvor noch mit den Gewaltmitteln Bekanntschaft gemacht, wie den Einquartierungen der Lichtensteinschen Dragoner, Kerkerstrafen und Hungerkuren, Mittel, durch die der unduldsame neue Herr und seine Organe rücksichtslos ihrem Ziele zustrebten.

Die alte Landesverfassung, durch die dem König in so mancher Hinsicht die Hände gebunden waren, wurde im Jahre 1627 durch die „vernewerte Landesordnung" ersetzt. Die Macht der Stände, bislang vornehmlich auf den Landtagen zum Ausdruck gebracht, wurde durch die neue Verfassung fast völlig beseitigt. Aufgehört hatten die Eigenstaatlichkeit und die Sonderrechte des Landes und an Stelle des böhmischen Staatsrechtes war das österreichische getreten. Die wichtigsten Bestimmungen der Verfassungsurkunde besagten: Böhmen und Mähren sind Erbländer der Habsburger und den Ständen steht nur für den fernliegenden Fall ein Wahlrecht zu, wenn von dem regierenden Hause

weder eine „Manns- noch Weibsperson" vorhanden ist. Der Landesherr allein hat das Recht, dem Landtage Propositionen zu machen; einen Antrag zu stellen, ist niemand gestattet. Das Recht der Gesetzgebung steht nur dem König zu. Der König kann die Ämter nach seinem Belieben besetzen. Die höchsten Beamten schwören den Eid dem König und heißen seitdem „königliche oberste Landesoffiziere im Königreiche Böhmen." Die Geistlichkeit, die in der hussitischen Ära aus der Landtagsstube hinausgedrängt worden war, erhielt dort wieder Sitz und Stimme und galt als erster der Stände.

Kaum einen Gewinn bedeutete es für die einstmals schier allmächtigen Stände, wenn sich Ferdinand III. im Jahre 1640 herbeiließ, dem Landtage einige Initiative zuzugestehen: „Wenn die Stände erst die Propositionen des Königs an den Landtag erledigt, dann und nicht eher dürften sie sich in geringeren Sachen, die da unser Person, Hoheit, Autorität und Religion nicht betreffen, miteinander bereden." Wie wenig das den Ständen verbliebene Steuerbewilligungsrecht beachtet wurde, bezeugt die Tatsache, daß unter dem Nachfolger Leopold I. Steuern auch ohne jede Bewilligung der Stände eingehoben wurden.

In sprachlich-nationaler Hinsicht vermochte Ferdinand II. Bestimmungen zu erlassen, die, kurz gesagt, die Gleichberechtigung der deutschen und tschechischen Sprache brachten. Die neue Landesordnung erklärt bezüglich der Eintragungen in die

Landtafel, daß „es einem jeden freistehe, seinen Kontrakt, Testament und anderes, in was Sprachen unter diesen beiden als der deutschen oder Böhaimschen es ihm gefällig, einverleiben lasse." Ebenso sollen die Räte des Appellationsgerichtes in Prag auch der deutschen Sprache mächtig sein.

So hatte sich durch die Schlacht am Weißen Berge und die darauffolgenden einschneidenden Maßnahmen in der inneren Entwicklung Böhmens ein überaus wichtiger Wandel vollzogen. An die Stelle der Adelsoligarchie und des mit ihr eng verbundenen Protestantismus war die absolute Königsherrschaft getreten, die in der einheitlichen katholischen Kirche und in einem neuen, dienstwilligen Adel ihre wichtigsten Stützen gewann. Absolutismus und Katholizismus bildeten die Parole für die im Werden begriffene österreichische Großmacht.

Mit der Schlacht am Weißen Berge war aber auch das lange blutige Drama des 30jährigen Krieges kräftigst eingeleitet worden, dessen erster Abschnitt als Böhmisch-pfälzischer Krieg bezeichnet wird. Die der Oberpfalz benachbarten Böhmerwaldgebiete sind in diesen Jahren vornehmlich Kriegsgebiet gewesen und mußten all die vielen bösen Begleiterscheinungen damaliger Kriegführung ertragen. Weniger war Böhmen während des Niederdeutsch-dänischen Krieges in Mitleidenschaft gezogen. Dafür stellte das Land in Albrecht v. Wallenstein dem Kaiser den großen Feldherrn, der in kurzer Zeit die benötigte Armee von 20.000 Mann zu werben ver-

mochte und hiebei nicht viel nach Stammbaum und Katechismus fragte, nur „brav und tüchtig“ sollten die geworbenen Leute sein. Durch das zielbewußte Streben des Friedländers, die kaiserliche Macht auch im Reiche wieder emporzubringen und Deutschland womöglich in ein Erbreich umzuschaffen, wurden der Widerstand der Kurfürsten wie auch die Intrigen Frankreichs hervorgerufen und der siegreiche Feldherr am Kurfürstentage zu Regensburg 1630 zu Falle gebracht.

Größere Ereignisse spielten auf böhmischem Boden wieder in den folgenden Kriegsjahren, im Schwedischen Kriege. Da war es zunächst einmal der Einzug der Sachsen, der bis nach Prag führte (1631); ein Hoffnungsstrahl für viele der Emigranten. Sie wähnten die Zeit der Vergeltung und das Ende der habsburgischen Herrschaft gekommen und betraten in größerer Zahl den altvertrauten Heimatboden. Endlich wurden die Schädel jener Unglücklichen, die 1621 am Altstädter Ring ihr Leben gelassen, vom Altstädter Brückenturm heruntergeholt und feierlich in der Teinkirche beigesetzt.

Die Erfolge des großen nordischen Kriegshelden und Glaubensstreiters Gustav Adolf zwangen den Kaiser, neuerlich zu Wallenstein seine Zuflucht zu nehmen. Dieser hatte in der Zwischenzeit, grollend über seine 1630 erfolgte Entlassung, auf seinen prunkvollen böhmischen Schlössern geweilt und von hier aus die Zeitereignisse scharf im Auge behalten.

Nur gegen weitgehende Zugeständnisse konnte er bewogen werden, sein zweites Generalat anzutreten. Doch als Wallenstein nach dem Tode Gustav Adolfs (Schlacht bei Lützen 1632) den Krieg gegen die Schweden nicht mit jener Energie weiterführte, wie es der Wiener Hof erwartete, und als er die von dem Kurfürsten von Bayern und den Spaniern geforderte Unterstützung nicht zuteil werden ließ, auch den der Gegenpartei angehörenden Grafen Thurn erst gefangen nahm, dann aber wieder frei gab, da erlitten die Beziehungen zum Wiener Hof eine arge Störung. Mißgünstige Italiener und Spanier und sein größter Neider, der Kurfürst von Bayern, trugen ihr redlich Teil dazu bei. Durch die zwei Pilsner Rezesse suchte Wallenstein sein Heer fester an sich zu fesseln und man versprach ihm auch, den letzten Blutstropfen für ihn einzusetzen. Doch als dann der Herzog, vom Kaiser ob seiner verräterischen Pläne geächtet, nach Eger eilte, um die volle Verbindung mit den Feinden zu suchen, da mußte er sehen, daß nur wenige Getreue ihm zu folgen entschlossen waren. Der größere Teil fühlte sich doch nicht so sehr als Soldat Wallensteins als des Kaisers, zumal es dieser auch an glänzenden Versprechungen nicht fehlen ließ. In Eger brach die Katastrophe über Wallenstein herein. Ihn selbst hat Hauptmann Deveroux in dem Hause, das dem evangelischen Bürger Pachhelbel gehörte, mit der Partisane niedergestochen, während seine Generale in der an der Stadtgrenze gelegenen, alten Kaiser-

pfalz, wo sie sich, des Erfolges sicher und frohgemut, zu einem Bankett versammelt hatten, von den lauernden Schergen des Kaisers niedergemacht wurden (1634).

Mit dem 1635 abgeschlossenen Prager Frieden hätte der ganze Krieg zum Abschlusse kommen können, wenn es nicht den eroberungs- und beutelustigen Franzosen und Schweden gefallen hätte, den Krieg noch auf weitere 13 Jahre auszudehnen. Sie wurden die traurigsten Kriegsjahre. Die Zerstörungswut und Mordlust, welche die völlig entmenschte Soldateska zur Schau trug, ließen den Krieg als ein so roh-gewaltsam Werk erscheinen, wie es in deutschen Landen noch nie zu sehen gewesen war.

Wie sich der erste Akt des langen blutigen Dramas auf Prager Boden abgespielt hatte, so auch der letzte. Hier hatten sich die Schweden unter General Königsmark der Kleinseite und des Hradschins bemächtigt, wobei neben den anderen Schätzen der Rudolfinischen Kunstsammlung auch die heute in Upsala verwahrte Bibelübersetzung Wulfilas in ihre Hände fiel, und waren eben daran gegangen, die Altstadt zu belagern, als die Botschaft vom Friedensschluß eintraf, eine Botschaft, der man vielerorts kaum mehr Glauben schenken wollte (1648).

Auswanderung, Plünderungen, Mord und Brand, Kontributionen, Krankheiten und Not hatten auch das Böhmerland überaus hart mitgenommen. Noch während des Krieges (1635) läßt sich die Bürger-

schaft Egers in einem Schreiben an den kaiserlichen Kriegskommissär Grafen Kinsky also vernehmen: „Wenn wir zu Grund verderbte, fast aufs Blut ausgesaugte und heutigen Tages noch mit viel Soldaten überlegte arme Leut unser ausgestandenes Unglück und Widerwärtigkeit recht zu Gemüt nehmen, so wäre kein Wunder, wir verzweifelten an unserer Wohlfahrt, verzagten an jeder Hilf und erwarteten freudig den Tod. Wir haben nun an die vierthalb Jahr all unser Vermögen vorgestreckt, all unser Unglück willig ausgestanden und auf unser untertäniges Ansuchen den Segen der Hilf, die Effektuierung der Hoffnungen und Aufhebung der Bedrängnis mit sehnlichem Verlangen und Flehen erwartet. Es wird uns nun die Zeit zu lang und will unser Trübsal und Elend, das auch einen Stein erbarmen möcht, kein Ende nehmen . . . ."

Wenn Böhmens Volksziffer vor dem Kriege 2½ bis 3 Millionen betragen haben mag, so war sie um die Mitte des 17. Jahrhunderts auf 700.000 Seelen herabgesunken. Viele Siedelungen lagen in Trümmern, manche davon sind nie wieder erstanden, überall in Stadt und Land gab es leerstehende, verödete Häuser, deren Insassen geflohen, ermordet oder durch Krankheit und Hunger zugrunde gegangen waren. In Leitmeritz z. B. gab es 1640 nur noch 52 Bürger und in den Stadtdörfern nur 8 Untertanen. Und so wie es hier aussah, so anderwärts.

Und wie tief war die Moral derer gesunken, die all die Schrecken überlebt hatten! Die als Soldaten

gedient, trieben sich als Bettler und Faulenzer im Lande herum oder suchten im Raub auf offener Straße und freiem Felde ihren Unterhalt. Und das böse Beispiel der entarteten Soldateska fand bei der übrigen Bevölkerung leicht Nachahmung. Die wilde Zeit hatte alle Leidenschaften entfesselt. Roheit, Unsittlichkeit, Luxus und Schwelgerei sind oft beklagte Erscheinungen. Die Mittel, die dies liederliche Leben forderte, wurden unbedenklich auf unlauterem Wege herbeigeschafft. Nur zielbewußte Maßnahmen konnten hier einigen Wandel zum Besseren bringen.

Es war ein Glück für das Land, daß es nach Abschluß des Friedens zu Münster und Osnabrück durch mehrere Jahrzehnte hindurch nicht wieder Kriegsschauplatz wurde und damit die Möglichkeit erhielt, das traurige Erbe des langen Krieges, das allenthalben seine tiefen Spuren zeigte, allmählich auszutilgen und den Wiederaufbau auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu betreiben.

Die natürlichen Schätze und Gaben des Landes waren immer noch in reichem Ausmaß vorhanden, sie brauchten nur von neuem gehoben und genützt werden. Schwieriger war es, den Volksgeist und die Moral auf die alte Höhe zu bringen. Regierung, Stadtverwaltungen und Grundherrschaften lassen es an mancherlei Maßnahmen nicht fehlen, um die Dinge wieder zum Besseren zu wenden. Der Egerer Rat z. B. glaubt, auf die alte Zucht im bürgerlichen

Leben hinauszukommen, wenn er am Rathause Belehrungen über Frömmigkeit, Ernst, Rechtssinn und Bürgertugend erteilte. Die Regierung ist vor allem bestrebt, die Sicherheitsverhältnisse im Lande zu bessern. Wer einen Räuber dingfest machte oder tötete, sollte eine besondere Belohnung erfahren. Weiter läßt die Regierung längs der Straßen den Wald auf Pistolenschußweite abtreiben, um den Verkehr vor Überfällen einigermaßen zu sichern.

Die Grundherrschaften bemühen sich, die Lücken zu füllen, die die religiöse Härte Ferdinands II. und hernach die Kriegsfurie ins Volk gerissen hatten, indem Zuzügler aus ferneren Gegenden ins Land gerufen werden. Die neue Kolonisation, die damit in die Wege geleitet wurde, brachte vorwiegend Leute aus katholischen Gegenden (Bayern, Pfalz, Tirol, Österreich) herbei. Eine dreijährige Steuerfreiheit mochte für die jungen Kolonisten einen besonderen Ansporn abgeben. Zerstörte Dörfer und Gehöfte wurden wieder aufgebaut, ab und zu erstanden auch neue Siedlungen. Wüstung und Ödland fanden neuerlich Bearbeiter. So wurde nicht nur das hart mitgenommene deutsche Sprachgebiet wieder gekräftigt, sondern die neuen Kolonisten drangen auch in das tschechische Sprachgebiet ein — so um Chotieschau, Bischofteinitz, Staab, Mies — und drückten der tschechischen Bevölkerung allgemach im friedlichen Prozeß deutschen Charakter auf. „Die Leute blieben dieselben, nur die Sprache änderte sich."

Ein ähnlicher Prozeß vollzog sich auch im Saazer und Leitmeritzer Kreise. Am größten jedoch war der nationale Gewinn im westlichen Böhmen. Dieser Landesteil schob sich eben am weitesten in die deutsche Sprach- und Kultursphäre hinein und der niedrige nördliche Böhmerwald gestattete fortgesetzt Volkselementen der Pfalz, nach Osten zu gehen, ohne auf irgend eine Naturschranke zu stoßen. Schließlich will auch beachtet sein, daß das kerndeutsche Egerland seine für deutsches Wesen werbende Kraft in dieses Gebiet hinein erfolgreich zur Geltung bringen konnte. So schob sich in Westböhmen in diesem Zeitraum (17. und 18. Jahrhundert) die deutsche Sprachgrenze um viele Kilometer weiter ins Land hinein, bis gegen Pilsen heran. Gefördert wurde dieser Vorstoß der deutschen Sprache auch durch die neuen Grundherrschaften, die in Anlehnung an die Regierung und den Hof des deutschen Landesherrn jeweils in ihrem Kreise die deutsche Sprache begünstigten. Was Wallenstein bezüglich der Amtsführung in Jitschin sagte: „Ich will nicht, daß bei der Kanzlei was Böhmisch soll tractiert werden," entsprach wohl der Anschauung vieler seiner Standesgenossen.

Auch die in letzter Zeit ins Land gekommenen zahlreichen Ordensgesellschaften (Jesuiten, Karmeliter, Paulaner, Kapuziner, Franziskaner u. a.) haben in der Kirche und im Jugendunterrichte, in Wort und Schrift der deutschen Sprache gern den Vorzug gegeben.

Ist demnach der Gewinn, den das Deutschtum in diesem Zeitraum durch die Germanisierung tschechischer Volksgebiete erzielte, auch ein ansehnlicher, so darf er doch nicht übertrieben werden, wie es von tschechischer Seite schon oft geschehen ist. Es ist eine grobe Fälschung des geschichtlichen Sachverhaltes, begangen durch eine ungeheuerliche Verallgemeinerung, wenn alles oder auch nur der Großteil des Deutschtums in Böhmen auf die Germanisierung des tschechischen Volkes zurückgeführt wird oder wenn man etwa sagt, daß das heutige Deutschtum im Lande erst in der Habsburgerzeit ins Leben gerufen wurde und nur eine „ergatterte Beute" darstelle. Wenn im 17. und 18. Jahrhundert viele Städte wie Krummau, Prachatitz, Mies, Saaz, Leitmeritz u. v. a. deutsch wurden, so muß man sich doch der Tatsache erinnern, daß sie alle in vorhussitischer Zeit bereits deutsch gewesen waren. Und wenn in das deutsche Sprachgebiet Westböhmens bisher tschechische ländliche Gaue einbezogen werden konnten, so mag man darin nur einigen Ersatz sehen für die zahlreichen deutschen Dorfschaften, die der hussitische Sturm im ganzen Lande, vor allem aber im Osten, verschlungen hat.

Trotz der Zuwanderung arbeitswilliger Kolonisten ging die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens doch nur sehr langsam vor sich. Schuld daran war, daß die eigentlich produzierenden Stände, Bauern und Bürger, in so viel Fesseln geschlagen waren, daß sie keiner stärkeren Kraftentwicklung

fähig waren. Das Los der Bauernschaft, die den weitaus überwiegenden Bestandteil des Gesamtvolkes ausmachte, war das der vollendeten Leibeigenschaft. Zu keiner Zeit war der Wechsel in der Reihe der bäuerlichen Hofbesitzer so groß, als da der Bauer an die Scholle gebunden sein sollte. Abstiftungen, lediglich durch die Willkür des Grundherrn veranlaßt, sind nichts Seltenes. Die in den Jahren 1633—55 zwecks besserer und gerechter Verteilung der ordentlichen Jahressteuer erfolgte Beschreibung der 15 Kreise Böhmens (Steuerrolle) bringt gar oft als Erklärung hiefür, warum das Gehöfte verlassen oder verödet sei, die Mitteilung, daß der Bauer mit seiner Familie davongelaufen, entwichen sei. Und warum hat er sich von Haus und Hof getrennt? Weil er zu tief in Not und Elend stak, weil Steuerlast, Schulden und Willkür der Herren ihm das Weiterleben gar zu sehr verleideten. Die Bezeichnungen „gnädige Obrigkeit", „Herrschaft" waren kein leerer Schall. Die hohen Herrschaften schoben sich wie eine trennende Wand zwischen Landesherrn und Untertanen ein und hatten fast tagtäglich Gelegenheit ihre Macht und Herrlichkeit zu zeigen: wenn der Untertan Zins und Naturalien reichte, wenn die vom Staate geforderte Steuer abverlangt wurde, wenn der Bauer und seine Kinder zur Robot erschienen, was an 5 bis 6 Tagen der Woche sein konnte; wenn der Bauer, nur um den grundherrlichen Acker genug zu pflegen, den eigenen vernachlässigen und in der Folge mit einer geringeren

Ernte vorliebnehmen mußte, wenn bei der Berufswahl der Kinder, bei Eheschließungen und Domizilwechsel kein Schritt getan werden durfte, außer es war die Obrigkeit damit einverstanden und wenn schließlich der Untertan, so er in Streit oder Händel geraten oder vom rechten Wege abgeirrt war, vor das grundherrliche Gericht gerufen ward, das alle Strafen, meist selbst Todesstrafen verhängen durfte, wie die oft genug im Lande hart neben den Städten und Dörfern aufstehenden Galgenberge heute noch künden. Und wurde bei offenkundiger Ungerechtigkeit etwa geklagt, was war anderes erreicht als Prügel und Peitschenhiebe, wie auch der große Bauernaufstand des Jahres 1680, durch den sich die gedrückten Massen bessere Lebensbedingungen erzwingen wollten, keine Besserung gebracht hat, obwohl die Bauernschaft Ostböhmens, des Bunzlauer, Leitmeritzer und Elbogener Kreises in Bewegung geraten war.

Ganz anders floß das Leben des Adels hin, der noch immer neben dem Klerus der herrschende Stand im Lande war. Trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Ungunst der Zeit verstand er es, die Mittel zu einer glanzvollen Lebensführung aufzubringen, indem er die Abgaben und Leistungen der untertänigen Bevölkerung nach Belieben hinaufsetzte und die landesfürstlichen Steuern (Kontributionen) so verteilte, daß nicht der Grund und Boden, den er in eigener Regie bewirtschaftete, der sogenannte Dominikalgrund — sondern der Rustikal-,

das ist der bäuerliche Grund, die Hauptlast zu tragen hatte. Außerdem blieben fast alle einträglichen Stellen in der landesfürstlichen und autonomen Verwaltung sowie auch die angesehensten kirchlichen Würden seinen Mitgliedern vorbehalten. Die reichlichen Mittel setzten den böhmischen Adel in den Stand, der Sitte der Zeit zu folgen und eine rührige Bautätigkeit zu entfalten. Die neuen Palais in den Städten und die Schlösser auf dem Lande, jene für den Winter-, diese für den Sommeraufenthalt gedacht, verkörpern die Formen des damals allgemein beliebten Barockstils mit all seiner Pracht in der Außen- und Innenausstattung. Zu einer vollwertigen Adelsresidenz gehörte es, daß zu dem eigentlichen Schloßbau Theater, Reitschule und ein stilgerechter Park mit Fontänen, Grotten, Statuen und Figuren hinzukam und daß der Schloßherr durch einen zahlreichen Hofstaat, Diener, Beamte und vielleicht auch eine Leibwache, das Beispiel souveräner Potentaten nachzuahmen vermochte.

Wie der barocke Stil von Welschland hergekommen war, so auch viele von den Meistern, die in dem Jahrhunderte nach dem westfälischen Frieden in Böhmen tätig waren. Obenan aber stehen die deutschen Meister Christoph und Kilian Dienzenhofer und Fischer v. Erlach, deren künstlerische Betätigung vornehmlich mit der Landeshauptstadt verknüpft ist, die sie durch eine Reihe glänzender Bauten sowohl kirchlicher (z. B. die beiden Nikolauskirchen), wie profaner Art (Palais Clam-Gallas, Nostitz, Buquoy,

(Czernin) bereicherten. Durch ihr Wirken und Schaffen ist die barocke Kunst ein der Gotik des 14. Jahrhunderts ebenbürtiges Element in dem architektonisch so hervorragenden Stadtbilde Prags geworden.

Eine neue Einrichtung, die dem 17. Jahrhundert entstammt und die die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Staates wie seine Machtpolitik gleich stark berührte, war das stehende Heer. Schon im Jahre 1649 hatte Ferdinand III. verfügt, daß Teile der von Wallenstein durch Werbung aufgebrachten Armee „auf stehendem Fuß" bleiben, und zwar sollten es je 9 Regimenter zu Fuß und zu Pferd und ein Regiment Dragoner sein. Diese Neuerung hatte sich angesichts der zahlreichen kriegerischen Verwicklungen, die der Monarchie mit Türken und Ungarn erwuchsen, als überaus zweckdienlich erwiesen und es war in erster Linie das Verdienst der neuen Wehrmacht und ihres genialen Führers, des Prinzen Eugen, daß die Monarchie im Südosten eine solche Machtzufuhr erlebte, daß sie aus der Reihe der mittleren Mächte zur Großmacht emporgedieh.

Freilich war durch die Kosten, wie sie die Erhaltung und Ausrüstung einer größeren Truppenmasse nach sich zogen, auch eine neue finanzielle Sorge erwachsen. Man suchte die Deckung durch Steuern und fügte den schon bestehenden Abgaben neue hinzu. Im Jahre 1703 wurde zur Erhaltung des Ganzen (ad conservationem universi) eine

„freiwillige“ Vermögensabgabe erhoben, 1708 wurde eine Akzise auf Getränke und Eßwaren gelegt. Doch zuvor schon hatte sich in Regierungskreisen die Erkenntnis durchgerungen, daß es der Staat bei Steuerforderungen nicht belassen dürfe, sondern daß er auch sorgen müsse, daß die Untertanen zu größerer Wohlhabenheit gelangen, anders gesagt, daß die Regierung in kommender Zeit wirtschaftlichen Fragen eine größere Aufmerksamkeit schenken müsse als bislang — wo man wirtschaftspolitische Fragen als Bagatellsachen zu bezeichnen geneigt war.

In Frankreich hatte Colbert, der Finanzminister Ludwig XIV., mit seinem Merkantilsystem, das durch Förderung von Industrie und Außenhandel möglichst hohe Bargeldbestände anstrebte, glänzende Erfolge erzielt. Diesen Weg wollte man nunmehr auch in Österreich einschlagen, zumal ausgezeichnete Nationalökonomen wie Hörnigk, Becher, Schröder in Wort und Schrift den Nachweis erbrachten, daß Österreich für eine günstige gewerbliche Entwicklung und wirtschaftliche Verselbständigung — bisher hatte es seinen Bedarf an Industrialien aus dem Auslande, vorwiegend Frankreich, gedeckt — in seinen Naturschätzen die besten Voraussetzungen besitze. Ein Gebiet jedoch wird hiebei immer wieder, als besonders günstig geartet, in den Vordergrund gerückt: T e u t s ch = B ö h m e n. „Seine Gebirge,“ so heißt es bei Hörnigk, „stecken voll nahrhafter*), grundarbeitsamer Leute“ — und nochmals erklärt

*) „nahrhaft“ bedeutet in jener Zeit auch „auf Erwerb bedacht“.

er, daß verschiedentliche Manufakturen am besten nach Teutsch-Böhmen verlegt würden.

Bei theoretischen Betrachtungen wollte man nicht stehen bleiben. Das 1666 gegründete Kommerzien-Kollegium sollte als eine Art höchste Gewerbebehörde tätig sein und setzte sich dafür ein, daß der Staat durch Gründung eigener Fabriken unter die Unternehmer ging und durch Gewährung von Subventionen, Privilegien und Monopolen private Kreise anzuspornen suchte.

Die Früchte blieben nicht aus. Das gewerbliche Schaffen ging einer besonderen Blüte entgegen, die sich sowohl in der in älteren Formen schaffenden Hausindustrie wie insbesondere in den neuen Fabriken, wo im großen Stil zu arbeiten begonnen wurde, offenbarte. Führend wird in Böhmen wieder wie vor dem Kriege das Textilgewerbe. Es hat seine Hauptpflegestätten in Reichenberg, Warnsdorf, Grottau und Trautenau und zwar handelt es sich hier um die Herstellung von Tuch und Leinenwaren. Eine andere Manufaktur, die Strumpfwirkerei, wurde in Ossegg, Dux und Oberleutensdorf heimisch. — In Turnau und Umgebung verlegt man sich neuerlich auf die Nachahmung echter Edelsteine. — Ganz besonderen Eifer setzt es, wie zu Ende des 16. Jahrhunderts, auf dem Gebiete der Glaserzeugung. Ihre Domäne bleiben die waldreichen Grenzgebiete. Mit der Glasmacherei verknüpft erscheint die Glasmalerei und Glasschneiderei. Schwunghaft und weitausgreifend gestaltet sich der

Handel mit diesen böhmischen Industrieprodukten. Als vornehmster Vertreter dieses Erwerbszweiges sei der Steinschönauer Glasschneider Kreybich genannt, der auf seinen zahlreichen, von ihm selbst geschilderten Handelsfahrten ganz Europa kennen lernte und der Zeugnis gibt von dem Unternehmungsgeist, der Deutschböhmens Bevölkerung allzeit erfüllte.

Was unter Kaiser Leopold begonnen wurde, das führte sein Nachfolger Karl VI. in eifrigster Weise weiter. Mit seiner Universaleinladung, die Kaufleute, Künstler, Industrielle „ohne Unterschied der Religion" ins Land rief, bezog er einen neuen, die Volkswirtschaft sehr fördernden Standpunkt. Es war das eine andere Sprache, als sie aus den Zunftsatzungen seit Ferdinand II. herausklang: „Wer allhier Meister werden will," so stand dort immer wieder zu lesen, „der soll und darf keiner anderen als der allein seligmachenden katholischen Religion zugetan sein."

Karl trug sich auch mit der Absicht, all die lästigen Zollschranken, die noch den Inlandsverkehr im Reiche behinderten — in Böhmen wurden deren ungefähr 700 gezählt — zu beseitigen. Zur Ausführung kam es allerdings nicht. Dafür aber brachte Karl in die zünftischen Kreise der Städte, wo sich gar oft eine den technischen Fortschritt hemmende Verknöcherung einstellen wollte, einen frischeren Zug, indem er den Magistraten wie auch den Patrimonialgerichten die Gewerbegerichtsbarkeit abnahm, an

den Staat zog und auf eine Vereinheitlichung der Zunftsatzungen hinarbeitete.

Bezüglich Deutschböhmens darf jedenfalls gesagt werden, daß es in diesem Zeitraum energisch die Bahn des Industrialismus beschritt und damit jenen Charakterzug empfing, der es in aller Folgezeit in wirtschaftlicher Hinsicht kennzeichnen sollte.

Größer denn je war der Umfang, den Österreich zu Beginn des 18. Jahrhunderts dank der glänzenden Waffentaten Prinz Eugens erreicht hat. Durchaus begreiflich erscheint der Wunsch Kaiser Karls VI., dieses stolze Reichsgebiet ungeschmälert in der Zukunft erhalten zu sehen. An Bemühungen, die vielen verschieden gearteten Länder und Völker zu einem einheitlichen Staate zu verbinden, hat es bei den Habsburgern von Anfang an nicht gefehlt. Jetzt sollte durch das neue Haus- und Staatsgesetz — die Pragmatische Sanktion (1713) — die ewige und untrennbare Union hergestellt, um die gewaltige Ländermasse die staatsrechtlich zusammenhaltende Klammer gelegt und durch die klare Regelung der Nachfolgefrage von diesem Reiche Kämpfe und Erschütterungen ferngehalten werden.

Die Neuregelung, die der Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit erließ, sollte über seinen Wunsch die allgemeine Zustimmung des In- und Auslandes erhalten. In Böhmen, wo bereits durch die verneuerte Landesordnung von 1627 die männliche und weibliche Erbfolge der Habsburger gesichert war, konnten die Stände am 16. Oktober 1720

nicht mit Unrecht erklären, daß ihnen der Kaiser diese Disposition „aus purem Überflusse“ eröffnen ließ. Die Stände des Egerlandes, die über das neue Gesetz in Wahrung ihres alten staatsrechtlichen Standpunktes gesondert beraten hatten, schlossen sich einmütig und einhellig der Beitritts- und Unterwerfungsurkunde der böhmischen Stände an, „soweit es sich auf den Pfandschilling Eger anwenden läßt.“

C. Die Zeit des aufgeklärten Absolutismus.

Die Opfer an Gut und Blut, die Karl VI. gebracht, damit ihm das Ausland seine Erbfolgeordnung anerkenne, waren zum größten Teile umsonst gebracht. Als er im Jahre 1740 starb, erstanden seiner Tochter Maria Theresia Feinde ringsum und auch im Inlande mußte festgestellt werden, daß in den Völkern der Monarchie das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit nicht sonderlich tief verankert war. Schmerz und Groll erfüllten die junge Herrscherin, als sie hören mußte, daß der Wittelsbacher Karl Albert, Kurfürst von Bayern, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, vor Prag gekommen, von der Residenz der böhmischen Könige Besitz genommen und daß in einer stark besuchten, glänzenden Versammlung der Landstände dem Fremdling gehuldigt worden sei. Im besonderen erschien der Patriotismus des hohen Adels und der hohen Geistlichkeit — die doch dem Hause Habsburg so manches verdankten — in recht

ungünstigem Lichte, indem sie dem Bayern gegenüber in Willfährigkeit und freundlichem Entgegenkommen weit über das Maß des Notwendigen hinausgingen. Ein solch schmähliches Vorgehen konnte die Kaiserin niemals ganz vergessen.

Als Maria Theresia ihrem gefährlichsten Gegner, dem Preußenkönig Friedrich II., nach der unglücklichen Schlacht bei Chotusitz im Breslauer Frieden (1742) den größten Teil Schlesiens abtrat, war der 2jährige erste Schlesische Krieg zu Ende und sie konnte nun Böhmen von den bayrisch-französischen Truppen befreien lassen und ihre ganzen Kräfte der Bekämpfung Bayerns zuwenden. Als diese in der Einnahme Münchens und der Vertreibung des zum Kaiser erhobenen Wittelsbachers Karl VII. ihren Höhepunkt erreicht hatte, trat Friedrich II. in den zweiten Schlesischen Krieg (1744—45) ein, mit der offiziellen Begründung „dem Reiche die Freiheit, dem Kaiser seine Würde und Europa seine Ruhe wieder zu geben," in Wirklichkeit aber, um den Gewinn des Jahres 1742 zu behalten und noch das restliche Schlesien sowie den Königgrätzer, Bunzlauer und Leitmeritzer Kreis hinzuzufügen. Erreicht hat er dieses weitgesteckte Ziel nicht, der Friede von Dresden (1745) ließ es beim Status quo.

Den Verlust Schlesiens empfand die Habsburgerin ungemein schmerzlich, daher arbeitete sie unablässig in militärischer wie diplomatischer Richtung, um in einem wohl vorbereiteten dritten Krieg mit Friedrich das Schlesierland zurückzugewinnen. Wie

immer, wenn die gegensätzlichen Interessen der Habsburger und Hohenzollern hart aufeinander prallten, wurde das Königreich auch durch den 7jährigen Krieg (1756—63) schwer betroffen. Wiederholt war es Kriegsschauplatz oder sah es doch wenigstens feindliche Streifscharen auf seinem Boden. Es mußten eigene Truppen im Winterquartier verpflegt und Kontributionen, Steuern und Lieferungen getragen werden. Da gab es der Sorge und Not mehr als genug. Freilich blieben auch Tage der Freude und Erhebung nicht ganz aus, wie der einer war, da Daun bei Kolin über den Schlachtenmeister Fritz einen glänzenden Sieg davontrug (1757).

Obwohl Maria Theresia in Frankreich und Rußland mächtige Verbündete gewonnen hatte und ihre ganze persönliche Energie wie all die reichen Mittel ihrer Lande aufbot, der starke preußische Militärstaat hat der großen Koalition standzuhalten vermocht, etwas, wie Friedrich selbst sagt, woran zu Beginn des Krieges wohl kaum jemand glauben wollte. Das heißumstrittene Schlesien blieb nach dem Hubertusburger Frieden (1763) dauernd in preußischen Händen.

Damit war ein Land verloren, das nicht bloß durch reiche Bodenschätze und eine äußerst betriebsame Industrie ausgezeichnet, sondern auch dadurch wertvoll war, daß es ein überwiegend deutsches Gebiet darstellte. Dieser schmerzliche Verlust hat auch auf Böhmen zurückgewirkt. Einmal in wirtschaftlicher Hinsicht. — Mit allen Mitteln suchte die Re=

gierung die industrielle Entwicklung Nordböhmens, besonders die der Textilindustrie, dahinzubringen, daß sie einen Ersatz für das hochstehende schlesische Industriegebiet abzugeben vermochte. Tatsächlich schnellte die Zahl der Spinner und Weber in den folgenden Jahren mächtig empor. Nicht wettzumachen jedoch war der Verlust, den das Deutschtum in den Sudetenländern und das Deutschtum in Österreich überhaupt mit jener Abtrennung erfahren hat.

Auch die Ansprüche der rivalisierenden Herrscherhäuser auf die Führung im Reich wurde durch diese territoriale Verschiebung nicht wenig berührt. Die Hohenzollern, an sich schon über weit ausgreifende deutsche Gebiete gesetzt, sahen durch die Gewinnung Schlesiens ihre Position und Geltung im Kreise der deutschen Fürsten ebenso gehoben, als die Habsburger, die Herren zahlreicher nichtdeutscher Völkerschaften, die Verringerung ihrer deutschen Untertanen bedauern mußten. Ihr Anspruch auf die Vorherrschaft in Deutschland hat dadurch unverkennbar eine Minderung erlitten.

Kaiser Josef, der die politische Tragweite dieser Frage recht wohl erkannte, setzte daher, als 1777 mit dem Aussterben der Wittelsbachschen Linie Bayern-München eine Gelegenheit gekommen schien, Teile dieses deutschen Kurlandes an Österreich anzugliedern, alles daran, um zu diesem Ziele zu kommen. Daß er eine größere Erwerbung nicht durchsetzte und daß es neuerlich mit Preußen zum Kriege kommen mußte, der im östlichen Böhmen

spielte (1778—79), daran war der wachsame Preußenkönig schuld, der damals wie auch späterhin alle auf Bayern gerichteten Pläne Josefs durchkreuzte. Was übrig blieb, war eine andauernde unfreundliche Stimmung zwischen dem Wiener und Berliner Hof, die sich in den folgenden Erschütterungen, wie sie die große französische Revolution brachte, verhängnisvoll für beide Staaten äußern sollte.

Wichtiger als die kurz berührten außenpolitischen Wandlungen und Kriegsereignisse dieses Zeitraumes — der gemeiniglich als der des aufgeklärten Absolutismus bezeichnet wird — sind für das Königreich die schier alle Lebensgebiete betreffenden Anordnungen geworden, die durch den großzügigen reformatorischen Geist Maria Theresias und ihres Sohnes Josef herbeigeführt wurden. Es war eine völlige Neuorganisation, was sie in nimmermüdem Streben, unterstützt von weitausschauenden aufgeklärten Männern, betrieben und durchgeführt haben. Das wichtigste Merkmal der neuen Verwaltung, die zugleich ein neues Österreich bedeutete, bestand in deren durchgehender Vereinheitlichung. Was man von der neuen, zentralisierten Verwaltung erhoffte, war ein mehrfaches: in erster Linie ein solches Maß an Stärke und Widerstandskraft, daß der neue Staat auch schwereren Stürmen und Heimsuchungen in der Zukunft gewachsen wäre; dann aber auch Übersichtlichkeit, ein gleichmäßiges Vorgehen auf ein und demselben Verwaltungsgebiet in allen Ländern und schließlich die Möglichkeit, deren

größeren Teil oder alle zu einem großen, gleichgearteten Organismus verschmelzen zu können.

Durch die weitere Verdrängung des Einflusses der Stände und ihrer Organe aus der provinziellen Verwaltung, durch die die Ausdehnung der staatlichen Wirksamkeit auf Gebiete, die bislang ganz der grundherrlichen oder kommunalen Betätigung überlassen waren, sollte nicht bloß die staatliche Gewalt vermehrt und gestärkt, sondern es sollten die alten, mit dem Feudalismus verknüpften Schranken durchbrochen oder ganz niedergerissen werden und Staat und Untertan in unmittelbaren Verkehr kommen.

Maria Theresia hat als Reformerin diesen großen Zielen in kluger und maßvoller Weise, womöglich mit Schonung des Überlieferten zugestrebt, immer geleitet von den praktischen Bedürfnissen des Staates.

Was die Ämterorganisation anlangt, so blieben ältere Schöpfungen, die bereits ein zentralistisches Gepräge hatten, bestehen — wie Hofkriegsrat und Hofkammer. Einige neue Ämter wurden durch Umbildung alter gewonnen: an die Stelle der geheimen Konferenz trat nach dem Vorschlag des Grafen Kaunitz 1760 der österreichische Staatsrat mit der Aufgabe, alle der Kaiserin vorgelegten Angelegenheiten zu beraten, ohne jedoch eine Exekutive zu besitzen. Die geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei, durch Abtrennung von der österreichischen Hofkanzlei zustande gekommen, sollte die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und des kaiser-

lichen Hauses bestreiten. Um in der politischen Verwaltung der Sudeten- und Alpenländer — Ungarn mußte infolge eifrig behüteter Sonderrechte außer Betracht bleiben — einen engeren Zusammenschluß herbeizuführen, wurde die böhmische und österreichische Hofkanzlei zu dem Direktorium in internis oder in publiciis et cameralibus vereinigt, das, späterhin zur k. k. vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei umbenannt, bis 1848 bestand und einen ebenso reichen als wichtigen Agendenkreis zu bewältigen hatte. Dem Direktorium unterstand in Böhmen das Landesgubernium, dessen Beamte von der Regierung eingesetzt und abhängig waren und die Befehle des Wiener Zentralamtes zu vollführen hatten. Eine andere wichtige Landesstelle war das seit 1762 bestehende Landeskameralamt, dem die Erledigung finanzieller Angelegenheiten zukam.

Dem Gubernium wurden als staatliche Verwaltungsbezirke die Kreise untergeordnet, deren Zahl Maria Theresia auf 16 erhöhte. Die Leitung kam dem Kreishauptmann zu, der bisher als ein Organ der Stände an der Provinzialverwaltung mitwirkte, nunmehr aber als staatlicher Beamter der Bevölkerung gegenübertrat und folgende Obliegenheiten übernahm: „Die Überwachung der Durchführung der landesfürstlichen Verordnungen, die Aufsicht über Vormundschafts- und Grundbuchswesen, über Maß und Gewicht, über Markt- und Baupolizei, über die Zünfte, den Straßenbau, die Tätigkeit der Orts-

obrigkeiten, der Pfarrer und Lehrer." Er erhielt ferner den Auftrag, die Klagen der Bauern über ihre Gutsherrschaften anzuhören und die Ursachen der Unzufriedenheit abzustellen — beziehungsweise an das Gubernium zu berichten. Unter den Kreisämtern standen als unterste Verwaltungsbehörden die städtischen Magistrate und Grundherrschaften.

Bisher hatte es in Böhmen außer Prag noch 300 städtische und grundherrliche Gerichte gegeben, denen auch die Blutgerichtsbarkeit zugestanden war. Dieses Recht wird den meisten von ihnen abgenommen und 24 neuen staatlichen Kriminalgerichten übertragen. Bezüglich der leichteren Fälle, die die unteren Gerichte nach wie vor behandeln mochten, sollte nicht mehr nach örtlichem Gewohnheitsrecht, sondern nach den neuen einheitlichen Gesetzen des Staates vorgegangen werden. Gegen den Urteilsspruch des grundherrlichen Gerichtes und des Kreisamtes konnte an das Appellationsgericht in Prag appelliert werden und in letzter Instanz an die neugeschaffene oberste Justizstelle in Wien, die zugleich die gesamte Justizverwaltung leitete.

Ungünstige Erfahrungen, die die Kaiserin in den ersten Regierungsjahren als kriegführende Macht gesammelt hatte, ließen die Schaffung eines starken, einheitlichen Heeres notwendig erscheinen. So wurde die Heeresreform nach preußischem Muster zur Tat. Bisher hatten sich die Armeen ausschließlich aus Söldnern zusammengesetzt, jetzt wurde der Übergang zur Rekrutierung vollzogen. Um die An=

sprüche, die an die einzelnen Länder in dieser Hinsicht zu stellen waren, billig abgrenzen zu können, wurde im Jahre 1770 die erste allgemeine Seelenbeschreibung oder Konskription gemeindeweise durchgeführt und das Land in 14 Werbebezirke eingeteilt. Die ersten zuverlässigen statistischen Daten melden für das Königreich Böhmen: 244 Städte, 307 Marktflecken, 11.284 Dörfer, 1,194.999 männliche Einwohner, darunter 218.277 zum Kriegsdienst taugliche und 2'4 Millionen Seelen im ganzen. Die damaligen Aushebungen betrafen jedoch nicht alle wehrfähige Mannschaft. Geistliche, Beamte, Ärzte, Kaufleute, Bergarbeiter, Bürger landesfürstlicher Städte und deren Söhne blieben frei und so wurde fast ausschließlich die bäuerliche Bevölkerung von der Rekrutierung betroffen. Die nähere Auswahl war der Dorfobrigkeit überlassen, die darin eines der gewichtigsten Mittel besaß, dem Untertanen den Herrn zu zeigen, dies um so mehr, als die militärische Dienstzeit eine lebenslängliche war.

Das auf 108.000 Mann gebrachte Heer erforderte im Jahre zirka 28 Millionen Gulden, wofür hauptsächlich die deutsch-slawischen Länder aufzukommen hatten. Um eine bessere Ausbildung des Offiziers zu erzielen, gründete Maria Theresia die Wr.-Neustädter Akademie, die als Reichsanstalt seitens der böhmischen Stände mit einem Jahresbetrag von 18.000 Gulden bedacht wurde. Es war ein neuer Zug, der sich wie in der gesamten Verwaltung, so auch auf militärischem Gebiet kundgab, daß die

Kaiserin zu den Offiziersstellen auch das bürgerliche Element stärker herangezogen wissen wollte; sie begegnete sich in solcher Auffassung auffallend mit den Anschauungen ihres großen Ministers Kaunitz, der einmal erklärte, „die wahre Stärke des Staates bestehe in dem größten Teil der Menschen, nämlich in dem gemeinen Manne und dieser verdiene die vorzüglichste Rücksicht," er wäre aber „in Böhmen mehr als in anderen Ländern unterdrückt."

Eine Erhöhung der Einkünfte wurde für den Staat angesichts seiner weitergesteckten Ziele und Aufgaben unerläßlich, daher denn Maria Theresias Reformen auch dem Steuerwesen galten. Es war ein Erfolg der Kaiserin, daß sich die Stände bereit erklärten, die Erhebung des auf ihr Land entfallenden Teilbetrages au- eine Reihe von Jahren zu bewilligen, eine Tatsache, die den ohnedies geschmälerten Einfluß der Stände abermals herabdrückte. Durch eine neue Landesvermessung wurden Größe und Ertrag aller Dominikal- und Rustikalgründe festgestellt und in einem Kataster (in der Folgezeit der Theresianische genannt) festgelegt (1748). Der Bauer sollte fürderhin ein Zehntel, die Grundherrschaft ein Hundertstel des Jahresertrages als Steuer entrichten. Das alte Privilegium der Steuerfreiheit des Adels und Klerus war damit endlich beseitigt.

Ein besonderes Augenmerk schenkte die Kaiserin, wie ihre zahlreichen Patente erkennen lassen, der

Lage des Bauernstandes. Es war ihr lebhafter Wunsch, daß das Los auch dieses Standes ein erträgliches werde, schon aus dem Grunde, weil in dem Bauern der wichtigste Steuerzahler erhalten werden sollte. So hat Maria Theresia in einem Patent die Robotzeit für jede Art von Untertanen festgesetzt, die Einziehung bäuerlicher Güter untersagt, die Taxen, wie sie etwa bei Eheschließung, Weglaß usw. zu entrichten waren, genau umschrieben, die Zuchthausstrafe von der Zustimmung des Kreishauptmannes abhängig gemacht u. a. m. Im Jahre 1750 bereiste eine Kommission ganz Böhmen, Herrschaft für Herrschaft, um die Lage der Bauern zu überprüfen. Über besondere Klagen wurden eigene Untersuchungen angestellt. Wie weit so mancher Grundherr von der Humanität entfernt war, die man ansonst als das bezeichnende Merkmal dieses Jahrhunderts rühmt, zeigt das Resultat einer 1768 auf der fürstlich Mansfeldschen Herrschaft Dobržich geführten Untersuchung nur zu deutlich; es wurden hier nachgewiesen: „Steuerübervorteilungen, Erpressungen von Geld und Wirtschaftserzeugnissen durch die Herrschaft selbst sowie durch ihre Wirtschaftsbeamten, zwangsweise Verhaltung zum Kaufe obrigkeitlicher Feilschaften, Monopolisierung des Getreidehandels, Bewucherung der Untertanen aus den obrigkeitlichen Schüttkasten, Wildplackereien und Nichtgewährung des Wildschadenersatzes, Schikanen bei der Gewährung von Brenn- und Bauholz sowie der Zulassung zu den Hutweiden, Nicht-

zahlung der patentmäßigen Gebühren bei weiten Fuhren seit mehr als dreißig Jahren, eigenmächtige Versetzungen und Grundvertauschungen oder Einziehungen zum Hoffelde, unmäßige Überbürdungen mit Frondiensten und Verwendung derselben auch zu Bergwerksarbeiten und in Hütten- und Hammerwerken, willkürliche Steigerung der Frongelder, dazu unmenschliche Strafen und Mißhandlungen bei den geringsten Anlässen." Daß dieses traurige Kulturbild nicht das einzige war, ließe sich quellenmäßig erweisen.

Da ist es nur zu begreiflich, wenn sich die böhmische Bauernschaft wieder einmal rührte (1775) und den übermütigen Herren die Faust zeigen wollte. Zu den größten Zusammenrottungen kam es in Nordböhmen. Schlösser und Wirtschaftsämter werden geplündert, Gutsherrn mißhandelt und verprügelt. Außer den Kaiser so hieß es allgemein, wolle man keine Obrigkeit mehr erkennen. Einzelne Teile der mit Prügeln bewaffneten Bauernscharen waren bis vor Prag gekommen, wo man die Bedingungen eines billigen Ausgleichs diktieren wollte. Mangel an einheitlichem Vorgehen hat auch diese Bewegung ihr Ziel verfehlen lassen. Wenn auch zunächst die Erhebung in der Notlage des Volkes wurzelte, so trugen doch die Lehren des neuen Evangeliums von der Freiheit, wie es damals im westlichen Europa verkündigt wurde, das ihrige dazu bei. In Böhmen entlud sich der Groll um so leichter, als das bäuerliche Los hier härter war als anderwärts.

Maria Theresia wollte den Herrschaften Böhmens ein gutes Beispiel geben, indem sie die Untertanen der landesherrlichen Domänen und der Güter des aufgehobenen Jesuitenordens von den Fronen bei Erhaltung eines mäßigen Grundzinses freigab. Doch Nachahmung fand ihr edles Beispiel nicht. Die Bauern übrigens ganz frei zu machen, lag auch nicht in der Absicht der Herrscherin. Sie läßt sich darüber folgendermaßen vernehmen: „Die Untertänigkeit völlig aufzuheben, kann nie für tunlich gehalten werden, nachdem kein Land ist, wo nicht zwischen Herren und Untertanen sich ein Unterschied fände; den Bauern von der Schuldigkeit gegen jenen zu befreien, würde den einen zaumlos und den anderen unzufrieden machen, allerseits aber gegen die Gerechtigkeit verstoßen."

Von der elementaren Erkenntnis, daß Wohlstand und Gedeihen, Handel und Wandel in erster Linie von der Bildung des Volkes abhängen, war die Kaiserin ganz durchdrungen, daher erhob sie das gesamte Schulwesen zu einem Gegenstand besonderer staatlicher Fürsorge. Das Schulwesen wurde zum Politikum und sollte nunmehr einheitlich organisiert werden. Die Stimmen der großen deutschen Pädagogen des 18. Jahrhunderts (Pestalozzi, Basedow), die durch vermehrte Bildung das Glück der Völker und Staaten begründen wollten, wurden dabei ebenso berücksichtigt wie das Bedürfnis, den zahlreichen Beamten, auf die sich der Staat fürderhin stützen wollte, eine ordentliche Vor-

bildung zu geben. Hatten bisher Pfarren, Grundherren und Stadtgemeinden nach Gutdünken Schulen gegründet und erhalten, so wurde nun gesetzlich bestimmt, daß bei jeder Pfarre eine Trivialschule zu bestehen habe. In den höheren Schulen der größeren Städte — den Normal- und Hauptschulen — sollte für die Heranbildung der Lehrer gesorgt werden, wie auch deren Entlohnung einen Gegenstand staatlicher Obsorge bildete. Die Normen für das niedere Schulwesen brachte die durch den Abt Felbiger ausgearbeitete allgemeine Schulordnung, die, wie schon ihr Name anzeigt, in allen Ländern gleiche Beachtung finden sollte. Ein frühes Beispiel, wie mit dem Unterricht in den elementaren Gegenständen der Arbeitsgedanke verknüpft werden könne, gab der in dem südböhmischen Städtchen Kaplitz wirkende Pfarrer Kindermann durch die Errichtung seiner Industrieschule. In ihr wurden Knaben und Mädchen nicht nur im Spinnen und Klöppeln unterwiesen, sondern auch mit allerlei Kenntnissen und Fertigkeiten vertraut gemacht, wie sie vor allem das ländliche Volk braucht. Diese Art von Schulen fand rasche Verbreitung im ganzen Lande und es geht ihre Zahl bald in die Hunderte. In prächtigen Worten verlieh Kindermann dem Zusammenhang, der zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und Bildung besteht, Ausdruck: „Der Industrie muß unstreitig ein verhältnismäßiges Licht vorangehen; in der Finsternis hat sie sich entweder nirgends niedergelassen oder, wenn sie durch Zufall

gleichsam hineinverschlagen wurde, hat selbige dort sich nicht lange erhalten." Die Mittelschulen waren immer noch vorwiegend in den Händen der Ordensgeistlichkeit, nach Aufhebung des Jesuitenordens (1773) in denen der Piaristen. Nach landesfürstlicher Verfügung hatten sich diese Schulen der deutschen Unterrichtssprache zu bedienen. Auch an der Prager Hochschule eroberte sich das Deutsche ein Plätzchen, als dem 1763 berufenen K. Th. Seibt, Lehrer der schönen Wissenschaften, der Auftrag zuteil wurde, in deutscher Sprache zu lesen.

Ein reger Bildungseifer zieht durch das ganze Land. Die neue geistige Bewegung der Aufklärung, die in ihrem innersten Wesen bildungsfreundlich war, warb sich im Lande bei Adel und Bürger immer mehr Freunde. Die Adeligen einigen sich gerne in gelehrten Gesellschaften und Zirkeln und der Bürgersmann hat seine Freude dran, wenn er eine kleine Bibliothek anlegen und die Lektüre der herrlichen Schöpfungen deutscher Dichter pflegen kann.

Lichtfreundliche Professoren, wie der schon erwähnte Seibt, haben an der Prager Universität die Lehrstühle inne. Sie alle schöpfen mit Vorliebe aus der großen deutschen Bildungsquelle und gewinnen in geistvollen Vorträgen die junge Hörerschar für eine neue Lebensweisheit. Im deutschen Nationaltheater, durch den Grafen Nostitz begründet (1783), gewinnt die dramatische Kunst auf Prager Boden eine würdige Stätte. Daß die Männer der

Aufklärung, um ganz ans Volk heranzukommen, auch die tschechische Sprache herangezogen, war für deren weiteres Schicksal von nicht geringer Bedeutung.

Obwohl eine getreue Katholikin, hat Maria Theresia das erwachte staatliche Selbstbewußtsein auch der Staatskirche gegenüber zur Geltung gebracht. Die Verwaltung kirchlichen Vermögens ist der Kontrolle ihrer Beamten unterworfen; auch sollte ohne deren Bewilligung der Klerus nicht befugt sein, Güter zu erwerben. Aus dem stattlichen Vermögen des aufgehobenen Jesuitenordens wird der Studienfonds geschaffen, der außer für die Pensionen der entlassenen Ordensangehörigen vor allem für Schulzwecke herangezogen wird. Für die Einheit des Staates schien der Kaiserin die Alleinherrschaft des Katholizismus eine besondere Bürgschaft zu sein und daraus erklärt sich die durchaus ablehnende Haltung gegenüber der protestantischen Lehre. Die heimlichen Protestanten müssen weichen und sich in Ungarn und Siebenbürgen eine neue Heimat suchen.

Ein reiches und erfolgreiches Schaffen ehrt die große Herrscherin; groß, einem mutigen Manne gleich, steht sie in den Jahren des Kampfes um die Existenz des Staates da, groß auch erscheint sie in ihrem umfassenden friedlichen Walten.

Das Staatsideal Josefs II. und die Reformen, wodurch er es zu verwirklichen gedachte, gingen in mehrfacher Hinsicht über die Reformbestrebungen

seiner Mutter hinaus. Josefs Neuerungen sollten einzig und allein nach Grundsätzen vor sich gehen, wie sie aus vernünftiger Überlegung flossen. Rühmte er sich doch selbst, daß, seit er die Krone trage, die Philosophie zur Gesetzgeberin geworden sei. Es war des Kaisers feste Überzeugung, daß bei solcher Auffassung „der größte Nutzen der größten Zahl," ja das Wohl aller Untertanen zu erzielen sei. Vor dem geschichtlich Gewordenen sowie vor Einrichtungen, die lediglich Gemütswert an sich trugen, wurde nicht mehr haltgemacht, wenn sie seinen vernunftgemäßen Anschauungen irgendwie zuwiderzulaufen schienen.

Der Gedanke des Zentralismus wurde auf den gesamten habsburgischen Länderbestand ausgedehnt, auch Ungarn, die Lombardei und das ferngelegene Belgien sollten nicht mehr ausgenommen sein. In diesem großen Staatsganzen war der Wille des Kaisers oberstes Gesetz. Neben dem Herrscher und seiner Regierung wurde hinfort irgendwelche selbständige Gewalt nicht mehr geduldet. Nicht Adel und Klerus, sondern ein einheitlicher großer Beamtenkörper, gut geschult, fleißig und verständnisvoll schaffend, sollte des Herrschers vornehmste Stütze sein. Wie der Kaiser über sein eigenes Arbeitsfeld denkt und wie er die Stellung des Herrschers überhaupt aufgefaßt sehen will, das hat er selbst in nachstehende Worten gekleidet: „Es wäre absurd, wenn sich der Landesfürst einbildete, das Land gehöre ihm und nicht er dem Lande zu; Milli-

onen Menschen seien für ihn und nicht er für sie gemacht, um ihnen zu dienen."

Josefs politische Leitgedanken, auf das Königreich Böhmen angewendet, nahmen ihm die Reste der alten Autonomie, Verfassung und Verwaltung und stellten es mit den übrigen kaiserlichen Provinzen auf eine Stufe. Im Jahre 1783 erfolgte die Aufhebung des ständischen Landesausschusses, dessen Obliegenheiten fürderhin das Landesgubernium zu besorgen hatte. Das ständische Landrecht, das in Sachen der landtäflichen Güter und ihrer Besitzer zuständig war, wurde in ein kaiserliches Gericht umgewandelt. Etliche Jahre später ließ der Monarch eröffnen, daß regelmäßige Sitzungen des Landtages nicht weiter notwendig seien; die Stände würden in Zukunft nur nach kaiserlichem Ermessen berufen, was ihrer faktischen Ausschaltung gleichkam.

Um dem Staatswillen und der Staatsgewalt auf der ganzen Linie zum Durchbruch zu verhelfen, wurde den Grundherschaften kundgetan, daß sie die Rechtsprechung nur mehr durch einen staatlich geprüften Justiziar, die politische Verwaltung durch den Amtmann oder Verwalter auf Grund eines Zeugnisses des Kreisamtes ausüben dürfen. Einschneidende Maßnahmen haben die Städteautonomie fast völlig aufgehoben. In den untertänigen Städten wurde den gewählten Bürgermeistern und Schöffen eine Anzahl geprüfter Räte mit weitgehenden Befugnissen zugesellt; die Magistrate der

königlichen Städte wurden zur Gänze aus geprüften Juristen zusammengesetzt. Der Stadtrichter wurde durch den Syndikus ersetzt, der sich durch entsprechende Rechtsstudien auszuweisen hatte. Da nun in der Kommunalverwaltung fast durchwegs der Jurist das entscheidende Wort führte, erfuhr naturgemäß die Teilnahme der Bürgerschaft an den eigenen Angelegenheiten eine starke Abschwächung und das Volk gewöhnte sich allmählich an die Führung und Leitung durch die Beamten. „Recht und Volk, früher so eng verbunden, fingen an, sich voneinander zu lösen.“ Dazu kam noch, daß den Kreishauptleuten ein erhöhtes Kontrollrecht gegenüber diesen untersten Verwaltungsbehörden zugesprochen wurde.

Auch der Kirche gegenüber wollte Josef der staatlichen Allgewalt zum Siege verhelfen. Dabei ließ sich der Monarch unverkennbar von den Gedanken leiten, wie sie der gelehrte und aufgeklärte Trierer Weihbischof Nikolaus von Hontheim (mit dem Pseudonym Justinus Febronius) in seinem in Österreich vielgelesenen Buch „Von dem Kirchenstaat und der rechtmäßigen Gewalt des römischen Papstes“ niedergelegt hatte. Der Verfasser hat darin der Erweiterung der Rechte des Staates und der Bischöfe und der Einengung kurialer Rechte das Wort gesprochen. So erfuhr Böhmen durch Josef eine neue kirchliche Einteilung. Im Süden des Landes ersteht das Bistum Budweis; die Leitmeritzer und Königgrätzer Diözese werden auf Kosten der Prager vergrößert,

diese selbst wieder erfährt dafür einen Zuwachs im Westen, indem ihr das Egerland, das seit alters zum Regensburger Sprengel gehört hatte, angegliedert wurde (1787).

Nach einer Erhebung, welche die Grundherrschaften und Magistrate zufolge Hofdekret von 1782 durchzuführen hatten, ergab sich auch für Böhmen die Notwendigkeit einer Reihe neuer Seelsorgestationen. Sie sollten überall dort geschaffen werden, wo es die vorhandene Volkszahl oder die große Entfernung und Schwierigkeit der Kommunikation erheischten. Mit dem mißlichen Zustande, daß Leute oft stundenweit zum nächsten Gotteshaus zu wandern und mit allerlei Unbilden zu kämpfen hatten, wenn sie ihrer Christenpflicht entsprechen wollten, wurde nunmehr gebrochen. Die nötigen Mittel, die zur Neuerrichtung von Kirchen und zur Dotierung der Pfarrer notwendig waren, wurden vornehmlich durch den Religionsfonds beschafft, der durch die Aufhebung zahlreicher Klöster und die Einziehung ihres Vermögens geschaffen wurde.

Die Zahl der Klöster in Österreich betrug beim Regierungsantritte Josefs nicht weniger als 2163. Dadurch, daß Josef alle jene Klöster aufhob, deren Insassen sich weder mit Seelsorge, Jugendunterricht oder Krankenpflege befaßten, also nur ein beschauliches Leben pflegen wollten, sank ihre Zahl gut um ein Drittel. Ihre Güter, Häuser und Einrichtung wurden zum größten Teil verkauft. Da die mit der Veräußerung betrauten Personen nicht immer

die nötige Einsicht und das richtige Verständnis besaßen, war wohl mancher Mißgriff zu beklagen. Es wurden künstlerisch wertvolle Baulichkeiten einer Verwendung zugeführt, die sie nicht verdienten und so mancher Gegenstand von hohem Kunstwert wurde verschleudert oder verdorben. Andererseits darf die günstige volkswirtschaftliche Wirkung nicht verkannt werden, die dadurch erzielt wurde, daß ein größeres Ausmaß kirchlichen Grundes und Bodens der freien Arbeit und rationellen Ausnützung zugeführt ward.

Die wichtigste und den Kaiser ehrendste Verfügung wird jedoch sein Toleranzpatent (1781) bleiben -- ein Markstein in der Entwicklung der religiösen Verhältnisse Österreichs. Endlich war auch hierzulande der alte Gewissenszwang und der Druck in religiösen Dingen zum Teil wenigstens aufgehoben. Durch dieses Gesetz wurde den Protestanten und den nicht unierten Griechen ein ihrer Religion gemäßes „Privatreligionsexerzitium" eingeräumt. Anhänger dieser Bekenntnisse dürfen eigene Bethäuser und Schulen errichten, nur sollten jene kein Geläute, keine Glocken, Türme und keinen öffentlichen Eingang von der Gasse haben. Der Vorzug der öffentlichen Religionsübung verblieb der röm.-katholischen Kirche. Die Zahl der Protestanten, deren es trotz aller Verfolgung immer noch etliche im Lande gab, ist durch Zuwanderung sowie durch die Einverleibung des Ascher Gebietes (1770—71), das sich unter dem Schutze der Herren v. Zedtwitz den evangelischen Glauben erhalten

hatte, beträchtlich gewachsen und zwei Superintendenturen hatten hinfort ihre Angelegenheiten zu verwalten.

Auch der Judenschaft des Landes brachte das Patent größere Bewegungsfreiheit, wenn auch nicht völlige Emanzipation. Die Zahl der Orte, wo Juden wohnen durften, wurde vermehrt; der bisher beachtete Unterschied in der Kleidung fiel fort. Die Söhne jüdischer Familien werden zu den höheren Schulen und akademischen Graden zugelassen, weiters wird für die jüdische Bevölkerung der Betrieb des Landbaues und gewisser Gewerbe offen gehalten. Alles Neuerungen, die namentlich von der in der Hauptstadt vorhandenen uralten Judengemeinde, wo der Geist der Aufklärung zahlreiche Anhänger gefunden hatte, freudigst begrüßt wurden; weniger von den in strenger Orthodoxie hinlebenden Juden auf dem Lande.

Doch hatte auch die Toleranz Josefs ihre Grenzen. Die geheimen Sekten, wie es solche in Böhmen seit der Hussitenzeit immer gegeben hat, wollten gleichfalls an die Öffentlichkeit kommen; für sie gab es keine Anerkennung. Ein Hofdekret besagte vielmehr: „Wenn sich ein Mann, ein Weib oder wer immer bei einem Ober- oder Kreisamte als Deist, Israelit (Abrahamit) oder sogenannter Lamplbruder meldet, sollen ihm ohne weitere Anfrage vierundzwanzig Prügel- oder Karbatschstreiche auf den Hintern gegeben und er damit nach Hause geschickt werden. Dieses soll so oft gemacht werden, als er

neuerdings kommt sich zu melden, nicht weil er Deist ist, sondern weil er sagt, das zu sein, was er nicht weiß, was es ist."

Zum Freimaurertum, das damals auch nach Böhmen seinen Weg fand (in Prag wurde 1749 die Loge „Zu den drei gekrönten Sternen und zur Redlichkeit" gegründet) und in dessen Logen sich vornehmlich der intelligente Volksteil sammelte, wie Schriftsteller, Adelige, Beamte und Offiziere, um die Grundsätze der Aufklärung zu pflegen, vermochte Josef kein freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen und es läßt erkennen, wie er von den Gesellschaften dachte, wenn er ihr Zeremoniell als Gaukelei bezeichnet.

Eigenartig auch war die Auffassung, die Josef hinsichtlich der Stellung der Geistlichen hegte. Sie sollten „Beamte des Staates in der Kirche" sein. Daraus folgte, daß die Aufsicht über die Verwaltung der Seelsorge und eine etwaige Bestrafung des Geistlichen, wenn er seine Amtspflicht verletzte, nicht dem bischöflichen Gericht allein, sondern zugleich den staatlichen Organen vorbehalten sein mußte, und erklärt sich weiter, daß die Priester in Generalseminarien und in Seminarien, wie deren in Prag eines erstand, unter staatlicher Leitung herangebildet werden sollten.

Überaus zahlreich und zum Teil ins Kleinliche gehend sind die kirchenpolizeilichen Maßregeln des Kaisers; so die Bestimmung über die Zahl der am Altare brennenden Kerzen, das Verbot von Prozes-

sionen und Wallfahrten und des Wetterläutens, die Forderung, die Leichen statt in Särgen und in Grüften in Säcken ins Grab zu legen, mit ungelöschtem Kalk zu bedecken und die Friedhöfe außerhalb der Siedelungen anzubringen. Aber gerade diese letzten Forderungen, so einwandfrei sie vom sanitären Standpunkt waren, erregten nur zu leicht und zu oft den Unwillen des naiv-frommen Untertanen und ließen die guten Absichten des edelsinnigen Herrschers verkennen; zumal von jenen Personen nichts zur Belehrung und Aufklärung geschah, die es hätten tun können. Ihnen war schon zuviel des Alten gestürzt worden und das Bestreben des Kaisers „im großen und kleinen zu regieren" längst zuwider.

Erleichterung und Erlösung bedeuteten die Patente, worin sich Josef mit der Lage der Bauernschaft befaßte. Das Untertanspatent vom 1. September 1781 unterzog die Verhältnisse zwischen den Grundherren und ihren Untertanen einer neuen Regelung. Darnach sollte der Bauer, wenn er Grund zur Beschwerde hatte, sich vorerst an die Obrigkeit wenden; konnte er mit deren Entscheidung nicht zufrieden sein, dann sollte ihm der Weg zum Kreisamt und zum Untertansadvokaten offen stehen, der unentgeltlich die bäuerliche Angelegenheit zu verfolgen hatte. Noch wichtiger war das vom 15. Jänner 1782 datierte Patent, das die Aufhebung der Leibeigenschaft in Böhmen meldete, d. h. alle Pflichten beseitigte, in denen sich eine Abhängigkeit

der Person des „Erbuntertanen" vom Grundherren äußerte. Die Bauern genossen nun das Recht der Freizügigkeit, der Eheschließung und der freien Berufswahl ihrer Kinder. Von seinem Besitz hatte der Untertan wohl auch weiterhin die verschiedentlichen Leistungen gegenüber dem Grundherrn zu bestreiten, doch wurden auch diese Abgaben gemindert, wie auch das Steuerregulierungspatent vom Jahre 1785 eine wohltätige Neuerung schuf, indem es hinsichtlich der Steuerleistung keinen Unterschied mehr zwischen Dominikal- und Rustikal-, Kameral- und geistlichem Grunde gelten ließ. Jetzt erst, nachdem den Bauern die drückendsten Fesseln abgenommen waren, mochten sich in ihnen jene Kräfte und Gefühle regen, die den munteren Fortschritt der Arbeit und die Freude an ihr verbürgten. Kein Land, außer Galizien und der Bukowina, hatte unter dem Drucke, den die feudalen Herren seit Jahrhunderten üben durften, so schwer geseufzt wie Böhmen; daher nachstehende Äußerung eines Zeitgenossen nur wahre Gefühle wiedergegeben hat: „Es bleibt des Guten und Nützlichen, was dieser unvergeßliche Monarch in Böhmen sowie in allen seinen Erbländern leistete, soviel übrig, daß kein Böhme anders als mit Tränen der Dankbarkeit sein Andenken feiern kann."

Nur gröbster Undank, Unwissenheit und blinder Haß konnten es dahin bringen, im 20. Jahrhundert die Bildnisse des Mannes zu stürzen, dem die ge-

samte Bewohnerschaft des Landes den Eintritt in ein neues, freieres, besseres Zeitalter dankte.

Der Rousseausche Gedanke von der Rückkehr zur Natur und die Lehre Quesnays, daß im Ackerbau die Grundlage des Reichtums der Staaten und daher in den Bauern der wichtigste Stand zu sehen sei (Physiokratismus), sind Josef bei seiner Agrarreform nicht fremd geblieben. Allen Grund und Boden, der nur irgendwie tauglich war, der Bebauung zuzuführen und möglichst gut auszunützen, das wurde im 18. Jahrhundert das eifrige Streben der Grundbesitzer. Selbst bedeutende Opfer nicht scheuend, hat Josef in Innerböhmen, durch Aufteilung kameraler Gründe die Möglichkeit zu Neusiedelungen geschaffen und durch die Heranziehung deutscher Kolonisten aus dem Reiche dies Kulturwerk durchgeführt. So wurden im Bunzlauer Kreise Schlesier untergebracht; auf der ehemaligen Kameralherrschaft Pardubitz erwuchsen die Ortschaften: Kleindorf, Dreidorf, Raab, Frauendorf, Streitdorf, Maidorf und Kunstdorf u. a., im Caslauer Kreise: Karlshof; im Klattauer Kreise: Schönwillkomm und Neudorf. In den waldreichen Grenzgebieten wurden durch die großen Grundherren zahlreiche Neurodungen durchgeführt und dadurch Raum für die oft weitverstreuten Walddörfer gewonnen, deren Insassen neben dem, daß sie einigen Feldbau und Viehzucht trieben, auf die Arbeit in den großen Forsten, in den zahlreich erwachsenen Glashütten, Hammer- und Sägewerken angewiesen

blieben. Die Zahl dieser in der letzten Kolonisationsperiode entstandenen Siedlungen ist größer, als man meist anzunehmen geneigt ist. Es sind z. B. im Laufe des 18. Jahrhunderts in der Bezirkshauptmannschaft Kaplitz und Prachatitz ungefähr je 50, in der Krummauer 36 solche Waldsiedelungen ins Leben gerufen worden.

Unter den Großgrundbesitzern, die im physiokratischen Geiste des 18. Jahrhunderts tätig waren, stand das Haus der Fürsten Schwarzenberg im Vordergrund. Sie haben den Insassen ihrer Walddörfer wohl den Grund und Boden, worauf Haus und Hof erbaut wurden, ins volle Eigen gegeben, die umliegenden Feld- und Wiesengründe jedoch nur pachtweise überlassen. Der Pacht, der auf 6 Jahre lief, sollte nur dann erneuert werden, wenn sich diese Zinsgründler bereit fanden, der hohen Obrigkeit, wann immer sie es forderte, gegen billige Entlohnung zu Arbeitsleistungen zur Verfügung zu stehen. Durch diese geschickte, freilich wenig moralische Verknüpfung von Pacht und Lohnarbeit hat sich das fürstliche Haus bis in die jüngste Zeit billige Arbeitskräfte gesichert. Es war einer der letzten gesetzgeberischen Akte des alten österreichischen Parlaments — vornehmlich vom Abgeordneten Roller betrieben — der diese unwürdige mittelalterliche Einrichtung zu Falle brachte.

Die Auffüllung der neuen Walddörfer erfolgte zum Teile durch Zuzug aus der Fremde, durch Familien aus Tirol, der Steiermark und Deutsch-

land, ein großer Teil jedoch konnte aus dem Lande selbst genommen werden. Daß es hier zu Ende des 18. Jahrhunderts einen Überschuß an Arbeitskräften gab, dafür spricht die Tatsache, daß zahlreiche Familien, namentlich aus den Böhmerwaldgegenden, aus Not und Armut, wie der Bericht sagt, in die Bukowina und in die wenig wirtlichen Gebirgsgebiete des Banates abgegangen sind, um sich dort unter gar mancherlei Schwierigkeiten ein neues Heim zu schaffen.

Eine äußere Tatsache war es, daß durch die jüngste Kolonisation in den Waldgegenden das deutschböhmische Landschaftsbild in seiner heutigen Form fertiggestellt wurde, eine beträchtliche Mehrung und Stärkung des Deutschtums die innere Wirkung. Der Wert der Waldgebirge als Grenzscheide und Grenzschutz, einstmals hoch angeschlagen, war durch das neue Kulturwerk stark herabgemindert. Wie auf den dem Reiche zugehörenden Gebirgsflanken, so rücken auf den böhmischen Abdachungen die deutschen Siedlungen zur Landesgrenze empor, den vormals schier endlosen Wald überall durchbrechend und durchsetzend, und Siedler desselben Stammes mögen sich an den Gemarkungen die Hände reichen. Wie schon angedeutet, hatte an dieser letzten Kolonisation in den böhmischen Grenzlanden auch die Industrie, vor allem die Glasmacherei, ihren besonderen Anteil genommen.

Josef war kein einseitiger Freund des Physiokratismus, sondern er behielt auch von dem älteren

Merkantilsystem das bei, was ihm brauchbar und nützlich erschien. Schon unter seiner Mutter hatte sich in einzelnen Gegenden Deutschböhmens und in der Hauptstadt der Industrialismus in ganz entschiedener Weise durchzusetzen begonnen. Unter Josef wächst er sich weiter aus und erfährt eine hocherfreuliche Blüte. An dem Schutze vor der ausländischen Konkurrenz wird festgehalten, die Einfuhr von Luxuswaren fast ganz unmöglich gemacht. Hingegen wurde das gute Beispiel, das das Ausland in einzelnen Produktionszweigen bot, gerne nachgeahmt und auch fremde gute Kräfte wurden bereitwillig aufgenommen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Verkündigung des Toleranzpatentes haben zu dem frischen Kreislauf im Wirtschaftsleben wesentlich beigetragen.

Die Schöpfer der gewerblichen Unternehmungen stammen vorwiegend aus bürgerlichen Kreisen, doch verschmähte es auch der böhmische Adel nicht, Fabriken, Manufaktur- und Arbeitshäuser zu gründen. Beinahe Jahr für Jahr erscheint der Kaiser in seinem ersten Industrielande, ermuntert, lobt, verleiht Auszeichnungen, öfter den Adelstitel, und unterstützt in ausgiebigster Weise, wo es nottut.

Die Führung im ganzen Industrieleben hatte nach wie vor das Textilgewerbe. Der Wert der im Jahre 1790 in Böhmen erzeugten Leinwand machte mehr als 11 Millionen Gulden aus. Gleich daneben steht die Wollenweberei. Sie empfängt das zur Verarbeitung kommende Rohprodukt immer noch

aus dem Inland, da es in dieser Zeit fast keine Herrschaft gab, auf der nicht Schafzucht anzutreffen gewesen wäre. Als jüngster Zweig des Textilgewerbes kommt die Baumwollindustrie hinzu. Rasch mehren sich die Fabriken, die sich auf die Verarbeitung dieses neuen Rohproduktes werfen und in Spinnereien, Webereien, Färbereien und Druckereien durchführen. Nur die allerwichtigsten Orte, die im Textilgewerbe wetteiferten, können erwähnt werden: Reichenberg, Rumburg, Warnsdorf, Hohenelbe, Arnau, Trautenau, Nachod, Asch und Eger.

Die Gründung der Fabriken, in denen die Zünfte ihre gefährlichen Konkurrenten sahen, vollzog sich gar oft unter schwerem Kampf; so auch in Reichenberg, wo Johann Georg Berger († 1810) die erste Tuchfabrik durchsetzte und zum „Begründer Reichenbergs als Fabriksstadt" wurde. Namentlich angeführt will auch ein anderer Pionier industrieller Tätigkeit sein: Johann Josef Leitenberger. Er hat in Wernstadt die erste englische Spinnmaschine aufgestellt (1796) und damit einen Schwung in die Industrie getragen, der nur noch durch die bald darauf erfolgende Indienststellung der Dampfmaschine gesteigert und überboten werden konnte. Diesen epochalen Schritt getan zu haben (1804), ist der Ruhm der industriellen Metropole des deutschen Nordens — Reichenbergs.

Ein frischer Zug lag auch in der Glasindustrie, der in dieser Zeit die bekannten Böhmerwaldbetriebe in Adolfshütte, Eleonorenhain, Kaltenbach,

Franzenstal und Ernstbrunn zuwuchsen, Betriebe, die im nördlichen Böhmen in Falkenau, Joachimstal, Bürgstein, Kreibitz, Steinschönau und Haida ihre Gegenstücke hatten. Im Jahre 1804 wurden im ganzen Lande 66 Fabriken gezählt, die jährlich rohes Glas im Werte von 2 Millionen Gulden erzeugten, das durch die Raffinerien auf einen Wert von 11 Millionen Gulden gebracht wurde. Besondere Erwähnung verdient auch die in und um Schlaggenwald aufkommende Porzellanindustrie, die an die reichen Kaolinlager im umliegenden Urgebirge anknüpfte, sowie auch die im selben Ort, in Karlsbad und Schönfeld rege betriebene Zinngießerei, weiters die neueingebürgerte Zuckerindustrie.

Es will beachtet sein, wenn ein Angehöriger des industriellen England, Thomas Thomson, am Schlusse seiner Reise durch die böhmischen Industriegebiete seine Eindrücke dahin zusammenfaßte, daß er schlechthin „den Himmel als das große Dach dieser Fabrik" bezeichnete. „Im wesentlichen," so sagt der beste Kenner der böhmischen Industriegeschichte, „sind am Ausgang des 18. Jahrhunderts in Böhmen die einzelnen, durchwegs höchst eigenartigen Industriezentren geschaffen, die wir daselbst, im modernen Gewande, auch heute wiederfinden .... Was in der Folge dazukam, diente fast ausnahmslos zur Ergänzung, zur Befestigung des Besitzstandes."

Mehrere Umstände hatten in glücklicher Weise zusammengewirkt, daß Böhmen in diesem Zeitraum solche Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwick-

lung aufzeigen konnte: der natürliche Reichtum des Landes, der unermüdliche Schaffensdrang des Herrschers, der Fleiß, Unternehmungsgeist und die gehobene Schulbildung des Volkes.

Die Bildung im Volke zu mehren, war Josef als eine seiner wichtigsten Aufgaben erschienen. Vor ihm hatten die hohen Stände es besser befunden, das Volk in Unwissenheit stecken zu lassen. Die bestbewährten Industrieschulen, die von Kaplitz ihren Ausgang genommen hatten, waren bis 1787 auf Betreiben Josefs auf 232 gestiegen. Spinn-, Webe- und landwirtschaftliche Schulen, als eigene Fachschulen eingerichtet, hatten sich angeschlossen. All diesen Schulen haftete der Nützlichkeitsgedanke in augenfälliger Weise an und diesen Gedanken wollte Josef auch bei den anderen Schulen, angefangen von der Trivialschule bis hinauf zu den Hochschulen, soweit als nur möglich, festgehalten sehen. Die Universitäten sollten demnach nicht als Institute der Forschung angesehen werden, sondern als Lehranstalten zur Ausbildung eines tüchtigen Beamtennachwuchses. Die Schulen insgesamt sollten Josef aber auch bei der Erreichung eines anderen großen Zieles behilflich sein — bei der Germanisierung des Reiches und damit kommen wir auf den letzten großen Leitgedanken zu sprechen, der Josefs Politik beherrschte.

Josef ist der erste Herrscher Österreichs, der dem Problem, das durch die bunte Fülle der Völker und Sprachen innerhalb der Monarchie gegeben war,

nähertrat. Wenn er an Stelle der Vielheit die Einheit erstrebte, wenn er ein Volk, eine Sprache, ein Recht, eine Pflicht und ein gemeinsames Vaterland wollte, so tat er das aus der ganz prinzipiellen Wertschätzung heraus, die er nun einmal für eine durchgehende Einheitlichkeit des Staatswesens hegte. „Gelang dem Kaiser," so sagt der böhmische Geschichtschreiber Pelzel, „die Erreichung seiner Ziele, so würde aus der Einheit der österreichischen Erbvölker eine Macht und Kraft geflossen sein, die sie abgesondert nie erreichen werden."

Solche Erwägungen waren es, die den Kaiser bestimmten, zu germanisieren und nicht etwa eine unmittelbar drängende nationale Frage. Eine solche gab es damals nicht, weil allen österreichischen Völkern ohne Unterschied das nationale Bewußtsein noch fehlte. Schon aus dem Grunde, weil der absolute Staat nicht irgendetwas unternommen hatte, daß ein solches erwachsen wäre; er kannte keine Nationen, sondern nur Staatsbürger und Untertanen. Es stimmte diese Auffassung mit der geringen Bedeutung überein, die man in der Aufklärungsära der individuellen Verschiedenheit der Völker überhaupt beimaß. So mochte der Versuch gemacht werden, aus einem Völkerstaat einen Volksstaat zu machen, ohne von Anfang an Äußerungen stärkeren Widerstandes gewärtigen zu müssen.

Wenn nun Josef eine Sprache und Kultur über die der anderen Völker stellen wollte, konnte da die Wahl auf eine andere fallen als die deutsche?

Deutsch war das Herrscherhaus, das den Staat aufgerichtet hatte, deutsch die relativ stärkste Gruppe der österreichischen Völker, deutsch die Kultur, aus der die anderen Völker seit Jahrhunderten Kraft geschöpft und deutsch das Reich, dem die westliche Staatshälfte in uraltem, wenn auch jetzt losem Verbande zugehörte und in welchem Reiche das Haus der Habsburger weiterhin die Führung behalten wollte. Herrlicher denn je erblühte gerade damals die deutsche Poesie und Philosophie, sodaß die österreichischen Kleinvölker, so mochte man denken, durch den großen Eindeutschungsprozeß nur gewinnen könnten. Die tschechische Sprache war in jener Zeit in stilistischer und grammatischer Hinsicht in solch tiefen Verfall geraten, daß alle Gebildeten ihren Gebrauch verschmähten.

Hatte nun aber Josef einmal das Ziel gesteckt, so sollten auch die Mittel zu dessen Erreichung gefunden werden, denn nicht trifft bei ihm zu, was bezüglich vieler Habsburger gelten mag:

Auf halbem Wege und zu halber Tat
Mit halben Mitteln zauderhaft zu streben —

Eines dieser Mittel sollte die Schule sein.

Um die deutsche Sprache in die Masse des tschechischen Volkes zu verpflanzen, empfahl sich am besten der Weg der Trivialschulen. In ihnen allen sollte das Deutsche einen Unterrichtsgegenstand bilden. Der Eintritt in die Gymnasien wird von der Kenntnis der deutschen Sprache abhängig gemacht; ähnliches gilt bei der Verleihung von Stiftungen. Deutsch

ist auch die Vortragssprache an der Universität; eine Ausnahme wurde nur für die Pastoraltheologie gemacht, die in lateinischer, und für die Geburtshilfe, die auch in tschechischer Sprache behandelt werden mochte. Doch nicht bloß im Schulleben sollte das Deutsche vorherrschen, es wurde auch zur Staats- und Amtssprache erklärt. Der Zentralismus mit seinem einheitlich organisierten Beamtenkörper verlangte sie. Die Hinausgabe tschechischer Bescheide wurde eingestellt und Eingaben nur dann angenommen, wenn sie in deutscher Sprache abgefaßt waren. Daß auch die neue Kolonisation ein Mittel der Germanisation sein sollte, indem man all die neuen deutschen Siedler als Stützen des weittragenden kaiserlichen Planes ansehen durfte, wurde bereits oben angedeutet.

Als Wirkung all dieser zielbewußten Maßnahmen ergab sich ein Geltungsbereich der deutschen Sprache von einer Ausdehnung, wie er seit dem Vorabend der hussitischen Revolution nicht mehr dagewesen war. Auch in den Städten im Innern des Landes spielte das Deutsche neuerlich eine große Rolle. Doch mit dem Unterschiede gegenüber dem 14. Jahrhundert, daß jetzt die deutschsprechende Stadtbevölkerung meist nicht auch deutscher Herkunft war, sondern daß es Tschechen waren, die sich das Deutsche als Sprache der Intelligenz zu eigen machten. Aber schon in dieser Eigenschaft bildete die deutsche Sprache das wichtige Bindemittel, das zur Anbahnung und Schaffung einer österreichischen

Nation hinleiten mochte. Dieser Begriff war bereits in Anwendung und es schien so, als wollte er allmählich selbst einen nationalen Unterton empfangen.

Selbst geistig weiterblickende Männer des Landes, wie der vorerwähnte Historiker Pelzel und der als Forscher auf dem Gebiete der slawischen Sprachen ausgezeichnete Josef Dobrowsky, sahen in dem Prozeß, der da eingeleitet war und der, objektiv gewertet, eine Gefahr für den weiteren Bestand des Volkstums der österreichischen Kleinvölker werden mußte, kein Geschehnis, das sie zu besonderer Klage oder Anklage führen sollte. Leidenschaftslos stellt Pelzel (1789) fest, daß Böhmen auf dem besten Wege sei, ein deutsches Land zu werden und Dobrowsky meinte, daß man an der tschechischen Sprache bald nur mehr einen interessanten Leichnam besitzen werde, der unwiderruflich dem Seziermesser des Linguisten verfallen würde.

Doch ein widriges Schicksal wollte es, daß der Kaiser in eigener Person nur ein schwaches Jahrzehnt darüber wachen konnte, wie seine Reformpläne hierzulande durchgeführt werden. Das war eine viel zu kurze Zeit, als daß die neuen Maßnahmen hätten tiefer ins Volk dringen können, die ohne dessen Wunsch und Zutun, lediglich als Forderungen der alles und jedes bevormundenden Staatsregierung in die Wege geleitet worden waren. Dieser Umstand bedeutete unverkennbar von vornherein die schwächste Seite des josefinischen

Reformwerkes. Die ganze Einordnung des tschechischen Volkes in dieses wie insbesondere seine Unterordnung unter die Reform auf sprachlich-nationalem Gebiete, blieb eine rein äußerliche. Am Grunde der tschechischen Volksseele schlummerte nach wie vor der oppositionelle Geist und es brauchte nur eines Erweckers, eines Anstoßes, daß dieser wieder an die Oberfläche kam und sich in altgewohnter Leidenschaft äußerte. Damit wurden die josefinischen Erfolge zum Scheinerfolg und der erste Versuch der Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems war mißlungen.

Der Widerstand gegen die Reformen des Kaisers war in dessen letzten Regierungsjahren zusehends gewachsen. In Belgien kam es zum offenen Abfall, in Ungarn zur Empörung. Zu diesen Schwierigkeiten kam noch eine andere. Als Verbündeter Rußlands war Josef in den Krieg mit der Türkei eingetreten; die darüber zwischen dem Wiener und Berliner Hof entstandene Spannung zwang Josef, in Böhmen ein Heer gegen Preußen aufzustellen. Die Mißerfolge und Verlegenheiten des Kaisers wollten die böhmischen Stände nicht ungenützt lassen. In einer nach Wien geleiteten Petition verlangte man rundweg die Wiederherstellung der alten Landesverfassung. Doch die Äußerung eines Widerstandes auch von dieser Seite her brauchte der Kaiser selbst nicht mehr zur Kenntnis nehmen: die Petition traf ihn nicht mehr am Leben († 20. Februar 1790).

Genauer sprachen die mißvergnügten böhmischen Stände ihre Wünsche gegenüber dem Nachfolger Leopold II. (1791—92) aus. Es war gar nicht wenig, was sie begehrten: die Beseitigung aller Neuerungen Maria Theresias und Josefs II. wie auch mehrerer Bestimmungen der verneuerten Landesordnung von 1627. Die Stände sollten in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden und ihr ständiger Ausschuß ihre Geschäfte führen. Wie wenig sie in einer Hinsicht aus den Vorgängen im westlichen Europa gelernt hatten, das läßt die Forderung erkennen, daß die Bürgerlichen von den höheren Ämtern ausgeschlossen sein sollten. Es bedurfte der ganzen Klugheit und Festigkeit Leopolds, daß es nicht zu einer weitergehenden Reaktion im Lande gekommen ist. Am Wesentlichen, an dem, was sich von den Reformen bewährt hatte, hielt er fest, in vielem, besonders in Fragen von mehr formaler Bedeutung, zeigte er Entgegenkommen.

Die Verordnung, wodurch die deutsche Sprache zur allgemeinen Geschäftssprache der Ämter und Gerichte erklärt worden war, wird nicht mehr mit der bisherigen Strenge durchgeführt, wenn auch im übrigen an der Idee des Einheitsstaates festgehalten wurde. Ein weiteres Zugeständnis an das tschechische Volk bedeutete es, daß Leopold zur Königskrönung in Prag erschien und daß 1791 an die Errichtung einer Lehrkanzel für tschechische Sprache und Literatur an der Universität geschritten wurde. Um den Klerus zu befriedigen,

wird den Bischöfen gestattet, an die Neuerrichtung von Diözesananstalten zur Heranbildung des geistlichen Nachwuchses zu schreiten. Unbedingt festgehalten wird an der Aufhebung der Leibeigenschaft und am Toleranzpatent.

In der franziszeischen und ferdinandeischen Periode (1792—1835, 1835—1848) ist auch in Böhmen das politische Leben durch einen Zustand starrer Ruhe gekennzeichnet. Bezeichnend ist die Erklärung, welche der Oberstburggraf Graf Wallis den Ständen im September 1805 abgab: „Ihre einzige und höchste Aufgabe bestände darin, auch den leisesten Wünschen des Landesherrn zuvorzukommen.“ Ein solcher Zustand schien den Machthabern am besten geeignet, die neue politische Ordnung, wie sie am Wiener Kongreß zustande gekommen war, für die Dauer aufrecht zu erhalten.

Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet jedoch ist ein gleicher Stillstand nicht gegeben; hier hat sich trotz der Ungunst der Zeit so manche wertvolle neue Schöpfung durchgerungen. So wurde die Stadt Prag die erste unter den Hochschulstädten Österreichs, die ein Polytechnikum erhielt (1802) und einer der dort wirkenden Lehrer, Franz Gerstner, war es, der mit dem Plane hervortrat, statt der schon öfters erörterten Kanalverbindung zwischen Moldau und Donau einen Schienenweg zwischen Budweis und Linz zu schaffen, ein Projekt, zu dessen Ausführung Gerstners Sohn die Konzession erhielt. Mit der 1832 fertiggestellten Pferdeeisenbahn war

der erste Schienenweg in Österreich und auf dem Kontinent erbaut. — Ebenso rühmlich kann die Gründung der Prager Kunstschule und des Konservatoriumvereines hervorgehoben werden. Diese Gründungen wurden jedoch hinsichtlich der hervorgebrachten Wirkungen noch übertroffen von dem 1818 ins Leben gerufenen Böhmischen Museum, einer Gründung, die vornehmlich durch den gelehrten Grafen Kaspar Sternberg, von Goethe als Altmeister der deutschen Naturwissenschaften bezeichnet, betrieben wurde. Im Böhmischen Museum und seiner Zeitschrift war ein Mittelpunkt gewonnen für all jene Männer, die für die Wiedergeburt des tschechischen Volkstums und die Größe des Königreiches tätig sein wollten. Zu letzterem fanden sich Angehörige beider Nationen bereit.

Schon die 1784 gegrundete Königlich Böhmische Gesellschaft der Wissenschaften stellt einen bedeutsamen Vorläufer in dieser Richtung dar. Ihre Arbeiten bewegen sich mit Vorliebe auf dem Gebiete der Landesgeschichte und Heimatkunde. Männer wie Gelasius Dobner, Pelzel, Dobrowsky hatten als erste moderne Forscher mit kritischem Blick die Vergangenheit des Landes aufzuhellen begonnen. Diese vaterländischen Bestrebungen fanden zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen neuen starken Antrieb von außen her.

Die gewaltige Umwälzung auf französischem Boden, im Anfange vorwiegend eine sozialrevolutionäre Bewegung, hatte dann ihren Charakter

einigermaßen geändert: sie war zu einer nationalen Bewegung geworden, die der französischen Nation die Energie zu ihren schier den ganzen Erdteil erschütternden Unternehmungen lieh. Und eben auch aus der nationalen Idee heraus hat sich das deutsche Volk die sittliche Kraft geholt, die Gewaltherrschaft Napoleons und das französische Übergewicht zu brechen. Durch Versenkung in die ältere Geschichte der Nation, durch die gründliche Erforschung der eigenen Sprache und des Rechtes war dem neu-erwachenden nationalen Fühlen und Denken der rechte Nährboden gegeben und die Verflachung der Aufklärungsära und des Kosmopolitismus überwunden worden.

Dieses große Beispiel des deutschen Volkes wie auch das nationale Erwachen der Polen, Russen und der illyrischen Stämme (Südslawen) blieb den Tschechen nicht verborgen; sie richteten sich an diesen Vorbildern auf und wollten den gleichen Weg beschreiten. Es mußten die Vorgänge in den Nachbargebieten umso sicherer eine Rückwirkung beim tschechischen Volk hervorbringen, als seit dem Zeitpunkte, da die österreichische Regierung das Schulwesen als Politikum erklärt hatte, nicht bloß die deutsche Volksbildung, sondern auch die der Tschechen gar sehr gewonnen hatte. Mit der erhöhten Bildung ging eine größere Empfänglichkeit in nationalen Fragen Hand in Hand.

Die Erschöpfung, in die die Sprache und Kultur der Tschechen durch den 30jährigen Krieg hinein-

geraten war, sollte überwunden und damit das tschechische Volk im ganzen vor dem Untergange gerettet werden. Es hieß dem eigenen Volke die Liebe zur Muttersprache wiedergeben, ein Versuch, der nur dann Erfolg haben konnte, wenn die Volkssprache wiederum auf ein höheres Niveau zu bringen war. Mit unermüdlichem Fleiße wurde nunmehr ihr Wortschatz gesammelt und in Wörterbüchern niedergelegt, ihre Regeln aufgestellt und das vorhandene Schrifttum gesichtet und bald auch durch Neuerscheinungen in einem besseren Tschechisch vermehrt. Auch die 1830 gegründete Matice, Mutterlade, im Gegensatz zu den früher erwähnten Gründungen ganz tschechisch, erhob die wissenschaftliche Pflege der Muttersprache zu einem ihrer wichtigsten Programmpunkte.

Eine Reihe adeliger Herren schenkten diesem Beginnen ihre ganze Förderung. Ob sie hiebei nur die völkische Sache im Auge hatten, darf füglich bezweifelt werden. Die Thun, Deym, Nostitz, Kinsky und wie sie alle heißen mochten, wußten nur zu gut, daß die neue Bewegung einmal ins Politische übertragbar werden dürfte und dann könnten ihre Familien im Königreich neuerlich zu erhöhter Geltung kommen. Jedenfalls hat die junge nationale Bewegung durch die Unterstützung der feudalen Herren außerordentlich gewonnen. Interessant ist es hiebei zu erfahren, wie in dem Kopfe so manches hohen Herrn das neue, das nationale Ideal mit den kosmopolitischen Gedankengängen ringt: „Er sei

weder ein Tscheche, noch ein Deutscher, sondern ein Böhme," so erklärt Graf J. M. Thun. Weniger verschwommen äußert er sich ein andermal, als er seinem Vetter, dem Grafen Leo Thun, zuruft: „Hoffe, kämpfe! du rüstiger Streiter! Der Sieg wird deiner Sache, wenn auch wir beide uns dessen nicht mehr freuen sollten —"

Die im Jahre 1817 von Wenzel Hanka auf dem Kirchturm zu Königinhof aufgefundene Handschrift, deren nationale Epen ein glanzvolles Bild von der tschechischen Frühzeit entrollten und die es nebenbei auch an der Weckung des Deutschenhasses nicht fehlen ließen, brachte das einmal in Fluß gekommene Werk der nationalen Erneuerung mit einem mächtigen Ruck vorwärts.

Kaum jemals dürfte ein anderes literarisches Erzeugnis soviel Selbstbewußtsein erzeugt und das Nationalgefühl so sehr befeuert haben als diese Dichtungen. Daß nach Jahrzehnten dieser interessante Fund, dessen Entdecker man abgöttisch verehrt und gefeiert hatte, als eine überaus geschickt gearbeitete Fälschung desselben Hanka entlarvt wurde, das konnte die gewaltige Wirkung nicht mehr rückgängig machen. — Auch zu einer anderen Methode, die, je weiter die Zeit vorrückte, umso beliebter wurde, gingen die Anhänger der neuen Strömung über: sie begannen über die Bedrückungen, denen die Tschechen durch die Deutschen ausgesetzt wären, unausgesetzt bewegliche Klage zu führen. Der Philosoph B. Bolzano tut es in seinen Vorträgen, die

er 1816 über das Verhältnis der beiden Volksstämme in Böhmen an der Prager Hochschule hielt, immerhin noch in maßvoller Weise. Viel leidenschaftlicher fielen die Schilderungen des Dichters Karl Hawlíček aus, die unter dem traurigen Lose der Irländer das der Tschechen vorführen sollten.

Der genannte Dichter, die Seele der Patriotenpartei, war es auch, der in kluger Weise der neuen Richtung in den Kreisen des niederen Volkes Anhänger warb und damit frühe schon eine demokratische Richtung in die tschechische Politik hineintrug. Durch den Anschluß des Prager Gewerbevereines waren die Handwerker und das Kleingewerbe gewonnen. Versprach man diesen Kreisen Unterstützung gegen die Großindustrie, so den Bauern die volle Freiheit und Unabhängigkeit. — Der Adel hat diese Wendung der Dinge mit steigendem Mißtrauen verfolgt und die Wiener Regierung um rechtzeitige Unterstützung gebeten: denn sonst könnte seine moralische Tatkraft in dem Moment gelähmt sein, wo er sich als Stütze des Thrones bewähren sollte.

Diesem zielbewußt fortgeführten Werke, das der Wiedergeburt des tschechischen Volkes galt, stellten die Deutschen in Böhmen keine ähnlich geartete nationale Arbeit entgegen. Die Abschnürung von ihren Stammesgenossen, wie sie der engherzige Polizeistaat für nötig hielt, mag dieses nationale Stilleben zum Teil erklären. Die deutschböhmischen Dichter jener Jahre lassen in ihren Liedern, die ansonst durch Schwung, Kraft und reiche Empfin-

dung ausgezeichnet sind, nichts von einer Abneigung gegen das neuaufstrebende Tschechentum erkennen, im Gegenteil, sie holen sich mit Vorliebe ihre Stoffe aus der böhmischen Geschichte, verherrlichen die Vergangenheit des tschechischen Volkes und stimmen mit ihm in die Klage über den Verlust der böhmischen Selbständigkeit ein. Als deutsche Idealisten haben sie ein weites Herz und feiern das Freiheitsideal, wo immer es ihnen begegnet. So schrieb Egon Ebert das Heldengedicht „Wlasta", Alfred Meißner seinen „Žižka" und schuf Moritz Hartmann seine Sammlung „Kelch und Schwert". Die Arglosen wollten den Unterschied zwischen Deutsch und Tschechisch nicht gelten lassen und durch das Gemeinsame, das Vaterland und die Heimat, zur Versöhnung führen. Doch arge Enttäuschung mußten sie alle noch erleben.

Es erhebt sich noch die Frage, wie sich die Wiener Regierung zu dem tschechisch-nationalen Werdeprozeß stellte. Sie ist von der josefinischen Vorstellung, daß eine Verschmelzung der Völker zur Einheit möglich wäre, stark abgekommen und übt den tschechischen Wünschen gegenüber mancherlei Entgegenkommen. Im unmittelbaren Amtsverkehre mit den unteren Volksschichten sollte die Volkssprache das Verständigungsmittel sein. In Kreisämtern und Gymnasien, die in tschechischen oder gemischtsprachigen Gegenden lagen, dürfen nur solche Bewerber auf Anstellung rechnen, die auch die tschechische Sprache beherrschen und immer wieder wurden die

Hörer an der Prager Universität darauf hingewiesen, von welcher Wichtigkeit die Kenntnis der tschechischen Sprache im politischen Dienste wäre.

Der Staatskanzler Metternich erkannte das nationale Problem in seiner ganzen Tragweite. Weil er den Sturm nationaler Leidenschaft fürchtete, verschloß er sich jenen Stimmen, die bereits vor 1848 der Konstitution das Wort zu reden suchten. Daß dem „Tschechismus" größere Aufmerksamkeit zu schenken wäre als jeder anderen nationalen Bewegung (z. B. der südslawischen), stand für ihn fest; wie weit er aber ihm entgegenkommen wollte, darüber hören wir ihn selbst: „Dem Slawismus ist innerhalb der gesetzlichen Schranken, solange er nämlich von jeder Einmengung in den Wirkungskreis der Regierungsbehörden freibleibt und nicht in politische Schwärmerei ausartet, die Entwicklung ungehemmt gestattet." Der Kanzler ist sogar der Überzeugung, daß die Nationalitäten, allerdings nur bei richtiger Benutzung, zur Stärkung der Regierungsgewalt beitragen könnten.

Die politische Schwärmerei, die Metternich verurteilte, blieb allerdings nicht aus. In gewissen literarischen Geheimbünden handelte es sich längst nicht mehr um die Pflege der Muttersprache, Geschichte und Literatur, sondern um die Verfolgung abenteuerlicher politischer Ideen: man gründete ein großes slawisches Reich, das in Rußland seinen politischen und in der orthodoxen Kirche seinen religiösen Rückhalt erhalten sollte. Damit war der

neue Nationalismus auch schon in den Panslawismus übergegangen.

Pflichtgemäß machte der Prager Stadthauptmann auf diese Auswüchse aufmerksam. Man nahm den Bericht zur Kenntnis und vertraute auf die Loyalität des Volkes. Da konnte es im Jahre 1848 nicht ohne Überraschungen abgehen. Alles war hier trefflich vorbereitet und als dann der Vorhang zu einem neuen großen Akte der böhmischen Landesgeschichte emporging, da zeigte sich, daß es lange nicht mehr harmlose Literaten, Sprach- und Geschichtsforscher waren, die auf der Schaubühne agierten, sondern Männer mit einem weitausgreifenden Programm: es hieß schärfster Kampf gegen das alte einheitliche Österreich.

D. Von der Revolution des Jahres 1848 bis zum Zusammenbruche Österreichs.

Wie in den anderen österreichischen Ländern war auch in Böhmen, voran in Prag, der Boden für die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 genugsam vorbereitet. Trotz der Anschauung des Kaisers Franz, daß es eine Torheit wäre, nach einer Konstitution zu rufen, war auch hier der Wunsch nach einer solchen unaustilgbar. Fallen sollte das verhaßte absolutistische System, das den Völkern kein Mittel zur Abwehr von Willkür, Bedrückung und Mißwirtschaft bot und in seiner strengen Handhabung von Zensur und Polizei alles in beengender Bevormun-

dung umfaßte. Daß in gewissen Kreisen zugleich von der neuen Zeit eine Besserung des materiellen Wohles erhofft wurde, darf uns angesichts der Arbeiterkrawalle, wie sie 1846 in Prag, Pilsen, Komotau und Eger erfolgt waren, nicht wundernehmen; es war auch hierzulande das Los des vierten Standes kein beneidenswertes. Das gleiche gilt von der Lage der bäuerlichen Untertanen. Aber am stärksten äußerte sich in Prag das nationale Begehren, der nationale Machtwille des tschechischen Volkes, der in den vorausgegangenen Jahrzehnten mit aller Sorgfalt geweckt und großgezogen worden war und nun die Wiederherstellung „althergebrachter Rechte" mit Leidenschaft heischte.

Als in Prag die Nachricht vom rasch erfolgten Sturze des Bürgerkönigs Louis Philipp einlangte, da wurde es auch hier lebendig. Man forderte zur Nachahmung des Beispiels auf, das Paris und Deutschland gebe und das nationale Freiheitsgefühl der Tschechen drängte so stark in der Stadt hervor, daß es schien, als wäre sie lediglich von Tschechen bewohnt. Die Tschamara, das nationale Kostüm, das allenthalben sichtbar wurde, sollte schon äußerlich den Anbruch bedeutsamer Tage zum Ausdruck bringen. Die Tischgesellschaft „Reveal" (Widerruf), die ursprünglich nur „patriotische Unterhaltung" auf ihrem Programm hatte, dann aber zum radikalen Verein geworden war, scheint die Anbringung der schöngeschriebenen Plakate besorgt zu haben, die zu einer Versammlung im Wen-

zelsbade auf der oberen Neustadt am 11. März einluden. Obwohl die Stadthauptmannschaft vor einer solchen aufreizenden „Zusammenrottung“ gewarnt hatte, kam sie doch zustande. Auch Deutsche waren erschienen, sie gingen im ersten Freiheitsrausche mit den Tschechen zusammen. In der Petition, die ein aus Vertretern beider Nationen zusammengesetztes Komitee abfaßte, wurde die Vereinigung Böhmens mit Mähren und Schlesien, die Errichtung von Zentralbehörden in Prag und vollkommene Gleichberechtigung der „böhmischen“ und deutschen Nationalität in Schule und Amt gefordert. Neben den staatsrechtlichen Wünschen stand noch der nach Beseitigung der Robot und auf kulturellem Gebiet wurde verlangt: Gründliche Ausbildung, ausreichende und lohnende Dotation der Volkslehrer, böhmischer wie deutscher, zweckmäßige, reelle Bildung befördernde Einrichtung der Gymnasien und Lehrfreiheit der Universitäten.

Wie jedoch die Gleichberechtigung im böhmischen Staate gedacht war, darüber ließ man die deutschen Idealisten nicht lange im unklaren. In dem Wenzelsbader Petitionsausschuß, der in Permanenz erklärt worden war, wurden die deutschen Vertreter immer mehr zur Seite geschoben und bald sprach es einer der führenden Männer, der Dichter Hawliček, in aller Deutlichkeit aus, daß die Gleichstellung der beiden Volksstämme nicht so zu verstehen wäre, daß die Deutschen und Tschechen von allem die Hälfte haben sollen, vielmehr gebühre den Tschechen der

Vorrang. Und wenn der Historiker W. W. Tomek mit seiner Auffassung gleich durchgedrungen wäre, dann wäre der bisherige sprachliche Zustand in Amt und Schule völlig ins Gegenteil gekehrt worden und die deutsche Sprache wäre zugunsten der tschechischen, „der alleinigen Nationalsprache in Böhmen", völlig in den Hintergrund getreten. Gleichberechtigung bedeutete demnach den Tschechen nichts anderes als Vorherrschaft ihres Volkes.

Am 22. März sprach eine Deputation in Wien beim Kaiser vor, um eine günstige Erledigung obiger Petition zu erzielen. Die Antwort, die sie heimbrachte, befriedigte jedoch ganz und gar nicht und schon nach wenigen Tagen mußte sich eine zweite Abordnung auf den Weg machen, die dank der Unterstützung des böhmischen Hochadels ein „huldreiches" Patent, das vollständig zufriedenstellte, zu erwirken vermochte. Es war wirklich nicht wenig, was da Kaiser Ferdinand in dem Kabinettschreiben vom 8. April — an den Minister Pillersdorf gerichtet — den Tschechen in nationaler und staatsrechtlicher Hinsicht zugestand.

„Die tschechische Nationalität soll auf eine solche Grundlage gestellt werden, daß die tschechische Sprache in allen Zweigen der Staatsverwaltung und des öffentlichen Unterrichtes mit der deutschen Sprache in völliger Gleichheit steht." „Zu dem ersten, nächstens einzuberufenden böhmischen Landtag sind alle Stände des Landes zu versammeln." Auch das bürgerliche und bäuerliche Element sollte

zu Worte kommen. Für dieses ist in jedem Vikariatsbezirk die Wahl zweier Deputierter vorgesehen. „Die Errichtung verantwortlicher Zentralbehörden für das Königreich Böhmen in Prag mit einem ausgedehnteren Wirkungskreise wird bewilligt." „Die Bitte der Stände um die Vereinigung der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien unter einer Zentralverwaltung in Prag und unter einem gemeinschaftlichen Landtag hat einen Gegenstand der Verhandlung auf dem nächsten Reichstag zu bilden."

Mit brausendem Jubel wurden diese und alle anderen Zusagen vom tschechischen Publikum zur Kenntnis genommen und in der Folgezeit stets im günstigsten Sinne ausgelegt. Ganz entgegengesetzt war die Aufnahme, die das Patent in deutschen Kreisen innerhalb und außerhalb des Landes erfuhr. Die Proteste der Stände aus den deutsch-erbländischen Provinzen, der Städte Saaz, Reichenberg, Teplitz und Karlsbad richteten sich gegen jede Absonderung der Sudetenländer und die Zurückdrängung der deutschen Nation und Sprache und veranlaßten Pillersdorf zu einer beruhigenden Erklärung, die ihm umso eher möglich war, als jener Majestätsbrief, in Hast zustandegebracht, soviele Unklarheiten und zweideutige Ausdrücke enthielt — besonders die deutsche Fassung — daß neben die eine Auslegung noch leicht eine andere gestellt werden konnte. Pillersdorf erklärte: „daß es nicht in der Absicht der Regierung gelegen ist, dem Land-

tag in Böhmen ein weiteres als das Feld der eigentlichen Landesangelegenheiten für seine Beratungen und Beschlüsse einzuräumen, daß daher auch dortlands die allgemeinen, den Organismus der ganzen Monarchie berührenden Angelegenheiten den Beschlüssen der Reichsversammlung vorbehalten bleiben müssen und daß ebenso auch durch die Bildung verantwortlicher Landeszentralbehörden dem für die getreue Erfüllung der Beschlüsse der gesetzgebenden Gewalt verantwortlichen Ministerium in dem Umfange seiner Verpflichtung keine Grenze gesetzt werden darf."

Trotz dieser Erläuterung des Ministers Pillersdorf faßten die revolutionären Tschechen Böhmen als selbständig gewordenen Reichsteil auf und handelten dementsprechend. Der Bürgerausschuß, der als Petitionskomitee im Wenzelsbade seine Arbeit begonnen hatte, vereinigte sich am 13. April mit dem Ausschusse, welchen der Oberstburggraf zur Vorbereitung der Landtagswahl berufen hatte, zum Nationalausschuß und riß Gesetzgebung und Regierung im Lande völlig an sich. Da die ganze Bewegung mit ihren Festen, aufregenden Versammlungen, Krawallen und Reibereien immer mehr in ein tschechisch-chauvinistisches Fahrwasser hinüberlenkte, waren die deutschen Mitglieder am 25. April aus dieser Körperschaft ausgetreten. Im Mai sollte ein achtgliedriger verantwortlicher Regierungs-Rat gebildet werden, um die Geschäfte der seinerzeitigen böhmischen Hofkanzlei zu übernehmen. Hiefür war

jedoch die Genehmigung des Kaisers nicht zu erlangen.

Ende April wurde den Revolutionären in Erinnerung gebracht, daß Böhmen seit dem Wiener Kongreß ein integrierender Teil des deutschen Bundes war und daher das Frankfurter Parlament zu beschicken hätte. Die in dieser Angelegenheit geführten Verhandlungen lassen nur zu deutlich erkennen, wie sehr durch die Errungenschaft vom 8. April das Selbstgefühl der tschechischen Nation gestiegen war. Palacky antwortet auf die an ihn gerichtete Einladung unter anderem: „Sobald ich meine Blicke über die Grenze Böhmens hinaus erhebe, bin ich durch natürliche wie geschichtliche Gründe angewiesen, sie nicht nach Frankfurt, sondern nach Wien zu richten und dort das Zentrum zu suchen, welches geeignet und berufen ist, meines Volkes Frieden, Freiheit und Recht zu sichern und zu schützen." Er wünscht, daß sich beide Mächte, Österreich und Deutschland, nebeneinander konstituieren, ihren bisherigen Bund in ein ewiges Schutz- und Trutzbündnis verwandeln und allenfalls noch, wenn solches ihren beiderseitigen materiellen Interessen zusagt, eine Zolleinigung untereinander abschließen.

Doch andere tschechische Politiker wollen nicht soweit gehen wie Palacky. Ihnen erscheint jedes Bündnis mit Deutschland hinderlich und die Zollgemeinschaft als eine große Gefährdung der böhmischen Industrie. Der Nationalausschuß bezeichnete

die „Beschickung des deutschen Parlamentes als aufreizend, unnütz, gefährlich für das Land, für Österreich, ja für die Dynastie.“ Diese Tschechen wollen ein ganz unabhängiges, starkes Österreich, stark durch die Slawen; diese sollen den Kern bilden, auf den sich das wiedergeborene konstitutionelle Kaisertum zu stützen hätte. Die Gewinnung der Slawen der Donauländer stellte in ihren Augen eine viel bessere Politik dar als die Festhaltung der oberitalienischen Gebiete. Man war in diesen Kreisen bestrebt darzutun, daß für die Habsburger die Slawen als einzige Bundesgenossen blieben, auf die sie sich mit Zuversicht stützen könnten. Man hatte die Revolution mit dem Rufe „Es lebe der Kaiser!“ begonnen. Graf Nostitz und Rieger reisten nach Innsbruck und suchten unter Verurteilung der Wiener Mairevolution und der Ereignisse in Ungarn den Hof für die Tschechen zu gewinnen. Doch die bald folgende Junirevolution zerstörte diese besonderen Pläne.

Nur in einem geringen Teile der 68 Wahlkreise, in die Böhmen und Mähren zwecks Vornahme der Wahlen für das Frankfurter Parlament eingeteilt worden war, kam es infolge der Verwahrung des Nationalausschusses zu deren Durchführung. In Prag waren die Anschlagzettel, die zur Wahl aufforderten, heruntergerissen worden, wie auch das Tragen der Farben schwarz-rot-gold der tschechische Terror völlig unzulässig fand.

Aber so leidenschaftlich die Tschechen gegen das

deutsche Nationalparlament sprachen und eiferten, so viel versprachen sich von ihm die meisten Deutschböhmen. Sie sahen im engsten Zusammenschluß mit ihren Stammesgenossen ihr Heil und ihre alleinige Rettung. Mit gehässigem Spotte wurde ihre Anhänglichkeit ans gemeinsame Vaterland von den Tschechen verfolgt. Die Deutschen wehrten sich, so gut sie konnten. Freimütige Worte fand die deutschböhmische Wochenschrift „Ost und West" und bald erstand als erster Schutz- und Abwehrverein „Der Zentralverein der Deutschen in Böhmen".

Mit ganzer Sympathie hingegen war die tschechische Bevölkerung bei dem am 1. Juni in Prag zusammentretenden Slawenkongreß. Hier wollte man beraten, was das Beste der Nation erfordere und was in diesen wichtigen Zeiten zu tun wäre. Eine erste kräftige panslawistische Welle ging hiebei über Prag hinweg und mit großen Hoffnungen sprachen viele Tschechen von der Anlehnung an die ausländischen Anverwandten, insbesondere an den „Vetter, der den großen Brummbaß spielt". Für diese radikalen Tschechen galt also nicht der Austroslawismus, sondern der Panslawismus.

Der aus Rußland erschienene Michael Bakunin ging auf nichts Geringeres aus als auf die vollständige Auflösung des Kaisertums Österreich. Solch radikalen Bestrebungen gegenüber hatte der Obmann des Kongresses, Franz Palacky, keinen leichten Stand und es traf ihn das Mißfallen gar vieler, als er sich für die Erhaltung Österreichs aussprach,

ganz in Übereinstimmung mit seinem früher gemachten Ausspruche: „Bestände der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte sich im Interesse Europas und der Humanität beeilen, ihn zu schaffen". — Daraus erhellt schon, daß die erschienenen Slawen keineswegs eines Sinnes waren, wie sich die politische Konstellation Mitteleuropas zu gestalten hätte. Man entschloß sich, auf Beschickung eines allgemeinen europäischen Völkerkongresses zu beantragen, auf dem die internationalen Fragen auszugleichen wären.

Die Anwesenheit der zahlreichen fremden Gäste an sich schon, wie noch mehr die häufig recht radikalen Reden brachten in der Prager tschechischen Bevölkerung, insbesondere in den studentischen Kreisen, eine solche Erregung hervor, daß die bewegten Junitage mit ihren Aufläufen, Zusammenrottungen, Schießereien und Barrikadenkämpfen als natürliche Folge erwuchsen. Doch als der Kommandant Windischgrätz etliche Kanonen spielen ließ, war die Ruhe und Ordnung bald wiederhergestellt. Dem Militär war eine erste Gelegenheit zu einem eindrucksvollen Erfolge gegeben und als dem besonderen Schutz und Hort der Monarchie die Bahn eröffnet worden. In Prag waltete Windischgrätz als Diktator. Der revolutionäre Rausch war verflogen und auch so manche Hoffnung begraben.

Gleich zu Beginn der Revolution auf Wiener Boden hatte Kaiser Ferdinand eine Konstitution in Aussicht gestellt. Am 25. April löste die Regierung

ihr Versprechen ein. Wohl hatte die neue Verfassung, wie es der Wunsch der Deutschen war, zentralistisches Gepräge — auch Böhmen erschien als Provinz im Staatsganzen, womit die Zugeständnisse vom 8. April beseitigt waren — aber daß diese Verfassung oktroiert wurde, daß sie ein Zweikammersystem vorsah und die Arbeiter mit Tag- und Wochenlohn vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten, das machte böses Blut. Unter dem Drucke der Mairevolution, die die Folge war, gab die Regierung in den umstrittenen Punkten schließlich nach und der 22. Juli wurde Österreich zum bedeutungsvollen Tage: sein erster, auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählter Reichsrat wurde in Wien feierlich eröffnet. Die Zahl der Deputierten betrug 383, vollzählig erschienen sind sie allerdings niemals. Der Nationalität nach war die Mehrzahl slawisch; von Berufsständen war der bäuerliche mit 92 Abgeordneten am stärksten vertreten.

Revolutionär war die Zeit, revolutionär auch die Reden und Beschlüsse der ersten Volksvertretung. Doch ist ein starker Idealismus und ein hoher sittlicher Ernst in den Gedankengängen vieler Vertreter nicht zu verkennen. Die Überzeugung, daß den Völkern ihr gebührender Anteil an Regierung und Verwaltung gesichert werden müsse, daß neben Fürstenwillen Volksbeschlüsse nicht mehr übersehen werden dürfen, ja, daß dem Volke die höchste Gewalt, die Souveränität, zukomme, wird immer allgemeiner. Die Vereinigung vieler Völker in

einem Reiche sollte sich — auch diese Erkenntnis war nicht vereinzelt — nicht mehr auf Gewalt und Zwang gründen, sondern auf die freie Einsicht, daß die Vereinigung der Vorteil aller sei.

Obwohl die Hauptaufgabe des Parlamentes „die Beratung der für die Monarchie zu erteilenden Verfassung" sein sollte, ging die Versammlung am 26. Juli mit lebhaftester Teilnahme auf den Antrag des jüngsten Vertreters des Schlesierlandes, Hans Kudlich, ein, der lautete: „Die hohe Versammlung möge erklären: Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entsprungenen Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmung, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei." In zwei Reden voll revolutionären Schwunges hat der feurige Anwalt seinen Antrag begründet und die alte Zeit scharf gekennzeichnet: „Wir müssen ein Haus bauen, welches wohnlich sein soll, heimisch und traulich für alle Staatsbürger, nicht bloß wie früher ein Haus mit der prächtigen Front, ein Asyl für einige privilegierte Faulenzer, die behaglich im ersten und zweiten Stock in Wollust schwelgen, während in den Kellergewölben und Dachstuben das Volk, für sie arbeitend, zusammengepfercht lebt."

Die Annahme (7. Sept.) und Durchführung des Gesetzes, das die volle Befreiung des Bauernstandes brachte, wurde die große bleibende Leistung des ersten österreichischen Parlamentes. Dieses Befreiungswerk ragt einem Markstein gleich in der

inneren Entwicklung der österreichischen Völker auf. Denn nicht nur alle Robot-, Zins- nud Naturalleistungen waren nunmehr vorbei, auch die verbliebenen judiziellen Befugnisse waren damit den Grundherrschaften abgesprochen. Der Bauer vermochte endlich aus all den feudalen Fesseln, die ihn bislang umstrickt hielten, herauszukommen; ob er es überall in vollem Umfang zuwege brachte, ob er den Geist der alten Unterwürfigkeit gegenüber der „Herrschaft" völlig losgeworden, möchten wir nicht behaupten.

Die Arbeit, welche die mit der Durchführung der Ablösung betrauten Kommissionen in den nächsten Jahren zu leisten hatten, war eine ungeheure. Von Fall zu Fall mußte an der Hand der alten Urbare und Grundbücher die Ablösungssumme ermittelt werden, ein Dritteil hiervon hatte der Pflichtige in Raten, auf 20 Jahre verteilt, abzutragen. Wurde das Befreiungswerk allüberall als eine Wohltat empfunden, so mußte es in Böhmen, wo der Druck auf die Untertanen immer größer geblieben war als in den meisten anderen habsburgischen Ländern, zwiefach als solche empfunden werden. Daß der feudale Adel die Durchführung der bäuerlichen Ablösung nur mit allem Widerwillen hinnahm, wird niemand auffallend finden, der sich die Gesinnung der Grundherrschaften gegenüber ihren Grundholden in den abgelaufenen Jahrhunderten nur kurz in Erinnerung ruft. Fürst Windischgrätz, für den ja der Mensch erst beim Baron

begonnen haben soll, äußerte sich in einer Denkschrift an den Kaiser über die Regierung seines Schwagers, des Ministers Felix Schwarzenberg: „Der hervorragendste Kommunist hat noch nicht zu begehren gewagt, was Euer Majestät Regierung durchführt." Er nennt seinen Schwager geradezu „Vertilger des Eigentums".

Die Verhandlungen über die anderen wichtigen Fragen, die Grundrechte der Staatsbürger und die Verfassungsfrage, konnten in Wien, wo die Oktoberrevolution ruhige, sachliche Arbeit unmöglich machte, nicht zu Ende geführt werden; am 18. Oktober wurde das Parlament nach Kremsier verlegt. — In den Grundrechten wurde so ziemlich all das festgelegt, worauf das freiheitliche Verlangen der Völker seit dem Beginn des Jahrhunderts gerichtet war: Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze, Freizügigkeit der Person und ihres Vermögens, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Schwurgerichte, Schutz des Hausrechtes, Briefgeheimnis, Glaubens-, Preß- und Versammlungsfreiheit, Zivilehe u. a. m. Nicht minder bedeutungsvoll war es, daß die Aufhebung des Adels und die Unterwerfung des Militärs unter die bürgerlichen Gesetze und Gerichte in Aussicht genommen wurde.

Im Verfassungsausschuß wurde mit aller Energie darauf hingearbeitet, eine Form der Konstitution zu finden, die den ganz eigenartigen inneren Lebensbedingungen dieses Staates und seiner Völker zu entsprechen vermöchte. „Wir müssen Öster-

reich so konstruieren," sagt Palacky, von dem ein Entwurf vorgelegt wurde, „daß die Völker gerne in Österreich existieren." Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in einem bundesstaatlich organisierten Österreich war ihm Parole. Sein Gesinnungsgenosse Rieger nahm diesen Plan mit Freuden auf.

Zuvor schon, im Sommer 1848, hatte Ludwig von Löhner als Wortführer der Deutschböhmen den Plan entwickelt, Österreich in nationale Reichskreise einzuteilen. Die Reichskreise, mit einem großen Maß von Autonomie bedacht, wären unmittelbar der Zentralregierung zu unterstellen. Ein Kongreß von Vertrauensmännern deutscher Gemeinden und Vereine, der in Teplitz zusammenkam, hatte diesen Vorschlag gutgeheißen.

Palacky beantragt in Berücksichtigung des nationalen Förderationsprinzips am 23. Jänner 1849 im Verfassungsausschuß folgende Ländergruppen: 1. deutschösterreichische, 2. böhmische, 3. polnische, 4. illyrische, 5. italienische, 6. südslawische, 7. magyarische und 8. wallachische Länder. Zu Deutschösterreich rechnet er: Österreich ob und unter der Enns, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Deutschtirol, Vorarlberg, dann Deutschböhmen, -Mähren und -Schlesien; zur 2. Gruppe: Tschechischböhmen, -Mähren und -Schlesien und die Slowakei. Doch hatte Palacky mit diesem Entwurfe kein Glück. Er fand bei den eigenen Landsleuten nicht allseitigen Beifall. Auch bei den Deutschen nicht. Die Deutsch-

böhmen waren im Verfassungsausschuß nicht vertreten und von den Abgeordneten aus den anderen Ländern läßt sich sagen, daß die einen nicht beipflichten wollten, eben weil diese Vorschläge nur von Tschechen verfochten wurden, andere wieder waren im Prinzip gegen jede Föderation oder fürchteten, daß die deutschen Minderheiten in den ausgeschiedenen tschechischen Landesgebieten verloren gehen würden.

Den Deutschen sagte der Entwurf des Ausschußmitgliedes Mayer besser zu, der ein Kompromiß zwischen Zentralismus und Förderalismus darstellte, gleichfalls den Gedanken der nationalen Abgrenzung brachte, jedoch an den Provinzgrenzen festhielt. Zur Sicherung der Nationalitäten war die Einteilung der Provinzen in Kreise vorgesehen, bei deren Abgrenzung auf die sprachlichen Verhältnisse Bedacht zu nehmen war. Jeder Kreis sollte eine autonome Vertretung erhalten und zur Entscheidung von Angelegenheiten rein nationaler Natur wurden Schiedsgerichte in Aussicht genommen. Der Mayersche Entwurf geht vermutlich auf die Ideen zurück, die im Laufe des Sommers 1848 in Deutschböhmen hervorgetreten waren. Der Zentralverein der Deutschen in Böhmen hatte am 30. September an das Justizministerium eine Petition gelangen lassen, um die Abgrenzung der Gerichtsbezirke nach sprachlichen Grenzen zu erzielen und eine Versammlung deutscher Vertrauensmänner,

die im November in Eger zusammenkam, hatte sich diesem Begehren angeschlossen.

Für die Annahme des Mayerschen Entwurfes entschieden sich, wenn auch nach manch hartem Streite, alle Völker, also auch Deutsche und Tschechen. Doch bevor noch der Entwurf vor das Plenum des Hauses kam, wurde dieses in schmählicher Weise heimgeschickt (7. März 1849). Kein Wort der Anerkennung war ihm beschieden, nur Vorwürfe wurden laut. Die reaktionären Ratgeber des jugendlichen Kaisers Franz Josef, denen das Parlament und seine Reformarbeit schon längst ein Dorn im Auge war, hatten den Sieg davongetragen.

Wie diese Männer von den Abgeordneten in Kremsier gedacht, hiefür wenigstens eine Äußerung: „Daß die Leute", so schreibt Windischgrätz im Dezember 1848, „über das frühere schändliche Produkt der sogenannten Grundrechte überhaupt noch beraten können, daß in den meisten Abteilungen die anstößigsten Paragraphen durchgehen, gibt den Maßstab des Geistes, welcher die Mehrzahl der Abgeordneten beseelt."

Trotz alledem muß festgehalten werden, daß, nachdem einmal die böhmische Frage und die österreichische Verfassungsfrage in ihrem ganzen Umfang und Gewicht aufgerollt und erkannt war, mit viel Ernst eine befriedigende Lösung gesucht wurde und daß man in Österreich niemals so nahe daran war, nach dem Willen und mit Zustimmung seiner Völker die Formel zu finden, die ein friedliches

Nebeneinander in dem großen Reiche ermöglichen konnte. Daß die Machthaber, gestützt auf die gleichzeitigen Waffenerfolge, auf die Auseinandertreibung ihrer freimütigen Volksvertreter so leicht eingingen, sollte ihnen selbst und dem Reiche nicht zum Heile gereichen.

Die neue oktroierte Verfassung für das Kaisertum Österreich, datiert vom 4. März 1849, bezog das ganze Reich, also auch Ungarn, ein. Sie hielt am konstitutionellen und zentralistischen Gedanken fest. Wenn sie auch nicht in die Praxis umgesetzt wurde, so brachte sie doch mehrfach tiefe Wirkung hervor. Die Tschechen wollten von ihr nichts wissen und petitionierten nochmals um die Einführung der Kremsierer Verfassung. Palacky betont in einer Denkschrift vom 21. März 1849, daß Österreich erst zur Ruhe kommen werde. wenn die unselige Zentralisationsidee auf ihr notwendiges Maß zurückgeführt wird. Die Ungarn, die sich um ihre Selbständigkeit gebracht sahen, erklärten das Haus Habsburg für ewige Zeiten abgesetzt. Auch für das Frankfurter Parlament, dem gerade die österreichische Frage eine Entscheidung in der Reichsverfassung erschwerte, war nunmehr eine klarere Sachlage geschaffen. Das ganze vielsprachige Österreich, das durch die neue Verfassung als ein unteilbarer, unauflöslicher Einheitsstaat erklärt worden war, in den Bund aufzunehmen, lag nicht in der Absicht der Mehrheit der Frankfurter Versammlung. Und so konstituierte sich Deutschland unter Aus-

schluß Österreichs als monarchischer, konstitutioneller Bundesstaat, an dessen Spitze der Hohenzoller Friedrich Wilhelm IV. als erblicher Kaiser treten sollte. Daß dieser den Wünschen der deutschen Patrioten nicht willfahrte, schuf neuerlich eine schwierige Lage und gestattete Österreich, nachdem es innerhalb der eigenen Grenzen unter russischer Mithilfe die Revolution völlig bezwungen hatte, dank der diplomatischen Unterstützung eben dieser Macht, das Königreich Preußen erst zu dem demütigenden Olmützer Vertrag (1850) zu zwingen und dann an die Erneuerung des alten Bundes und Bundestages zu schreiten (1851), in den es wie vor 1848 den Präsidialgesandten schickte. Dieser vorortlichen und führenden Rolle im Reiche zuliebe legte die österreichische Regierung, die am 31. Dezember 1851 zum Absolutismus zurückgekehrt war, auf den deutschen Charakter des Donaustaates neuerlich Nachdruck.

In der Zeit von 1848 auf 1851 hatten die liberalen Mitglieder des Ministeriums Schwarzenberg mancherlei nützliche Reformen geschaffen. Durch Kaiser Josef und seine Mutter waren hauptsächlich die oberen Stockwerke des staatlichen Verwaltungsgebäudes ausgebaut worden. Nunmehr kamen die unteren Gelasse daran. An Stelle der grundherrlichen Ämter übernahmen die k. k. Bezirksämter die unmittelbar an das Volk heranführenden administrativen Aufgaben. Um dem Grundsatz „die freie Gemeinde ist die Grundlage des freien Staates"

Geltung zu verschaffen, richtet Stadion mit dem Gemeindegesetz vom 17. März 1849 die in der josefinischen Zeit stark geschmälerte Autonomie der Gemeinden von neuem auf. Die Rechtsprechung in unterster Instanz wird von der Verwaltung losgelöst und den neuen Bezirksgerichten übertragen. Schwurgerichte, erst nur für Preßprozesse vorgesehen, werden auch bald für Verbrechen und schwere Vergehen zuständig. Bei den Bezirksgerichten werden neue Grundbücher angelegt, wozu das große Werk der Grundablösung den Anlaß gab. 1850 erstehen die ersten Handelskammern, in denen das arbeitende Bürgertum wenigstens im Interesse der wirtschaflichen Entwicklung zu Worte kommen mochte. Auch das Fallenlassen der Österreich und Ungarn trennenden Zwischenzollinie wirkte auf Handel und Gewerbe neubelebend.

Mit der Verkündigung des Patents vom 31. Dezember 1851 wurde jedoch nicht bloß der Absolutismus neu eingeführt, sondern es hielt auch viel rückschrittlicher Geist seinen Einzug und viele der ebenerwähnten guten Einrichtungen wurden zur Seite geschoben. So die Stadionsche Gemeindeverfassung, die Schwurgerichte, die Trennung der Justiz von der Verwaltung in unterster Instanz u. a. m. Dafür erschienen engherzige Vereins-, Preß- und Paßgesetze und Polizei, Zensur, Gendarmerie bekommen wieder reiche Arbeit — wie einst in Metternichs Tagen. Als besondere Stützen wählte sich der neue Absolutismus die Armee, das Beamtentum und die

Kirche. Letztere freilich wollte ihre Hilfe nur gegen entsprechende Gegendienste gewähren. Insofern ein weitgehender Einfluß der Kirche auf dem Gebiete des niederen und mittleren Schulwesens geschaffen wurde, war der Unterrichts- und Kultusminister Graf Leo Thun der bereitwillige Vermittler gewesen. Mit seinem Namen verknüpft sich andererseits wohl auch die bedeutsame Neuorganisation der österreichischen Gymnasien.

Im Konkordate von 1855 wurden die vielfältigen Zugeständnisse an die Kirche, die die Preisgabe fast aller Errungenschaften der josefinischen Ära bedeuteten, vertragsmäßig niedergelegt.

Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß der Absolutismus der fünfziger Jahre Österreich mehr schadete als nützte. Fast überall war herbe Kritik zu hören, als seine Zeit abgelaufen war.

Die Armee, für die keine Ausgaben gescheut worden waren, hatte im Kriege mit Sardinien und Frankreich (1859) versagt. Widerliche Prozesse, die infolge der bei den Heereslieferungen verübten Unterschleife zu führen waren, verstärkten die Erbitterung nach der Niederlage im Felde. Auch die Diplomatie hatte schlechte Arbeit geleistet, wie die politische Isolierung, in welche der Staat während des Krimkrieges hineingeraten war, deutlich genug erkennen ließ. Doch nur ein Teil der Staatsbürger übte an den bestehenden Verhältnissen Kritik. Der Großteil stand all dem Mißgeschick, das über das Reich gekommen war, gleichgültig gegenüber. Hatte

man doch das Volk, kaum daß es den ersten Schritt zur politischen Selbsttätigkeit getan hatte, schnell wieder zum Schweigen verurteilt, ihm in einzelnen Reichsgebieten an Stelle von Grundrechten das Standrecht gebracht und nichts davon hören wollen, daß politische Fragen, insbesondere die Verfassungsfrage, eine öffentliche Erörterung erfahren. So ist ein Jahrzehnt, in dem mancherlei Vorarbeit geleistet werden konnte, ungenützt dahingegangen. Oder durfte man in Österreich angesichts des weiteren Umsichgreifens des demokratischen und konstitutionellen Gedankens hoffen, daß gerade hier das absolutistische Regime von Dauer sein könnte?

Die österreichische Verfassungsfrage hatte dadurch, daß man sie ignorierte, nicht aufgehört die Lebensfrage des Staates zu sein. In den Revolutionsjahren schienen die nationalen Wünsche zum Teile wenigstens in Erfüllung zu gehen. Die volle Erfüllung konnte es nicht sein. Indem man in Kremsier die Verfassungsfrage aufrollte und ernstlich durchbesprach, hatte man erkennen müssen, daß von den idealen Forderungen manches abgestrichen werden müsse — im Interesse der Gesamtheit, des Staatsganzen. Und schon diese Erkenntnis war wertvoll und bedeutete einen Fortschritt. Mit der Bezwingung der Revolution schien der Abbruch aller nationalen Hoffnungen gekommen zu sein und nur in aller Stille und im Geheimen konnte die nationale „Sammlungs- und Aufrichtungsarbeit" weitergeführt werden.

Die Staatsfinanzen hatten durch den verlorenen Krieg eine neuerliche schwere Belastung erfahren, und obwohl die Steuern im letzten Jahrzehnt verdoppelt worden waren, reichten sie doch zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse nicht hin. Kredit aber blieb einem kontrollosen, absolutistischen Österreich versagt und so blieb nichts übrig, als in die konstitutionelle Bahn zurückzulenken.

Wie aber dieses konstitutionelle Österreich im Inneren des näheren zu organisieren wäre, das war die große Frage. In jahrzehntelangen Wirren vollzieht sich die Suche nach der Formel, die das Verhältnis der Teile zum Ganzen regeln und den Völkern geben sollte, was ihnen unbeschadet des Staatsganzen gewährt werden konnte. Daß diese Formel nicht rechtzeitig gefunden wurde, das wurde schließlich zum Verhängnis des Staates und läßt uns die jüngere österreichische Verfassungsgeschichte als eine wahre Leidensgeschichte erscheinen.

Der 1860 berufene verstärkte Reichsrat, ein beratender Ausschuß, dessen Zusammensetzung in die Hand des Monarchen gegeben war, sprach sich für den Konstitutionalismus aus, der der historisch-politischen Individualität der Länder Rechnung tragen sollte. Die Bezeichnung „historisch-politische Individualität der Länder", die nachmals zum vielgebrauchten politischen Schlagwort wurde, war eine Prägung, die 1860 der Feudalherr Clam Martinitz ausgab. Der vom verstärkten Reichsrat vertretenen Auffassung entsprach das Verfassungspatent vom

20. Oktober 1860, das mit dem Namen des polnischen Grafen Agenor Goluchowski verknüpft ist und eine Föderation sämtlicher Provinzen der Habsburger erstrebte. Der Löwenanteil der Staatsgewalt war den Landtagen zugedacht. Hier sollte die Gesetzgebung ihren Schwerpunkt haben, nicht in der schwachen zentralen Vertretung der Gesamtmonarchie.

Abgelehnt wurde diese Verfassungsform von den Magyaren, die noch leidenschaftlich den Standpunkt der Personalunion von 1848 vertraten, abgelehnt auch von den Deutschen. Sie wollen ein einheitliches Österreich mit deutscher Hegemonie erhalten sehen, um die Vormachtstellung im deutschen Bunde behaupten zu können, ein Ziel, das in dem Zeitpunkte, da man die alte Machtstellung auf der Apeninnenhalbinsel schwinden sah, umso fester verfolgt werden sollte. Die Begründung, daß der Zentralismus Übersicht, Vereinfachung und Stärke bedeute, wurde wie in den Tagen Maria Theresias und Josefs so auch jetzt noch gerne ins Treffen geführt. Daß es dem deutschen Großbürgertum nicht gleichgültig war, ob es sich in einem streng einheitlichen oder aber in einem föderalisierten Österreich wirtschaftlich betätigen solle, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Abgelehnt wurde die Verfassung Goluchowskis insbesondere auch von den Deutschböhmen. Sie hatten für den großösterreichischen und großdeutschen Gedanken alle die Begründungen bereit, die den anderen deutschen Politikern geläufig waren, sie

mußten aber daneben noch die besonderen Rückwirkungen in Erwägung ziehen, die sich für ihre engere deutschböhmische Heimat ergeben mußten, wenn ein Föderalismus vorerwähnter Art obsiegen würde. Wenn auch nicht sofort, so doch von dem Zeitpunkt an, da die Tschechen, gestützt auf die größere Zahl, im Prager Landtag die Majorität erlangen würden, war für den deutschen Besitzstand im Lande eine ernste Bedrohung gegeben. Daher glaubten sie für den Zentralismus kämpfen zu müssen, der den Schwerpunkt der Gesetzgebung ins Wiener Parlament verlegte und den Deutschböhmen gestattete, im Verein mit ihren Volksgenossen aus den Alpenländern, ihre Wünsche verfechten und leichter durchsetzen zu können.

An den ernsten Bedenken der Deutschen konnte die Regierung nicht vorbeigehen, umso weniger, als das deutsche Volk als der wirtschaftlich und finanziell stärkste Teil des Gesamtstaatsvolkes erschien, auf dessen Entgegenkommen man angewiesen war. — Das Patent vom 26. Februar 1861 brachte denn auch das Gegenteil von der Oktoberverfassung. Das neue Ministerium Schmerling wollte ein konstitutionelles Österreich auf zentralistischer Grundlage. Der neue Reichsrat, der sich in ein Herren- und Abgeordnetenhaus gliederte, sollte für den Fall, als gesamtstaatliche Fragen zur Verhandlung kamen, auch von den Magyaren besucht werden (weiterer Reichsrat), ansonst sich auf die Österreich angehenden Gesetzgebungsgegenstände beschränken (engerer

Reichsrat). Die Wahl der Reichsratsabgeordneten erfolgte aus den Landtagen heraus, die Wahlen in diese selbst wurden nach Interessengruppen (Kurien: Großgrundbesitz, Städte, Handelskammern und Landgemeinden) durchgeführt. „Eine so genau abgewogene und fein überlegte Verfassung ist noch niemals ausgesonnen worden." Um dem deutschen Element in den gesetzgebenden Körperschaften jenes Gewicht zu sichern, wie es seiner wirtschaftlichen, kulturellen und geschichtlichen Bedeutung entsprach, wurde in der Zensusbeschränkung und in einer wohlerwogenen Wahlkreisgeometrie das Möglichste getan. So wurde dem Großgrundbesitz und dem Finanz- und Industriebürgertum die Vorherrschaft in Land- und Reichstag ermöglicht und es kann nicht wundernehmen, daß sich eben diese Kreise gegen alle späteren Versuche, das Wahlrecht auf weitere Schichten auszudehnen, sträubten, denn durch all diese Versuche wurde an dem Fundament der deutschen Vorherrschaft in Staat und Land ernstlich gerüttelt.

Mit dem Eintritt Österreichs in das Verfassungsleben gehen gesteigerte politische Betätigung und vermehrtes politisches Interesse Hand in Hand. Als Ausdruck dieser Tatsache darf die 1862 in Prag erfolgte Gründung des deutschen Kasino angesehen werden, das zum Sammelpunkte des Großteils der deutschböhmischen Politiker wurde und in Schmeykal seinen ersten Führer bekam. Auch der im gleichen Jahre ins Leben gerufene Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen gehört hieher, der durch gründ-

liche Forscherarbeit und rege Sammel- und Publikationstätigkeit den klaren Beweis erbrachte, daß die Deutschen in Böhmen eine reiche, große Vergangenheit besitzen und daß in erster Linie sie es waren, die das Land auf die hohe Stufe kultureller Entwicklung emporhoben, auf der es zu sehen ist.

Wenig zufrieden mit der Schmerlingschen Verfassung zeigten sich die Tschechen. Ihnen war sie ein „verderblicher" Akt, dem sie die Parole entgegensetzten „Ergeben wir uns nicht!" (Nedejme se!) — Nur unter feierlicher Verwahrung ihrer Rechte gingen sie ins Reichsparlament und verließen es wieder (1863), als es ihnen nicht gelungen war, die Führung der nichtdeutschen Abgeordneten zu erlangen und für ihre staatsrechtlichen Wünsche, die in der Aufrichtung des dreieinigen Königreiches — Böhmen, Mähren und Schlesien umfassend — gipfelten, Verständnis zu wecken. Es ist gar kein Zweifel, daß der leidenschaftliche Ruf der Tschechen nach staatlicher Selbständigkeit der Länder der Wenzelskrone, wie er in diesen Jahren neuerlich erhoben wurde und von nun an nicht mehr verstummen sollte, mitausgelöst wurde durch die gleichzeitig von den Magyaren erhobene Forderung nach Eigenstaatlichkeit der Länder der Stefanskrone. Dieser Zusammenhang ergibt sich deutlich genug aus dem Verhalten eines der führenden alttschechischen Politiker — Franz Palackys. Hatte er 1848 den Gedanken der nationalen Föderation der Völker vertreten, so erklärte er jetzt, daß durch die inzwischen zur Gel-

tung gekommene ungarische Theorie der historisch-politischen Individualitäten der Ländergruppen seine frühere Ansicht unzeitgemäß und undurchführbar geworden wäre und wieder ein Weilchen — es war das Jahr 1872 — da bezeichnete es Palacky in seinem politischen Testament als großen Irrtum, daß er seinerzeit von der Notwendigkeit des Bestandes der Donaumonarchie gesprochen habe.

Mit Ungestüm verlangen die Tschechen die Revision der Landtagswahlordnung, die ihnen eine ihrer Zahl entsprechende, günstigere Vertretung bringen sollte. Es entfiel nämlich im deutschen Sprachgebiet durchschnittlich ein städtischer Abgeordneter auf 10.000, ein ländlicher auf 40.000 Einwohner, hingegen kam in den tschechischen Gebieten auf 12.000, bzw. 53.000 Seelen ein Vertreter. An dieser Einteilung wurde zunächst nichts geändert, dafür aber waren bei der nächsten Wahl die Stimmen der Großgrundbesitzerkurie den Feudalen zugefallen. Sie haben gegen die Stimmen der deutschen Vertreter das sogenannte Sprachenzwangsgesetz schaffen geholfen, das den Unterricht in der deutschen Sprache einschränkte und im Punkte 4 bezüglich der mittleren Schulen die wichtige Bestimmung brachte: In den Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen) mit böhmischer Unterrichtssprache ist die deutsche Sprache und in derlei deutschen Schulen die böhmische Sprache obligater Lehrgegenstand.

Solange Schmerling Ministerpräsident war, wurde das Gesetz nicht zur Sanktion vorgelegt, wohl

aber unter seinem Nachfolger, dem slawenfreundlichen Grafen Belcredi (18. Jänner 1866). Wenn auch § 4 des obigen Gesetzes zwei Jahre später wieder außer Wirksamkeit gesetzt wurde, die überragende Stellung, die die deutsche Sprache bis dahin im System des Volks- und Mittelschulwesens innehatte — sie war nämlich in den höheren böhmischen Schulen nicht bloß Unterrichtsgegenstand, sondern die Unterrichtssprache gewesen, zumal in den obersten Klassen — diese Stellung war unwiederbringlich dahin. Anderseits muß zugegeben werden, daß es ein Fehler und ein Versäumnis war, wenn die deutschen Studierenden in der Folgezeit, obwohl einzelne einsichtsvolle Männer immer wieder dazu rieten, der Erlernung der nunmehr unobligat gewordenen tschechischen Sprache keine Bedeutung beilegen wollten.

Die politische Erregung, welche die Tschechen durch die ganze Schmerlingsche Ära hindurch zur Schau trugen, konnte durch die freiheitliche Gesetzgebung, die auch ihnen eine Weiter- und Höherentwicklung einbrachte — man denke nur an die Wiedergewährung der Gemeindeautonomie im Jahre 1862 — nicht beschwichtigt werden. Ihnen war augenscheinlich alle Freiheit, wenn sie sich nicht im unerläßlichen nationalen Gewande vorstellte, gleichgültig. Da außer den Tschechen auch die Magyaren dem Wiener Parlamente fernblieben, so konnte es kaum mehr als vollwertige Volksvertretung angesehen werden, ein Umstand, der Schmer-

sing nötigte, dem Grafen Belcredi platzumachen (1865). Unter ihm sollte der Weizen der slawischen Völker besser blühen. Erst wurde einmal die Februarverfassung sistiert und hernach ging man mit erneutem Eifer an eine föderalistische Staatskonstruktion, die noch dadurch eine besondere Note erhalten sollte, daß man in den staatlichen Einzelteilen dem feudal-klerikalen Elemente völlig die Zügel in die Hand geben wollte. Daß es nicht zur Ausführung des Projektes kam, hatte in den Kriegsereignissen des Jahres 1866 seinen Grund, die Österreich in eine völlig neue politische Lage versetzten.

Die Doppelstellung, welche die Monarchie seit dem Wiener Kongreß (1815) in Deutschland und Italien innehatte, war zusammengebrochen, der hundertjährige Kampf der Habsburger und Hohenzollern um die Vorherrschaft in Deutschland zu der letzteren Gunsten entschieden, die großdeutsche Idee gescheitert. Aufgehoben war der politische Zusammenhang, der seit einem Jahrtausend zwischen Österreich und Deutschland bestanden hatte und damit auch Böhmen aus einer uralten politischen Lebensgemeinschaft ausgeschieden. Die seelische Erschütterung über die schmerzliche Trennung war bei der deutschböhmischen Bevölkerung noch größer als bei den anderen Deutschösterreichern, denn sie wußte und fühlte es nur zu gut, daß für sie mit dem Prager Frieden eine bedeutsame Schicksalswende gekommen war. Als Minderheit standen nunmehr die Deutschösterreicher

den Nichtdeutschen gegenüber und die bisher geübte Vorherrschaft mußte in dem Maße in Frage gestellt sein, je demokratischer sich die Folgezeit anließ und je mehr die zahlenmäßig überlegenen nichtdeutschen Völker, im Banne und Schutze der deutschen Kultur emporgewachsen, auch als politische Individualitäten sich ausleben wollten.

Ganz anders war 1866 die Stimmung der Tschechen. Sie hatten den engen Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands niemals gerne gesehen und darin eine Behinderung erblickt, in Österreich ihr Gewicht recht zur Geltung bringen zu können. Aus der Niederlage bei Königgrätz glaubten sie jetzt — ganz so wie die Magyaren — politisches Kapital schlagen, d. h. den Schwerpunkt Österreichs in die slawische Völkergruppe verschieben zu dürfen. Doch als bei der Neuordnung der Monarchie durch den großen Ausgleich vom Dezember 1867 nur die staatsrechtlichen Wünsche der Magyaren Erfüllung fanden, hingegen die Forderung der Tschechen nach dem böhmischen Staate völlig unberücksichtigt blieb, da stieg deren Erbitterung aufs höchste. Solches hätten die Tschechen erleben müssen, so konnte man hören, obwohl sie den Magyaren in der Zivilisation unendlich weit überlegen wären. An Äußerungen ihres Unmutes und Grolles wollten sie es daher nicht fehlen lassen. Es war ihnen eine selbstverständliche Sache, daß der Boden des Wiener Parlamentes nicht betreten werden durfte und bei dieser Auffassung ist man volle 12 Jahre verblieben.

Eine ganz kräftige Demonstration sollte es sein, als im April 1867 eine Reihe tschechischer Politiker die Pilgerfahrt nach der Mutterstadt Moskau antrat und im Zaren den mächtigen Herrn zeigte, der dem gedemütigten und zurückgesetzten tschechischen Volke noch einmal Helfer sein könne. Auch nach Frankreich hinüber wurden in diesem Zeitpunkt auffallende Freundschaftswinke gesendet und deutlich zu verstehen gegeben, daß ein selbständiges Böhmen, das Frankreich gar nicht so ferne läge, zu Bündnis und gemeinsamem Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind gerne bereit wäre.

Und dem Kaiser zu zeigen, wie das tschechische Volk gestimmt war, sollte sich im nächsten Jahre (Juni 1868) Gelegenheit ergeben, als er zur Einweihung der Elisabethbrücke nach Prag kam. Wer immer von den Tschechen, so lautete die ausgegebene Parole, an der Begrüßung teilnehmen wollte, wäre ein Verräter an der Nation. Da sich das tschechische Publikum tatsächlich fernehielt, mochte der Kaiser die Äußerung tun: „Die Stadt mache einen völlig deutschen Eindruck."

Punktweise fanden schließlich die tschechischen Forderungen in einer Deklaration, die 1868 dem sonst gemiedenen Landtag überreicht wurde, Ausdruck. Da wurde unter anderem erklärt, daß der Reichsrat kein Recht habe, für Böhmen gültige Gesetze zu beschließen, daß die Länder der böhmischen Krone mit den übrigen Ländern des Hauses Habsburg nur die Dynastie gemeinsam hätten und daß

in Prag eine verantwortliche Zentralregierung für das dreieinige Königreich zu errichten wäre. Doch die Deklaration wurde zurückgewiesen und als es daraufhin in Prag zu Unruhen kam (Okt. 1868), wurde über die Stadt und ihre Vororte der Belagerungszustand verhängt und dem Lande ein tatkräftiger General als Statthalter vorgesetzt. Die Zeitlage war ganz darnach angetan, daß beim tschechischen Volke neben der politischen Gruppe der Alttschechen, die immerhin noch die Losung „Mäßigung und Versöhnung" in ihrem Programm führte, die radikale Partei der Jungtschechen, von Julius Gregr geführt, emporkommen konnte, die entschlossen war, Fühlen und Denken des Hussitismus zu neuem Leben zu erwecken.

Das deutschliberale Bürgerministerium (1867 bis 70), dessen Leiter Fürst Karlos Auersperg war, wollte demnach am Zentralismus in dem einen Teilstaat, in Österreich, unbedingt festgehalten wissen. Und doch müssen wir heute rückschauend gestehen, daß es ein Akt politischer Voraussicht gewesen wäre, dem Verlangen der nichtdeutschen Völker nach Föderalismus und Dezentralisation entgegenzukommen, indem gleichzeitig verfassungsmäßige Sicherungen für die Erhaltung des deutschen Besitzstandes in den gemischtsprachigen Ländern zu schaffen gewesen wären. Daß solche Garantien angesichts der deutschen Majorität, die damals im Zentralparlament und im Landtage noch vorhanden war, erreichbar waren, ist nicht zu bezweifeln. Ein=

zelne Stimmen gab es wohl, die Österreichs Geschick in einem föderalisierten Staatssystem besser geborgen sahen. Hieher gehört von außenstehenden Politikern kein geringerer als Bismarck, dem die zentralistische Verfassung bei den seltsamen nationalen Verhältnissen nicht praktisch erschien. Und auch innerhalb Österreichs fehlte es an scharfblickenden Männern nicht. Adolf Fischhof, ein Mann, der seit 1848 mitten im politischen Getriebe stand und die österreichischen Verhältnisse mit allem Ernste studierte, suchte in seinem 1869 erschienenen Buche „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" für die Idee der föderalisierten Staatsorganisation Freunde zu werben. Ihm erschien die Monarchie nie und auch damals nicht wie ein Staat, sondern „als ein Reich von Reichen, ein Thron von Thronen, eine Krone von Kronen". Nur wenn dieses eigenartige Verhältnis Berücksichtigung fände, „würde sich Österreich konsolidieren, wo nicht — nicht!"

Die überaus reiche gesetzgeberische Arbeit, die das Ministerium Carlos Auersperg vollbrachte, war auch für Böhmen ein ersprießliches Werk: wir verweisen nur auf die Festlegung der Grundrechte des österreichischen Staatsbürgers, auf die Abtrennung der Justiz von der Verwaltung und das Zustandekommen des neuen Volksschulgesetzes vom Jahre 1869. Gleichwohl ward der Tätigkeit dieses rührigen Ministeriums 1870 ein Ziel gesetzt. Die Gründe? -- Fürs erste war man in klerikalen Krei=

sen ungehalten. Die neuen Gesetze hatten ihnen viel zu viel kulturkämpferischen Inhalt und bedeuteten schlechthin eine Durchlöcherung des Konkordates. Und zweitens: der Krieg von 1870/71 und die Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches, Ereignisse, die die Deutschösterreicher mit freudigsten Gefühlen miterlebten, hatten am Wiener Hof die letzte Hoffnung, in Deutschland die alte Führerrolle wieder zu gewinnen, endgültig zerstört. Da brauchten auch die Rücksichten gegenüber den Deutschen in Österreich nicht mehr im alten Umfang geübt werden. Die neuen Ministerien, erst Potocki und bald darauf Hohenwart, wurden mit dem ganz bestimmten Auftrage berufen, die Versöhnung der Slawen, voran der Tschechen, herbeizuführen.

Diese Absicht brachte der Monarch selbst deutlicher zum Ausdruck, erst in einem Reskript vom 29. September 1870. In ihm wurde die „Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit Böhmens“ besonders hervorgehoben und versichert, daß hieran unverbrüchlich festgehalten werden solle. In einem nachfolgenden Reskript vom 12. September 1871 versprach der Herrscher, die Anerkennung der besonderen Rechte Böhmens mit seinem Krönungseide zu erneuern, „eingedenk der staatsrechtlichen Stellung der Krone Böhmens und des Glanzes und der Macht bewußt, welche diese den Habsburgern verliehen hat“. Etliche Jahre zuvor schon (1867) waren die böhmischen Kroninsignien von Wien feierlich nach

Prag überführt und im St. Wenzels-Kronarchiv untergebracht worden.

In Verfolgung der kaiserlichen Absichten wurde von dem föderalistisch gesinnten Minister Schäffle, der die eigentliche Seele im Hohenwartschen Ministerium war, dem Prager Landtag ein Nationalitätengesetz vorgelegt, als dessen wichtigster Punkt die Teilung des Landtages in nationale Kurien herausgegriffen sei. Jede nationale Kurie konnte mit Zweidrittelmehrheit eine Vorlage zu Falle bringen, die ihr für ihre Volksgenossen nachteilig erschien. Weiterhin wurden in Zusammenarbeit mit den Tschechenführern die sogenannten Fundamentalartikel fertiggestellt, durch welche den Tschechen so ziemlich all das zuteil geworden wäre, was die Magyaren 1867 durchgesetzt hatten, worauf selbstverständlich die 1867er Verfassung hinfällig geworden wäre.

Doch so nahe sich die Tschechen am Ziele ihrer alten Wünsche wähnten, die Erfüllung kam doch nicht. Die stärksten Bedenken wurden von den Magyaren erhoben, die in dem Grafen Andrassy einen wirkungsvollen Wortführer besaßen. Nach seiner Anschauung sollten Deutsche und Magyaren die beiden Säulen der Monarchie sein und hieran wollte er nicht rütteln lassen. Den Magyaren wurde vor der Rückwirkung, die die Föderalisierung Österreichs in Ungarn hervorrufen würde, bange. Auch sie standen einer Majorität andersnationaler Völker gegenüber, auch sie hatten mit einer slawischen Hoch-

flut zu rechnen, die ihre Vorherrschaft gänzlich vernichten konnte. Doch auch die Forderung der Tschechen, daß sie erst noch dem Ausgleich von 1867 ihre Zustimmung geben müßten, reizte die Magyaren nicht wenig. An die ernsten Bedenken der Magyaren schlossen sich die der deutschen Zentralisten und so trat der Monarch wiederum den Rückweg an.

Bei den Tschechen wurde hiedurch eine ungemein erregte Stimmung hervorgerufen, die sich in publizistischen Angriffen gegen die Krone und in anderen antidynastischen Kundgebungen ziemlich unverhohlen Luft machte. Besonders auffallen mußte die Verbitterung des tschechischen feudalen Adels. Er hatte sich, im Geiste vorauseilend, im Besitze all der hohen Ämter und Würden gesehen, die mit der staatlichen Verselbständigung Böhmens wiederkommen mußten und sich der wiedererstandenen Standesherrlichkeit freuen wollen. Und nun war alles in ein eitel Nichts zerronnen. — Der preußische General Schweinitz schrieb damals nach Berlin, daß seit 1848 in Österreich die Aufregung nicht mehr so groß gewesen wäre, wie in diesem Zeitpunkte.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Männer, die den Kaiser beredet hatten, den förderalistischen Weg zu gehen, Hohenwart und der Minister des Äußeren Beust, abtreten mußten. Beust auch aus dem Grunde, weil er jenem Kreise angehört hatte, der bis 1870 immer noch von einem Revanchekrieg gegen Preußen geträumt hatte. Österreich wollte mit dem neuerstandenen Reiche in gute Be-

ziehungen kommen, welches Streben in dem 1872 von dem neuen Minister des Äußeren, Andrássy, herbeigeführten Dreikaiserbündnis, das Österreich, Deutschland und Rußland zusammenführte, sichtbaren Ausdruck fand.

Gegen das neue deutschliberale Ministerium, dem Adolf Auersperg vorstand (1871—79), nahmen die Tschechen eine durchaus feindselige Haltung ein. Wurde doch durch die neue Wahlordnung von 1873, die direkte Wahlen für die Reichsvertretung herbeiführte, nicht bloß diese vom Streite der Landtagsstuben losgelöst, sondern auch eine neuerliche deutliche Absage an den Förderalismus vollzogen.

Ein wichtiger Wandel in der inneren österreichischen Politik, der das deutsch-tschechische Verhältnis gar sehr berühren sollte, leitete sich zu Ende der siebziger Jahre ein; hervorgerufen wurde dieser Wandel durch die Stellungnahme der deutschliberalen Parlamentarier zur Frage der Okkupation Bosniens und der Herzegowina.

Die Magyaren, geführt von Andrássy, wollten diese Länder nehmen, damit sie nicht an Serbien kommen und nicht an der Südfront Ungarns die Gefahr eines großserbischen Reiches emporwachse. Erstünde ein solches Reich, so würde es der Anziehungskraft auf die Ungarnslawen nicht ermangeln. Bismarck unterstützte die magyarischen Wünsche: er wollte den Interessenkreis der Donaumonarchie nach dem Osten schieben und diese dadurch von einer aktiven Politik im westlichen Europa abhalten. Doch

mit den reichsdeutschen und magharischen Wünschen liefen die Deutschösterreichs ganz und gar nicht in gleicher Richtung. Die Deutschösterreicher fürchteten die Mehrung des slawischen Elementes innerhalb der Monarchie und nahmen gegenüber der ganzen Balkanaktion und ihrer finanziellen Deckung eine ablehnende Haltung ein. Der Herrscher, der im Auftrage des Berliner Kongresses eine ehrenvolle Mission erblickte, war über die Handlungsweise der Deutschliberalen nicht wenig ungehalten und berief bald darauf als neuen Mann seinen Jugendfreund, den Grafen Taaffe, der eine Politik einleiten sollte, die besser befriedige als die des deutschliberalen Großbürgertums.

Wenn auch der neue Regierungschef erklärte, „ein über den Parteien stehendes Ministerium" bilden zu wollen und daß keine Nationalität im Staat ein Übergewicht erhalten, sondern alle die gleiche Beachtung finden sollten, so stellte sich doch allzu bald heraus, daß Taaffe, um die Mitarbeit der Slawen, insbesondere der Tschechen, zu gewinnen, entschlossen sei, diesen allerlei Gaben zu reichen, welche er unbedenklich aus dem alten Besitzstande der Deutschen herausholte.

Unter den geänderten Verhältnissen betraten die Tschechen nach zwölfjähriger Abstinenz das Wiener Parlament, freilich nicht ohne feierliche Rechtsverwahrung. Sie wollten nicht gekommen sein, wie der Jungtscheche E. Gregr erklärte, um die dualistische Verfassung anzuerkennen, sondern um sie zu

untergraben. Für die Deutschen war damit eine ernste Zeit gekommen. Wollte doch Taaffe bald zeigen, daß er Österreich ohne, ja gegen die Deutschen zu regieren vermöchte.

Der Ausgang der Wahlen fürs Parlament (1879), der den Deutschen die bisher behauptete Mehrheit nahm, war eine erste ernste Mahnung. Gleichwohl fehlte es in ihren Reihen an einem durchgehenden, festen Zusammenhalt. Die deutschklerikalen Abgeordneten brachten es über sich, gegen gewisse Konzessionen auf dem Gebiete der Kirche und Schule mit den Polen und Tschechen jene merkwürdige Allianz einzugehen, die die Parlamentsgeschichte unter dem Namen „der eiserne Ring" verzeichnet. So wurde in demselben Zeitpunkt, da sich das Deutsche Reich und die Monarchie zu einem festen Schutz- und Trutzbündnis einigten, im Inneren eine gegen die Deutschen gerichtete Politik aufgenommen. Dieses Bündnis selbst wurde von Anfang an von den einzelnen Völkern recht verschieden aufgefaßt. Den Deutschen war es durchaus willkommen, es knüpfte mit dem Brudervolk ein neues Band. Und wenn sie in den kommenden Jahrzehnten am Zentralismus festhielten, so glaubten sie dies auch aus dem Grunde tun zu müssen, um dem deutschen Bundesgenossen ein geschlossenes, starkes Österreich an die Seite stellen zu können. Von slawischer Seite wurde der Zweibund — seit 1882 Dreibund — stets bekämpft und verurteilt und offen

bekannt, daß man viel lieber die Avantgarde Rußlands und Frankreichs abgeben wolle.

In die böhmische Geschichte hat sich der neue Kurs Taaffes, wie schon angedeutet, durch eine Reihe von Zugeständnissen an die Tschechen eingeschrieben. Doch soweit die Regierung in ihrem Entgegenkommen auch gehen mochte, der politische Egoismus der Tschechen war nicht zu stillen gewesen. Der Eroberungszug, den sie damals mit allem Ungestüm gegen Deutschböhmen unternahmen, ist nicht mehr zum Stillstand gekommen. Einen ersten Vorstoß bedeutete die Sprachenverordnung des Ministers Stremayr vom 19. April 1880. Sie forderte von allen Beamten im politischen und gerichtlichen Dienste die Kenntnis beider Landessprachen, indem sie festsetzte, „daß die an die Parteien auf deren mündliche Anbringen oder geschriebene Eingaben ergehenden Erledigungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen sind, in welcher das mündliche Anbringen vorgebracht wurde oder die Eingabe abgefaßt worden ist."

Die schädlichen Wirkungen dieser Verordnung für Deutschböhmen waren mehrfache. Fürs erste wurde damit die Tschechisierung des Beamtenstandes eingeleitet. Seit das Sprachenzwangsgesetz aufgehoben war, hatten nur wenige deutsche Studierende Anlaß genommen, in der Mittelschule die tschechische Sprache zu erlernen. Es fehlte also an deutschen Richtern und Beamten, die die in der Verordnung geforderte Qualifikation besessen hätten. Nicht so

bei den Tschechen. Bei ihnen waren gerade dank der Fürsorge Taaffes eine Reihe neuer Mittelschulen zugewachsen, die einen reichlichen Beamtennachwuchs hervorbrachten, der schließlich auch schlecht und recht die deutsche Sprache erlernt hatte. Für diese Leute war nun die Gelegenheit da, ins deutsche Sprachgebiet hineingesetzt zu werden und hier als verständnisvolle Förderer der tschechischen Eroberungspläne zu walten. Die Tschechisierung des staatlichen Beamtenstandes machte weiterhin solche Fortschritte, daß vor dem Zusammenbruch Österreichs in Böhmen statt ein Drittel, wie es der Zahl der Deutschen entsprochen hätte, nur mehr ein Fünftel aller Beamten deutsch war. Noch krasser war das Mißverhältnis im Stande der Landesbeamten; hier war nur mehr ein Zwanzigstel aller Beamten deutscher Nationalität.

Durch die Stremayrsche Sprachenverordnung sollte aber auch ein Schlag gegen die sprachliche Geschlossenheit Deutschböhmens geführt werden. War dieses Gebiet nur erst einmal mit genug tschechischen Beamten durchsetzt und die tschechische Sprache in den Ämtern Deutschböhmens neben der deutschen Sprache angewendet, dann sollte die Existenz eines rein deutschen Gebietes bestritten werden und dafür die „Einheit" Böhmens erwiesen sein. Daß gerade im Zusammenhang mit der Stremayrschen Verordnung wieder viel von der Gleichberechtigung beider Sprachen die Rede war, darf nicht sonderlich wundernehmen. Doch durften die Deutschen jemals an eine

loyale Auslegung der Gleichberechtigung glauben? In Prag, der Hauptstadt des zweisprachigen Landes, der Stadt mit einer sehr ansehnlichen deutschen Minorität, da hätten die Tschechen die erste gute Gelegenheit gehabt, jene Gleichberechtigung beider Sprachen in die Praxis umzusetzen. Doch gerade hier sind die Tschechen den Beweis einer ehrlichen Auslegung der Gleichberechtigung völlig schuldig geblieben. Der Zustand der Gleichberechtigung stellte doch in den Augen der Tschechen immer nur ein Übergangsstadium dar, das mit einem Attentat auf die deutsche Heimaterde und mit der schließlichen Alleinherrschaft des Tschechischen enden sollte. Darum sich auch der Streit so lebhaft entzündete und die Stremayrsche Verordnung von den Deutschen mit aller Schärfe zurückgewiesen wurde.

Die Tschechen taten so, als ob lediglich der Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes von 1867 eine nähere Ausführung erhalten hätte. Dieser Artikel besagte in seinem genauen Wortlaut: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt." Den Tschechen fiel es nicht bei, den Begriff „landesüblich" im Sinne von „hierzulande üblich" aufzufassen, wie es dem deutschen Sprachgebrauch entsprach, sondern sie lasen immer und setzten gleich: im Lande üblich. Die deutsch-

liberale Regierung von 1867 hat dadurch, daß sie die Begriffe „Volksstamm", „landesüblich" nicht genau umschrieb, eine ihrer bedauerlichen Unterlassungen begangen und durch den Widerspruch, der darin lag, im Grundgesetze die Gleichberechtigung der Volksstämme festzulegen und in der Praxis doch wieder die Hegemonie der Deutschen zu beanspruchen, Österreich in einen endlosen Kampf hineingeworfen, der soviele beste Kräfte verzehrte und das Reich nicht mehr zur Ruhe kommen ließ.

Kaum daß also die Ära Taaffe ihren Anfang genommen, war auch schon über Prag und Böhmen eine recht schwüle Atmosphäre gebreitet. Eine Entladung setzte es in dem blutigen Überfall, der 1881 auf deutsche Studenten in dem in der Nähe Prags gelegenen Ausflugsort Kuchelbad ausgeführt wurde. Die Erregung hierüber hielt lange an und wurde in Hochschulkreisen neu entfacht, als an die Teilung der altehrwürdigen Karola-Ferdinandea geschritten werden sollte und der Berichterstatter des parlamentarischen Ausschusses erklärte, die Tschechen wären es, die hiebei das Opfer brächten. Im Jahre 1882 wurden schließlich die Universitätsvorlagen auch im Herrenhause angenommen und die Teilung durchgeführt.

Eine besondere Rolle in dem heißentbrannten nationalen Kampfe spielte das Ringen entlang der Sprachgrenze. Im zähesten Kleinkrieg wurde hier um die Einzelpositionen, um Häuser, Fabriken, Geschäfte, Gehöfte und Liegenschaften gestritten.

Die kleinen Gewinne summierten sich im Laufe der Jahre und das Resultat war oft genug, daß die deutsche Minorität, die es in einer tschechischen Grenzstadt bis dahin gegeben, verschwand, daß ein gemischtsprachiger Ort ganz tschechisch wurde oder aber daß eine rein deutsche Siedlung gemischtsprachigen Charakter erhielt. So sind z. B. im Vorlande des Böhmerwaldes ungefähr ein Dutzend rein deutscher und etwa vierzig vorwiegend deutsche Orte, an das tschechische Volk verloren gegangen.

Die Tschechen haben an der Sprachgrenze nicht haltgemacht, sie sind vielerorts tiefer ins deutsche Sprachland eingedrungen und dauernd seßhaft geworden. Die großartige Entwicklung, welche die Industrie und der Bergbau in Deutschböhmen erlebten, hatte einen großen Arbeiterbedarf zur Folge, der aus Deutschböhmen heraus umso weniger ganz bestritten werden konnte, als viele deutsche Arbeiter ihren Weg ins Reich nahmen, wo die Entlohnung besser war. So strömten zahlreiche tschechische Arbeiter aus dem schlechter zahlenden agrarischen Innenland in die deutschen Bergwerks- und Industrieorte der Grenzgaue ab, nahmen wohl auch ihren Weg elbeabwärts bis Dresden oder nach Ober- und Niederösterreich, hier vorab nach Wien, um sich eine neue bessere Existenz zu schaffen. Innerhalb Deutschböhmens war dieser neue tschechische Zuzug besonders ansehnlich im nordwestlichen Kohlenreviere, in den Gerichtsbezirken Dux, Brüx, Oberleutensdorf, Bilin und Teplitz-Schönau.

Unter 100 staatsangehörigen Personen waren hier tschechisch:

1880:	8·03	Prozent
1890:	12·68	„
1900:	18·64	„
1910:	21·44	„

Durch diese Invasionen ist es dahin gekommen, daß im Jahre 1910 innerhalb Deutschböhmens ungefähr 140.000 Tschechen gezählt wurden; ihnen standen im tschechischen Sprachgebiet nur 90.000 Deutsche gegenüber, die Reste eines einstmals stark vertretenen deutschen Bürgertums, vorwiegend in Prag, Pilsen und Budweis zu Hause.

Durch geraume Zeit hindurch pflegten sich die zugewanderten tschechischen Arbeiter und Bergleute ihrer neuen Umgebung anzupassen; sie wurden eingedeutscht. Doch in den achtziger Jahren begann man diesen Volksverlust mit allen Mitteln hintanzuhalten. Dem tschechischen Arbeiter folgten die Kaufleute, Ärzte und Rechtsanwälte und diese intelligenteren Nachzügler arbeiteten in eifrigster Propaganda für die Erhaltung der tschechischen Nationalität. Ein wichtiger Schritt bestand in der Errichtung privater tschechischer Schulen, die, wenn sie durch 6 Jahre hindurch einen Stand von 40 Schülern aufweisen konnten, nach den schulgesetzlichen Bestimmungen von den deutschen Gemeinden übernommen werden mußten. Damit war eine weitere Assimilierung der tschechischen Arbeiterschaft ausgeschlossen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde

kein Opfer gescheut. Tschechische Banken und Sparkassen stellten die finanziellen Mittel bei und den weiteren Ausbau der von unten auf wachsenden Kolonien förderten tschechische Beamte, gleichgültig ob im Staats- oder Landesdienst stehend, tschechische Geistliche und ganz besonders auch die amtlichen Organe des Großgrundbesitzes. Von den 4800 Geistlichen Böhmens war 1918 nur ein recht bescheidener Bruchteil, ungefähr ein Siebentel, deutscher Herkunft. Diese eine Tatsache, daß so häufig tschechische Geistliche in deutschen Gemeinden für die Tschechisierung arbeiteten, verbunden mit der anderen, daß in der Ära Taaffe die klerikalen Abgeordneten Hand in Hand mit den Slawen gingen — gegen die Deutschen — löste jene Bewegung aus, die die Deutschösterreicher von Rom weg und zur altkatholischen oder protestantischen Kirche hinführen wollte.

Angesichts des auf ganzer Linie entbrannten Kampfes und der drohenden Verluste wurden die Geister in Deutschböhmen energischer aufgerüttelt und die Entschlossenheit zur Abwehr geweckt. Eine Reihe von Vereinen erwuchs, deren unermüdlichem Schaffen es zu danken ist, daß sich die Verluste an deutschem Besitzstand doch in leidlichen Grenzen hielten. An der Spitze dieser Gründungen steht der Deutsche Schulverein (1880); ihm folgten bald der Deutsche Böhmerwaldbund mit dem Sitze in Budweis 1884, der Bund der Deutschen in Böhmen (Prag) 1894 und im gleichen Jahre der Bund der Deutschen in Ostböhmen (Braunau). Alle diese

Vereine stellen Unternehmungen der freiwilligen Selbsthilfe dar und betrieben, neben der staatlichen Verwaltungsorganisation schaffend, die Organisierung des nationalen Lebens, das in zwei mächtigen Strömen durch das Land zieht: denn wie die Deutschen so schufen auch die Tschechen Vereine mit ähnlichen Programmen und Zielen.

Das Jahr 1883 brachte den Deutschböhmen im Landtag eine bedeutsame Überraschung. Die Stimmen des Großgrundbesitzes, der in nationaler Hinsicht niemals ein verläßlicher Faktor war, fielen bei der letzten Wahl — die Regierung trug hiezu ihr redlich Teil bei — den Feudalen zu und so wurden auf tschechischer Seite 167, auf deutscher 75 Mandate gezählt. Die Stadt Prag war zum ersten Male nur mehr durch Tschechen vertreten. In Würdigung dieser Verhältnisse erhoben die Deutschen im Landtage die ganz bestimmte Forderung nach nationaler Abgrenzung und Scheidung der Administration. Niedergelegt war diese Kardinalforderung der Deutschen in dem Antrage, den ihr Führer Herbst einbrachte (16. September 1884). Im Abgeordnetenhause tat Herbst zu dieser Frage die denkwürdige Äußerung: „Die Deutschen werden von dieser Forderung niemehr ablassen, es mag geschehen, was will. Und es wird die Ruhe nicht früher eintreten, bis nicht diesen Forderungen wird entsprochen werden."

Was Herbst gefordert, das haben die anderen führenden Politiker, Schmeykal und Plener, bald mit Nachdruck wiederholt, doch ohne Erfolg. Die Tschechen

lehnten mit dem Hinweise auf die Unteilbarkeit des Königreiches ab. Ein tieferer Grund war wohl der, daß die Tschechen die Steuerkraft der deutschen Landesteile weiterhin in ihren Dienst gestellt sehen wollten. Obgleich gut die Hälfte der direkten Steuern aus Deutschböhmen hervorging, wurde für deutsche Zwecke nur ungefähr ein Drittel der Einnahmen verausgabt, alles übrige kam den Tschechen zugute.

Wie schon einmal angedeutet, muß es als ein Versäumnis der deutschliberalen Politik angesehen werden, daß, solange unter günstigeren Voraussetzungen ein Ausgleich in Böhmen betrieben werden konnte, nichts unternommen wurde. Jetzt, da sich die Lage der Tschechen wesentlich gebessert hatte, verschlossen sie sich billigen Wünschen der Deutschen. Hier gilt die treffende Bemerkung eines deutschböhmischen Politikers aus jüngster Zeit: „Das ist eben das Verhängnis der Völker und Staaten, daß sie, solange sie die Macht zu besitzen glauben, an eine Beschränkung nicht denken, um nicht der Schwäche geziehen zu werden, daß es aber, wenn sie die Macht entschwinden sehen, meistens zu spät ist, weil dann der andere Teil an einen Ausgleich nicht mehr denkt, sondern bereits seinerseits weitergehende Ziele verfolgt."

Als die deutschen Forderungen im Landtag als unerfüllbar bezeichnet wurden, räumten die Deutschen den Verhandlungssaal (1886). Die Wiener Regierung schien dieses Fernbleiben zunächst wenig zu bekümmern. Als jedoch die Deutschen deutlich zu

verstehen gaben, daß das, was in Prag geschehen war, auch in Wien möglich wäre, schenkte Taaffe der böhmischen Frage wieder größere Beachtung. Unter seinem Vorsitz traten 1889 Deutsche und Tschechen zu Besprechungen zusammen, die zu beachtenswerten Ergebnissen führten. Die Beschlüsse betrafen die nationale Teilung des Landesschul- und Landeskulturrates, die Abgrenzung der Gerichtssprengel nach nationalen Gesichtspunkten, die Schaffung nationaler Landtagskurien mit Vetorecht, die Minoritätsschulen, die Revision der Stremayrschen Sprachenverordnung u. a. m. Als jedoch diese Verhandlungsgegenstände vor den Landtag gebracht wurden, begann die jungtschechische Partei in heftigster Weise gegen das Ausgleichswerk zu agitieren, sodaß lediglich die Teilung des Landesschul- und Landeskulturrates unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Alles andere fiel wieder ins Wasser; die demagogische Hetze der Jungtschechen hatte die alttschechische Partei, die dem Ausgleich geneigt war, eingeschüchtert und wankend gemacht. Mit Stolz rühmte sich ein Jungtscheche gegenüber seinen Wählern: „Wir haben den Ausgleich vereitelt und wollen die förderalistische Umgestaltung des Reiches anstreben, um in Böhmen, Mähren und Schlesien die tschechische Hegemonie begründen zu können!“ Das war wenigstens eine offene Sprache und jeder Deutsche konnte nun ersehen, wo die Tschechen, die soviel von Gleichberechtigung sprachen, letzten Endes hinauswollten.

Mit allen Nationen wollten die herrschsüchtigen Jungtschechen in ein gutes Verhältnis kommen, nur mit den Deutschen nicht. Bei der 1891 in Prag abgehaltenen Landesausstellung wurden neben den Vertretern der verschiedenen slawischen Stämme gerade die französischen Turner wieder mit ausgesuchter Herzlichkeit empfangen und ein Jahr später, als trotz des Verbotes der österreichischen Regierung die Tschechen ihren Gegenbesuch beim großen Studententurnfest in Nancy machten, da sprach der Tscheche Podlipny die kennzeichnenden Worte: „Tiefbewegt reichen wir Ihnen die Hände hier, nahe der Grenzscheide, welche durch die unglückliche Fügung einer brutalen Macht entstand. Unsere Feinde sind auch die eueren, euere Feinde auch die unseren. Keine Macht kann uns trennen. Es lebe Frankreich!" Bedurften die Deutschen noch eines weiteren Fingerzeiges, wessen sie sich einmal in kritischer Zeit von seiten vieler Tschechen zu versehen hätten? Nebenbei bemerkt, waren ähnliche Äußerungen tschechischer Persönlichkeiten keine vereinzelte Erscheinung.

In den achtziger Jahren forderte neben der nationalen Frage eine andere, nicht minder wichtige — die soziale Frage — Beachtung. Durch ihr Hervortreten gestalteten sich die an sich schon schwierigen inneren Verhältnisse in Land und Staat noch schwieriger.

In der Zeit, da das liberale Großbürgertum am Ruder war, hatten auf wirtschaftlichem Gebiete

durchaus liberale Anschauungen geherrscht. Man huldigte dem freien Spiel der Kräfte, wodurch die wirtschaftlich Schwächeren allenthalben nicht wenig ins Gedränge kamen. Schutzlos stand der Arbeiter dem nach größtem Gewinn strebenden Unternehmertum gegenüber, schwer rang das Kleingewerbe unter dem Drucke der Großindustrie und bei voller Gewerbefreiheit um seine Existenz und auch dem Bauernstand hatte man durch die Freiteilbarkeit des Grundes ein Geschenk recht bedenklicher Art gebracht. — Das konnte nicht so weitergehen.

Die Arbeiterschaft machte sich das neue Vereinsgesetz von 1867, das ihr größere Bewegungsfreiheit gab, zunutze und begann sich zu organisieren. Und mit der Organisation vollzog sich rasch fortschreitend die Politisierung. Die praktischen Forderungen, die bald erhoben wurden, betrafen die Lohnsätze, Arbeitszeit und die Teilnahme am politischen Leben. Eine solche sollte erzielt werden durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das fürderhin als Kardinalforderung im Programme der Sozialdemokratie erscheint, in deren Reihen sich der größere Teil der Arbeiterschaft zu sammeln begann. Wenn auch die Regierung noch öfter in Repressalien das Mittel sah, um das Anwachsen dieser Partei, die sich gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung kehrte, zu verhindern, so wollte sie anderseits die Berechtigung so mancher Forderung nicht verkennen. Hier sollte und wollte der Staat eingreifen und so kam es unter Taaffe zu einer Reihe von sozialpoli-

tischen Maßnahmen. Sie galten der Regelung der Unfalls- und Krankenversicherung, der Festlegung einer Maximalarbeitszeit, der Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, der Einführung der Gewerbeinspektoren u. a. m.

Taaffe glaubte aber auch noch aus einem anderen Grunde dem vierten Stande seine Aufmerksamkeit schenken zu sollen. Er hoffte dem nationalen Streite, der alle Arbeit in der Landtagsstube wie im Parlamente lähmte, einiges an Schärfe nehmen zu können, wenn er die Arbeiterklasse, die in nationaler Hinsicht ruhiger denke, mit dem Wahlrecht ausstatten würde. Schon durch die Wahlreform von 1882, welche den Zensus für die Wahlen in den Städten und Landgemeinden auf fünf Gulden herabsetzte, war einiger Zuzug aus den unteren Schichten erfolgt. Viel weiter ging der Entwurf, der 1893 dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde. Er gewährte in der Städte- und in der Landgemeindenkurie jedem volljährigen Staatsbürger, der lesen und schreiben konnte und eine direkte Steuer zahlte, das Wahlrecht.

Dieser Entwurf rief noch so viele Gegner auf den Plan, daß sein Schöpfer darüber gefallen ist. Was ist nun aber zu der ausgleichenden Wirkung zu sagen, die die Arbeitervertreter im Streite der Völker hervorbringen sollten? Es sei hier gleich vorweggenommen, daß diese Wirkung ausblieb, als sich 1907 das allgemeine und direkte Wahlrecht durchsetzte. Und zwar aus dem Grunde, weil die

deutschen und tschechischen Sozialdemokraten in nationalen Fragen eine verschiedene Haltung einnahmen. Gingen diese mit den bürgerlichen Vertretern gemeinsam vor, so war dies bei jenen leider nicht immer der Fall. Es soll hier nicht angeklagt werden, sondern nur über die Gründe dieser Erscheinung einiges bemerkt sein. Fürs erste möchte betont sein, daß bei den Tschechen die politischen Wünsche und Bestrebungen beider Richtungen, der bürgerlichen und sozialistischen, viel häufiger in die gleiche Richtung wiesen als dies bei den Deutschen der Fall war und damit entfiel ein Grund zu Streit und Kampf und Verbitterung. Ein Beispiel: das allgemeine und gleiche Wahlrecht, durch Jahre hindurch ein heißumstritten Ding, wurde vom tschechischen Bürger ebenso leidenschaftlich begehrt wie vom sozialistischen Arbeiter, von dem einen aus nationalpolitischen Gründen, von dem anderen vom Standpunkte des Klassenkampfes. Waren auch die Beweggründe verschieden, das Ziel war ein gleiches, der Kampf konnte ein gemeinsamer sein. — Ganz anders bei den Deutschen. Die bürgerlichen Parteien wollten mit dem alten Wahlrecht die alten nationalen Positionen wahren; die sozialistische Arbeiterschaft und ihre Führer sahen darin bürgerlichen Hochmut, Abneigung gegen jede Demokratie und wollten ihre Klassenpolitik um jeden Preis siegreich sehen.

Die tschechischen bürgerlichen Politiker legten seit Beginn des 19. Jahrhunderts großes Gewicht

darauf, an die Masse heranzukommen und die untersten Schichten ins politische Leben einzubeziehen. Es war also von Anfang an ein demokratischer Grundzug in der Gesamtpolitik, der ihr jene Geschlossenheit und Kraft lieh, um die man das tschechische Volk beneiden mochte.

Anders gaben sich die Deutschliberalen und so manche, die ihr Erbe antraten. Sie wandelten obenhin, die enge Fühlungnahme mit den niederen Volksschichten haben sie nicht gekannt und nicht erstrebt. Statt eines demokratischen lag in solchem Gebaren ein aristokratischer Zug. — Diese und ähnliche Erscheinungen brachten es dahin, daß sich bei den Deutschen zwischen bürgerlichen und sozialistischen Volksvertretern eine größere Kluft auftat als beim anderen Volksstamm.

Zurzeit da Taaffe, der die Versöhnung bringen sollte, aus dem Amte schied, war der Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen größer als je zuvor. Als im Landtage über die Errichtung des Kreisgerichtes in Trautenau verhandelt werden sollte, gingen die Jungtschechen zur Obstruktion über und die Unruhen, die darüber in der Stadt hervorgerufen wurden, zwangen die Regierung, zu dem alten radikalen Gegenmittel zu greifen, zur Verhängung des Ausnahmszustandes (Sept. 1893). — Ihrem Groll über die letzten Geschehnisse — Fall des Wahlrechtsentwurfes und Ausnahmszustand — machten die Jungtschechen im Wiener Parlament durch die Einführung der Obstruktion Luft, einer

Neuerung, der die folgende Verwilderung der parlamentarischen Sitten zu allermeist zur Last zu legen ist. Es war eine immer wiederkehrende Erscheinung: wenn in Prag die politischen Wogen hochgingen, dann zog die Erregung auch in Wien ihre Kreise. Die Größe und wirtschaftliche Bedeutung des Königreiches und die große Zahl der aus ihm hervorgegangenen Volksvertreter sorgten dafür, daß der Zusammenhang zwischen der innerpolitischen Lage des Reiches und dem deutsch-tschechischen Streite niemals aus dem Bewußtsein schwand oder wie es Dr. Lueger im Jahre 1893 in humorvollen Worten aussprach: Mit Böhmen fang an, mit Böhmen hör auf, das ist der beste Lebenslauf!

Trotz aller Unversöhnlichkeit und Leidenschaftlichkeit, in die der politische und parlamentarische Kampf eingekleidet war, mochten die einen — die Optimisten — immer noch bei der Auffassung bleiben, daß es sich nicht um einen Kampf gegen den Staat schlechthin handle, sondern um den Anteil am Staat, während andere — die Pessimisten — aus diesen betrüblichen Hergängen weitergehende Schlüsse zogen: sie zweifelten an der weiteren Existenzfähigkeit Österreichs.

Und noch eines möchte in diesem Zusammenhange gesagt sein: Trotz alles innerpolitischen Haders und des viele Kräfte verzehrenden endlosen Streites ist die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung nicht still gestanden, bei keinem der Völker, auch bei den Tschechen nicht, wenn auch die Klagen

über „Unterdrückung" kein Ende nehmen wollten. Es mehrten sich ihre Schulen, die mittleren über den Bedarf hinaus, es hob sich die Volksbildung, es blühte Kunst und Wissenschaft, es stieg die Zahl der Banken und Sparkassen, ganz so wie Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie sich hoben. Dieser Fortschritt kann nur zum Teile durch die Arbeitsamkeit und die Bildungsfähigkeit der tschechischen Nation erklärt werden, ein anderer fördernder Faktor war immer das Muster und Beispiel der umwohnenden Deutschen und schließlich auch die stets zur Hilfe und Unterstützung bereite österreichische Finanzverwaltung.

Ein Höhepunkt im Völkerstreite kam unter dem Ministerium Badeni, das 1895 auf das kurzlebige Ministerium Windischgrätz gefolgt war.

Um die Tschechen für den Ausgleich mit Ungarn zu gewinnen, rückte der polnische Graf 1897 mit einer neuen Sprachenverordnung heraus, die er über die Köpfe der Deutschen hinweg mit den Tschechen fertiggestellt hatte. Die Stremayrsche Verordnung wurde durch sie weit in den Schatten gestellt. Denn sie verlangte, daß alle Ämter, also nicht mehr bloß die politischen und gerichtlichen Stellen, mit den Parteien in der Sprache zu verkehren hätten, in der sich diese an sie wenden würden. Und durch eine Reihe ähnlicher Bestimmungen sollte in rücksichtslosester Weise die Durchbrechung des geschlossenen Deutschböhmen vollzogen und ganz zielbewußt auf dessen Slawisierung hingesteuert werden. Hatte

Stremayr an der inneren deutschen Amtssprache noch festgehalten, so war es jetzt auch um diese so gut wie ganz geschehen. Alle Beamten, die vom 1. Juli 1901 an angestellt würden, sollten die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachweisen. Doch folgte noch der Zusatz, daß unbeschadet dieser Bestrebungen schon vom Tage des Erlasses an nach Tunlichkeit des Dienstes Vorsorge zu treffen wäre, daß die Ämter und Gerichte mit beider Sprachen kundigen Beamten versehen würden, womit der weiteren und raschen Tschechisierung des Beamtenstandes Tür und Tor geöffnet war.

Die Erbitterung der Deutschen war allgemein. Sie mußten in den Verordnungen eine unerhörte Herausforderung sehen, denn alle ihre in den vergangenen Jahren gestellten Forderungen auf Abgrenzung und Verwaltungsteilung sollten demnach in den Wind gesprochen sein. Die gerechte Entrüstung der Deutschböhmen tat sich kund auf Parteitagen, in Reden, in der Presse, in leidenschaftlichen Protesten und Resolutionen. Die erhebendste und gewaltigste Kundgebung jedoch wurde der nach Eger berufene Volkstag (12. Juli 1897), wohin deutsche Volksgenossen aus allen Gauen strömten, um sich im feierlichen Schwur, im Kampfe für die deutschböhmische Heimat nicht zu ermüden und nicht zu wanken, zu einen. Das Blutvergießen, das hier die Regierung nicht gescheut, steigerte die Erregung des deutschen Volkes noch mehr und mit Ungestüm wurde im Parlament die sofortige Zurückziehung des unseligen Machwerkes gefordert. Davon wollte Badeni

nichts hören und er glaubte durch Verletzung der primitivsten parlamentarischen Rechte und Sitten über die deutsche Obstruktion hinwegzukommen. Mit dem Erscheinen der Polizei in den Räumen des Parlamentes hatte jedoch der Übermut und die Hinterlist des polnischen Magnaten den Höhepunkt erreicht. Die Erregung im deutschen Wien wäre nicht länger zu meistern gewesen — die rasche Entfernung des Unruhestifters war unvermeidlich geworden.

In Prag hatte der Sturz des hohen Protektors Ausbrüche von Zorn und Haß zur Folge. Die Plünderungen und Verwüstungen, die damals am deutschen Besitz vollführt wurden und die Verfolgungen, denen der deutsche Bürger und Student ausgesetzt waren, gehören zu den häßlichsten Ausschreitungen, die die Deutschen im Laufe der Jahrhunderte auf dem Boden dieser Stadt erleben mußten. Erst die Verhängung des Standrechtes (2. Dezember 1897) konnte die Ruhe und Ordnung einigermaßen herstellen.

Da ist es nur zu begreiflich, wenn die große deutsche Akademikerversammlung, die im Jänner 1898 in Leitmeritz zustande kam, um gegen all das Ungemach, das in Prag immer wieder zu erdulden war — insbesondere gegen ein damals erlassenes Verbot des Farbentragens — energisch zu protestieren, gleichzeitig unter der Parole „Los von Prag" die Verlegung der Universität nach einer deutschböhmischen Stadt forderte, ohne freilich damit auf deutscher Seite allseitige Zustimmung und Billigung zu finden.

Diese letzten Erlebnisse hatten nicht nur die Bevölkerung Deutschösterreichs aufgerüttelt, sie hatten auch auf die deutschen Volksvertreter tiefen Eindruck gemacht. Die gemeinsame Not sollte sie endlich dazu bringen, den reichlich gedeihenden Fraktionsgeist zurückzudrängen und in der deutschen Gemeinbürgschaft die Verbindung zu gemeinsamem Handeln zu suchen. Bald darauf hat die neue Vereinigung (sie umfaßte die: deutsche Volkspartei, deutsche Fortschrittspartei, verfassungstreuen Großgrundbesitz, christlichsoziale Vereinigung und die freie deutsche Vereinigung) im Pfingstprogramm (20. Mai 1899) klar ausgesprochen, welches die Forderungen wären, auf denen das deutsche Volk in diesem Staate unbedingt beharren müßte. Dieses scharfumrissene Programm, das den meisten deutschen Politikern in der Folgezeit Norm und Richtschnur blieb und das auf die Lage der Deutschen in Böhmen ganz besonders Rücksicht nehmen wollte, umfaßte folgende Punkte:

1. Nationale Abgrenzung. Die nationale Abgrenzung der Gerichtssprengel ist, ausgehend von der Ortschaft (wenn nötig, durch Teilung der Gemeinden), derart völlig durchzuführen, daß, abgesehen von den infolge der ethnographischen Verhältnisse unausweichlich verbleibenden gemischten Gebieten zu jedem Gerichtssprengel nur Ortschaften einer und derselben Nationalität zugeteilt werden. Auf Grund der national abgegrenzten Gerichtssprengel haben sich aufzubauen die national abzugrenzenden Verwaltungsgebiete und die Wahlbe-

zirke für den Landtag, Reichsrat und für die anderen Vertretungskörper.

Es sind national abgegrenzte Kreise zu bilden mit Kreisämtern und Kreisvertretungen, denen ein Teil der Geschäftszweige der Statthalterei und des Landesausschusses zu überweisen sind.

Diese Abgrenzung der deutschen und tschechischen Landesteile hat unabhängig von den schwankenden Ergebnissen der Volkszählung nach den dermaligen Wohnsitzen der beiden Volksstämme in Böhmen zu erfolgen.

2. Organisation der Behörden und Verwaltung. Die obersten staatlichen Gerichts- und Verwaltungsbehörden im Lande haben aus einer deutschen und einer tschechischen Abteilung zu bestehen.

Diesen Abteilungen werden alle Angelegenheiten aus den betreffenden sprachlich abgegrenzten Verwaltungsgebieten zugewiesen. Für diese gesonderten Verwaltungsgebiete samt den ihnen übergeordneten Abteilungen der Landesbehörden sind selbständige Beamtenkörper zu bilden. In den deutschen Verwaltungsgebieten und den diesen übergeordneten Abteilungen der Landesbehörden sind nur Beamte deutscher Nation anzustellen.

3. Sprachenfrage. Die deutsche Sprache ist als innere und äußere Amtssprache aller Staatsbehörden in den deutschen Verwaltungsgebieten, sowie bei den deutschen Abteilungen der Landesbehörden zu bestimmen. In den gemischten Gebie-

ten, sowie in der Landeshauptstadt Prag samt den Vororten hat die vollständig paritätische Behandlung beider Sprachen einzutreten.

4. Kurien. Die Abgeordneten der Städte, Handelskammern und der Landgemeinden werden in nationale Kurien eingeteilt. Diesen Kurien wird ein Vetorecht bei Änderung der Landesordnung, der Landtagswahlen und der Gemeindeordnung, sowie in allen ein wichtiges nationales Interesse eines der beiden Volksstämme betreffenden Angelegenheiten in der Weise eingeräumt, daß in diesen Angelegenheiten gegen das Veto einer Kurie ein endgültiger Landtagsbeschluß nicht zustande kommen kann.

5. Die Bedeckung der Schulauslagen ist in der Art zu trennen, daß für jede Nationalität ein selbständiges Budget zur Bestreitung der Unterrichtszwecke aufgestellt wird.

6. Der Verkehr der staatlichen Behörden untereinander geschieht in der Regel in der allgemeinen Vermittlungssprache. Inwieweit innerhalb des tschechischen Sprachgebietes dieser Verkehr in der tschechischen Sprache stattfinden kann, wird festzusetzen sein.

7. Die Frage des Gebrauches der Landessprachen bei den autonomen Behörden ist nach folgenden Grundsätzen zu ordnen:

a) Die bisherige Schwierigkeit bezüglich der Berücksichtigung der Sprache der Minorität in Gemeinde, Bezirk (Kreis) wird durch die nationale Abgrenzung der beiden Sprachgebiete nahezu ganz behoben.

b) Jede autonome Behörde in Böhmen hat (mit Ausnahme der Landeshauptstadt) ihre innere und äußere Amtssprache selbst festzusetzen und kann, wenn sie eine der beiden Landessprachen ausschließlich als ihre Amtssprache erklärt, nicht gezwungen werden, in einer anderen Sprache Eingaben anzunehmen, Verhandlungen zu führen oder Geschäfte zu erledigen. Der Verkehr zwischen autonomen Behörden mit verschiedener Amtssprache hat auf dem Wege der Übersetzung zu geschehen. Es soll den autonomen Behörden freistehen, die Übersetzung selbst zu besorgen, Übersetzungsämter für einen ganzen Bezirk oder Kreis zu errichten oder die Übersetzung durch ein beim Landesausschusse zu errichtendes Bureau zu bewirken, welches ausreichend mit Personal versehen ist und die Übersetzungen unentgeltlich zu besorgen hat.

c) In den gemischten Gebieten (Gemeinde, Bezirk, Kreis) werden beide Sprachen nebeneinander zu gebrauchen sein.

d) Die übergeordneten autonomen Behörden verkehren mit allen untergeordneten autonomen Behörden in deren Amtssprache.

8. In den gemischten Gebieten, sowie in der Landeshauptstadt samt Vororten sind Minoritätsschulen zu errichten, wenn die gesetzlich erforderliche Anzahl von Kindern der anderen Nationalität vorhanden ist, wobei jedoch auf dem Wege der Gesetzgebung Bestimmungen zu treffen sind, wonach bei der Errichtung, beziehungsweise Erweiterung von Minoritätsschulen nur die seit einer

gewissen Zeit ortsansässige Bevölkerung zu berücksichtigen ist. Die Kosten dieser Minoritätsschulen werden, unbeschadet der bereits vorher von der Gemeinde erfüllten Verpflichtungen, vom Landesschulfonds der betreffenden Nationalität bestritten.

In den reinsprachigen Gebieten bedarf es zur Errichtung einer Minoritätsschule außerdem der Zustimmung der Gemeinde."

Die unheilvolle Sprachenverordnung Badenis blieb geraume Zeit hindurch ein heiß umstrittener Gegenstand. So fest und bestimmt die Deutschen die Zurücknahme forderten, so kühn behaupteten die Tschechen, daß kein Punkt daran geändert werden dürfte, bis endlich doch das Ministerium Clary im Oktober 1899 an die Aufhebung schritt, mit dem Bedeuten, „daß bis zur gesetzlichen Regelung, welche in Vorbereitung steht", jene Bestimmungen bezüglich des Sprachengebrauches zu gelten hätten, die bis auf Badeni maßgebend waren. — Doch ließen sich die Tschechen die innere tschechische Amtssprache, die ihnen einmal zugestanden worden war, in vielen Belangen nicht mehr nehmen und in anderen haben sie diese via facti zur Geltung zu bringen versucht. Im übrigen beantworteten die Tschechen den Schritt Clarys im Abgeordnetenhause mit scharfer Obstruktion.

Auch die folgenden österreichischen Regierungen mußten erkennen, daß die deutsch-tschechische Frage die Achse darstelle, um die sich alle innere österreichische Politik drehe und sie säumten daher nicht, auf dem dornigen Wege einer Völkerversöhnung

ein Stück vorwärts zu kommen. Ministerpräsident Körber (1900—1904), wohl der fähigste Staatsmann, den Österreich in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat, wollte durch ein Sprachengesetz, also nicht mehr im Verordnungsweg, die schwebenden Fragen bereinigen (1900). Ähnlich wie Gautsch, der als unmittelbarer Nachfolger Badenis einen Ausgleichsversuch unternommen hatte, unterschied Körber drei Sprachgebiete (rein deutsch, rein tschechisch und gemischtsprachig) und schuf noch besondere Bestimmungen für die völkische Abgrenzung der Gerichts- und politischen Bezirke. Bezirke, deren Minderheiten zumindest 20 Prozent der Bewohner ausmachten, sollten als gemischtsprachig angesehen werden. In den sprachlich einheitlichen Bezirken sollte nur eine Amtssprache für den äußeren und inneren Dienst gelten. Bei Behörden in gemischtsprachigen Gebieten war die Sprache, deren sich die Parteien bedienten, im äußeren und inneren Verkehr anzuwenden. Weiters wurde der Geltungsbereich der inneren deutschen Amtssprache genau umschrieben. Die vorgesehenen Kreisregierungen sollten der Statthalterei eine Reihe von Verwaltungsgeschäften abnehmen und den Geschäftsgang vereinfachen helfen. Die Zahl der Kreise betrug 10, wovon 3 deutsch, 5 tschechisch und 2 gemischt sein sollten.

Auch diesem umfassenden Gesetzeswerk, das gewiß gegen den bestehenden Zustand einen Fortschritt bedeutete, stellten sich die Tschechen ablehnend gegenüber. Ein Entwurf, den sie ihrerseits im März 1902 einbrachten, erkannte ein deutsches Sprach-

gebiet nicht an und wollte die Doppelsprachigkeit über das ganze Land hin durchsetzen. Daraufhin ermangelten die Deutschen nicht, im böhmischen Landtag 1903 ihre Forderung nach nationaler Abgrenzung, Zweiteilung der Landesbehörden und nationalen Landtagskurien eindringlich zu wiederholen. So war es auch dem redlichen Bemühen Körbers versagt, den Alpdruck von der österreichischen Politik zu nehmen. Auch seine Absicht, durch Betonung und Hervorkehrung großer wirtschaftlicher Probleme die Plattform zu finden, auf der gemeinsame, ruhigere Arbeit ermöglicht würde, hatte keinen anhaltenden Erfolg. Die „Desarmierung des nationalen Radikalismus" war nicht gelungen und sie wurde auch, wie bereits oben angedeutet, durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes nicht herbeigeführt.

Dafür hat die Reichsratswahlordnung von 1907 den Beweis geliefert, daß die nationale Scheidung im Lande durchführbar ist. Sie nahm die Abgrenzung der Wahlbezirke nach nationalem Gesichtspunkte vor und legte in Nordböhmen 12, im Elbegau 6, in Nordwestböhmen 12, im Egerland 11, im nördlichen und südlichen Böhmerwald je 4 und in Nordostböhmen 6 deutsche Reichsratswahlbezirke fest. Über die von Gautsch und Körber erstrebte Dreiteilung hinausgehend, war hier die Zweiteilung des Landes erreicht. Der langjährige Streit hatte ja eine ziemlich reinliche Scheidung herbeigeführt und nicht etwa in einer schwer entwirrbaren Mischzone, sondern ziemlich unvermittelt stoßen die geschlossenen Sprachgebiete beider Volksstämme aufeinander.

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß durch die neue Wahlordnung im Besitzstand der Stimmen eine Verschiebung zuungunsten der Deutschen herauskam. Hatten sie nach der alten Ordnung 205 von 425 Mandaten innegehabt, d. i. 48·2 Prozent, so nach der neuen 233 von 516, d. i. nur mehr 45·2 Prozent. Durch die Wahl mehrerer deutscher Sozialdemokraten war zu den 6 bestehenden deutschen Parteien eine siebente hinzugekommen. Das bedeutete in Hinsicht jener ziffermäßigen Minderheit und der schwierigen Lage, in die das Deutschtum in Österreich gekommen war, viel zu viel Zersplitterung. Gerade in Böhmen bekam man das genugsam zu verspüren. So sollte wenigstens innerhalb dieses Landes eine Organisation erstehen, die, Vertreter der deutschen Landtagsparteien und der deutschen Schutzvereine umfassend, einigend und zusammenfassend wirken und alle auftauchenden nationalpolitischen Fragen von einer höheren Warte, vom allgemein völkischen Standpunkte aus, einer Lösung zuführen wollte. Diese neue Organisation war der deutsche Volksrat in Böhmen und sein Schöpfer Dr. Titta in Trebnitz. An der Sprachgrenze lebend, konnte dieser unermüdliche deutsche Mann an der Quelle studieren, woran es dem deutschen Volke noch immer gebrach, um dann den Weg zu suchen, wie dem abzuhelfen wäre.

Das Jahr nach der großen Wahlreform brachte die Annexion Bosniens und der Herzegowina (1908). Durch sie wurde nicht nur ein deutliches Streiflicht auf die gesamteuropäische Situation geworfen und

sichtbar, mit welchen Freunden und Feinden die Donaumonarchie zu rechnen hätte, sondern auch ein neuerlicher Einblick gewährt in die Stimmung und Denkweise der eigenen Völker. Wie im Jahre 1878 in Prag zugunsten der Balkanslawen lebhaft demonstriert worden war, so auch 1908. Die tschechische Bevölkerung stand zum großen Teile mit ihren Gefühlen nicht auf Seite der Monarchie, sondern im Lager der Serben und zur Zeit des 60jährigen Regierungsjubiläums des greisen Kaisers, der schon so oft loyalster Ergebenheit versichert worden war, war der Belagerungszustand der Landeshauptstadt nicht zu umgehen gewesen.

Ähnliche Wahrnehmungen konnte man im Jahre 1912 sammeln, als wegen der Balkanwirren der Abmarsch der Garnisonen in Königgrätz und Pilsen vor sich ging.

Der nationale Kleinkrieg in Böhmen und in der Monarchie war nicht beendet, als 2 Jahre später von eben diesem Serbien aus der unmittelbare Anstoß zum Weltkrieg kam. Daher war für die Monarchie eine doppelt kritische Zeit angebrochen. Freilich hatte es zunächst den Anschein, als ob der österreichische Staatsgedanke und ein alle Völker umfassendes Staatsgefühl den Sieg über alle staatsfeindlichen Strömungen davontragen wollte, und man mochte sich der Hoffnung hingeben, daß die Wehrmänner, die draußen Schulter an Schulter im harten Streite standen, einmal im Tornister den Völkerfrieden mit heimbringen würden.

Doch diese Hoffnung wurde, je länger der Krieg hinlief, desto gründlicher zerstört. Zerstört durch den Abfall, den tschechische Truppenteile im Felde begingen, zerstört durch bedenkliche Umtriebe aller Art im Hinterland und im feindlichen Auslande. Schier in allen Feindeslanden kämpften tschechische Soldaten gegen Österreich und ein tschechoslowakischer Nationalrat entfaltete in Paris eine unermüdliche Agitation, die sich gegen den Bestand Österreichs richtete. Angesichts dieser traurigen Tatsachen mußte in Österreich die Kriegslast in steigendem Maße auf die Schultern des deutschen Volkes gelegt werden. Überall dort, wo der Kampf am heftigsten tobte, begegnen wir den Regimentern, die aus deutschen Gauen ihre Streiter sammelten. In den Waldschluchten der Karpathen, in den sonndurchglühten Ebenen Galiziens und Polens, in dem Fels- und Steingewirr des Karstes, in den Sümpfen und Wäldern Serbiens, an den Steilhängen der Bergriesen Tirols, allüberall ist das Blut der Besten des deutschböhmischen Volkes geflossen. Und daheim reichte ein schier grenzenloser Opfermut dem Vaterlande Geld und Gut, um den Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen. Daß sich das deutschböhmische Volk sagen mußte, daß all die Opfer an Gut und Blut durch den Abfall vieler von der Gegenseite, die durch Jahrhunderte mit ihm im gleichen Heim gelebt und die Fürsorge des gleichen Staates genossen, schier ins Ungemessene stiegen und daß es darüber von gerechtem Zorn erfüllt ward, wer könnte ihm das nicht nachfühlen?

Der gewaltige Sturm, der durch die zahllosen Feinde gegen Österreich entfesselt wurde und der offensichtlich nicht nur seine Besiegung, sondern seine Auflösung und Vernichtung herbeiführen sollte, war Grund genug, auch im Kriegslärm die Lösung des Nationalitätenproblems und der Verfassungsfrage nicht aus dem Auge zu verlieren. An Vorschlägen und Ratschlägen, wenn auch oft nur in Flugschriften und anonymen Büchern entwickelt, fehlte es wahrlich nicht. Immer ringen noch in diesen Reformvorschlägen die alten gegensätzlichen Auffassungen miteinander: Zentralismus und Föderalismus. Ein festgeschlossenes, erstarktes Österreich unter deutscher Führung ist die Forderung des Großteils deutscher Politiker an die Zukunft. Nur wenige mochten sich von der mächtig fortwirkenden Tradition des alten Liberalismus befreien und sich mit der Auffassung eines führenden deutschböhmischn Politikers identifizieren, die dahin lautete: „Österreich müsse zerschlagen werden, um neu aufgebaut zu werden".

Im böhmischen Landtag war noch vor Ausbruch des Krieges alle politische Tätigkeit lahmgelegt worden. Da die Tschechen auch die in den letzten Jahren unternommenen Ausgleichsversuche der Ministerien Bienerth (1908, 1909), Gautsch (1911) und Stürgkh (1913) immer wieder vereitelt hatten, so hatten die Deutschen im Landtag zur Obstruktion ihre Zuflucht genommen und diesen arbeitsunfähig gemacht (1913) — gemäß der Parole: ohne Ausgleich kein Landtag. An Stelle des Landesausschusses war eine Landesverwaltungskommission getreten, die

infolge der in den Landesfinanzen eingetretenen Zerrüttung vor eine schwere Aufgabe gestellt war.

Die großartigen Leistungen des deutschen Volkes im ersten Kriegsabschnitt schienen zahlreichen deutschböhmischen Volksvertretern ein Grund mehr zu sein, von der Regierung Stürgkh die Erfüllung ihrer alten nationalen Forderungen zu begehren und zwar im Wege eines Oktroi. Die Unterstützung, die in diesem Zusammenhang die Deutschen dem absolutistisch denkenden Grafen Stürgkh liehen, belastete auch sie mit dem Odium, das sich an das Stürgkhsche Regime schloß; die Erfüllung der deutschen Forderungen aber blieb aus.

Die Tschechen hielten in den ersten Kriegsjahren mit staatsrechtlichen Kundgebungen zurück. Und als sie im Jahre 1916 wieder hervortraten, nahmen sie noch einen austroslawischen Standpunkt ein. „Das tschechische Volk erblickt," so heißt es in einer Erklärung sämtlicher tschechischer Parteien, „in der vor Jahrhunderten auf den Thron berufenen Dynastie und in der unteilbar eingerichteten Monarchie die Basis und den Hort seiner nationalen Existenz. Es ist daher entschlossen, auch fernerhin im Zusammenwirken mit den übrigen Völkern dahin zu streben, daß die Großmachtstellung, die Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit der Monarchie gestützt werde." Freilich sollte dieses Österreich der Zukunft ein Bundesstaat sein.

Als 1917 das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, legten die Tschechen ihre Wünsche neuerlich dar (30. Mai 1917). Auch in dieser Erklärung

ist von der Umgestaltung der habsburgisch-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat die Rede. Ein recht auffälliger Widerspruch kam dabei heraus, wenn einerseits auf das natürliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Entwicklung verwiesen wurde und anderseits den Deutschen in den Sudetenländern, sozusagen in einem Atem, die Selbstbestimmung abgesprochen wurde.

Doch je länger der Krieg währte und je mehr Hoffnung sich die Tschechen auf den Sieg der Alliierten machten, desto kühner und rücksichtsloser wurde ihr Gebaren und ihre Sprache. In der Dreikönigsdeklaration (6. Jänner 1918) wird der österreichische Staatsgedanke völlig über Bord geworfen. Die Maske fällt. Man spricht nicht mehr davon, daß die Tschechen nur im Rahmen der Habsburger-Monarchie ihr Heil finden könnten, man fordert ganz offen den unabhängigen tschechoslowakischen Staat. Ein Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen wird nur mehr als eine Utopie bezeichnet. Der tschechische Staat soll in seinen historischen Grenzen erstehen und die tschechische Publizistik kann sich in jenen Tagen nicht genug tun in der Aufsuchung solcher Gebiete, die irgend einmal zum böhmischen Staate gehört hatten und deren Wiedergewinnung nunmehr energisch bebetrieben werden müßte. Unwillkürlich wird man da an die Fälschungen der Hussitenzeit, insbesondere an die berüchtigte Alexanderurkunde, erinnert, die den Tschechen die Herrschaft schier über ganz Europa zuspricht, wenn 1918 behauptet wurde, daß

von Regensburg bis Kaschau hinüber die tschechische Erde reiche. Die tschechische imperialistische Phantasie feierte wieder einmal gründlich Orgien.

Die Antwort, welche die deutschböhmische Volksvertretung hierauf am 21. Jänner im Abgeordnetenhause gab, war durch die Dreikönigsdeklaration vorgezeichnet. Es fällt die gewisse alte Rücksicht, mit der man bisher immer das autonome Deutschböhmen innerhalb der Grenzen des alten Königreiches einrichten wollte und gefordert wird eine ganz selbständige Provinz Deutschböhmen mit allen Eigenschaften, Rechten und Einrichtungen eines Kronlandes im Rahmen des Kaisertums Österreich. Durchgeführt soll werden die nationale Abgrenzung, die Schaffung der neuen Zentralstellen, die Ausweisung aller tschechischen Beamten aus dem deutschen Sprachgebiet und vorbei sollte es sein mit der Anerkennung eines böhmischen Landtages.

Die deutliche und energische Sprache veranlaßte denn auch das Ministerium Seidler, mit Verordnung vom 19. Mai 1918 wichtige Maßnahmen zu ergreifen, nicht zuletzt in Anerkennung der Tatsache, daß die Deutschen in diesem Kriege „Übermenschliches geleistet haben". Das Königreich wurde in 5 deutsche und 7 tschechische Kreise eingeteilt und Kreishauptleute und Kreisvertretungen in Aussicht genommen. Damit sollte in der Frage der nationalen Abgrenzung und Selbstverwaltung — wonach das deutsche Volk seit den 80er Jahren unablässig gerufen — endlich ein wichtiger Schritt vorwärts getan sein und der Begriff Deutschböhmen, der bisher

nur geographischen, ethnographischen und historischen Inhalt hatte, sollte sich nun auch mit dem staatsrechtlichen zu füllen beginnen.

Daß die Tschechen dem Ministerium Seidler scharfen Kampf ansagten, wird kaum überraschen. Ihr Bündnis mit den Feinden Österreichs tritt nun immer unverhohlener hervor. Im Juni werden die Tschecho-Slowaken von den Alliierten als kriegführende Nation anerkannt und mit der bald darauf erfolgten Gründung eines tschechischen National-Ausschusses in Prag (Národni Výbor) war ein erster vorbereitender Schritt zur Aufrichtung des neuen Staates getan.

Gegen Ende des Jahres 1918, als der österreichische Staat bereits in den letzten Zügen lag, wurde ein letzter Lösungs- und Rettungsversuch unternommen und in einem kaiserlichen Manifest (17. Oktober) kundgetan, daß jedes Volk auf seinem Siedlungsraum seinen Staat errichte, um dann mit den anderen Nationalstaaten in einer Föderation zusammenzuleben. Wir begegneten dieser Idee bereits bei den Vertretern des ersten österreichischen Parlamentes (1848—49). In neuester Zeit fand diese Lösungsmöglichkeit erhöhte Beachtung, seit sich der Parteitag der Sozialdemokraten zu Brünn (1899) und bedeutsame Publikationen aus diesem Lager, um dem schwierigen Nationalitätenproblem beizukommen, für die nationale Autonomie, die keineswegs an den Kronlandsgrenzen kleben bleiben sollte, ausgesprochen hatten.

Vor den Ländern der Stephanskrone jedoch machte das Manifest, vom Minister Hussarek gegengezeichnet, halt und schon der Gedanke, auf die Slowakei verzichten zu sollen, reichte hin, daß die Tschechen die große Kundgebung ganz ablehnten. In geradezu stolz-übermütiger Weise verwahrten sich die tschechischen Mitglieder des Herrenhauses gegen die Zumutung, die deutschen Gebiete fallen zu lassen, Gebiete, die in ihren Augen „eine durch die Deutschen im Laufe von Jahrhunderten ergatterte Beute" darstellen und die, „zwei langgestreckten Fangarmen gleichend," „als Staatsgebilde ein formloses Unding' seien. So stark hatten Männer in ernster Versammlung der geschichtlichen Wahrheit kaum jemals Hohn gesprochen.

Rasch wurde in den nächsten Tagen das alte Staatsgebäude abgetragen. Der über ein Menschenalter hinlaufende Kampf zwischen Zentralismus und Förderalismus war zu Ende gekommen. Die Verfassungsfrage, die Lebensfrage dieses Staates, hatte sich zu seiner Schicksalsfrage ausgewachsen, denn nicht mehr beim Föderalismus ist es jetzt geblieben, es ist eine völlige Auflösung und Trennung geworden. Die Idee, die seit einem Jahrhundert als mächtig gestaltender Faktor in die europäische Geschichte eingegriffen: die Nationalitätsidee, sie hat Österreich gesprengt und dargetan, daß die Bindemittel, die man ansonst als eine hinlängliche Grundlage und Klammer für Staat und Völker erachtet hatte, wie die physisch-geographische Einheit des Donaustaates, die in Jahrhunderten

zusammen erlebte Geschichte, die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ergänzung der einzelnen Reichsgebiete, die gemeinsamen Institutionen und das Band einer alten Dynastie, daß sie alle an innerer Kraft und Stärke dieser einen Idee nicht mehr gewachsen waren.

Am 21. Oktober 1918 konstituierte sich die deutschösterreichische Nationalversammlung und errichtete den deutschösterreichischen Staat, der seine Gebietsgewalt auf das ganze deutsche Siedlungsgebiet, also auch auf das der Sudetenländer, erstreckte. Da am 28. Oktober in Prag der tschecho-slowakische Staat proklamiert wurde, so standen die deutschböhmischen Volksvertreter von ihrer ursprünglichen Absicht, die Konstituierung Deutschböhmens auf heimatlichem Boden, und zwar in Aussig, vorzunehmen ab und vollzogen diesen wichtigen Akt gleich am 29. Oktober in Wien. Deutschböhmen als eigenberechtigte Provinz Deutschösterreichs war dadurch faktisch ins Leben getreten, ein eigenes staatsrechtliches Gebilde, geschaffen durch den Willen seiner Bevölkerung. Und es konnte als Provinz sehr wohl bestehen, kam ihm doch ein Areal von 14.464 km² als territoriale Grundlage und eine Bevölkerung von zirka 2¼ Millionen Seelen zu. Der Böhmerwaldgau ist hiebei nicht mitgerechnet, er sollte unmittelbar an Deutschösterreich angeschlossen sein. Die Regierung Deutschböhmens, mit Dr. Lodgman als Landeshauptmann an der Spitze, schlug ihren Sitz in Reichenberg auf und schritt mutig an das schwierige Werk der Neuorganisation. Doch nur zu

bald sollte die verheißungsvoll aufgenommene Arbeit durch den Einbruch der Tschechen wieder zunichte gemacht werden.

Am 11. November verzichtete der schlechtberatene und den gewaltigen Anforderungen seiner Zeit nicht gewachsene Habsburger Kaiser Karl auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften und erklärte, daß er die Entschließung anerkennen wolle, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform treffen würde. Sie fiel zugunsten der Republik, die am 12. November in Wien feierlich verkündet wurde. Zwei Tage später reihte sich die Proklamation der tschechoslowakischen Republik an. Zu ihrem ersten Präsidenten wurde Th. G. Masaryk gewählt und als Ministerpräsident nahm der Jungtscheche Kramař die Regierungsgeschäfte in die Hand. Er sprach am Tage der Proklamation Worte, die über die nächste Politik der Tschechen keinen Zweifel aufkommen ließen. Deutschböhmen sollte eine Beute der Tschechen werden. An verlockenden Worten und Versicherungen fehlte es hiebei nicht. Es würde im tschecho-slowakischen Staate keine Unterdrückten geben, „weder politisch, noch sozial, noch national." „Die Deutschen würden in keiner Weise in ihrer kulturellen und sprachlichen Entwicklung verkürzt werden, vorausgesetzt, daß sie sich auf den Boden des tschecho-slowakischen Staates stellten."

Trotz solch lockender Worte hatte die tschechische Siegesfeier, für die es so wenig tiefere moralische Berechtigung gab, ihre besondere, gegen die Deutschen gerichtete Spitze. Die Bilder Husens und Žižkas,

die durch Wochen hindurch in Festzügen durch die Straßen Prags wanderten, deuteten nur zu deutlich an, daß Denken und Gefühlsweise der althussitischen Revolution zu neuem Leben erweckt waren.

Am 15. Dezember geriet auch Reichenberg in tschechische Gewalt, daher die deutschböhmische Landesregierung weichen mußte, wenn sie noch weiter für Deutschböhmens Rechte frei den Kampf führen wollte. Sie ging nach Wien und munterte von der Ferne her die Stammesgenossen zum Ausharren auf. Und sie haben durch zehn Monate hindurch geharrt und gehofft. Hatten doch die Tschechen trotz aller anders lautenden Ausstreuungen zunächst von der Entente nur ein Verwaltungsmandat im Rahmen des historischen böhmischen Staates bis zur endgültigen Regelung durch die Friedenskonferenz bekommen. Sollte das deutschböhmische Volk um sein Selbstbestimmungsrecht, gegen dessen Zusicherung der Kampf eingestellt worden war, betrogen werden können? Wer wollte an ein so grausames Spiel jetzt schon glauben? —

Angesichts der geringen Kenntnisse, die nun einmal im Auslande über die österreichischen und deutschböhmischen Verhältnisse vorhanden waren, war der deutschböhmischen Regierung sehr daran

gelegen, die Friedenskonferenz in einer dem tatsächlichen Zustand Deutschböhmens entsprechenden Weise zu unterrichten. Es wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß in Böhmen 2½ Millionen Deutsche auf geschlossenem Raume siedeln, eine Tatsache, die nur übelwollende und voreingenommene Menschen leugnen könnten. Doch alle dringlichen Vorstellungen der deutschböhmischen Landesregierung und der deutschösterreichischen Staatsregierung blieben unerwidert und, wie der Friedenspakt zeigte, auch unberücksichtigt. Es kamen auf der Friedenskonferenz nur die Tschechen zu Worte, von ihnen gingen alle Informationen aus. Mit dem wiederholten Hinweise, daß der tschecho-slowakische Staat natürliche Grenzen brauche und daß diese nur die historischen sein könnten, daß auch aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen das Land unzerreißbar wäre, vermochten die Tschechen schließlich die deutschböhmische Beute festzuhalten. Das unaufrichtige Doppelgesicht der tschechischen Politik enthüllte sich am deutlichsten dadurch, daß man nach Deutschböhmen hin das historische Prinzip aufstellte, hingegen gegenüber Ungarn das nationale hervorholte, ganz so, wie es gerade das imperialistische Programm brauchte.

In einen bösen Widerspruch erscheint Wilson, der Gönner der Tschechen, verwickelt, wenn wir den Werdeprozeß des neuen Staates mit den feierlichen Äußerungen zusammenhalten, die er über die nationale Selbstbestimmung getan hat. „Jede friedliebende Nation, die ihr eigenes Leben zu leben wünscht und die entschlossen ist, ihre eigenen Einrichtungen zu haben, soll der Gerechtigkeit und Billigkeit seitens anderer Nationen sicher sowie vor Vergewaltigung und selbstsüchtigen Angriffen geschützt sein." Und wenn der Präsident fordert, daß „die Regelung jeder territorialen und Souveränitätsfrage auf Grund der freien Annahme des unmittelbar betroffenen Volkes und nicht auf Grund des materiellen Interesses oder Vorteiles irgend eines anderen Volkes, das etwa eine andere Regelung um seines äußeren Einflusses oder seiner Herrschaft willen wünscht", vor sich zu gehen hätte. Oder bleibt etwa Masaryk, der erste Präsident des tschecho-slowakischen Staates, von Inkonsequenz frei, wenn er neuestens seinem Volke die Bahn zum Siegeszuge der Macht wies, während er seinerzeit

im alten Österreich als Führer der tschechischen Realistenpartei die Lösung der deutsch-tschechischen Frage nicht in der Unterordnung der Deutschen suchte, sondern als sachliche Grundlage der Verständigung mit den Deutschen die Selbstbestimmung erkannte, gemäß der Parole: „Ich mein Herr! Du dein Herr!"

Schlecht steht es auch an, in der tschecho-slowakischen Republik von einem demokratischen Staatsgebilde zu sprechen, da es dem willkürlich zusammengesetzten Revolutionskonvent, Nationalversammlung geheißen, überlassen wurde, zu Ende April 1920 ohne Heranziehung der anderen Nationen in Eile die neuen Verfassungsgesetze (Verfassungsurkunde, Wahlordnung für das Abgeordnetenhaus, Gesetz über den Senat, Sprachengesetz und Gesetz über die Gau- und Bezirksbehörden) fertigzustellen und hiebei festzulegen, daß diese Verfassung nur geändert werden könne, wenn drei Fünftel aller Abgeordneten der zu erwählenden Nationalversammlung für die Änderung stimmen würden. Macht dies angesichts der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Mandate in tschechischen Händen sind, nicht gerade den Eindruck, als wollte man der anderen Nationen spotten?

Sollen sich etwa die Deutschen für alle Zeit in dieses harte Sprachengesetz fügen, das dem Tschechisierungsdrange keine Grenzen setzen will, über den Minoritätsschutzvertrag leicht hinwegschreitet und selbst der rein deutschen Gemeinde das Tschechische aufdrängen will?

Mit Pathos hat Kramař bei der Begründung der Republik ausgerufen: „Wir werden das alte österreichische Regime nicht nachahmen!" Keine Überhebung, dieses alte österreichische Regime war in mancher Hinsicht gleichwohl das bessere. Es hat bei gesetzlichen Festlegungen von solch weittragender Bedeutung seine Völker doch wenigstens zur Mitarbeit eingeladen.

Allgemein und gleich wurde das Wahlrecht genannt, nach dem die neue Nationalversammlung zustande kommen sollte. Doch bei näherem Zusehen stellte sich heraus, daß auf 22.000 deutsche Stimmen ein Vertreter entfiel, während bei den Tschechen bereits 20.000 Stimmen genügten; eines von vielen Beispielen, die die volle Gleichberechtigung in der tschecho-slowakischen Republik darzutun geeignet sind.

Von der parlamentarischen Tribüne aus werden nunmehr die Vertreter des deutschen Volkes immer wieder der Welt kundzutun haben, wie es um die innere Organisation des neuen Staates, um seine Demokratie und sein Gleichheitsprinzip in Wahrheit bestellt ist. Hier jedoch setzt ein neuer bedeutsamer Abschnitt in der Geschichte der Sudetendeutschen ein, den zu schildern späteren Darstellungen überlassen bleibt.

Als der Friedensvertrag von St. Germain zustandegekommen war (10. September 1919), zog die deutschösterreichische Regierung, der Not gehorchend, die harte Folgerung daraus, entband am 24. September die Vertreter der Sudetendeutschen des Eides

der Treue, den sie der Republik bei ihrer Gründung geleistet hatten, und löste durch einen Kabinettsbeschluß die Landesregierung von Deutschböhmen, Sudetenland und die Kreishauptmannschaft Znaim auf. Schon die im Frühjahr 1919 vor sich gehende Wahl in die konstituierende Nationalversammlung hatte die Verbindung mit Deutschösterreich gelockert, insofern die Wahlen im deutschen Sudetengebiet infolge der tschechischen Besetzung nicht mehr möglich gewesen und über eine etwaige Verteilung der durch Berufung zu vergebenden Mandate unter den politischen Parteien keine Einigung zustande gekommen war.

Der am 24. September in der alten Reichszentrale erfolgte Abschied war schwer. Eine uralte politische und staatliche Lebensgemeinschaft wurde dadurch aufgehoben und die Deutschböhmen gehen seit diesem Tage einen gesonderten politischen Weg.

Wohl hatten Deutsche durch Jahrhunderte hindurch im altböhmischen Staate gelebt. Aber dieser Staat war ein Stein im großen Bau des alten deutschen Reiches gewesen. Der in Böhmen lebende Deutsche hauste nicht in einem fremden Lande, sondern in einem deutschen Reichslande und diese Tatsache konnte ihm das Gefühl der Beruhigung und Sicherheit geben. Als dann am Ende des Mittelalters das Band, das Böhmen mit dem Reiche verknüpfte, sich stark gelockert hatte, da war schon eine neue Verbindung zur Stelle, die der Sudeten- und der Alpenländer, und die Deutschen beider Gebiete wurden auf vier Jahrhunderte hinaus engere

Schicksalsgenossen. Daneben bestand immer noch die lose Verknüpfung mit dem alten deutschen Kaiserreich bis 1806 und dann (seit 1815) mit dem Deutschen Bunde. Nachdem das Jahr 1866 das eine Band durch Blut und Eisen getrennt, hat nun ein grausames Schicksal im Jahre 1919 auch den politischen Zusammenhang mit den Stammesbrüdern der Alpenländer zerrissen. Obwohl dadurch die Deutschböhmen und mit ihnen alle Sudetendeutschen in eine völlig neue, noch nie dagewesene politische Lage versetzt sind, haben sie dennoch keinen Grund, kleinmütig zu sein.

Wohl sind die Deutschen, den Tschechen gegenübergestellt, in der Minderheit im tschecho-slowakischen Staat, aber in einer Minderheit von ganz besonderer Art. Es ist die Minderheit, die der anderen Bevölkerung der Republik der eigentliche Kulturbringer war und die heute noch in ihrer kulturell-geistigen Kraft wie in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung eine besondere Bürgschaft ihrer Zukunft sehen darf. Auch steht diese Minderheit von 3½ Millionen Seelen nicht etwa losgerissen vom deutschen Großvolk, das mit seinen 80 Millionen das stärkste Volkstum Europas darstellt, dem tschechischen Volke gegenüber, sondern auf weiten Strecken der tschecho-slowakischen Staatsgrenze erklingt diesseits und jenseits die deutsche Zunge und aus dieser Rückendeckung werden die Sudetendeutschen fortgesetzt neue Kraft ziehen. Diese geographische Grundtatsache kann keine noch so große Mißgunst der Gegner des deutschen Volkes zur Seite schieben.

Aber auch aus ihrer Geschichte dürfen die Deutschen Zuversicht schöpfen. Denn sie zeigt ihnen das eine deutlich und klar, daß über Deutschböhmen wohl Stürme hereinbrechen konnten, daß jedoch keiner stark genug war, sein Volkstum zu entwurzeln.

Und war jeweils der ärgste Sturm vorbei, zäher, stiller Kampf ist auch weiterhin geblieben. Keines der beiden Völker, die das Schicksal in das einheitliche Naturgebiet hineinversetzt hat, war eben gewillt, dem anderen sich dauernd unterzuordnen und auf seine Scholle, seine Sprache und sein Volkstum zu verzichten. Es wechselten die Zeiten, da der Tscheche die Hegemonie übte, mit solchen, in denen die Deutschen die Oberhand hatten. Und wenn sich schon einmal der eine Stamm seinem Ziele nahe wähnte und den Stempel seiner Nationalität dem ganzen Lande aufdrücken zu können glaubte, immer kam noch der Rückschlag; der besiegt geglaubte Nachbar erhob sich von neuem — ein Zeichen der ihm innewohnenden Kraft und Stärke.

So floß denn, einer stark erregten Woge gleich, das politische Leben eines jeden Volkes dahin — immer ist noch auf den Wellenberg das Wellental gefolgt — der rechte innere Friede und volles Vertrauen blieben dabei beiden Völkern versagt. Soll nun doch einmal an Stelle des mit ewigem Kampfe erfüllten Miteinander- ein leidliches Nebeneinanderleben kommen, dann müßten zuvor Vernunft und Billigkeit Gehör finden und der Besitzstand eines jeden Volkes unverrückbar und in einer jedes Miß-

trauen ausschließenden Weise festgelegt, das heißt, es müßte endlich zur national-territorialen Abgrenzung und zur nationalen Selbstverwaltung geschritten werden.

Man müßte auf tschechischer Seite endlich ablassen, dort enge zusammenzufassen und vereinen zu wollen, wo es nun einmal kein engeres Zusammengehörigkeitsgefühl gibt und geben wird. Man müßte zugeben, was scharfsichtige Beobachter bereits im 14. Jahrhundert ausgesprochen haben: daß ein dauerndes friedliches Miteinanderleben von Deutschen und Tschechen eine Unmöglichkeit ist; zu tief schon ist der uralte Gegensatz in der Seele beider Völker verankert. Man müßte aufhören, das deutschböhmische Volk niederhalten und slawisieren zu wollen, man müßte aufhören von Vor- und Oberherrschaft zu sprechen und eine falsche Machtpolitik zu treiben. Nur wenn diese unseligen Bestrebungen des tschechischen Volkes ein Ende nehmen, kann sich Mitteleuropa konsolidieren, wo nicht — nicht.

Wenn nun aber die Sudetendeutschen ihr Geschick selbst bestimmen wollen, so haben sie auch die besten Gründe dafür. Wie andere Völker es getan, bis sie am Ziele waren, so werden auch sie immer wieder das Selbstbestimmungsrecht als primitivstes, als unveräußerliches Naturrecht anfordern. Aber auch auf ihre älteste Geschichte können sie hiebei verweisen, zumal das tschechische Volk historischen Argumenten seine Wertschätzung nicht gern vorenthalten will! — Schon im 11. und 12. Jahrhundert haben die böhmischen Landesherren den Deutschen

Prags, und wie die Praxis zeigte, auch den übrigen Deutschen in Böhmen, die nationale Selbständigkeit eingeräumt. Diese überaus wichtige Tatsache dürfen wir aus dem berühmten Freibrief des Herzogs Soběslaus herauslesen: „Ich will, daß, wie die Deutschen als Volk verschieden sind von den Tschechen, so auch verschieden seien von den Tschechen in ihrem Rechte und ihren Gewohnheiten. Ich gewähre daher ihnen, den Deutschen, zu leben nach dem Gesetz und dem Rechte der Deutschen . . . . Ihr sollt wissen, daß die Deutschen freie Männer sind!"

In einer Besprechung dieses hochwichtigen Dokumentes schrieb seinerzeit (1871) der als Historiker und Politiker wohlbekannte Ludwig Schlesinger die denkwürdigen Worte nieder:

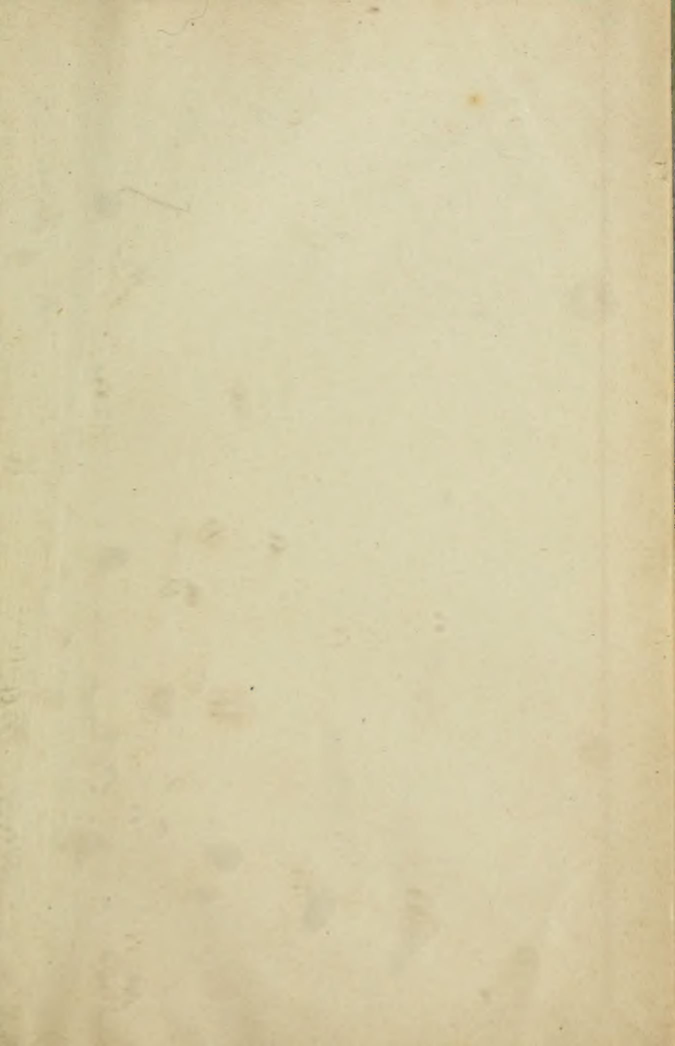
„Wir Deutschböhmen des 19. Jahrhunderts lieben es nicht, gleich unseren Gegnern gesunde Verfassungsverhältnisse der Gegenwart aus dem Inhalte alter vergilbter Pergamente abzuleiten. Käme es aber einmal wirklich darauf an, die Geschicke der Gegenwart nach dem Alter gewisser Landesordnungen und Privilegien zu bestimmen, so könnten wir Deutschböhmen mit aller Ruhe auf das Soběslawsche Privilegium hinweisen . . . . Mit diesem Freibrief in der Hand können wir aber auch jenes wüste Geschrei, das von deutschen Eindringlingen redet, entschieden zurückweisen, da uns in demselben urkundlich vor 800 Jahren das Voll-

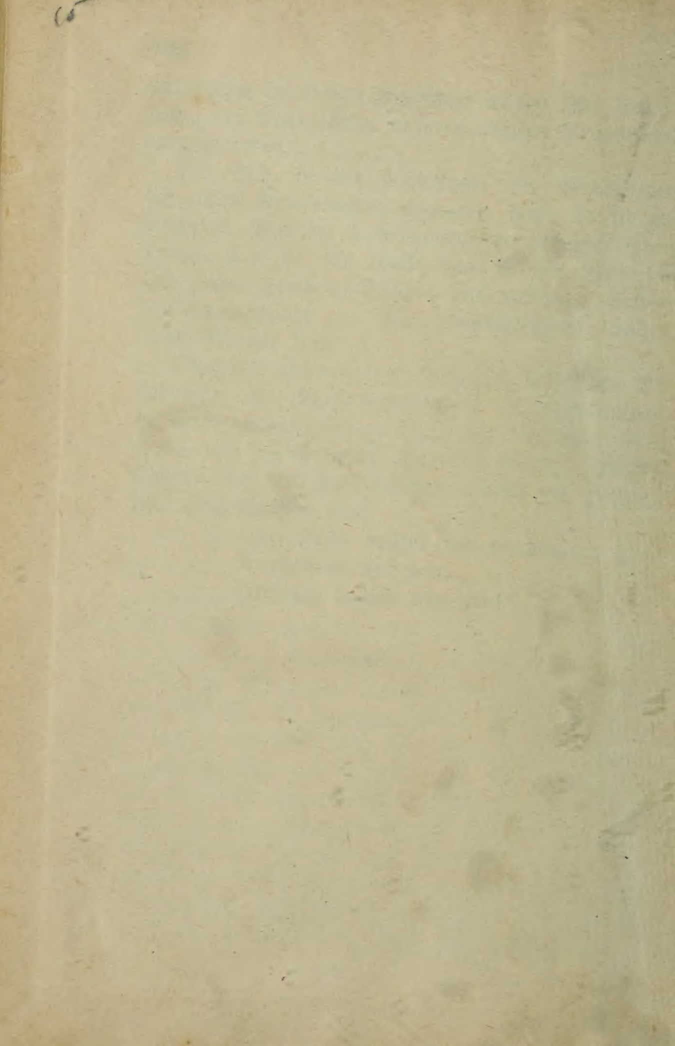
bürgertum im Lande zugesichert wurde. Wir können ruhig der Erneuerung unserer uralten Grundrechte entgegensehen."

Die Zeit, in der Schlesinger ein Hervorheben des alten Grundrechtes angezeigt hielt, sie ist gekommen! Was die Sudetendeutschen erneuert sehen wollen, das ist der Geist, das ist die Idee, die aus jenem Freibrief spricht: das nationale Selbstbestimmungsrecht — die Deutschböhmen wollen freie Männer sein!

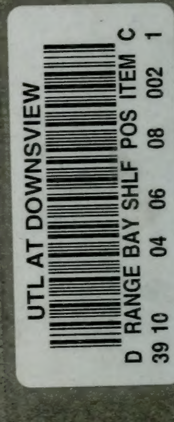
Oder wie es in einem Ausspruch heißt, den Dr. Lodgman, der Landeshauptmann Deutschböhmens, in einer großangelegten Rede im Dezember 1919 getan und worin alles Erleben, Sorgen, Hoffen, Sehnen des deutschböhmischen Volkes in jüngster Zeit eingeschlossen war:

„Friedland wollten wir werden,
Kriegsland sind wir,
Freiland wollen wir sein!"








UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 10 04 06 08 002 1